



# Verfassungsschutzbericht

# 2014

Die Würde des Menschen  
ist unantastbar. Sie zu  
achten und zu schützen  
ist Verpflichtung aller  
staatlichen Gewalt.

Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz

# Verfassungsschutzbericht Bayern 2014





Liebe Bürgerinnen und Bürger,

auch 2014 stand eine Vielzahl von Bestrebungen, die unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnen oder zerstören wollen, im Fokus der Verfassungsschutzbehörden. Unter ihnen stellt der international operierende, islamistische Terrorismus weltweit die größte Bedrohung für alle von Freiheits- und Menschenrechten geprägten Staaten dar.

Über die Gräueltaten islamistischer Terrorgruppen wie der Boko Haram in Nigeria oder des IS in Syrien, Teilen des Iraks und Libyen wird nahezu täglich in den Medien berichtet. Die Täter werden angetrieben von der Verachtung der westlichen Werte, dem Hass auf Andersgläubige und dem Willen, ihre Vorstellungen von einem islamischen „Gottesstaat“ Andersdenkenden und -gläubigen mit brutaler Gewalt aufzuzwingen. Auch 2014 ist die Zahl der Ausreisen gewaltbereiter Jihadisten stetig gestiegen. Viele der überwiegend jungen Männer haben ihre Bereitschaft, für einen Gottesstaat in Syrien und im Irak zu kämpfen, mittlerweile mit dem Leben bezahlt, darunter auch mehrere Personen aus Bayern. Rückkehrer aus den Kampfgebieten könnten bereit sein, auch in Deutschland aus eigenem Antrieb oder im Auftrag von Terrororganisationen Anschläge zu begehen – die Anschläge in Toulouse, in Brüssel und Anfang 2015 in Paris und in Kopenhagen sind hierfür ein trauriger Beweis.

Neben einer Stärkung der Sicherheitsbehörden hinsichtlich ihrer personellen Ausstattung und rechtlichen Kompetenzen muss aber auch die Prävention intensiviert werden. Bereits im Oktober 2014 hat das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr eine Broschüre vorgestellt, die über die Erscheinungsformen und Ziele des Salafismus aufklärt. Ende 2014 hat der Ministerrat unserem Vorschlag zugestimmt, ein Präventionsnetzwerk in Bayern aufzubauen, das mit anderen Präventionsnetzwerken bundesweit zusammenarbeiten soll.

Wachsamkeit gegenüber der islamistischen Bedrohung ist nach wie vor geboten, aber Hysterie ist fehl am Platz. Insoweit sehen wir mit Sorge, dass bestehende Ängste in der Bevölkerung vor der islamistischen Terrorgefahr von Extremisten genutzt werden, um ihre rassistischen und ausländerfeindlichen Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Fremdenhass treten wir entschlossen entgegen.

Mit dem Verbot des Freien Netz Süd (FNS) gelang es den Behörden, die größte und bedeutendste neonazistische Vereinigung in Bayern zu zerschlagen. Die Kameradschaften, die dem FNS zuzuordnen waren, haben sich weitgehend aufgelöst. Ob die Angehörigen der Kameradschaften sich neuen rechtsextremistischen Organisationen wie dem III. Weg oder der Partei DIE RECHTE zuwenden, wird von den Sicherheitsbehörden aufmerksam verfolgt.

Wir begrüßen es, wenn sich alle gesellschaftlichen demokratischen Kräfte Extremisten jeder Ausrichtung entschieden entgegenstellen. Wir lehnen es allerdings ganz klar ab, wenn das eindeutige Nein zu Extremismus gleichzeitig dazu führt, dass Gegendemonstranten dies als Vorwand nutzen, um gewalttätige Übergriffe zu begehen. Gewalt ist weder gegenüber den eingesetzten Polizeikräften noch gegenüber den politisch Andersdenkenden akzeptabel. Dies gilt insbesondere für die Gewaltbereitschaft linksextremistischer Gruppierungen aus Anlass tatsächlich oder vermeintlich rechtsextremistischer Versammlungen. Die Auseinandersetzung mit unliebsamen bis hin zu extremistischen Meinungsäußerungen darf in einer Demokratie nur gewaltfrei erfolgen. Alle Demokraten sind daher aufgefordert, sich von Gruppierungen, die Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung begreifen, klar und unmissverständlich zu distanzieren.

Auch 2014 hat sich gezeigt, dass die Herausforderungen, denen sich die Verfassungsschutzbehörden gegenübersehen, immer vielfältiger und komplexer werden. Wir danken daher allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz herzlichst für ihren engagierten Einsatz zum Schutz unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

München, im April 2015



Joachim Herrmann  
Staatsminister



Gerhard Eck  
Staatssekretär



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am Beginn des Jahres 2015 standen Terroranschläge in Paris, die uns alle erschüttert haben. Drei junge Männer haben in der französischen Hauptstadt eine Zeitungsredaktion und ein jüdisches Geschäft angegriffen und insgesamt 19 Menschen getötet. Sie waren getrieben von einem Hass, der durch die salafistische Ideologie gesät worden ist.

Generell gilt: Nicht alle Salafisten sind Terroristen. Fast alle bisher identifizierten terroristischen Strukturen und Einzelpersonen sind aber salafistisch geprägt bzw. haben sich in salafistischen Milieus entwickelt. Der politische Salafismus bildet aufgrund seiner radikalisierenden Wirkung den Nährboden für den Jihadismus. Ihm liegt ein intolerantes, antidemokratisches Weltbild zugrunde.

Wir beobachten mit Sorge, dass auch in Bayern die salafistische Szene weiter wächst. Ende 2014 waren es rund 570 Personen, darunter viele junge Leute. Um neue Unterstützer zu gewinnen, setzen die Salafisten dort an, wo sich Jugendliche alleingelassen, unverstanden oder ausgegrenzt fühlen. Sie bedienen das Bedürfnis nach sozialem Halt, indem sie jungen Menschen, deren Familie brüchig geworden ist und die sich schwer tun, einen Freundeskreis aufzubauen, in eine salafistische Gemeinschaft aufnehmen. Jugendlichen, die bislang wenig Anerkennung erfahren haben, vermittelt der Salafismus ein Gefühl der Überlegenheit: Die Salafisten verstehen sich als religiöse Elite. Zudem bedient der Salafismus das Bedürfnis nach Orientierung: Im Salafismus gibt es keine offenen Fragen, sondern nur klare Antworten. Die Welt wird sortiert in die Gläubigen und die Ungläubigen. Als gläubig gilt nur derjenige, der dem salafistischen Islamverständnis folgt.

Menschen in Schubladen stecken, Feindbilder konstruieren, ausgrenzen und Hass säen, das tun auch diejenigen, die wir als verfassungsschutzrelevante Islamfeinde bezeichnen. Sie setzen den Islam als Weltreligion pauschal gleich mit Islamismus und islamistischem Terrorismus und diffamieren damit alle Muslime.

Dabei klammern sie ganz bewusst aus, dass weniger als 1 % der hier lebenden muslimischen Bevölkerung einer radikalen Interpretation des Koran anhängt, die überwältigende Mehrheit der Muslime also unsere demokratischen Werte teilt und lebt. Ab Januar 2015 haben Personen, die wir dieser verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene zurechnen, dabei mitgewirkt, in München Demonstrationen zu organisieren, die sich gegen eine vermeintliche Islamisierung Deutschlands wenden.

Teilgenommen haben dabei neben den Islamfeinden sowohl Personen aus dem bürgerlichen Spektrum als auch Rechtsextremisten aus ganz Bayern, darunter auch Personen aus der Neonaziszene. Die Rechtsextremisten nutzen die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung als Schnittmenge, um anschlussfähig zu werden ins bürgerliche Spektrum hinein. Sie können dadurch in einem deutlich größeren Demonstrationszug auftreten, als ihre Mobilisierungsfähigkeit allein dies zulassen würde.

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist es, überall dort hinzuschauen, wo Extremisten Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratie angreifen oder abschaffen wollen. Nicht selten stellen wir dabei Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Phänomenbereichen fest, wie wir sie nun zwischen dem Islamismus und der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen bzw. der rechtsextremistischen Szene sehen.

Extremismen beeinflussen sich immer wieder gegenseitig. Durch die scharfe Abgrenzung zum anderen – dem Gegner oder Feind – erfährt die eigene Ideologie Bestätigung und wird scheinbar aufgewertet. Dies wirkt mobilisierend und radikalisierend. Islamistische Anschläge spielen Islamfeinden dabei genauso in die Hände wie Ressentiments gegen den Islam den Islamisten. Die von den Extremisten auf beiden Seiten angestrebte Spaltung der Gesellschaft mit der damit verbundenen Gefahr, dass darunter gerade die muslimischen Mitbürger zu leiden hätten, entgegenzuwirken, ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, für deren Lösung der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem und Teil der Sicherheitsbehörden einen Beitrag leisten muss.

München, im April 2015



Dr. Burkhard Körner  
Präsident des Bayerischen Landesamtes  
für Verfassungsschutz



---

# Inhalt

---

## Informationen zum Verfassungsschutz 12

1.	Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem	13
2.	Gesetzlicher Auftrag	13
3.	Informationsbeschaffung	17
4.	Kontrolle des Verfassungsschutzes	18
5.	Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz	19
6.	Information und Prävention	20

---

## Islamismus 22

1.	Personenpotenzial in Bayern	25
2.	Islamismus in Deutschland	26
3.	Internet, Islamseminare und Benefizveranstaltungen	30
3.1	Islamisten im Internet	30
3.2	Überregionale Islamseminare und Benefizveranstaltungen	32
4.	Strukturen	34
4.1	Legalistischer Islamismus	34
4.1.1	Milli-Görüs-Bewegung	34
4.1.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	37
4.1.3	Tablighi Jamaat (TJ)	38
4.1.4	Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)	40
4.1.5	Die Muslimbruderschaft (MB) und ihr Einfluss in Deutschland	42
4.1.5.1	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)	44
4.1.5.2	Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD)	46
4.2	Salafismus	47
4.2.1	Politischer Salafismus	49
4.2.2	Jihadistischer Salafismus	53
4.2.2.1	Der Islamische Staat (IS)	55
4.2.2.2	Das al-Qaida-Netzwerk	58
4.2.2.3	Islamistisch-kurdische Netzwerke	61
4.3	Sonstiger islamistischer Terrorismus	63
4.3.1	HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)	63
4.3.2	Hizb Allah (Partei Gottes)	64
4.3.3	Islamistische Bezüge von Tschetschenen und weiteren Nordkaukasiern	66

---

<b>Ausländerextremismus</b>	<b>68</b>
<b>1. Personenpotenzial in Bayern</b>	<b>70</b>
<b>2. Konflikt- und Gewaltpotenzial</b>	<b>70</b>
<b>3. Strukturen</b>	<b>71</b>
3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bzw. Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)	71
3.2 Türkische Linke	75
3.2.1 DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) / Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	75
3.2.2 Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/ML – Partizan Flügel)	76
3.2.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	77
3.3 Türkische Nationalisten	78
3.3.1 ÜLKÜCU-Bewegung („Graue Wölfe“) Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF)	78
3.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	80

---

<b>Rechtsextremismus</b>	<b>82</b>
<b>1. Personenpotenzial in Bayern</b>	<b>84</b>
<b>2. Gewaltpotenzial</b>	<b>84</b>
2.1 Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf den NSU-Prozess	85
2.2 Gewaltorientierte rechtsextremistische Szene in Bayern	86
2.3 Rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten	88
<b>3. Rechtsextremistische Themenfelder und Aktionsformen</b>	<b>90</b>
3.1 Rechtsextremistische Themenfelder	90
3.2 Rechtsextremistische Aktionsformen	94
3.2.1 Rechtsextremistische Bürgerinitiativen	94
3.2.2 Rechtsextremistische Aktivitäten bei gesellschaftlichen Veranstaltungen	94
3.2.3 Freizeitaktivitäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und zur Nachwuchsgewinnung	96
3.2.4 Internationale Kontakte bayerischer Rechtsextremisten	96
<b>4. Internet, Musik, Vertriebsstrukturen und Verlage</b>	<b>97</b>
4.1 Rechtsextremisten im Internet	97

4.2	Rechtsextremistische Musik	99
4.3	Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen	102
4.4	Rechtsextremistische Internet-Radios und -TV	104
4.5	Rechtsextremistische Verlage	105
5.	Immobilienuche und -erwerb	105
6.	Rechtsextremistische Parteien	107
6.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	107
6.2	Partei Der Dritte Weg (III. Weg)	113
6.3	Partei DIE RECHTE	120
7.	Rechtsextremistische Vereinigungen	121
7.1	Bürgerinitiativen	121
7.2	Sonstige rechtsextremistische Organisationen	124
8.	Neonazismus und Kameradschaften	126
8.1	Kameradschaften aus dem Umfeld des ehemaligen Freien Netzes Süd (FNS)	129
8.2	Sonstige neonazistische Gruppierungen	131
9.	Rechtsextremistische Jugend-Szenen und Subkulturen	134

---

## Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit 138

1.	Personenkreis um Michael Stürzenberger	141
2.	Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)	143

---

## Linksextremismus 148

1.	Personenpotenzial in Bayern	150
2.	Gewaltpotenzial	150
3.	Ideologische Wurzeln des Linksextremismus	154
4.	Linksextremistische Themenfelder	157
5.	Internet und Musik	161
5.1	Linksextremisten im Internet	161
5.2	Linksextremistische Musik	162
6.	Linksextremistische Parteien und Vereinigungen	163
6.1	Offen extremistische Strukturen in der Partei DIE LINKE.	163
6.1.1	Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)	164
6.1.2	Antikapitalistische Linke (AKL)	164
6.1.3	Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	165

6.1.4	marx21	166
6.1.5	Linksjugend [˘solid] Landesverband Bayern	166
6.1.6	DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband (DIE LINKE.SDS)	167
6.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Umfeld	168
6.2.1	DKP	168
6.2.2	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	169
6.2.3	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	170
6.3	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	172
6.4	Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	173
6.5	Sonstige linksextremistische Organisationen	174
7.	<b>Autonome, Anarchisten und Antideutsche</b>	<b>177</b>
7.1	Beschreibung / Hintergrund	177
7.2	Gruppierungen	178

---

## Scientology-Organisation (SO) 184

1.	<b>Personenpotenzial</b>	<b>187</b>
2.	<b>Aktionen und Aktivitäten</b>	<b>187</b>
2.1	Großveranstaltung der SO-Tarnorganisation „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in Deutschland e. V.“ (KVPM)	187
2.2	Scientology-Kampagne „Sag Nein zu Drogen - Sag Ja zum Leben“	189
2.3	Einführung einer neuen SO-Technologie	190
3.	<b>Organisationsstruktur</b>	<b>191</b>
4.	<b>Aussteiger</b>	<b>194</b>

---

## Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ) 196

1.	<b>Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste</b>	<b>199</b>
1.1	Russische Föderation	199
1.2	Volksrepublik China	200
2.	<b>Proliferation</b>	<b>202</b>
3.	<b>Wirtschaftsschutz</b>	<b>204</b>
4.	<b>Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ)</b>	<b>206</b>

---

<b>Organisierte Kriminalität (OK)</b>	<b>210</b>
<b>1. Rockerkriminalität</b>	<b>213</b>
1.1 Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)	213
1.2 Rockerähnliche Gruppierungen	215
1.3 Mögliche Verbindungen von Rockern in die rechtsextremistische Szene	217
<b>2. OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)</b>	<b>218</b>
<b>3. OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei</b>	<b>219</b>
<b>4. Italienische Mafia</b>	<b>220</b>

---

<b>Ausblick</b>	<b>222</b>
-----------------	------------

---

<b>Anhang</b>	<b>227</b>
<b>Grafiken: Personenpotenzial und Gewalttaten</b>	<b>227</b>
<b>Stichwortregister</b>	<b>228</b>
<b>Extremistische Organisationen und Gruppierungen</b>	<b>231</b>
<b>Bildnachweis</b>	<b>236</b>
<b>Impressum</b>	<b>237</b>

---

# Informationen zum Verfassungsschutz

- 
- ▶ **Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem**
  - ▶ **Gesetzlicher Auftrag**
  - ▶ **Informationsbeschaffung**
  - ▶ **Kontrolle des Verfassungsschutzes**
  - ▶ **Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz**
  - ▶ **Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus im Landesamt für Verfassungsschutz (BIGE)**

---

## 1. Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, z. B. ein Partei- oder Vereinsverbot.

Das setzt aber voraus, dass er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als extremistisch oder als verfassungsfeindlich bezeichnet werden, rechtzeitig erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes als Frühwarnsystem zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum Schutz des Bestandes und der Sicherheit von Bund und Ländern ein.

---

## 2. Gesetzlicher Auftrag

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) regelt die von Bund und Ländern im Rahmen des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben und ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Daneben gibt es in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze.

Beobachtungsauftrag

In Bayern regelt das Bayerische Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 2014 insgesamt 442 Stellen für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst ausgewiesen. Das Haushaltsvolumen 2014 betrug 27,2 Millionen Euro.

Der Verfassungsschutz sammelt Informationen über sicherheitsgefährdende und verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland und wertet diese aus. Diesem originären Beobachtungsauftrag unterliegen im Wesentlichen:

- 
- ▶ Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
  - ▶ sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
  - ▶ Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
  - ▶ Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind,
  - ▶ Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität.

Als „Bestrebung“ ist eine politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweise definiert, die darauf gerichtet ist, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes bzw. Verfassungsgrundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen. Solche Bestrebungen können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen.

Arbeitsschwerpunkt des Verfassungsschutzes ist dabei die Beobachtung von extremistischen Organisationen, d. h. in erster Linie die Analyse ihrer Ziele, Aktivitäten, Stärke, Aufbau und finanziellen Verhältnisse. Dazu müssen zwangsläufig auch die Mitglieder und Unterstützer erfasst werden. Aber auch die Beobachtung von extremistischen Einzelpersonen ist zulässig. Als extremistische Bestrebungen werden in Bayern beobachtet:

- ▶ Islamismus
- ▶ Ausländerextremismus
- ▶ Rechtsextremismus
- ▶ Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit
- ▶ Linksextremismus
- ▶ Scientology-Organisation

Der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes umfasst auch extremistische Aktivitäten im Internet, z. B. in Blogs und Foren. Dabei ist aber eine „automatische“ Zurechnung von anonymen Beiträgen in Blogs oder Foren zulasten der Betreiber rechtlich nicht zulässig, da die Betreiber selbst extremistische Ziele ver-



---

folgen müssen. Erst wenn eine politisch motivierte, gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielrichtung zurechenbar festzustellen ist, ist der Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes eröffnet.

Aus Anlass einer Klage der Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. und eines Bundestagsabgeordneten dieser Partei fällte das Bundesverfassungsgericht am 17. September 2013 eine Grundsatzentscheidung zu den Voraussetzungen und Grenzen der Beobachtung von Abgeordneten durch den Verfassungsschutz.

Beobachtung von Abgeordneten

Das Gericht entschied, dass die Beobachtung von Parlamentsabgeordneten durch die Verfassungsschutzbehörden wegen des darin liegenden Eingriffs in das freie Mandat des Abgeordneten (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG) nur unter engen rechtlichen Voraussetzungen zulässig ist. An die Prüfung der Verhältnismäßigkeit ist dabei mit Blick auf die Bedeutung, die das Grundgesetz dem freien Mandat zuerkennt, ein strenger Maßstab anzulegen. Ein die Beobachtung rechtfertigendes, überwiegendes Interesse am Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung liegt nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts insbesondere dann vor, wenn ein Abgeordneter sein Mandat zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht oder diese aktiv und aggressiv bekämpft.

In Bayern ist die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) seit 1994 nicht nur Aufgabe der Polizei, sondern auch des Verfassungsschutzes. Dies umfasst u. a. die Bereiche illegaler Waffen- und Drogenhandel, Schutzgelderpressung und Geldwäsche. Der Bayerische Verfassungsschutz klärt da auf, wo Polizei oder Staatsanwaltschaft rechtlich noch nicht tätig werden können und liefert so einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung krimineller Strukturen.

Organisierte Kriminalität

Personen, die der OK angehören bzw. sich in deren Umfeld aufhalten, agieren sehr konspirativ. Die Aufklärung dieser Strukturen setzt eine systematische und vor allem langfristig angelegte Beobachtung voraus, die auch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erfordert. Liegen dem Verfassungsschutz konkrete Anhalts-

---

punkte für kriminelle Strukturen und Straftaten vor, werden diese zur weiteren Bearbeitung an Polizei und Staatsanwaltschaft abgegeben.

- Spionageabwehr** Eine weitere Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Spionageabwehr, d. h. die Abwehr der Spionage von Nachrichtendiensten fremder Staaten gegen Deutschland. Wesentliche Angriffsziele sind die Bereiche Politik, Militärtechnologie und Wirtschaft. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet die Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste, sammelt Informationen und wertet sie aus, um z. B. deutsche Unternehmen zu schützen.
- Cyber-Allianz-Zentrum** Das seit 1. Juli 2013 bestehende Cyber-Allianz-Zentrum im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt Unternehmen sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Prävention und Abwehr gezielter Cyberangriffe.
- Mitwirkungsaufgaben** Daneben hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz eine Reihe von Mitwirkungsaufgaben, bei denen es als Fachberater bei Sachentscheidungen einer anderen Behörde hinzugezogen wird. Dabei fließen die bereits vorhandenen oder aus Anlass des Mitwirkungsersuchens gewonnenen Erkenntnisse in den Entscheidungsprozess einer anderen Behörde mit ein. Zu den Mitwirkungsaufgaben gehören der Geheim- und Sabotageschutz.
- Geheimschutz** Der Geheimenschutz umfasst die Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Unbefugte von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Informationen und Unterlagen – sogenannten Verschlussachen – Kenntnis erhalten. Verschlussachen gibt es in Behörden, aber auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die im Auftrag des Staates tätig werden.
- Der materielle Geheimenschutz befasst sich mit den organisatorischen und technischen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um Verschlussachen vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Der personelle Geheimenschutz beinhaltet die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen. Die Sicherheitsüberprüfung nach dem Bayerischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG)

---

soll gewährleisten, dass nur zuverlässige Personen eingesetzt werden, bei denen keine Umstände vorliegen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz bringt außerdem seine Erkenntnisse im Rahmen weiterer Beteiligungsaufgaben ein, insbesondere bei einbürgerungs- und aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen. Es ist an der behördenübergreifenden Arbeitsgruppe BIRGiT (Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/Extremismus) beteiligt.

Beteiligungsaufgaben

Zudem hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Aufgabe, im Einzelfall amtliche Auskünfte im Rahmen der Verfassungstreueüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst zu erteilen. Außerdem übermittelt es relevante Erkenntnisse im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz und dem Atomgesetz.

---

### 3. Informationsbeschaffung



Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz in München

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Informationen werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z. B. aus dem Internet, Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren sowie bei öffentlichen Veranstaltungen extremistischer

Offene Quellen und nachrichtendienstliche Mittel

---

scher Organisationen). Einen Teil der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Dazu gehören im Wesentlichen:

- ▶ der Einsatz von V-Leuten (Personen, die der Verfassungsschutzbehörde selbst nicht angehören, aber aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dem jeweiligen Beobachtungsobjekt „Szene- Erkenntnisse“ gegen Bezahlung liefern),
- ▶ das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- ▶ verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

#### Artikel 10-Gesetz

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Artikel 10-Gesetz“ (G 10) genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, dass in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Ähnliches gilt für die seit Beginn des Jahres 2003 eingeführten Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern sowie für die Verwendung technischer Mittel zur Identifizierung von bisher unbekanntem Mobilfunkanschlüssen.

Die Zahl der Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs lag im Jahr 2014 wie schon in der Vergangenheit im unteren zweistelligen Bereich. Besonders strenge rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohn- und Geschäftsräumen sowie für den verdeckten Zugriff auf informationstechnische Systeme.

---

## 4. Kontrolle des Verfassungsschutzes

#### Parlamentarische Kontrolle

Die Tätigkeit des bayerischen Verfassungsschutzes unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von Anfragen von

---

Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, das Parlamentarische Kontrollgremium, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Telekommunikationsverkehrs sowie die Zulässigkeit und Notwendigkeit der Auskunftspflichten von Post- und Telekommunikationsdienstleistern.

Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch die Möglichkeit, gegen belastende Maßnahmen die Verwaltungsgerichte anzurufen. Schließlich findet über die Medienberichterstattung auch eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit statt.

Sonstige  
Kontrollen

---

## 5. Zusammenarbeit von Polizei und Verfassungsschutz

Beim Schutz von Staat und Verfassung arbeiten Polizei und Verfassungsschutz eng zusammen. Dabei sind die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden jedoch voneinander getrennt, Verfassungsschutzbehörden dürfen keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden (organisationsrechtliches Trennungsgebot). Aufgabe der Polizei ist die Abwehr von Gefahren sowie die Aufklärung von Straftaten. Sie verfügt über Eingriffsrechte und Zwangsbefugnisse (z. B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw.) und muss eingreifen, sobald sie Hinweise auf Straftaten erhält.

Trennungsgebot

Der Verfassungsschutz ist dagegen für die Vorfeldaufklärung zuständig und hat keine Zwangsbefugnisse und kein Weisungsrecht gegenüber der Polizei (befugnisrechtliches Trennungsgebot). Hat der Verfassungsschutz ausreichende Erkenntnisse, die ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich machen, unterrichtet er die zuständige Sicherheitsbehörde. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

---

## 6. Information und Prävention

Der Verfassungsschutz hat den gesetzlichen Auftrag, Regierung und Parlament sowie die Öffentlichkeit über Aktivitäten und Ziele verfassungsfeindlicher Organisationen zu informieren. Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit klärt das Landesamt für Verfassungsschutz etwa durch zielgruppenorientierte Fachvorträge über aktuelle extremistische Entwicklungen auf. Der Verfassungsschutz leistet damit einen wichtigen Beitrag zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus und dient der Sicherung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Im Bereich des Rechtsextremismus arbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz u. a. mit der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus und mit der Projektstelle gegen Rechtsextremismus „Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen“ zusammen. Es beteiligt sich auch an Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen anderer Behörden, insbesondere der Bayerischen Polizei.

### BIGE

Die BIGE ist die Informations- und Beratungsstelle der Staatsregierung zur Bekämpfung des politischen Extremismus. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des „Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus“, das seit seiner Einführung in 2009 kontinuierlich fortentwickelt wird und eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus enthält. Ziel der BIGE ist es, die Bekämpfung aller Arten von Extremismus zu fördern sowie hier die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen, Kommunen, Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu stärken.

Durch gezielte Beratung – insbesondere mit Blick auf gefährdete Kinder und Jugendliche – sollen Rekrutierungsversuche von extremistischen Organisationen erschwert werden. Das Informationsangebot richtet sich an alle Interessierte, insbesondere aber an Schüler, Lehrer, Eltern und Mitarbeiter von Einrichtungen der Jugend- und Bildungsarbeit. Auch die Beratung der Kommunen ist ein wichtiges Anliegen der Informationsstelle. Sie berät Kommunen z. B. in Fällen, in denen Rechtsextremisten Immobilien erwerben wollen oder bei geplanten Konzerten rechts- und linksextremistischer Bands. Mit dem Bayerischen Aussteigerprogramm soll das extremistische Personenpotenzial verringert werden. Mit ihrem breiten Angebot

---

unterstützt die BIGE alle demokratischen Akteure. Sie arbeitet eng und vertrauensvoll mit den demokratischen Beratungsstellen zusammen. In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bietet die BIGE umfassende Informationen auf ihren Internetportalen an.

Auch im Bereich der Islamismusprävention kooperiert das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz mit den verschiedensten in der Prävention und Erziehungsberatung tätigen staatlichen Stellen, wie z. B. den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz an den staatlichen Schulberatungsstellen. Im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz gibt es zudem ein Hinweistelefon für islamistischen Terrorismus.

Hinweistelefon  
für islamistischen  
Terrorismus

In 2014 hat das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz eine Broschüre mit dem Titel „Salafismus – Prävention durch Information“ herausgegeben, die Betroffene über das Phänomen Salafismus und bestehende Hilfs- und Beratungsangebote informiert. Die Broschüre ist im Internet abrufbar unter [www.stmi.bayern.de](http://www.stmi.bayern.de).

Salafismus –  
Prävention durch  
Information

**Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz**

**Postfach 450145, 80901 München**

Telefon: 089 / 31201 0 (rund um die Uhr)

Telefax: 089 / 31201 380

[poststelle@lfv.bayern.de](mailto:poststelle@lfv.bayern.de)

[www.verfassungsschutz.bayern.de](http://www.verfassungsschutz.bayern.de)

**Hinweistelefon für islamistischen Terrorismus**

**Telefon 089 / 31201 480**

**Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE)**

**im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz**

**Knorrstraße 139, 80937 München**

Telefon: 089 / 2192 2192

Telefax: 089 / 31201 380

[gegen-extremismus@stmi.bayern.de](mailto:gegen-extremismus@stmi.bayern.de)

[www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de)

[www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de](http://www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de)

---

# Islamismus

- 
- ▶ **Auch in Bayern hat die salafistische Szene weiter Zulauf**
  - ▶ **Ausreisen gewaltbereiter Islamisten Richtung Syrien und Irak steigen weiter**
  - ▶ **Rückkehrer aus den Kampfgebieten stellen nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit dar**
  - ▶ **Bundesinnenministerium verbietet die Betätigung des IS**



---

Der Islam als Religion und seine Ausübung werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet. Dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag unterliegen jedoch islamisch-extremistische (Kurzform: islamistische), d. h. religiös politisch motivierte Organisationen und Einzelpersonen mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Islamismus ist ein Überbegriff für eine Vielzahl von unterschiedlichen (Teil-) Strömungen, wie beispielsweise Salafismus. Als eine Gemeinsamkeit dieser Strömungen lassen sich folgende Kernelemente des Islamismus herausstellen:

- ▶ „Der Islam“ ist nicht allein Glaube und Ethik, sondern begründet eine alles umfassende Lebensform, die auf Koran und Sunna (Überlieferung der Reden und Taten des Propheten) basiert.
- ▶ Die Muslime bilden eine religiöse und politische Einheit (Panislamische Zielsetzung).
- ▶ Die Scharia (islamisches Gesetz) stellt ein politisches und gesellschaftliches Ordnungsprinzip dar.
- ▶ Koran und Sunna haben „Verfassungsrang“ und verbindliche Vorbildfunktion für politisches Handeln und einen zukünftigen „islamischen Staat“.

Diese extremistischen Zielsetzungen widersprechen den in unserem Grundgesetz garantierten Freiheits- und Menschenrechten. Die Bestrebungen von Islamisten sind verfassungs- und

---

**integrationsfeindlich. Gewaltbereite islamistische Terroristen sind unverändert eine große Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands. Sie verfolgen ihr Ziel, weltweit eine totalitäre islamistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Sie berufen sich auf die vermeintliche Pflicht aller Muslime, sich gegen westliche, d. h. „ungläubige“ Einflüsse zu „verteidigen“, und rufen zur Teilnahme am gewalttätigen Jihad auf.**

---

## 1. Personenpotenzial in Bayern

Islamistischen Vereinigungen waren in Bayern im Jahr 2014 6.140 Personen (2013: 6.140) zuzurechnen. Zu den mitgliederstärksten Gruppierungen bzw. Strömungen zählen nach wie vor, neben der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG) mit 4.700 Anhängern, die Anhänger des Salafismus 570 (2013: 550) sowie der Ideologie der Muslimbruderschaft anhängende Personen (230). Die Zahl der Personen in Bayern, die in internationale jihadistische Netzwerke eingebunden sind, liegt im unteren zweistelligen Bereich.

Bis Ende 2014 lagen Erkenntnisse zu mehr als 550 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgewandert sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Es konnte jedoch nicht in allen Fällen bestätigt werden, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben.

Von den mehr als 550 Personen ist etwa ein Drittel zumindest zeitweise wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Die Anzahl der zurückgekehrten Islamisten, die sich in Syrien aktiv am bewaffneten Widerstand beteiligt haben, belief sich bis Ende 2014 auf etwa 30 Personen. Ferner sind den deutschen Sicherheitsbehörden bis Jahresende etwa 50 Todesfälle mit Bezug zu Deutschland bekannt geworden, darunter mindestens neun Selbstmordattentäter.

In Bayern lagen bis Ende 2014 konkrete Hinweise zu etwa 50 Personen mit salafistischer Grundhaltung vor, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsgeschehen in Syrien ausgewandert sind bzw. dies beabsichtigten. Bei dem überwiegenden Teil muss davon ausgegangen werden, dass sie sich an Kampfhandlungen beteiligt haben, bei mehr als zehn bereits ausgewanderten Personen liegen hierzu konkrete Erkenntnisse vor. Rund 20 ausgewanderte Personen sind aus Syrien zurückgekehrt oder in einen Drittstaat weitergewandert. Fünf Rückkehrer befanden sich Ende 2014 in Haft. Drei Personen aus Bayern wurden bis Ende 2014 bereits bei Kampfhandlungen in Syrien getötet.

---

## 2. Islamismus in Deutschland

Bei islamistischen Bestrebungen in Deutschland gilt es grundsätzlich, zwischen den verschiedenen Strömungen und deren Einstellung zur Gewalt zu unterscheiden. Während islamistische Terroristen eindeutig den Einsatz von Gewalt legitimieren, vertreten politische Salafisten sowie legalistische Organisationen eine weitgehend gewaltfreie Herangehensweise zur Erreichung ihrer Ziele.

### Legalistischer Islamismus

Auch Strömungen des legalistischen Islamismus wollen die Religion so auslegen und von allen verstanden wissen, dass ein konfliktfreies Zusammenleben mit Andersdenkenden unmöglich erscheint. Sie bestehen auf einer strengen Lesart des Korans, der unabhängig von Zeit und Ort für alle Menschen gültig ist und dessen Inhalte und Weisungen, die im islamischen Recht ihren Niederschlag gefunden haben, nicht relativiert werden können. Unter Nutzung der von der deutschen Rechtsordnung garantierten Freiräume verfolgen sie eine Strategie der Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft.

Sie stehen allerdings in offenem Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, deren Werte Islamisten in zentralen Punkten nicht teilen und die sie teils verbal, selten auch militant, bekämpfen. Islamisten verwahren sich strikt gegen die Abdrängung des Religiösen ins Private. Nach dem Bekenntnis „Der Islam ist Glaube und Staat“ müssen die Normen der Scharia in allen Lebensbereichen und auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Der Islamismus bedient und wiederbelebt ein in den Ursprüngen des Islams begründetes Überlegenheitsgefühl der Muslime als Inhaber und Wahrer der letzten und erhabensten Religion.

### Politischer Salafismus

Derzeit ist nur ein kleiner Prozentsatz der Salafisten dem jihadistischen Salafismus zuzurechnen, die überwiegende Zahl der Anhänger spricht sich gegen Gewalt aus und gehört der Strömung des so genannten politischen Salafismus an. Gleichwohl bietet aus dieser die Grundlage für radikalisierende Einflüsse und für die Hinwendung zu gewaltsamen bis hin zu terroristischen Aktionen.

Im Jahr 2012 kam es in Nordrhein-Westfalen erstmals zu gewalttätigen Ausschreitungen von Salafisten anlässlich einer

---

öffentlichen Präsentation von Muhammad-Karikaturen durch die Partei pro NRW. Derartige islamfeindliche Aktionen werden von gewaltbereiten Einzelpersonen häufig als Rechtfertigungsgrund für den terroristischen Jihad genutzt. Im Zusammenhang mit den aktuellen Konflikten in Syrien und im Irak beteiligten sich Salafisten an gewalttätigen Aktionen gegen Kurden und Jesiden.

Ihre Propagandaaktionen führten die Salafisten bundesweit fort. Insbesondere das bundesweite Koranverteilprojekt „Lies! Im Namen Deines Herrn, der Dich erschaffen hat“ gewann auch in Bayern Unterstützer. Unter diesem Motto verteilen Salafisten seit Herbst 2011 Koranexemplare an Infotischen in deutschen Fußgängerzonen. Mittlerweile sind auch mobile „Da’wa“-Teams („Da’wa“ = Missionierung) unterwegs, die Koranexemplare mobil aus Umhängetaschen heraus verteilen.

Verantwortlich für die „Lies!“-Aktion ist das salafistische Netzwerk Die Wahre Religion (DWR) des Predigers Ibrahim Abou Nagie. Finanziert wird das Koranverteilungsprojekt überwiegend mittels Spenden aus der salafistischen Szene.



Koranverteilungs-  
aktionen

**LIES!**  
IM NAMEN DEINES HERRN,  
DER DICH ERSCHAFEN HAT

Grundsätzlich ist die Verteilung des Korans durch Artikel 4 des Grundgesetzes (Glaubens- und Gewissensfreiheit) geschützt. Salafisten nutzen die Verteilung kostenloser Korane jedoch als Türöffner, um Kontakte zur Rekrutierung neuer Anhänger zu knüpfen.

Vom internationalen islamistischen Terrorismus geht weiterhin eine große Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft aus, er stellt auch für die Innere Sicherheit Deutschlands – trotz zahlreicher Fahndungserfolge – eine der größten Gefahren dar. Wie im Islamismus auch, gibt es innerhalb des islamistischen

Islamistischer  
Terrorismus

---

Terrorismus unterschiedlichste Strömungen verschiedener ideologischer Ausprägungen. Die Aktivitäten islamistischer Terrorstrukturen in Deutschland reichen von der Nutzung Deutschlands als Rückzugs- und Ruheraum über die Rekrutierung, Radikalisierung und Indoktrinierung neuer Anhänger bis hin zur Planung und Durchführung terroristischer Anschläge. Ebenso verschiedenartig gestalten sich daher auch Strukturen in Deutschland. Netzwerke gewaltbereiter Islamisten mit einer engen Beziehung zu terroristischen Organisationen im Ausland existieren in Deutschland ebenso wie autark operierende Kleinstgruppen bis hin zu Einzeltätern, sogenannten „Einsamen Wölfen“.

Ein Beispiel für einen „Einsamen Wolf“ ist der 2012 vom Oberlandesgericht Frankfurt wegen Mordes in zwei Fällen und versuchten Mordes in drei Fällen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilte Arid U. Er hatte im März 2011 am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten erschossen und weitere schwer verletzt. Dies war der erste erfolgreiche islamistisch motivierte Terroranschlag in Deutschland.

#### Gefahr durch Rückkehrer

Personen, die ein terroristisches Ausbildungslager absolviert bzw. aktiv an paramilitärischen Kampfhandlungen teilgenommen haben, stellen nach einer Wiedereinreise nach Deutschland ein besonderes Sicherheitsrisiko dar. Rückkehrer aus den Jihad-Gebieten haben in der islamistischen Szene ein hohes Ansehen und können einer weiteren Radikalisierung bislang nicht gewaltortienter Islamisten Vorschub leisten. Sie üben insbesondere auf junge Menschen eine große Anziehungskraft aus.



Derzeit ist die Krisenregion Syrien/Irak das wichtigste Reiseziel von Kämpfern, aber auch Somalia, Mali, der Jemen und das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet entfalten in Einzelfällen eine Anziehungskraft auf Jihadisten.

---

Für Deutschland stellen innerhalb des islamistischen Terrorismus Anhänger der jihad-salafistischen Ideologie die größte Gefahr dar. Jihad-Salafisten befürworten eine unmittelbare und sofortige Gewaltanwendung. Sie propagieren den bewaffneten Kampf auch gegen Regierungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und werfen diesen vor, vom Islam abgefallen und Handlanger des verhassten „Westens“ zu sein.

Jihadistischer  
Salafismus

Innerhalb des jihadistischen Personenspektrums besonders gefährlich sind auch „home grown“-Terroristen. Sie sind in Europa geboren und/oder hier aufgewachsen, lehnen aber aufgrund religiöser, kultureller und sozialpsychologischer Einflüsse das hiesige Wertesystem ab. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Konvertiten. Sie haben Kenntnisse über die Gegebenheiten in Deutschland und unterliegen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit teilweise weniger Reisebeschränkungen.

„home grown-  
Terrorismus“

In den vergangenen Jahren konnten in Deutschland mehrere Straftäter mit jihad-salafistischem Hintergrund festgenommen, verurteilt und im Einzelfall ausgewiesen werden. Gegen den mutmaßlichen Attentäter des versuchten Bombenanschlags vom Dezember 2012 am Bonner Hauptbahnhof wurde am 8. September 2014 vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf die Hauptverhandlung eröffnet.

Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte ägyptisch-stämmige Mohamed M., Internetpropagandist und Emir der in Deutschland verbotenen, salafistisch-jihadistischen Gruppierung Millatu Ibrahim, wurde im März 2013 von türkischen Sicherheitskräften im syrisch-türkischen Grenzgebiet festgenommen und befand sich bis August in Haft. Kurz nach seiner Freilassung tauchte er unter und setzte sich mutmaßlich Richtung Syrien ab, um sich dort dem Islamischen Staat (IS) anzuschließen. Die Generalbundesanwaltschaft führt gegen Mohamed M. ein Verfahren wegen des Verdachts der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung.

Exekutiv-  
maßnahmen

Der deutsche Staatsangehörige Josef D., der sich Ende Juni 2009 dem bewaffneten Jihad in Afghanistan angeschlossen hatte, wurde nach seiner Rückkehr im April 2013 festgenommen. Im September 2013 wurde gegen ihn Anklage wegen der Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung Deutsche

---

Taliban Mujaheddin erhoben. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte D. zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Im April verhafteten die tschechischen Behörden auf Basis eines europäischen Haftbefehls den Münchner Harun P. am Flughafen Prag. Kurz darauf wurde er an Deutschland überstellt. Er ist vom Generalbundesanwalt angeklagt, sich als Mitglied in einer terroristischen Vereinigung in Syrien betätigt zu haben. P. soll an der Erstürmung eines Gefängnisses nahe Aleppo mitgewirkt haben und an Kampfhandlungen beteiligt gewesen sein. Am 20. Januar 2015 wurde gegen ihn die Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht München eröffnet.

Im Oktober verhaftete die österreichische Polizei den deutschen Staatsangehörigen Samil A. und seine Ehefrau Farah K. und überstellte diese zum Zwecke der Strafverfolgung nach Deutschland. Die Beschuldigten sind dringend verdächtig, sich seit August an Kampfhandlungen in Syrien beteiligt zu haben. Gegen beide Personen leitete die Staatsanwaltschaft München ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat bzw. Beteiligung an einer ausländischen terroristischen Vereinigung ein.

Im Oktober wurde Erhan A., ein IS-Sympathisant der Salafisten-Gruppe aus Kempten, ausgewiesen. Hintergrund waren seine Propaganda-Aktivitäten für den IS.

---

### **3. Internet, Islamseminare und Benefizveranstaltungen**

#### **3.1 Islamisten im Internet**

„Da’wa“  
Missionierung

Islamisten nutzen das Internet gezielt als Propaganda-, Kommunikations-, Rekrutierungs- und Steuerungsmedium. Zahlreiche Seiten sorgen für eine weltweite Verbreitung der islamistischen Ideologie. Auch die Zahl deutschsprachiger Webseiten ist in den vergangenen Jahren stark angewachsen. Immer mehr



---

salafistische Vereine, Netzwerke und Einzelpersonen richten beispielsweise Da'wa-Seiten („Da'wa“ = Missionierung) ein, die sie wiederum stark untereinander vernetzen. Diese Internetauftritte sind oftmals mehrsprachig, multimedial und grafisch aufwändig gestaltet. Hauptzielgruppe islamistischer Internetaktivitäten sind muslimische Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Konvertiten.

Viele von ihnen verbringen einen Großteil ihres Alltags in sozialen Netzwerken oder Online-Diskussionsforen. Islamistische Internetseiten haben gerade bei emotional und sozial noch nicht gefestigten Jugendlichen ein nicht zu unterschätzendes Radikalisierungspotenzial.

Die im Internet verbreitete Propaganda und „virtuelle“ Netzwerke tragen dazu bei, dass sich Aktivisten und Sympathisanten des globalen Jihad als Teil einer einzigen, vermeintlich elitären Bewegung begreifen, selbst wenn sich ihre Ziele und Handlungsmotive zuweilen stark unterscheiden. Mit Hilfe des Internets haben sich al-Qaida und der Islamische Staat (IS) immer mehr von in jihadistischen Krisengebieten operierenden Organisationen zu weltweiten Bewegungen entwickelt. Die Grenze zwischen Sympathisanten, die mit Propaganda und ideologischer Schulung im Netz auftreten, und den Aktivisten des Terrors verschwimmt zunehmend.

„Virtuelle“  
Netzwerke

In jedem Land der Welt können sich Sympathisanten mit Lehrmaterial aus dem Internet ausbilden, um am weltweiten Kampf teilzunehmen (so genannter Open Source Jihad). „Home grown“-Terroristen können sich somit in ihren Heimatländern jihadistisch betätigen, ohne unmittelbar in eine terroristische Gruppierung eingebunden zu sein. Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAH) publizierte bereits zehn Ausgaben ihres jihadistischen Online-Magazins „Inspire“

Online-Magazine



Seit Frühjahr 2014 betreibt auch der IS ein eigenes Online-Magazin mit dem Titel „Dabiq“. Der Titel bezieht sich auf einen Ort in Syrien, an dem gemäß islamischer Überlieferung die Entscheidungsschlacht zwischen Muslimen und Ungläubigen stattfinden soll, um ein neues Zeitalter einzuleiten. Diese Lehre von der Endzeit ist vergleichbar mit den christlich-jüdischen Vorstellungen von

---

Apokalypse und Armageddon. Im Unterschied zum al-Qaida-Magazin „Inspire“, das vorwiegend im „Westen“ lebende jihadistisch orientierte Personen zu terroristischen Aktionen anstacheln soll, hat „Dabiq“ bisher eine andere Zielrichtung. Es dient der ideologischen Rechtfertigung der terroristischen Aktivitäten des IS und soll den Appell, sich dem IS anzuschließen, untermauern.

Neben seinem Online-Magazin hat der IS auch eine Reihe von Medienstellen gegründet, die verschiedene Zielgruppen bedienen. Beispielsweise wendet sich das Al-Hayat Media Center an ein englisch-, deutsch-, russisch- und französischsprachiges Publikum.

#### Soziale Netzwerke

Über seine Medienstellen ist der IS auch in sozialen Netzwerken wie Twitter, Facebook und What's App aktiv. Dort wird auch konkrete Unterstützung für ausreisewillige Jihadisten angeboten, bis hin zu praktischen Tipps für die Einreise nach Syrien. Videos von grausamer Gewalt werden weltweit verbreitet und dienen der psychologischen Kriegsführung.

### 3.2 Überregionale Islamseminare und Benefizveranstaltungen

Für salafistische Propaganda sind neben Internet und Musik insbesondere auch überregionale „Islamseminare“ und Benefizveranstaltungen wichtig. Dabei treten bundesweit bekannte salafistische Prediger auf, die ihre salafistisch - teilweise jihadistisch - geprägten Vorträge an ein Publikum aus überwiegend Gleichgesinnten richten. Unter den Teilnehmern, die häufig aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen, befinden sich teilweise auch Salafisten aus Bayern, die derartige Veranstaltungen zur Kontaktpflege nutzen und sich von den dort vorgetragenen salafistischen Inhalten ein tieferes religiöses Verständnis versprechen.

Während die Zahl der Islamseminare eher rückläufig ist, haben Benefizveranstaltungen insbesondere für Syrien in Deutschland stark zugenommen. Um die Spendenbereitschaft zu erhöhen, werden emotionalisierende Bilder aus den syrischen Kampfgebieten gezeigt. Pro Veranstaltung ist von einem fünfstelligen

Spendenbetrag auszugehen. Federführend hierbei sind die zwei in Nordrhein-Westfalen ansässigen salafistischen Organisationen Helfen in Not e. V. und Ansaar International e. V. (ehemals Ansaar Düsseldorf e. V.).

Helfen in Not e. V.  
Ansaar International e. V.

Benefizveranstaltungen für Syrien können zu einer weiteren Radikalisierung und Emotionalisierung führen. Die Solidarität mit den Jihadisten in Syrien und der Wunsch, diese zu unterstützen, werden auf derartigen Veranstaltungen gestärkt. Zudem soll die Bereitschaft erzeugt werden, selbst in den Jihad zu ziehen.

Für eine Reihe von Personen aus dem islamistisch-jihadistischen Bereich sind daher Islamseminare und Benefizveranstaltungen ein wichtiger Baustein in ihrer Radikalisierungsbiographie.

Am 4. Mai fand erstmalig in Bayern eine Benefizveranstaltung von „Helfen in Not e. V.“ mit szenebekanntem salafistischen Predigern statt, an der rund 450 Personen teilnahmen.



---

## 4. Strukturen

### 4.1 Legalistischer Islamismus

#### 4.1.1 Milli-Görüs-Bewegung

---

<b>Mitglieder<sup>1</sup></b>	Deutschland: 31.000 Bayern: 4.700
<b>Gründer</b>	Prof. Dr. Necmettin Erbakan
<b>Entstanden</b>	ca. 1970 in der Türkei
<b>Sprachrohr der Milli-Görüs-Bewegung</b>	Milli Gazete (Nationale Zeitung)

---

<sup>1</sup> Die Zahlenangabe zur Milli-Görüs-Bewegung enthält die Mitglieder der IGMG (Stand VSB 2013). Aufgrund des anhaltenden Veränderungsprozesses in der IGMG können derzeit keine verlässlichen Zahlenangaben zum aktuellen Personenpotenzial ausgewiesen werden. Nicht alle Mitglieder/Anhänger der IGMG verfolgen oder unterstützen jedoch islamistische Ziele. Zu den übrigen Teilobjekten der Milli-Görüs-Bewegung liegen noch keine verlässlichen Zahlen vor.

Die islamistische Milli-Görüs-Bewegung ist ein Sammelbecken von Anhängern des am 27. Februar 2011 verstorbenen türkischen Politikers Prof. Dr. Necmettin Erbakan. Ziel der Bewegung ist es, zunächst die laizistische Staatsordnung (Trennung von Kirche und Staat) in der Türkei durch eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem Koran und der uneingeschränkten Gültigkeit der Scharia als Grundlagen des Staates und des gesellschaftlichen Zusammenlebens abzulösen.

Ihr erklärtes Fernziel ist darüber hinaus die weltweite Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des alten osmanischen Reichs unter Führung der Türkei. Die Bestrebungen der Milli-Görüs-Bewegung richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die Milli-Görüs-Bewegung wurde Ende der 1960er Jahre von dem türkischen Politiker Necmettin Erbakan gegründet. Zentrale Bedeutung in Erbakans politischem Denken haben die von ihm geprägten Schlüsselbegriffe Milli Görüs (nationale Sicht) und Adil Düzen (gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt zweigeteilt: einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische Ordnung (Adil Düzen),

---

andererseits in die westliche Ordnung der Gewalt und Unterdrückung (Batil Düzen = nichtige Ordnung). Es gelte, die westliche Ordnung durch eine „gerechte Ordnung“ zu ersetzen, wofür die Ausrichtung an islamischen Grundsätzen statt an von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln“ erforderlich sei.

Zu den klassischen Feindbildern gehören neben der westlichen Welt auch der Staat Israel - meist als „Zionisten“ umschrieben - sowie Kommunismus, Imperialismus, Kapitalismus und Christentum.

Insgesamt ist das Adil-Düzen-Konzept mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar: Die Einführung einer islamischen Gesellschaftsordnung würde den Grundsatz der Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip, die Unabhängigkeit der Justiz und das Demokratieprinzip beseitigen. Die Ausrichtung der Milli-Görüs-Bewegung auf eine sultansähnliche türkische Führerfigur zeigt nationalistisch-diktatorische Züge und widerspricht der republikanischen Struktur Deutschlands sowie dem Demokratieprinzip.

Adil-Düzen-Konzept

Zudem vertritt die Milli-Görüs-Bewegung einen Antisemitismus, der zu einer ausgrenzenden Benachteiligung des jüdischen Volkes und der jüdischen Religion führt und die Menschenrechte sowie den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt.

Der Milli-Görüs-Bewegung sind insbesondere die Saadet Partisi (SP - Glückseligkeitspartei) als politische Vertreterin der Bewegung, die Ismael Aga Gemeinschaft (IAC), die Erbakan-Stiftung, die türkische Tageszeitung Milli Gazete, der türkische Fernsehsender TV 5 und die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) zuzurechnen.

**MILLÎGAZETE**  
HE GAZETE İSTİFASINDA

TV 5

Das Zusammenwirken der IGMG, der SP und ihrer Sprachrohre Milli Gazete und TV 5 zeigt, dass es sich um Institutionen handelt, die zwar formal eigenständig sind, die aber nur als Glieder einer einheitlichen politischen Bewegung verstanden werden können.



### Saadet-Partisi (SP)

In der Türkei sind die Anhänger der islamistischen Milli-Görüs-Bewegung seit 2001 in der SP organisiert, nachdem die Vorgänger-Parteien Refah Partisi (RP - Wohlfahrtspartei) und Fazilet Partisi (FP - Tugendpartei) wegen „antilaizistischer Aktivitäten“, also wegen Aktivitäten, die die Trennung von Staat und Religion rückgängig machen sollen, verboten wurden. Bei den türkischen Kommunalwahlen 2014 verfehlte die SP ihre eigenen hohen Ziele mit einem Ergebnis von 2,78 % deutlich. Die seit 2013 bestehende Deutschlandvertretung der SP baute ihre Strukturen weiter aus und gründete beispielsweise in Bayern den Regionalverband Südbayern mit Sitz in München.



### Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)

Die Zentrale der IGMG hat ihren Sitz in Köln, ihr sind mehr als 30 „Gebiete“ nachgeordnet, davon etwa die Hälfte in Deutschland. Weitere „Gebiete“ befinden sich in europäischen Ländern, aber auch in Übersee (wie beispielsweise in Kanada und Australien). Unterhalb der „Gebietsebene“ sind 500 „Ortsvereine“ angesiedelt, davon etwa 320 in Deutschland. In Bayern unterhalten etwa 50 Vereine Verbindungen zur IGMG mit regionalen Schwerpunkten in Nürnberg und München.

Die IGMG-Führung versucht sich durch Aktivitäten in der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung und weltweite Hilfskampagnen als verfassungstreue Organisation und Religionsgemeinschaft darzustellen. Die Verbindung zur islamistischen Milli-Görüs-Bewegung wird jedoch durch die Beibehaltung des Begriffs Milli Görüs im Namen der IGMG sowie enge und dauerhafte Kontakte zwischen der IGMG und der SP deutlich. Nach wie vor fehlt eine klare Abgrenzung von der Person Erbakan und von dessen ideologischem Erbe. Die Reformbemühungen der IGMG hinsichtlich einer Loslösung von der Milli-Görüs-Bewegung und die daraus entstandene Inhomogenität der IGMG, bezogen auf verfassungsfeindliche Bestrebungen, werden laufend geprüft und eingehend bewertet.

### Milli Görüs Ahde Vefa Plattform (MGAV) / Erbakan Vakfi

IGMG-Anhänger, die den Kurs der IGMG-Führung als zu zurückhaltend kritisieren, gründeten im Jahr 2012 eine eigene Organisation unter dem Motto „Ahde Vefa“ (Treue zum Schwur). Sie halten

---

sich streng an die Milli-Görüs-Ideologie und orientieren sich dabei am Sohn Necmettin Erbakans, Fatih Erbakan. Inzwischen nennt sich die Gruppierung Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung).

„Ahde Vefa“ /  
Erbakan Vakfi

### Ismael Aga Gemeinschaft (IAC)

Unter der Leitung des Predigers Nusret Cayir sammeln sich Anhänger des islamischen Ordens der Naqshibandiyya, dem auch der verstorbene Führer der Milli-Görüs-Bewegung Necmettin Erbakan angehörte. Die Anhängerschaft der IAC weist Überschneidungen mit der IGMG auf. Cayir missbilligt die politischen Verhältnisse in Deutschland und propagiert offen die Allgemeingültigkeit der Scharia. Er lehnt insbesondere die Gleichstellung der Frau ab. Die Stadt Offenbach verfügte am 13. Mai die Ausweisung Cayirs. Gegen diese Verfügung legte er Rechtsmittel ein. Auch bayerische Sympathisanten der IAC besuchen die monatlichen Treffen in Frankfurt am Main.

## 4.1.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

<b>Anhänger</b>	Deutschland: etwa 750 Bayern: etwa 30
<b>früherer Vorsitzender</b>	Metin Kaplan
<b>Gründung</b>	1984
<b>Sitz</b>	Köln
<b>Publizistisches Sprachrohr</b>	Muhacirun (Auswanderer)



Die Vereinigung Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat) wurde 2001 vom Bundesministerium des Innern in Deutschland nach dem Vereinsgesetz verboten.

Der Kalifatsstaat war eine am Führerprinzip orientierte, streng hierarchisch gegliederte Organisation, deren Endziel die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines Anführers Metin Kaplan war. Der Kalifatsstaat richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung sowie den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdete die Innere Sicherheit in Deutschland. Das Verbotsverfahren und die staatlichen Exekutivmaßnahmen haben die Organisationsstruktur geschwächt. Gleichwohl gibt

---

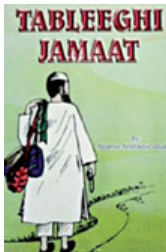
es in Deutschland noch immer Anhänger, die das Gedankengut des Kalifatsstaats weiterhin verbreiten. Zudem ist die offizielle Internetseite des Kalifatsstaats, die über einen Server in den Niederlanden betrieben wird, abrufbar.

Die 1984 in Köln gegründete Organisation Kalifatsstaat (ehemals Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V., Köln – ICCB) verstand sich als Wiederbelebung des durch Kemal Atatürk 1924 in der Türkei abgeschafften Kalifats. Wegen seiner aggressiv-kämpferischen, gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstoßenden und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Haltung wurde der Kalifatsstaat am 8. Dezember 2001 vom Bundesministerium des Innern verboten. Der frühere Vorsitzende des Kalifatsstaats Metin Kaplan, der wegen Mordaufrufs eine vierjährige Gefängnisstrafe in Deutschland verbüßt hatte, wurde 2004 in die Türkei abgeschoben.

Kultur- und  
Bildungszentrum  
Ingolstadt e. V.

Am 22. Oktober 2013 verbot das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr den 2009 gegründeten Verein Kultur- und Bildungszentrum Ingolstadt e. V. als Ersatzorganisation des Kalifatsstaats. Die Polizei durchsuchte in diesem Zusammenhang insgesamt 21 Objekte. Die Auswertung der sichergestellten Beweismittel bestätigte die Kalifatsstaatsbezüge des Vereins. So konnten beispielsweise Bücher festgestellt werden, die auf Cemaleddin Kaplan - den Vater von Metin Kaplan - zurückgehen und die Ideologie des verbotenen Kalifatsstaats propagieren. Der Verein hat gegen das Verbot Rechtsmittel eingelegt. Eine Entscheidung ist noch nicht ergangen.

### 4.1.3 Tablighi Jamaat (TJ)



---

<b>Anhänger:</b>	Deutschland: etwa 700 Bayern: etwa 140
<b>Gründung:</b>	1927 bei Delhi (Indien)

---

Ziel der TJ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission) ist die Islamisierung der Gesellschaft, um dadurch die Etablierung eines islamischen Staates zu erreichen.



---

Die Bestrebungen der TJ richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Die TJ wurde vom Religionsgelehrten Mawlana Muhammad Ilyas als pietistische Missionierungsbewegung gegründet. Seit ihren Ursprüngen ist sie eng mit der Islamischen Hochschule von Deoband/Indien verbunden. Die Gemeinschaft vertritt eine archaische Form des Islams indischer Prägung. Sie hat den Charakter einer internationalen islamistischen Massenbewegung, deren Anhänger sich nicht einer festen Gruppierung zugehörig fühlen, sondern sich als konsequente Muslime mit missionarischem Auftrag verstehen.

Internationale  
islamistische  
Massenbewegung

Die TJ-Anhänger vertreten eine wörtliche Auslegung des Korans und der Sunna, die politische und gesellschaftliche Ausgrenzung der Frau und eine Abgrenzungspolitik gegenüber Nicht-Muslimen. Traditionelle Gebetskleidung und bis in Details verbindliche Verhaltensregeln im Alltag sollen die absolute Hinwendung zum Propheten Muhammad ausdrücken. Diese Bestrebungen wirken in nicht-muslimischen Gesellschaften zwangsläufig desintegrierend, so dass eine dauerhafte und ernsthafte Hinwendung zu westlichen Gesellschaftsordnungen, Wertvorstellungen und Integrationsmodellen nicht möglich ist. Charakteristisch für die Anhänger der TJ ist eine missionarische Reisetätigkeit, bei der sie Moscheen weltweit aufsuchen. Die Missionierung dient der Rekrutierung neuer TJ-Mitglieder. Zur Ausbildung der Anhänger gehört eine vier Monate dauernde Schulung, vornehmlich in Koranschulen in Pakistan. Die wenigsten Missionare verfügen über eine theologische Ausbildung.

Zur Missionierung nutzen TJ-Anhänger auch Moscheen, die keinen unmittelbaren Bezug zur TJ haben. Dort organisieren sie Veranstaltungen, bei denen die Anhänger über Tage oder Wochen hinweg beten, den Koran studieren und indoktriniert werden. Für Kinder und Jugendliche werden auch Koran-Schulungen durchgeführt. Durch die gemeinsame ideologische Basis mit militanten Gruppierungen besteht die Gefahr, dass die weltweiten Strukturen der Bewegung von terroristischen Netzwerken genutzt werden. Von Einzelpersonen, die die Schulung der TJ durchlaufen haben, ist bekannt, dass sie sich terroristischen Gruppierungen angeschlossen haben.

Missionierung in  
Moscheen

---

In Bayern sind mindestens zwei Moscheen (München und Papenheim) den TJ-Strukturen zuzurechnen. Zahlreiche weitere bayerische Moscheen sind Ziel von TJ-Aktivitäten.

#### 4.1.4 Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)

---

<b>Anhänger/Besucher:</b>	etwa 80
<b>Gründung:</b>	1994 in München
<b>Neugründung:</b>	2009

---

Als Multiplikator schiitisch-islamistischen Gedankenguts innerhalb der schiitischen Gemeinschaften in Deutschland dient das Islamische Zentrum Hamburg (IZH).

In Bayern übernimmt die IVB als Außenstelle des IZH diese Aufgabe. Sie soll im Auftrag der iranischen Führung auf schiitische Muslime einwirken und deren politische und religiöse Einstellung beeinflussen. Da der Iran keine Trennung von Staat und Religion kennt, hat die religiöse Arbeit des Vereins auch eine politische Komponente und richtet sich daher gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bewahrung der einst vom iranischen Revolutionsführer Ayatollah Khomeini propagierten Idee der „Islamischen Revolution“ im Iran und deren internationale Verbreitung ist bis heute wesentlicher Bestandteil der iranischen Politik. Der „Export der Revolution“ ist in der iranischen Verfassung vorgeschrieben. Das beinhaltet auch „Todesfatwas“, wie das Beispiel eines in Deutschland lebenden iranischen Musikers zeigt, dessen Texte 2012 als Gotteslästerung interpretiert wurden und der daraufhin Morddrohungen erhielt.

Der Iran unterstützt eine Vielzahl islamischer und islamistischer Bewegungen und Organisationen, vor allem im Nahen und Mittleren Osten. Auch islamische Zentren und Moscheen in Deutschland dienen im Sinn dieses „Revolutionsexports“ als Foren für Versuche der Einflussnahme durch den Iran.

---

Das größte und einflussreichste Zentrum ist das 1962 gegründete Islamische Zentrum Hamburg (IZH). Neben der iranischen Botschaft ist das IZH die wichtigste offizielle Vertretung des Iran in Deutschland und gleichzeitig eines seiner bedeutendsten Propagandazentren in Europa. Die enge Anbindung des IZH an die Führung des Iran zeigt sich u. a. darin, dass der Leiter des IZH ein ausgewiesener islamischer Rechtsgelehrter sein muss, der vom iranischen Außenministerium bestimmt wird und als Vertreter des iranischen „Revolutionsführers“ in Mitteleuropa gilt. Der Iran versucht mit dessen Hilfe, Schiiten aller Nationalitäten an sich zu binden sowie die gesellschaftlichen, politischen und religiösen Grundwerte der islamischen Revolution in Europa zu verbreiten.

IHZ-Hamburg



Eine weitere Einflussnahme des IZH auf schiitische Vereine in ganz Deutschland zeichnete sich durch die Gründung zweier irakischer Dachverbände ab. So wurde auf Initiative des IZH im März 2009 die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e. V. (IGS) mit Sitz in Berlin gegründet. Dem Dachverband trat eine Vielzahl von schiitischen Vereinen aus ganz Deutschland bei. Im Mai 2011 wurde unter Leitung des IZH ein zweiter „Dachverband für die irakisch/schiitischen Vereine in Deutschland“ in Hamburg gegründet.

Gründung von  
Dachverbänden

Die Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB) ist ebenfalls ein Zentrum des iranischen „Revolutionsexports“. Seit der Wiedereröffnung des iranischen Generalkonsulats in München im Februar 2009 sind in Bayern verstärkte Aktivitäten zur Verbreitung der iranischen Staatsdoktrin festzustellen. So hat die dem IVB angehörende iranisch-schiitische Moschee in München im Jahr 2009 wieder ihren Betrieb aufgenommen. Die Bedeutung dieser Moschee zeigt sich u. a. darin, dass sowohl der iranische Generalkonsul als auch der Leiter des IZH bereits mehrmals Veranstaltungen der Moschee besuchten.

Zwischen IZH und IVB bestehen enge Verflechtungen. In der Satzung der IVB ist beispielsweise festgelegt, dass das Vereinsvermögen im Falle einer Auflösung des Vereins an das IZH fallen soll.

Enge Verflechtung  
IHZ und IVB

Ebenso gehört dem Vereinsbeirat immer der jeweilige Imam von Hamburg an, der den IVB-Vorstand in allen Vereinsangelegenheiten berät. Seit dem Jahr 2012 ist auch der Vorsitz des Vereins mit einem Mitarbeiter des IZH besetzt. Insgesamt ist festzustellen, dass die Moschee der IVB als Anlaufstelle für schiitische Gläubige aller Nationalitäten dient, die so einer schiitisch-islamistischen Indoktrination ausgesetzt sind.

#### 4.1.5 Die Muslimbruderschaft (MB) und ihr Einfluss in Deutschland



<b>Anhänger</b>	Deutschland: etwa 1.700 Bayern: etwa 230
<b>Gründung</b>	1928 in Ägypten
<b>Publikation</b>	Risalat-ul-Ikhwan

Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete MB ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des zeitgenössischen politischen Islam.

Das von der MB angestrebte politische System weist deutliche Züge eines totalitären Herrschaftssystems auf, das die Souveränität des Volkes sowie die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit der Menschen nicht garantiert. Die Ideologie der MB ist auf die Errichtung islamischer Herrschaftsordnungen auf der Grundlage von Koran und Sunna ausgerichtet. Ein Großteil der ideologischen Grundsätze der MB ist somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung.

Das Wesentliche der verfassungsfeindlichen Ideologie der MB ist in der - für die Organisation bis heute maßgeblichen - Schrift „Allgemeine Ordnung der Muslimbruderschaft“, die auf die Gründergeneration um Hassan al-Banna zurückgeht, festgehalten:

- Islamisierung der Gesellschaft durch Da'wa-Aktivitäten (deutsch: Missionierung) und soziale Maßnahmen

- 
- ▶ Beendigung der „kulturellen Verwestlichung“ (arabisch: Taghrib)
  - ▶ Umwandlung des Bildungswesens und der Bildungsinstitutionen nach islamischen Kriterien
  - ▶ Errichtung eines islamischen Staates auf der Grundlage islamischer Prinzipien und Werte
  - ▶ Anwendung des islamischen Rechts (arabisch: Scharia)

Die MB ist eine internationale Organisation. In zahlreichen Ländern existieren Vereinigungen, die sich ideologisch an der MB in Ägypten orientieren, zum Beispiel die al-Nahda, in Tunesien.

Offiziell haben sich die meisten Zweige der MB von Gewalt abgewandt. Die „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) als palästinensische Sektion der MB nutzt jedoch weiterhin militärische Mittel im Kampf gegen Israel.

HAMAS

Den Umbruch in der arabischen Welt versuchte die MB zum Ausbau ihrer Machtposition zu nutzen. In Ägypten wurde sie bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 stärkste politische Kraft. Der Muslimbruder Muhammad Mursi setzte sich bei den Präsidentschaftswahlen 2012 durch. Nach Massendemonstrationen am 30. Juni 2013, bei denen 14 Millionen Ägypter auf die Straße gingen, wurde er im Juli vom Militär abgesetzt und vor Gericht gestellt. Im Zusammenhang mit dem Sturz des Präsidenten kam es zu massiven Protesten der MB, die zum Teil gewaltsam ausgetragen wurden. Die Auseinandersetzungen mündeten in ein Verbot der MB und eine Verdrängung ihrer Anhänger aus dem öffentlichen Leben. Die ägyptische Regierung erklärte die MB im Dezember 2013 zur Terrororganisation.

MB in  
Ägypten

Der seit 2010 amtierende oberste Führer der MB Muhammad Badi wurde im Juni in Ägypten wegen Anstachelung zum Mord zum Tode verurteilt und anschließend zu lebenslanger Haft begnadigt. Zudem wurden hunderte weitere Todesurteile gegen mutmaßliche Muslimbrüder ausgesprochen und zum Teil vollstreckt. Wegen der Inhaftierung führender Muslimbrüder in Ägypten gewann die internationale Organisation der MB unter Leitung von Ibrahim Mounir in London mehr Einfluss, da sie die Aufgaben der ehemaligen MB-Führung in Ägypten mit übernehmen musste.

MB in  
Tunesien

Die seit 2012 in Tunesien regierende al-Nahda, ein Ableger der MB, verlor zuletzt an Rückhalt. Bei der Parlamentswahl am 26. Oktober konnte sie ihre Stellung als stärkste Partei nicht verteidigen.

Als Dachverband MB-naher Organisationen in Europa fungiert die 1989 gegründete Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE) mit Sitz in Brüssel. Eine weitere einflussreiche und eng mit der MB verflochtene Organisation ist der Europäische Fatwa-Rat (ECFR) mit Sitz in Dublin/Irland. Dessen Vorsitzender Yusuf al-Qaradawi ist als geistiger Führer der MB bekannt.

MB in  
Deutschland

Die MB tritt zwar in Deutschland nicht offen in Erscheinung, wird jedoch durch die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) und die FIOE als Teil einer weltweiten „Islamischen Bewegung“ vertreten und ist somit auch in Deutschland aktiv. Dies ergibt sich u. a. aus Dokumenten, die im Dezember 2009 im Rahmen eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens sichergestellt werden konnten. Eines der sichergestellten Dokumente ist ein in arabischer Sprache abgefasster Vierjahres-Plan der MB. Die darin vorgesehenen Maßnahmen basieren auf einer Doppelstrategie: Nach außen gibt sich die MB offen, tolerant und dialogbereit und strebt eine Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und Entscheidungsträgern an, um so Einfluss im öffentlichen Leben zu gewinnen. Ihr Ziel bleibt aber die Errichtung einer auf der Scharia basierenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung, wobei die MB für sich die Führungsrolle für alle Muslime beansprucht. Der Plan zeigt eine deutliche Abgrenzung gegenüber den USA, Israel, dem jüdischen Volk und Andersgläubigen.

#### 4.1.5.1 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)



<b>Mitglieder</b>	Deutschland: etwa 1.000 Bayern: etwa 145
<b>Gründung</b>	1960 in Deutschland
<b>Präsident</b>	Samir Falah
<b>Sitz</b>	Köln

---

Die IGD versucht durch politisches Engagement in Deutschland ihre von der Ideologie der Muslimbruderschaft (MB) geprägten Ziele zu erreichen. Die Anhänger der IGD sind bemüht, ihre Verbindung zur MB in öffentlichen Verlautbarungen nicht zum Ausdruck zu bringen. Die Bestrebungen der IGD richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Ideologie der MB

Die IGD ist Gründungsmitglied der Föderation der Islamischen Organisationen in Europa (FIOE), dem europäischen Dachverband MB-naher Verbände, sowie Gründungsmitglied des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD) und war über diesen auch an der Gründung des Koordinierungsrates der Muslime (KRM) beteiligt. Von 2002 bis Anfang 2010 war Ibrahim El-Zayat Präsident der IGD. Am 11. Januar 2010 wurde Samir Falah als sein Nachfolger gewählt.

Mehrere zum Teil formell eigenständige Islamische Zentren (IZ) sind der IGD in Deutschland nachgeordnet. In Bayern sind dies das Islamische Zentrum München und die Islamische Gemeinde Nürnberg, ehemals Islamisches Zentrum Nürnberg. Darüber hinaus verfügt die IGD über ein weit verzweigtes Netz an Kooperationspartnern in verschiedenen Städten Deutschlands.

Zentren in  
München und  
Nürnberg

Die IGD ist um eine Verselbstständigung der ihr nachgeordneten Islamischen Zentren bemüht. Damit entstehen Vereinsstrukturen, die nur schwer kontrollierbar sind und die die tatsächliche Anbindung an die IGD verschleiern. Dieses Vorgehen ermöglicht den neu gegründeten selbstständigen Vereinen, für sich die Gemeinnützigkeit (steuerrechtliche Vorteile) zu beantragen. Die IGD selbst verlor 1999 die Gemeinnützigkeit, eine zunächst gegen diese Entscheidung eingereichte Klage hatte sie später wieder zurückgenommen.

Im Dezember 2012 wurde in Frankfurt das IGD-nahe Europäische Institut für Humanwissenschaften (EIHW) gegründet. Das EIHW soll Studienabschlüsse in der arabischen Sprache und in der Islamwissenschaft vermitteln. Die IGD strebt damit eine Alternative zum staatlich geförderten Vorhaben an, Imame an deutschen Universitäten auszubilden. Die Abschlüsse, für die das EIHW eine staatliche Anerkennung anstrebt, können auch durch ein Fern-



الكلية الأوروبية للعلوم الإنسانية  
DAS EUROPÄISCHE INSTITUT  
FÜR HUMANWISSENSCHAFTEN

---

studium erworben werden, in dessen Rahmen auch Blockunterrichte in München stattfinden. Der wissenschaftliche Leiter des EIHW war bereits 2009 für strategische Konzepte der IGD zuständig.

#### 4.1.5.2 Muslimische Jugend in Deutschland e. V. (MJD)

<b>Vorsitzender</b>	Amin El-Naggar
<b>Gründung</b>	1994
<b>Sitz</b>	Berlin
<b>Struktur</b>	23 Lokalkreise

Die MJD ist ein rechtlich unabhängiger Jugendverband, der in der Vergangenheit wiederholt Kontakte zur IGD hatte. Der Verein bietet jungen Muslimen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Für Außenstehende ist dabei meist nicht ersichtlich, dass im Schulungs- und Freizeitangebot der MJD auch Gedankengut der Muslimbruderschaft (MB) propagiert wird. Es liegen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass sich die Aktivitäten der MJD gegen einzelne Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richten.

Münchener  
MJD-Gruppe

Der Münchner Lokalkreis der MJD nutzt die Räumlichkeiten des Islamischen Zentrums München (IZM). Er bezeichnet sich als „Islamische Jugendgruppe“, die aus der „Mawahidun“ (Brüdergruppe) und der „Mawahidat“ (Schwesterngruppe) besteht. Die Gruppe gibt vor, eine islamische Bildung zu vermitteln, die alle Dimensionen des Menschen – Körper, Geist und Seele – beachtet. Die Münchner Jugendgruppe behauptet, durch ihre Arbeit die Entwicklung einer ausgewogenen islamischen Persönlichkeit zu fördern. Dazu organisiert sie gemeinsam mit dem Bundesverband der MJD Camps, Meetings, Tagesausflüge und Seminare.

Persönliche Aufzeichnungen und elektronische Dokumente des früheren Leiters des Münchner Lokalkreises legen nahe, dass dieser die Ideologie der MB vertritt, in der der Islam nicht als Religion, sondern als allumfassendes Lebens- und Gesellschaftskonzept unter Einschluss der Politik verstanden wird.



---

Vor diesem Hintergrund hat das Bayerische Verwaltungsgericht München am 11. Januar 2012 die Klage des früheren Leiters der Münchner Jugendgruppe auf Einstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe abgewiesen. Das Verwaltungsgericht hat in seiner mittlerweile rechtskräftigen Entscheidung festgestellt, dass der Kläger der Ideologie der Muslimbruderschaft und der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) nahesteht.

## 4.2 Salafismus

Ende des 18. Jahrhunderts trat auf der arabischen Halbinsel ein Prediger namens Muhammad Ibn Abd al-Wahhab auf. Er predigte eine Reinigung des Islam von, aus seiner Sicht, unerlaubten Neuerungen sowie von Irrglauben. Vorbildfunktion in Bezug auf den „wahren Islam“ böten einzig die frommen Altvorderen (arabisch: al-salaf al-salih), also die Repräsentanten der Frühzeit des Islam. Der Salafismus ist die derzeit am schnellsten wachsende islamistische Strömung in Deutschland.

Heutige Salafisten orientieren sich an der Lehre des Wahhabismus. Sie richten ihren Glauben, ihre religiöse Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Korans und dem vom Propheten Muhammad und den frommen Altvorderen gesetzten Vorbild aus. Jegliches Abweichen von dieser Norm, die als ursprünglicher und reiner Islam gilt, lehnen Salafisten als unerlaubte Verfälschung des Islam bzw. „Neuerung“ (arabisch: bid'a) ab. Zentraler salafistischer Glaubensinhalt ist die Ein(s)heit und Einzigartigkeit Gottes (arabisch: tauhid). Für Salafisten beinhaltet dies auch, dass Gott der einzig legitime Souverän und Gesetzgeber ist. Die Scharia ist für sie als Gesetz Gottes letztgültiger Maßstab. Salafisten lehnen das Demokratieprinzip (Volkssouveränität) kategorisch ab. Sie verneinen strikt die Geltungsberechtigung „weltlicher“ Gesetzgebung (Parlamentsgesetze).

Prinzip des  
„Tauhid“

Als Höherwertigkeitsideologie richtet sich der Salafismus zwar auch gegen nicht-islamische, z. B. jüdische und christliche, Glaubensvorstellungen; besonders in der Kritik stehen jedoch andere islamische Glaubensauffassungen – insbesondere das schiitische und mystische Islamverständnis. Salafisten diffamie-

---

ren die Anhänger dieser Glaubensformen als Ungläubige oder werfen ihnen Götzendienste (arabisch: shirk) vor. Am Dialog mit Andersgläubigen sind die Salafisten nur insoweit interessiert, wie er ihrer Missionierungsarbeit (arabisch: da'wa) dienlich ist.

Für junge Muslime der dritten Generation und deutsche Konvertiten auf Identitätssuche bietet der Salafismus eine neue Projektionsfläche fernab der Religiosität der Elterngeneration bzw. der Regeln der eigenen Gesellschaft. Muslime ohne tiefgründige Kenntnis der islamischen Religion sollen sich als fester Bestandteil einer salafistischen Solidargemeinschaft fühlen, die einfache, aber strenge Regeln und ein schlichtes dualistisches Weltbild bietet.

Die Ideologie des Salafismus lässt sich in eine politische und eine jihadistische Strömung unterteilen, die Übergänge sind dabei fließend. Sie unterscheiden sich vor allem in der Wahl der Mittel, mit denen ihre Ziele realisiert werden sollen. Jihadistische wie auch politische Salafisten stützen sich jedoch auf dieselben ideologischen Autoritäten und Vordenker und verfolgen die gleichen Ziele.



Jihadistischer  
Salafismus

Jihadistische Salafisten befürworten eine unmittelbare und sofortige Gewaltanwendung. Sie propagieren den bewaffneten Kampf auch gegen Regierungen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, denen sie vorwerfen, vom Islam abgefallen und Handlanger des verhassten „Westens“ zu sein. Derzeit

---

ist nur ein kleiner Prozentsatz der Salafisten dem jihadistischen Salafismus zuzurechnen, die überwiegende Zahl der Anhänger spricht sich gegen Gewalt aus.

Gleichwohl bietet gerade der politische Salafismus durch seine radikalisierende Wirkung immer wieder den Nährboden für terroristische Aktionen. So waren fast alle bisher in Deutschland identifizierten terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen salafistisch geprägt bzw. haben sich in salafistischen Milieus entwickelt.

Politischer  
Salafismus

## 4.2.1 Politischer Salafismus

---

<b>Anhänger/Besucher</b>	Deutschland: etwa 7.000 Bayern: etwa 570
<b>Entstehung</b>	Erste Strukturen in Bayern Mitte der 1990er Jahre

---

Salafisten lehnen weltliche Gesetze und die Werte westlicher Gesellschafts- und Herrschaftssysteme als unislamisch und unterlegen kategorisch ab. Sie orientieren sich kompromisslos an der islamischen Frühzeit vor 1.400 Jahren und befürworten frühislamische Herrschafts- und Gesellschaftsformen. Dies führt zur Ablehnung der als wesensfremd empfundenen Mehrheitsgesellschaft und ihrer demokratischen Werte. Vor allem die von salafistischen Akteuren in Deutschland propagierte Einheit von Religion und Staat und der ebenfalls erhobene absolute Geltungsanspruch der islamischen Rechtsordnung (Scharia) machen deutlich, dass salafistische Auffassungen Geltung für sämtliche Lebensbereiche beanspruchen.

Die ideologischen Grundsätze des Salafismus sind somit unvereinbar mit den im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien, insbesondere der Demokratie, des Rechtsstaats und einer auf der Menschenwürde basierenden politischen Ordnung.

Bundesweit ist eine wachsende „Infrastruktur“ des Salafismus festzustellen. Die salafistische Szene ist allerdings meist nur lose organisiert und weist eine hohe Dynamik auf. Feste, formale

---

Organisationsstrukturen sind in der Regel nicht vorhanden. Eine Ausnahme hiervon bilden örtliche salafistische Vereine, die häufig gleichzeitig als Träger salafistisch geprägter Moscheen fungieren. Daneben gibt es zunehmend lose Personennetzwerke oder autonom agierende Einzelpersonen, die salafistische Aktivitäten entfalten.

Für deutschsprachige Muslime hat sich mittlerweile ein breites salafistisches Bildungsangebot etabliert, das u. a. zahlreiche Publikationen, Internetangebote und Vortragsveranstaltungen charismatischer Prediger umfasst. Prominente Angehörige der salafistischen Gelehrtennetzwerke treten zudem als „Online-Imame“ auf. Salafistische Schulungsmaßnahmen vor Ort werden hierbei vermehrt durch virtuelle Fortbildung über das Internet ergänzt oder ersetzt. Gerade charismatische Führungspersönlichkeiten wirken als Multiplikatoren der salafistischen Ideologie und ziehen verstärkt vor allem junge Anhänger an.

#### Da'wa-Aktivitäten in Bayern

Entsprechend zum bundesweiten Trend sind auch in Bayern zunehmende Da'wa-Aktivitäten („Da'wa“ = Missionierung) einer sich in Netzwerken organisierenden Anhängerschaft der salafistischen Ideologie zu beobachten. So fanden Islam-Infostände, bislang in folgenden Städten statt: Amberg, Aschaffenburg, Augsburg, Bayreuth, Coburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Lindau, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Schongau, Schwandorf, Weiden und Würzburg.



Seit Ende 2012 werden salafistische Infostände regelmäßig in Verbindung mit dem bundesweiten Koranverteilungsprojekt „Lies!“ organisiert. Mittlerweile sind vermehrt auch sogenannte „Street-Da'wa“-Teams unterwegs, die Koranexemplare mobil aus Umhängetaschen heraus verteilen. Verantwortlich für die „Lies!“-Aktion ist das salafistische Netzwerk Die Wahre Religion (DWR) des Predigers Ibrahim Abou Nagie.

Finanziert wird das Koranverteilungsprojekt überwiegend mittels Spenden aus der salafistischen Szene. Neben der Rekrutierung neuer Anhänger dient das „Lies!“-Projekt auch der Vermittlung überregionaler Kontakte zwischen Salafisten, wodurch individuelle Radikalisierungsprozesse verstärkt werden können. Die häufig jugendlichen Mitglieder von „Lies!“-Gruppen empfinden

---

ihr salafistisches Engagement als persönliche Aufwertung. Ihnen wird das Gefühl von Gemeinschaft, Überlegenheit und Identität vermittelt.

Attraktiv ist der Salafismus für manche junge Menschen auch deshalb, weil er ihnen eine vermeintlich klare Orientierung bietet. Der Komplexität und Unübersichtlichkeit der modernen Welt setzt er ein konsequentes Schwarz-Weiß-Denken gegenüber. Von individuellen Entscheidungen und persönlicher Verantwortung wird der junge Mensch durch eine Vielzahl von eindeutigen Geboten und Verboten entlastet. Bestätigt werden diese radikalen Denkmuster regelmäßig durch die Schwarz-Weiß-Rhetorik auf Veranstaltungen salafistischer Prediger.

Der salafistische Prediger Pierre Vogel führte im Mai in Bayern eine Open-Air-Kundgebung im Rahmen seiner sogenannten Deutschland-Tour durch. In Nürnberg sprach er vor etwa 150 Zuhörern. Mit derartigen Kundgebungen sollen neue Anhänger für die salafistische Ideologie gewonnen werden. Ab der Jahresmitte fanden keine weiteren Open-Air-Kundgebungen in Bayern statt. Stattdessen bewarb Vogel verstärkt das Projekt „Wohnungs-Dawa“. Er bietet dabei Interessenten Vorträge in ihrem Zuhause an.

Deutschland-  
Tour



---

Moscheen wie die El-Salam-Moschee in München, die Moschee des Islamischen Zentrums Weiden e. V. sowie die Al-Rahman-Moschee in Regensburg und die As-Salam-Moschee in Schwandorf sind Plattformen für salafistische Vortragsveranstaltungen und salafistischen Islam- und Koranunterricht. Hier treten - teilweise in regelmäßigen Abständen - Prediger auf, die ihr salafistisches Gedankengut verbreiten.

Weitere Anlaufstellen für Salafisten in Bayern sind der in Neu-Ulm ansässige Moscheeverein Islamisch-Albanisches Zentrum e. V., die Darul-Quran-Moschee in München und die Salahuddin-Moschee in Augsburg. In Nordbayern ist der Imam der Al-Taqwa-Moschee in Bayreuth am Aufbau weiterer salafistischer Anlaufstellen beteiligt.

Salafistische  
Personennet-  
zwerke

Salafistische Personennetzwerke bilden sich aber auch abseits von Moschee- und Vereinsinstitutionen. Innerhalb dieser Netzwerke kann es aufgrund des starken Gemeinschaftsgefühls schnell zu einer Radikalisierung bis hin zur Bereitschaft zur Teilnahme am gewaltsamen Jihad kommen.

In Nordrhein-Westfalen patrouillierten Salafisten erstmals als sogenannte Scharia-Polizei. Dabei sprachen sie Muslime an, die aus salafistischer Sicht „nicht-muslimisches“ Verhalten wie etwa den Konsum von Alkohol an den Tag legten. Die Salafisten trugen bei dieser Aktion Warnwesten mit der Aufschrift „Shariah-Police“. Gegen das Tragen dieser Westen stellte das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen einen Untersagungsbescheid aus. In Bayern gab es 2014 keine ähnlichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen von Salafisten.

Frauenseminare

Die Rolle der Frauen innerhalb der salafistischen Szene hat sich in den letzten Jahren gewandelt. In salafistisch ausgerichteten Moscheen agieren Frauen zwar nach wie vor getrennt von den Männern. Für sie werden spezielle Frauenunterrichte und Frauenseminare angeboten. Inzwischen beteiligen sie sich aber auch an salafistischen Propagandaaktivitäten. Auch an salafistischen („Lies!“) Infoständen traten zeitweise Frauen auf.

---

## 4.2.2 Jihadistischer Salafismus

Eine Reihe salafistischer Gruppierungen hat sich dem weltweiten bewaffneten Kampf (Jihad) gegen die „Ungläubigen“, gegen „den Westen“ und gegen Regierungen im islamischen Raum, die vom Westen unterstützt werden, verschrieben. Jihadistische Salafisten kämpfen derzeit vor allem in Syrien und im Irak. Daneben entfalten aber auch die sogenannten Jihadregionen in Mali, Somalia, dem Jemen, Afghanistan und Pakistan nach wie vor eine Anziehungskraft auf jihadistisch orientierte Personen.

In Syrien etablierten sich mit Beginn der bürgerkriegsähnlichen Unruhen 2011 neben der säkular orientierten Opposition auch islamistische Gruppierungen, die den Jihad propagieren, um ausländische Kämpfer zu rekrutieren. Schätzungen zufolge befinden sich derzeit bis zu 15.000 ausländische Kämpfer in Syrien bzw. dem Nordirak. Hauptakteure sind der Islamische Staat (IS) und die Jabhat al-Nusra, letztere als regionaler Ableger der Kern-al-Qaida.

Islamischer Staat  
Jabhat al-Nusra

Immer wieder rufen die terroristischen Gruppierungen dazu auf, den Jihad auch in die westlichen Staaten zu tragen. Genannt sind hier meist die USA und ihre Verbündeten. Auch zu Anschlägen in Deutschland wurde bereits aufgerufen.

### Vermehrte Ausreisebewegungen

---

**Ausreisen aus Deutschland:** mehr als 550 Personen  
**bis Ende 2014**

---

**davon aus Bayern:** etwa 50 Personen

---

Im Jahr 2014 haben Ausreisen überwiegend junger Salafisten aus Deutschland in Richtung Syrien weiter zugenommen. Das dortige Bürgerkriegsgeschehen mobilisiert nach wie vor die salafistische Szene.

Ausreisen aus  
Deutschland

Bis Ende 2014 lagen Erkenntnisse zu mehr als 550 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen.

---

Es konnte jedoch nicht in allen Fällen bestätigt werden, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt diese Zahl tagesaktuellen Veränderungen mit derzeit eher steigender Tendenz.

Darüber hinaus liegen Hinweise auf weitere Personen vor, die eine Ausreise planen. Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bestrebt, möglichst viele dieser Ausreiseplanungen frühzeitig zu unterbinden. Bei einer mittleren zweistelligen Zahl der Fälle konnte eine Ausreise verhindert werden.

Von den mehr als 550 Personen ist etwa ein Drittel zumindest zeitweise wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Zur Mehrzahl dieser Rückkehrer liegen keine eindeutig belegbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen vor Ort beteiligt haben. Die Anzahl der zurückgekehrten Islamisten, die sich in Syrien aktiv am bewaffneten Widerstand beteiligt haben, belief sich bis Ende 2014 auf etwa 30 Personen. Ferner sind den deutschen Sicherheitsbehörden etwa 50 Todesfälle mit Bezug zu Deutschland bekannt geworden, darunter mindestens neun Selbstmordattentäter. Zudem liegen Hinweise auf weitere Personen vor, die eine Ausreise planen.

Ausreisen aus  
Bayern

In Bayern lagen bis Ende 2014 konkrete Hinweise zu etwa 50 Personen mit salafistischer Grundhaltung vor, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsgeschehen in Syrien ausgereist sind bzw. dies beabsichtigten. Bei dem überwiegenden Teil muss davon ausgegangen werden, dass sie sich an Kampfhandlungen beteiligt haben, bei mehr als zehn bereits ausgereisten Personen liegen hierzu konkrete Erkenntnisse vor. 20 ausgereiste Personen sind aus Syrien zurückgekehrt oder in einen Drittstaat weitergereist. Fünf Rückkehrer befanden sich Ende 2014 in Haft. Drei Personen aus Bayern wurden bis Ende 2014 bei Kampfhandlungen in Syrien getötet.

Gefahr durch  
Syrien-Rückkehrer

Bei Kampfhandlungen in Syrien haben diese Personen teilweise Erfahrung im Umgang mit Sprengstoff und Waffen gesammelt. Zudem ist ihre Hemmschwelle für die Anwendung von Gewalt gegen Menschen deutlich gesunken. Die Rückkehrer stellen eine Gefahr für die Innere Sicherheit Deutschlands dar.



---

Konkrete Anschlagpläne in Deutschland sind zwar noch nicht bekannt geworden, der mutmaßlich von einem Syrien-Rückkehrer begangene Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel zeigt jedoch, zu welchen Taten Syrien-Rückkehrer bereit und in der Lage sind.



Die Rolle der Frauen innerhalb der salafistischen Szene hat sich in den letzten Jahren gewandelt. In Einzelfällen wird von Frauen der Wunsch deutlicher formuliert, aktiv in Kampfhandlungen eingebunden zu werden. Erstmals sind Propagandavideos mit Frauen in Kampfanzügen und mit Waffen im Internet verbreitet zu sehen. Auch in Bayern liegen Erkenntnisse über Ausreisen von jihadistisch motivierten Frauen nach Syrien vor.

Rolle der Frauen

#### 4.2.2.1 Der Islamische Staat (IS)

##### Entstehung und Entwicklung

Die salafistisch-jihadistische Terrororganisation IS hat ihre Wurzeln im Irak. Nach dem Sturz von Saddam Hussein 2003 bildete sich dort unter der Führung des jordanischen Terroristen Abu Musab Al-Zarqawi eine al-Qaida-Zelle, die sich zunächst als „al-Qaida im Zweistromland“ bezeichnete und ihren Namen in den folgenden Jahren mehrfach wechselte. Im Irak hat die Terrororganisation wiederholt Anschläge durchgeführt. Nach dem Tod al-Zarqawis übernahm der Iraker Abu Bakr al-Baghdadi die Führung. Seit 2012 ist die Organisation auch in Syrien aktiv.



2013 änderte sie vor dem Hintergrund weitreichender militärischer Erfolge erneut ihren Namen, zunächst in Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (ISIG). Damit drückte die Terrororganisation ihren überregionalen Führungsanspruch aus. Mitte 2014 wurde das „Islamische Kalifat“ ausgerufen und die Organisation trat unter der Bezeichnung Islamischer Staat (IS) auf. IS steht somit in dieser Region in direkter Konkurrenz zu al-Qaida.

Das Kalifat bezeichnet sowohl ein Amt als auch ein Herrschaftsgebiet. Der Begriff geht auf das arabische „khalifa“ zurück und bedeutet Nachfolger des Propheten Muhammad. Der Titel ist gleichbedeutend mit dem rechtmäßigen Führer der sunnitischen Gläubigen. Den letzten Kalifen stellte das Osmanische Reich. Der Titel wurde 1924 durch Kemal Atatürk abgeschafft. Das Streben nach der Wiedereinführung des Kalifats ist ein wesentliches Kennzeichen islamistischer Ideologie.

Der IS unterscheidet sich in Ideologie und Zielen nicht grundlegend von anderen jihad-salafistischen Gruppen. Es gibt jedoch Unterschiede in der ideologischen Schwerpunktsetzung und im strategischen Ansatz. Eine besondere Rolle spielt dabei die Rechtfertigung des Kalifats. Das Kalifat ist auch für al-Qaida ein Ziel, allerdings kann das Kalifat für al-Qaida nur am Ende eines mehrstufigen Prozesses stehen. Die Strategie al-Qaidas sieht vor, zunächst Rekruten zu ideologisieren, westliche Einflüsse in arabischen Ländern zu bekämpfen, Landgewinne zu erzielen und schließlich pro-westliche Regierungen im Nahen Osten zu stürzen. Erst danach wird die „Entscheidungsschlacht“ zwischen den „Rechtgläubigen“ und den „Ungläubigen“ angestrebt, an deren Ende das Kalifat steht. Der IS hingegen sieht diese Entscheidungsschlacht unmittelbar bevorstehen und ruft Muslime weltweit auf, sich daran zu beteiligen.

### **Auftreten in Deutschland und Bayern**

Der IS verfügt innerhalb des salafistischen Spektrums in Deutschland bzw. Bayern über eine wachsende Anzahl von Sympathisanten, was sich auch in den Ausreisepreisen widerspiegelt. Auch im Internet sind verstärkte Aktivitäten von IS-Anhängern zu erkennen. Es werden auch Videobotschaften deutscher IS-Kämpfer verbreitet, die für den Jihad werben.

---

Als erster Deutscher trat der mittlerweile als Selbstmordattentäter verstorbene Philip B. aus Dinslaken im November 2013 in einer Videobotschaft des IS auf.

Der szenebekannte Berliner Jihadist Denis Cuspert alias Abu Talha Al-Almani veröffentlichte im April ein Video, in dem er den Treueeid auf den IS schwor. Cuspert gilt als einer der Hauptakteure in der deutschen jihadistischen Szene. Das Video trug mit dazu bei, dass sich deutsche Jihadisten in Syrien vorrangig dem IS anschließen. Inzwischen kursieren auch Videos, die Cuspert bei Kampfhandlungen zeigen.

Denis Cuspert

Der Bundesminister des Innern hat am 12. September die Betätigung der Vereinigung IS sowie die öffentliche Verwendung und Verbreitung von dessen Schriften und Symbolen verboten. Im Oktober hat die ständige Konferenz der Innenminister einstimmig beschlossen, im Rahmen von ausreiseverhindernden Maßnahmen auch den Entzug des Bundespersonalausweises zu ermöglichen, um die Ausreise nach Syrien über die Türkei zu unterbinden. Der Entzug des Reisepasses war schon bisher möglich. Zur Einreise in die Türkei genügt jedoch ein Personalausweis.

Betätigungsverbot  
des IS in Deutsch-  
land

Bayern verfügt mit dem 2009 erarbeiteten und 2013 aufgrund der Entwicklungen in Syrien aktualisierten „Gemeinsamen Handlungskonzept des Bayerischen Landeskriminalamts, des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Operativen Staatsschutzes der Bayerischen Polizei im Zusammenhang mit Reisebewegungen von Islamisten in terroristische Ausbildungslager oder zur Teilnahme am bewaffneten Jihad“ über ein Maßnahmenpaket für jihadistisch-salafistisch motivierte Ausreiseabsichten in Krisengebiete.

Schwerpunkt ist dabei ein möglichst frühzeitiger, umfassender und kontinuierlicher Informationsaustausch aller Sicherheitsbehörden. Ziel ist insbesondere bei deutschen Staatsbürgern die Verhinderung der Ausreise. Bei ausländischen Staatsangehörigen werden aufenthaltsbeendende Maßnahmen durch die Arbeitsgruppe BIRGiT (Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus) geprüft. Soweit Personen mit ausländischer

Arbeitsgruppe  
BIRGiT

---

Nationalität bereits in Kampfgebiete ausgereist sind, werden die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, um die Wiedereinreise nach Deutschland zu verhindern.

#### 4.2.2.2 Das al-Qaida-Netzwerk

---

<b>Mitglieder und Anhänger</b>	Deutschland: keine gesicherten Zahlen Bayern: Einzelpersonen
--------------------------------	---

---

Im Unterschied zu vielen anderen islamistischen Terrornetzwerken oder Organisationen verfolgt al-Qaida langfristig und länderübergreifend das Ziel, ein weltweites Kalifat zu errichten. Al-Qaida ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen weltweit – z. B. die Anschläge am 11. September 2001 in den USA – mit Hunderten Toten und Verletzten verantwortlich.



#### Entstehung und Entwicklung

Die Ursprünge des al-Qaida-Netzwerks lassen sich zurückführen auf den Konflikt um das sowjetisch besetzte Afghanistan der Jahre 1979 bis 1989. Eine herausragende Stellung nahmen seit 1984 der palästinensische Jihad-Ideologe Abdullah Azzam und der Saudi Usama Bin Ladin ein.

Nach dem Tod Abdullah Azzams war es das Ziel Bin Ladins, den Jihad auch in anderen Konfliktgebieten wie Kaschmir, Indonesien, Tschetschenien, Bosnien und Somalia zu unterstützen. Mit der Machtübernahme der Taliban 1996 kehrte Bin Ladin mit seinem

---

Gefolge nach Afghanistan zurück und agierte von dort aus bis zu seiner Flucht im Jahre 2001 unter dem Schutz des Taliban-Führers Mullah Omar.

Seit Mitte der 1990er Jahre ist ein Netzwerk aus Afghanistan-veteranen entstanden, die in ihren Heimatländern ihrerseits Organisationen gründeten bzw. unterstützten, wie z. B. Abu Sayyaf auf den Philippinen, al-Qaida im Irak, die somalischen al-Shabab-Milizen oder al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH).

Abu Sayyaf  
al-Shabab  
AQAH

Anschläge werden häufig von autonomen Zellen oder „freien Mitarbeitern“ geplant und durchgeführt. Attentäter bekommen oftmals nachträglich den „Segen“ für ihre Anschläge (etwa über Audio- oder Video-Botschaften, die über das Internet verbreitet werden). Während in Ländern wie Irak, Saudi Arabien und Jemen die Entwicklung des al-Qaida-Netzes dynamisch ist, hat sich – neben dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet – in Nordafrika eine relativ stabile Struktur herausgebildet.

Die Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) konnte ihren Einflussbereich von Algerien aus auf die ganze Sahelregion ausdehnen. Die Region Nord-Mali, aus der die AQIM die Regierungstruppen vertrieben hat, kristallisiert sich langsam als neuer Jihad-Schauplatz mit einem Taliban-ähnlichen Herrschaftssystem heraus. Mit der Boko Haram ist in Nigeria eine der AQIM ideologisch nahestehende Organisation aktiv, die jihadist-salafistisches Gedankengut vertritt und vermehrt durch Anschläge auf sich aufmerksam macht.

AQIM  
Boko Haram

Eine weitere al-Qaida nahe stehende Organisation ist die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU). Die IBU ist eine islamistische Gruppe, die 1998 von Juma Namangani und Tahir Yuldashev mit dem Ziel gegründet wurde, das Regime des usbekischen Präsidenten Islam Karimov zu stürzen und stattdessen einen islamischen Staat zu errichten. Nachdem die IBU zunächst von Afghanistan und Tadschikistan aus agierte, erweiterte sie zwischenzeitlich ihr Zielspektrum auf europäische Länder und bemüht sich um verstärkte internationale Präsenz. Mitglieder der IBU, insbesondere die aus Bonn stammenden Chouka-Brüder, erregen immer wieder durch Drohungen gegen Deutschland Aufmerksamkeit.

Islamistische Bewegung Usbekistans

---

### Die Ideologie des al Qaida Netzwerks

Die hauptsächlich von Bin Ladin und Abdullah Azzam etablierte salafistische Ideologie des al-Qaida-Netzwerks ist stark geprägt von den Schriften Sayyed Qutbs und dessen Weltsicht, dem Jihad-Gedanken und dem Takfir („für ungläubig erklären“). Nach dieser Weltsicht gibt es nur den Islam in seiner durch die Chefideologen Bin Ladin, al-Zawahiri und Azzam geprägten Orientierung an den frommen Vorfahren (al-salaf al-salih), einer konstruierten idyllischen islamischen Frühzeit.

Dem stehen Jahiliyya, der Unglaube und die Unwissenheit um den durch den Propheten Muhammad vermittelten „rechten Weg“ gegenüber. Folgerichtig war es ein zentrales Anliegen Bin Ladins, den Islam von allen unislamischen „Angriffen“ wie Sozialismus und Demokratie freizuhalten. Die Stationierung amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien, Afghanistan oder in anderen islamischen Staaten war aus seiner Sicht nicht hinzunehmen.

### Entwicklungstendenzen

Die Tötung Usama Bin Ladins im Mai 2011 und die Verhaftung oder Tötung zahlreicher Mitglieder aus der alten Führungsriege haben zwar den Kern al-Qaidas geschwächt, das flexible Netzwerk jedoch keinesfalls handlungsunfähig gemacht. Zunehmend versucht al-Qaida unter der Führung von Ayman al-Zawahiri den Charakter einer Bewegung anzunehmen.

Internetverlautbarungen und jihadistische Online-Magazine wenden sich gezielt an Personen außerhalb der bestehenden al-Qaida-Strukturen und Netzwerke mit dem Ziel, diesen Personenkreis für Anschläge zu gewinnen. Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) kommt nach wie vor eine führende Rolle zu. Von ihr gehen zahlreiche Anschlagpläne aus.



Mit der al-Qaida nahe stehenden Jabhat al-Nusra (JaN) in Syrien ist eine weitere Organisation entstanden, die islamistische Terroristen rekrutiert und ausbildet. Die Organisation übte bislang eine große Anziehungskraft auf deutsche Jihadisten aus, musste jedoch mit Erstarken des konkurrierenden Islamischen Staates (IS) einen deutlichen Rückgang ihrer Anhängerschaft verzeichnen.

---

In den Reihen der JaN etablierte sich ab 2013 eine Zelle der Kern-al-Qaida unter der Führung von Muhsin al-Fadhli. Die nach dem historischen Namen für eine Region in Zentralasien als Khorasan-Gruppe bezeichnete Zelle bildet insbesondere aus Europa stammende Kämpfer auch für Anschlagpläne in ihren Herkunftsländern aus. Hierfür wurden gezielt Personen ausgewählt, die noch nicht durch Straftaten aufgefallen waren.

Sowohl al-Qaida als auch der IS versuchen sich der Öffentlichkeit als führende jihadistische Organisation zu präsentieren, nicht zuletzt indem sie Terroranschläge verüben. Sie stehen somit in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Dem IS ist es mit der Ausrufung des Kalifats gelungen, seinen Einfluss in der jihadistischen Szene deutlich zu steigern.

### 4.2.2.3 Islamistisch-kurdische Netzwerke

---

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: keine gesicherten Zahlen Bayern: etwa 40
<b>Gründung</b>	im Irak

---

Einige islamistisch-kurdische Netzwerke sind durch ihr Zusammenwirken mit der al-Qaida im Irak Bestandteil des internationalen Terrornetzwerks. Besonders die Vereinigung Ansar al-Islam (AAI) ist für eine Vielzahl von Terroranschlägen im Irak mit Hunderten von Toten und Verletzten verantwortlich. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stufte die AAI deshalb im Februar 2003 als terroristische Vereinigung ein.

Ansar-al-Islam  
(AAI)

Unter den Mujahidin, die in den 1990er Jahren in afghanischen Trainingslagern militärisch ausgebildet wurden, befanden sich auch kurdische Islamisten. Diese knüpften Kontakte zu al-Qaida, die auch nach der Rückkehr der kurdischen Kämpfer in den Irak bestehen blieben. In einem kleinen Teil des irakischen Kurdengebiets gelang es der AAI im Jahr 2001, ein Taliban-ähnliches Regime zu errichten. Zu Beginn des Irak-Kriegs 2003 wurde dieses Gebiet von den USA aus der Luft angegriffen und von nicht-islamistischen kurdischen Kräften wieder eingenommen. In der Folgezeit reorganisierte sich die AAI wieder. Im Mai 2010

---

## Situation im Irak

gelang irakischen Sicherheitskräften ein Schlag gegen die AAI, als in Bagdad deren mutmaßlicher Anführer mit sieben weiteren Terrorverdächtigen festgenommen wurde. Nach dem Abzug der US-amerikanischen Streitkräfte Ende 2011 aus dem Irak fällt es islamistisch-kurdischen Netzwerken wie der AAI leichter, sich im Nordirak neu zu positionieren, um dort dem Ziel der Schaffung eines autonomen Gebietes nach dem Primat der Scharia wieder etwas näher zu kommen.

Auch in Europa sind mehrere islamistisch-kurdische Netzwerke aktiv. Ihre spirituelle Leitfigur, der in Norwegen lebende Mullah Krekar, wurde u. a. wegen Todesdrohungen gegen eine frühere Ministerin Norwegens zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Gegen Mullah Krekar und weitere in- und ausländische Beschuldigte ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung im Ausland. Im März kam es in diesem Zusammenhang zu Durchsuchungsmaßnahmen auch in Bayern.

## Situation in Bayern

In Bayern sind derzeit etwa 40 Anhänger der AAI bekannt, die die Organisation durch Beschaffung von Geld unterstützen; die Schwerpunkte liegen in München und Augsburg. Insgesamt sind die Aktivitäten der AAI-Anhänger in Bayern stark zurückgegangen, da die Vereinigung durch staatliche Maßnahmen erheblich geschwächt wurde. Neben Verurteilungen zu langjährigen Haftstrafen und der Abschiebung von Unterstützern der AAI kam es auch zu freiwilligen Ausreisen durch den konsequenten Verfolgungsdruck staatlicher Sicherheitsbehörden.



---

## 4.3 Sonstiger islamistischer Terrorismus

### 4.3.1 HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung)

---

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: etwa 300 Bayern: Einzelpersonen
<b>Gründung</b>	1988

---



Die HAMAS verneint ein Existenzrecht Israels und will auf dem gesamten Gebiet Palästinas einen „islamischen“ Staat errichten. Sie lehnt deshalb auch den israelisch-palästinensischen Friedensprozess ab. Die HAMAS ist für eine Vielzahl terroristischer Aktionen verantwortlich, darunter zahlreiche Selbstmordattentate. Im Juni 2002 wurde deshalb der militärische Arm der HAMAS in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen. 2003 haben die EU-Außenminister auch die Gesamtorganisation als terroristisch eingestuft. Im Dezember 2014 entschied der Europäische Gerichtshof in erster Instanz, dass die EU bei der Einstufung der HAMAS als Terrororganisation einen Verfahrensfehler begangen habe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Von den in Deutschland lebenden HAMAS-Anhängern gehen Bestrebungen aus, die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Deutschland wird von der HAMAS zur Sammlung von Spenden und zur Verbreitung ihrer Propaganda genutzt.

Nach Beginn der ersten Intifada („Aufstand der Palästinenser“) im Dezember 1987 schlossen sich Anfang 1988 die palästinensischen Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) unter Führung von Ahmad Yasin zur HAMAS zusammen und nahmen den bewaffneten Kampf gegen Israel auf. Die HAMAS übt seit der gewaltsamen Machtübernahme 2007 die alleinige Kontrolle über den Gaza-Streifen aus.

Die Entführung und Ermordung von drei israelischen Jugendlichen führte im Juni und August zu massiven militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der HAMAS. In Folge dieser Entwicklung wurden auch in Bayern propalästinensische Kundgebungen durchgeführt. Mehrere hundert aufgebrachte Demonstranten stürmten am 19. Juli in Nürnberg ein Fast-Food-Restaurant und skandierten anti-israelische Parolen.

### 4.3.2 Hizb Allah (Partei Gottes)



<b>Mitglieder</b>	Deutschland: etwa 950 Bayern: etwa 30
<b>Gründung</b>	1982 im Libanon
<b>Publikation</b>	al-Intiqad (Die Kritik)
<b>Fernsehsender</b>	al-Manar (Der Leuchtturm) Betätigungsverbot in Deutschland seit 29.10.2008

Das langfristige Ziel der Hizb Allah (Partei Gottes) ist die Zerstörung des Staates Israel und die „Herrschaft des Islam“ über Jerusalem. Seit Jahren ist sie für Terroranschläge in Israel verantwortlich. In Deutschland hat sie bislang keine gewaltsamen Aktionen durchgeführt, nutzt aber das Bundesgebiet als Ruhe- und Rückzugsraum. Die Bestrebungen der Hizb Allah gefährden damit auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland und richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die Hizb Allah (auch: Hisbollah/ Hizbollah) ist eine auf Initiative des Irans gegründete schiitische Partei, die seit 1992 im libanesischen Parlament vertreten ist. Sie wird vom Iran finanziell, materiell und ideologisch unterstützt.

Sie ist einerseits eine politische Partei, die vor allem aufgrund ihres sozialen Engagements auf die Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten zählen kann. Andererseits verfügt sie aber nach wie vor über militärische Einheiten, die insbesondere im Süden des Landes unabhängig von der libanesischen Staatsgewalt agieren. Eine Entwaffnung dieser Miliz gemäß der UN-Resolution 1559 aus dem Jahr 2004 gelang bisher nicht und wird vom politischen Flügel der Hizb Allah vehement abgelehnt.

---

Im Mai 2008 hat das libanesische Kabinett der Hizb Allah offiziell „das Recht zum Widerstand gegen Israel“ zugestanden. Die schiitische Miliz kann daher ungehindert den Ausbau der Verteidigungsanlagen nördlich der UN-Pufferzone zur Grenze Israels betreiben. Seit Beendigung des Libanonkriegs im Sommer 2006 wird sowohl von der israelischen Seite als auch von der Hizb Allah selbst über eine enorme Aufrüstung der Hizb Allah berichtet.

Im Mai 2013 hat der Generalsekretär der Hizb Allah, Hassan Nasrallah, öffentlich seine Anhänger zur Unterstützung des syrischen Regimes aufgerufen. Diese Unterstützung schließt ausdrücklich auch die Beteiligung an Kampfhandlungen auf Seiten des syrischen Präsidenten Assad ein.

Die Hizb Allah verbreitet ihre antiisraelische und antijüdische Propaganda u. a. über den libanesischen TV-Sender al-Manar, der auch in Deutschland zu empfangen ist. Da die Tätigkeit des Senders gegen deutsche Strafgesetze verstößt und sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, wurde der Sender im Oktober 2008 vom Bundesministerium des Innern verboten.

Am 2. April wurde der Verein „Waisenkinderprojekt Libanon e. V. (WKP)“ durch das Bundesministerium des Innern verboten und aufgelöst. Der Verein unterstützte über Jahre die Shahid-Stiftung der Hizb Allah im Libanon und richtet damit seine Interessen gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Im Klageverfahren wurde das Vereinsverbot mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 8. Juli bis zu einer endgültigen Entscheidung vorübergehend ausgesetzt.

Vereinsverbot

Mehrere Indizien deuten darauf hin, dass die Hizb Allah im Verlauf des Jahres 2012 in Thailand, Georgien, Bulgarien und Indien an Anschlägen/Anschlagsversuchen auf Ziele mit Israelbezügen beteiligt war. Im Juli 2013 beschlossen die EU-Außenminister, den militärischen Arm der libanesischen Hizb Allah in die EU-Terrorliste aufzunehmen.

Aufnahme in EU-Terrorliste

---

### 4.3.3 Islamistische Bezüge von Tschetschenen und weiteren Nordkaukasiern



#### Nordkaukasische Separatistenbewegung (NKSB)

Nach dem Zerfall der UdSSR führte die 1991 in Tschetschenien gegründete Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI) einen Guerillakrieg für die Unabhängigkeit der Teilrepublik von der Russischen Föderation und für die Errichtung eines islamischen Staates auf Grundlage der Scharia.



2007 proklamierte Dokku Umarov, der damalige CRI-Präsident, das islamistisch ausgerichtete Kaukasische Emirat (KE), das mit terroristischen Mitteln für einen islamischen Staat auf dem Gebiet des gesamten Nordkaukasus kämpft. Dieser Strategiewechsel führte zur Spaltung. Die Leitung des CRI übernahm Ahmed Zakaev, der sich auf die politische Durchsetzung des Unabhängigkeitsbestrebens für Tschetschenien beschränkt. Beide Gruppierungen sind der Nordkaukasischen Separatistenbewegung zuzurechnen.

Im März bestätigte das KE den Tod Umarovs und gab als seinen Nachfolger den ehemaligen Kadi (islamischer Rechtsgelehrter mit richterlichen Befugnissen) des KE, Alibulatovich Kebekov alias Sheik Ali Abu Muhammad, bekannt.

Im aktuellen Syrien/Irak-Konflikt kämpfen zahlreiche Angehörige des KE, zum Teil organisiert in eigenen tschetschenischen Brigaden, auf Seiten des IS.

Anschläge in  
Russland

Um einen von Moskau unabhängigen tschetschenischen Staat auf der Grundlage der Scharia zu erreichen, verübten tschetschenische und andere kaukasische Islamisten in der Vergangenheit wiederholt Anschläge in Russland.

Deutschland wird primär als Rückzugsraum für die finanzielle und logistische Unterstützung der Separatisten im Nordkaukasus genutzt. Strukturen des KE in Bayern sind bisher nicht feststellbar. Aktivitäten gingen allenfalls von Einzelpersonen aus.

---

### **Verbindungen zur salafistischen Szene**

In Deutschland bestätigen sich die Hinweise auf Verbindungen von Personen aus dem Nordkaukasus in salafistische Kreise. Tschetschenen beteiligen sich an der Verteilung kostenloser Koranausgaben im Rahmen der salafistischen Aktion „Lies!“ und besuchen regelmäßig salafistische Islamseminare und Benefizveranstaltungen für Syrien. Auch in Bayern ist ein Zulauf von Personen aus dem Nordkaukasus in die salafistische Szene zu verzeichnen.

---

# Ausländerextremismus

- 
- ▶ **Konfliktpotenzial zwischen türkischen und kurdischen extremistischen Organisationen steigt durch kriegerische Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak**
  - ▶ **PKK rekrutiert Personen zum bewaffneten Kampf in Syrien**

---

Anhänger extremistischer Gruppierungen aus dem Ausland sind auch in Deutschland aktiv, um die politischen Verhältnisse in ihren Heimatländern antidemokratisch zu verändern. Sie wollen z. B. eigene Staaten gründen, kommunistische Systeme errichten oder vertreten beispielsweise eine extreme Variante des Nationalismus.

Neben links- und rechtsextremistischen Gruppierungen gehen Gefahren auch von separatistischen Organisationen aus. Ihre ideologischen Ziele und Motive importieren sie nach Deutschland, zum Teil tragen sie auch hier ihre blutigen Konflikte aus. Die Anhängerschaft dieser Gruppierungen setzt sich neben Ausländern auch aus deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund oder auch aus deutschen Extremisten zusammen.

Die Bestrebungen ausländerextremistischer Organisationen richten sich somit gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährden die Innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland.

---

## 1. Personenpotenzial in Bayern

Im Jahr 2014 waren dem Spektrum der ausländischen Extremisten (ohne Islamisten) 3.290 Personen (2013: 3.325) zuzurechnen:

	2012	2013	2014
<b>PKK*</b>	1.800	1.800	1.800
<b>Linksextremistische Organisationen</b>	220	220	220
<b>Rechtsextremistische Organisationen</b>	1.200	1.225	1.200
<b>Separatisten</b>	30	30	30
<b>Sonstige</b>	95	50	40
<b>gesamt</b>	3.345	3.325	3.290

\* inkl. Nachfolge-, Teil- und Nebenorganisationen  
Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet

---

## 2. Konflikt- und Gewaltpotenzial

Die Aktivitäten der extremistischen Ausländerorganisationen in Deutschland werden im Wesentlichen von politischen Ereignissen und Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern beeinflusst. So können aktuelle Konflikte im Ausland auch unmittelbar zu gewaltsamen Aktivitäten in Deutschland führen. Zum Teil tragen die extremistischen Ausländerorganisationen ihre Konflikte hier auch gewalttätig untereinander aus.

Vorwiegend betrachten sie Deutschland jedoch als Rückzugsraum, um hier ihre Ziele durch Agitation, Rekrutierung neuer Anhänger und ideologische Indoktrination zu verfolgen. Auch die materielle Unterstützung der Mutterorganisationen in den Heimatländern durch die in Deutschland gesammelten Spenden- und Mitgliedsbeiträge spielt für sie eine nicht unerhebliche Rolle.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak haben auch Einfluss auf türkische und kurdische extremistische Organisationen in Deutschland. Insbesondere die Situation in



---

der mehrheitlich von Kurden bewohnten syrischen Stadt Kobane wirkte sich emotionalisierend auf PKK-nahe Kreise in Deutschland aus. In Hamburg kam es am 8. Oktober im Anschluss an eine Kundgebung von Kurden zu gewalttätigen Übergriffen zwischen mehreren 100 Kundgebungsteilnehmern und Islamisten. Die Polizei beendete die Auseinandersetzungen. Es kam zu Festnahmen, Hieb- und Stichwaffen wurden beschlagnahmt. In Bayern verliefen die Protestaktionen weitgehend friedlich.

Türkische nationalistische Kreise in Deutschland kritisierten die Unterstützung des Westens für kurdische Kämpfer in Syrien und im Irak. Am 19. Oktober fand in diesem Zusammenhang in München eine Demonstration mit rund 250 Teilnehmern statt.

---

### 3. Strukturen

#### 3.1 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bzw. Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)

<b>Anhänger</b>	Deutschland: 14.000 Bayern: 1.800
<b>Leitung</b>	Abdullah Öcalan (kurdischer Volksführer)
<b>Gründung</b>	1978 in der Türkei
<b>Publikationen</b>	Serxwebun („Unabhängigkeit“), Yeni Özgür Politika („Neue Freie Politik“)



Die PKK ist in Deutschland seit 26. November 1993 verboten.

Der marxistisch-leninistisch orientierte KONGRA GEL ist eine Nachfolgeorganisation und somit identisch mit der in Deutschland seit 1993 verbotenen PKK. In Deutschland hatte sich die PKK bereits 2002 in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) und 2003 in Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) umbenannt. Bei keiner dieser Umbenennungen gab es wesentliche Veränderungen in Organisation, Struktur und Ideologie.

---

Der KONGRA GEL richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdet die Innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Marxistisch-leninistisch

Die PKK war 1978 von Abdullah Öcalan in Ostanatolien als marxistisch-leninistisch orientierte Organisation gegründet worden. Sie sollte durch einen Guerillakrieg eine Revolution mit dem Ziel eines unabhängigen kurdischen Staates herbeiführen. Über zwei Jahrzehnte lang führte die PKK innerhalb und außerhalb der Türkei terroristische Anschläge durch. Nach der Festnahme des damaligen PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 kam es zu einer taktisch bedingten Mäßigung. Zumindest im Ausland wurde auf die Anwendung von Gewalt verzichtet. Die Organisation sah auch von ihrem ursprünglichen Ziel ab, durch bewaffneten Kampf einen eigenen kurdischen Staat durchzusetzen. Ziel ist es jetzt, einen föderalen Verbund aller Kurden im Nahen Osten herzustellen. Dabei sollen die bestehenden Staatsgrenzen unangetastet bleiben.

Strukturen in Deutschland

Bei der PKK handelt es sich um eine Kaderorganisation mit einem weit verzweigten Funktionärswesen und strikten Befehlsstrukturen auch in Deutschland. Auf oberster Gliederungsebene ist die Bundesrepublik in vier „Serits“ (Nord, Mitte, Süd 1 und Süd 2) unterteilt, denen weitere 29 „Gebiete“ untergeordnet sind. An der Spitze dieser hierarchischen Struktur stehen Funktionäre, die in der Regel durch die europäische Leitungsebene der Organisation eingesetzt werden. Die Zuweisung auf die einzelnen Funktionen erfolgt zumeist nur für einen begrenzten Zeitraum. Die hauptamtlichen Kader der PKK sind ideologisch geschult und leben äußerst konspirativ an häufig wechselnden Orten.

YEK-KOM  
NAV-DEM

In den meisten größeren deutschen Städten gibt es Zusammenschlüsse von PKK-Anhängern. Ihnen dienen die örtlichen Vereine des Dachverbandes Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V. (YEK-KOM) als Anlaufstelle. Im Juni hat sich die YEK-KOM auf ihrem 20. Kongress in Dortmund in Demokratisches Kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland e. V. (NAV-DEM e. V.) umbenannt. Die an das NAV-DEM angegliederten Vereine, die sich nach außen als reine Kulturvereine darstellen, haben die Aufgabe unter den Anhängern die Ziele und Politik der PKK zu

---

verbreiten und zu fördern. Aktuell sollen alle Vereine in Zentren der Kurdisch-Demokratischen Gesellschaft (DTKM) umbenannt werden.

Hintergrund dieser Maßnahmen ist ein europaweiter Umstrukturierungsprozess PKK-naher Vereine. Dieser Prozess wurde im Juli 2013 im belgischen Verviers auf dem 19. Kongress der PKK-nahestehenden Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) beschlossen. Die KON-KURD selbst hat sich umbenannt in Kongress der kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E). Ziel des KCD-E ist es, alle kurdischen Vereine bzw. Föderationen in Europa unter einem Dach zu vereinen.

Trotz des vereinsrechtlichen Betätigungsverbots gibt es somit weiterhin Aktivitäten der PKK-Anhänger in Deutschland. Ein Nachweis, dass ihre Betätigung der Organisation zuzurechnen ist, lässt sich jedoch oft nur im Einzelfall führen.

Als ein wesentliches Propagandainstrument dienen neben Fernsehsendern regelmäßig erscheinende Zeitungen wie beispielsweise die Tageszeitung Yeni Özgür Politika („Neue Freie Politik“), in der führende PKK-Funktionäre regelmäßig Stellungnahmen publizieren.

#### **Aktivitäten im Jahr 2014:**

Bei ihren Aktivitäten verfolgt die PKK weiterhin eine Doppelstrategie. Während sie auf dem Gebiet der Türkei nach wie vor in der Lage ist, terroristische Aktivitäten zu entfalten, nutzt sie das übrige Europa als Rückzugs-, Finanzierungs- und Rekrutierungsraum.

Doppelstrategie

Bereits zum Newroz-Fest am 21. März 2013 hatte der inhaftierte Öcalan eine Waffenruhe und den Rückzug der PKK-Einheiten aus der Türkei erklärt. Der türkische Ministerpräsident Erdogan sah damit die Anfangsphase des Friedensprozesses zwischen der Regierung und der PKK eingeleitet. Zwischenzeitlich ist der Friedensprozess ins Stocken geraten. Teile der PKK forderten eine Aufkündigung des Friedensprozesses.

---

## Aktivitäten in Deutschland

In Deutschland sind Aktivitäten von PKK-Anhängern insbesondere bei Veranstaltungen der Kultur- und Brauchtumspflege wie dem alljährlichen kurdischen Neujahrsfest Newroz offen wahrnehmbar.

Am 22. Internationalen Kurdistan-Kulturfestival im September in Düsseldorf nahmen auch etwa 300 PKK-Anhänger aus Bayern teil. Das jährlich stattfindende Festival ist ein wichtiger Treffpunkt der PKK-Kader und dient der Verbreitung ihrer politischen Botschaften.



## Syrien-Konflikt

In Bayern kam es wie im übrigen Bundesgebiet vor dem Hintergrund der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Gruppierungen und Kräften des Islamischen Staates in den kurdischen Gebieten in Syrien, insbesondere um die Stadt Kobane und im Irak u.a. in München, Nürnberg, Ingolstadt, Schweinfurt und Augsburg zu zahlreichen Demonstrationen. Dabei wurden beispielsweise am Hauptbahnhof München und am Flughafen Nürnberg Spontandemonstrationen durchgeführt. Größere gewalttätige Auseinandersetzungen und Zusammenstöße mit türkischen Gruppierungen blieben in Bayern aus. Die PKK versuchte, Personen zum bewaffneten Kampf in Syrien zu rekrutieren.

Daneben wurden zum Ende des Jahres hin auch zahlreiche Demonstrationen zur Aufhebung des PKK-Verbots durchgeführt. Auch in Bayern fanden Veranstaltungen zu diesem Thema statt, beispielsweise in München und Regensburg. Zuvor war die Forderung nach einer Aufhebung des PKK-Verbots bereits im Rahmen zahlreicher Großveranstaltungen erhoben worden.

---

In die Vorbereitungen der Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau sind auch PKK-nahe Einzelpersonen eingebunden. Aufgrund der engen Verflechtungen zwischen Linksextremisten und der PKK ist mit einer Teilnahme der PKK an den Protestaktionen im Juni 2015 zu rechnen.

Proteste gegen G7-Gipfel

## 3.2 Türkische Linke

### 3.2.1 DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) / Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: 650 Bayern: 80
<b>Gründung</b>	1994 in Syrien
<b>Publikationen</b>	Yürüyüş und Halk Gercegi



Die DHKP-C ist in Deutschland seit 1998 verboten.

Die revolutionär-marxistische DHKP-C zählt zu den militantesten türkischen Extremistengruppen, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staates zielen. Ziele ihrer Agitation sind die NATO, die USA sowie die Türkei und ihre Gesellschaftsordnung. Die DHKP-C richtet sich damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung und gefährdet die Innere Sicherheit und die öffentliche Ordnung sowie sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland.

Die DHKP-C wurde 1994 in Syrien gegründet und ging aus dem „Karatas-Flügel“ der Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) hervor. Sie versteht sich, wie die Ursprungsorganisation, als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung. Die DHKP-C erklärte 1999 für Deutschland einen Gewaltverzicht, wobei jedoch am bewaffneten Kampf in der Türkei festgehalten wurde. Das Bundesministerium des Innern verfügte 1998 ein Vereinsverbot. Seit 2002 ist die DHKP-C zudem auf der EU-Terrorliste aufgeführt.

Freiheitsstrafe für  
DHKP-C Aktivisten

Anhänger der DHKP-C sind auch in Deutschland aktiv. So wurde im August ein als Gefährder eingestufte Aktivist durch das Oberlandesgericht Düsseldorf zu zwei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung verurteilt. Bis zu seiner Festnahme im Juni 2013 war er in die Beschaffung von Finanzmitteln eingebunden, die dem bewaffneten Kampf der Organisation in der Türkei zufließen. Im syrischen Bürgerkrieg unterstützt die DHKP-C das Assad-Regime.

### 3.2.2 Türkische Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/ML – Partizan Flügel)



---

<b>Mitglieder:</b>	Deutschland:	800
	Bayern:	80

---

<b>Gründung:</b>	1994 in der Türkei	
------------------	--------------------	--

---

Die TKP/ML – Partizan Flügel vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie befürwortet den bewaffneten Kampf und propagiert den bewaffneten Bürgerkrieg. Ziel ist die Errichtung eines kommunistischen Regimes.

Die TKP/ML – Partizan Flügel spaltete sich 1994 aus der bereits seit den 1970er Jahren bestehenden Mutterorganisation TKP/ML ab. Die Anhänger der TKP/ML – Partizan Flügel sind seit Sommer 1997 in den beiden Basisorganisationen Föderation der Arbeiter aus der Türkei e. V. (ATIF) und der Ende 1986 gebildeten Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) organisiert. Beide Vereinigungen präsentieren sich als Massenorganisationen und tarnen ihre Verbindungen zur TKP/ML – Partizan Flügel. Die Organisationen beschränken sich in Deutschland auf Propagandaaktivitäten und auf die Beschaffung finanzieller Mittel.

Die TKP/ML – Partizan Flügel und ihre deutsche Basisorganisation ATIF veranstalteten am 17. Mai in Wuppertal/Nordrhein-Westfalen ihre alljährliche Mai-Kundgebung zum Gedenken an ihren im

---

Mai 1973 in türkischer Haft verstorbenen Aktivisten Kaypakkaya. An der Gedenkveranstaltung nahmen auch bayerische Aktivisten der TKP/ML – Partizan Flügel aus dem Raum Augsburg teil.



Gedenkveranstaltung in Wuppertal

### 3.2.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

---

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: 600 Bayern: 40
<b>Gründung</b>	1994 in der Türkei
<b>Publikation</b>	Atilim (Angriff)

---



Die MLKP ist marxistisch-leninistisch geprägt und strebt die gewaltsame Zerschlagung der staatlichen Ordnung der Türkei und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur an.

Die in der Türkei verbotene, terroristische MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluss zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Ihre Basisorganisation ist die Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF) mit Sitz in Köln. Die örtlichen AGIF-Vereine in Deutschland

---

sind zuständig für die politische Basisarbeit. Ihr europäischer Dachverband trägt den Namen Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-KON).

Im Syrienkonflikt beteiligt sich die MLKP mit Kämpfern ihres bewaffneten Arms auf Seiten der PKK. Auch in Deutschland nehmen MLKP-Anhänger in diesem Zusammenhang an Aktionen von PKK-nahen Kreisen teil.

Jugendorganisation

Mit ihrer Jugendorganisation Young Struggle gelingt es der MLKP weiterhin, auch junge Menschen in Bayern zu mobilisieren. Im Sommer 2014 veranstaltete Young Struggle ein Jugendferienlager in Belgien, wo unter anderem Aktionen gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 auf Schloss Elmau diskutiert wurden.

### 3.3 Türkische Nationalisten

#### 3.3.1 ÜLKÜCU-Bewegung („Graue Wölfe“) Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e. V. (ADÜTDF)



---

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: 10.000 Bayern: 1.200
<b>Vorsitzender</b>	Sentürk DOGRUYOL
<b>Gründung</b>	1978
<b>Sitz</b>	Frankfurt am Main
<b>Publikation</b>	Türk Federasyon Bülteni

---

Die Ülkücü-Bewegung umfasst ein breites Spektrum ultranationalistischen und rassistischen Gedankenguts. Symbol der Bewegung ist ein mit fünf Fingern stilisierter Wolfskopf, weshalb die Anhänger der Bewegung auch als „Graue Wölfe“ bezeichnet werden.

Die Anhängerschaft der Ülkücü-Bewegung in Deutschland ist in sogenannten Kultur- und Idealisten-Vereinen der ADÜTDF organisiert. Die ADÜTDF wurde 1978 in Frankfurt am Main durch den



---

Zusammenschluss von zahlreichen türkischen Vereinen gegründet. Die nationalistische ADÜTDF vertritt eine extreme Variante des türkischen Nationalismus und ist damit Teil der weltweit organisierten Ülkücü-(Idealisten-) Bewegung. Durch ihr teilweise extrem nationalistisches Gedankengut verfolgt die ADÜTDF Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker richten. Vereinzelt finden sich auch islamistische Ansätze. Sie gilt seit ihrer Gründung als Auslandsorganisation der türkischen Partei der Nationalen Bewegung (MHP), dem politischen Arm der Ülkücü-Bewegung in der Türkei. Die ADÜTDF hat es sich zum Ziel gesetzt, die größte türkische Organisation in Westeuropa zu werden.

Seit geraumer Zeit bemüht sich die Parteiführung der MHP unter Devlet Bahçeli, der Partei ein konservatives und europafreundliches Erscheinungsbild zu geben. Dies findet jedoch nicht die ungeteilte Zustimmung aller Mitglieder, weshalb sich insbesondere jugendliche Aktivisten aus der Partei zurückziehen.

Die rechtsextremistische Ülkücü-Jugendbewegung ist mittlerweile überwiegend über das Internet organisiert, sie kommuniziert und mobilisiert vorwiegend über soziale Netzwerke. Hierbei lässt sich eine erhöhte Gewaltbereitschaft, insbesondere gegen die kurdische Volksgruppe, erkennen. Einschlägige Symbole der Ideologie werden mit Musik und aggressiven Texten unterlegt. Dabei werden zumeist Kurden als Feinde verbal verunglimpft und das Türkentum besonders hervorgehoben. Obwohl sich die Ülkücü-Jugendbewegung eher organisationsunabhängig gibt, bedienen sich Anhänger dennoch der eindeutigen Symbolik und verwenden beispielsweise ein Wolfskopf-Handzeichen als Gruß, der unverkennbar die Szenezugehörigkeit zeigt.

Ülkücü-Jugendbewegung



In Bayern ist die ADÜTDF vor allem mit kulturellen, religiösen und sportlichen Veranstaltungen aktiv, vermutlich auch um neue Mitglieder zu werben. Schwerpunkte sind die Ballungsräume München, Nürnberg und Augsburg. Am 19. Oktober demonstrieren rund 250 türkische Nationalisten, die teilweise dem Umfeld der Ülkücü-Bewegung zuzurechnen sind, in der Münchner Innenstadt gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK) sowie gegen Waffenlieferungen des Westens an die Kurden im Irak und in Syrien.

---

### 3.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)



---

<b>Mitglieder</b>	Deutschland: 1.000
	Bayern: 30
<b>Gründung</b>	1972 auf Sri Lanka

---

Bei der LTTE handelt es sich um eine paramilitärische Separatistenorganisation auf Sri Lanka mit dem Ziel eines unabhängigen tamilischen Staates. Der Rat der Europäischen Union stufte die LTTE 2006 offiziell als Terrororganisation ein.

Die in Deutschland lebenden aktiven LTTE-Anhänger verfolgen Bestrebungen, die durch Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Ziel der LTTE ist ein autonomer Staat im Norden und Osten der Inselrepublik Sri Lanka, wo der größte Teil der tamilischen Minderheit lebt. Bis zu ihrer militärischen Zerschlagung 2009 versuchte die LTTE gewaltsam dieses Ziel zu erreichen. Seitdem befindet sie sich in einem Restrukturierungsprozess.

Im Rahmen der organisatorischen Erneuerung haben sich in Deutschland verschiedene Flügel gebildet: Während die so genannten „Hardliner“ auf die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka setzen, streben die „Moderaten“ eine politische Lösung an.

Seit Beginn des Jahres 2013 sind vermehrt Versuche erkennbar, die verfeindeten Flügel wieder zu vereinen. Teilweise werden auch gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt.

LTTE in  
Deutschland

In Deutschland tritt die LTTE unter ihrem eigentlichen Namen öffentlich nicht auf. Ihre Ziele und Interessen werden hier durch das Tamil Coordination Committee (TCC) mit Sitz in Oberhausen/Nordrhein-Westfalen und zahlreiche nahestehende Organisationen vertreten. Der TCC trägt durch regelmäßige Heldengedenktage, Mahnwachen und sonstige Kulturveranstaltungen zur Verbreitung der Ideologie der LTTE bei und möchte

---

die Öffentlichkeit auf die aus ihrer Sicht desolante Situation in Sri Lanka aufmerksam machen. Im März beteiligten sich zahlreiche Anhänger aus Deutschland an einer Demonstration vor dem UN-Gebäude in Genf. Neben zahlreichen weiteren Veranstaltungen im Bundesgebiet wurde am 29. November z. B. eine Feier zum Heldengedenktag mit einigen hundert Teilnehmern in München durchgeführt.

Die Ballungsräume München und Nürnberg sind regionale Schwerpunkte der Anhängerschaft in Bayern.

---

# Rechtsextremismus

- 
- ▶ **Der Dritte Weg gründet in Bayern sechs Stützpunkte**
  - ▶ **DIE RECHTE gründet Kreisverband in München**
  - ▶ **NPD erlangt erstmals einen Sitz im Europäischen Parlament**
  - ▶ **Rechtsextremisten agitieren verstärkt gegen Asylbewerber-Unterkünfte**

---

**Rechtsextremismus hat viele verschiedene Ausprägungen: Parteien kämpfen um Einfluss in Parlamenten. Ideologen versuchen, rassistisches und nationalistisches Gedankengut intellektuell zu verpacken. Antisemiten schreiben der Existenz von Juden die Ursache aller Probleme zu. Neonazis bekennen sich offen zum Nationalsozialismus und treten teilweise aggressiv und kämpferisch auf. Daneben versuchen sie durch die Gründung von Tarnorganisationen, ihre wahren Absichten zu verschleiern.**

**Kennzeichnend für alle rechtsextremistischen Strömungen sind jedoch die übersteigerte Betonung der Nation sowie ein autoritäres Denken, das die „Volksgemeinschaft“ über das Individuum stellt. Gemeinsames Ziel ist die Abschaffung zentraler Werte unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, beispielsweise das Recht auf Wahlen. Darüber hinaus richten sich rechtsextremistische Bestrebungen gegen die universelle Geltung der Menschenrechte und die im Grundgesetz verankerte Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz. Das rechtsextremistische Weltbild geht davon aus, dass die Zugehörigkeit zu einer „Rasse“ den Wert eines Menschen bestimmt.**

**Die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) hat die besondere Gefährlichkeit der Szene und die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen rechtsextremistische Bestrebungen bestätigt.**

---

## 1. Personenpotenzial in Bayern

	2012	2013	2014
<b>Parteien</b>			
NPD	850	850	800
Der Dritte Weg <sup>1</sup>	-	-	80
DIE RECHTE	-	-	10
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	300	300	300
Neonazis <sup>2</sup>	700	700	700
Sonst. rechtsextremistische Organisationen/Personen	500	500	480
<b>Summe</b>	<b>2.350</b>	<b>2.350</b>	<b>2.370</b>
Mehrfachmitgliedschaften <sup>3</sup>	150	150	170
<b>gesamt</b>	<b>2.200</b>	<b>2.200</b>	<b>2.200</b>
davon gewaltorientiert <sup>4</sup>	1.000	1.000	1.000

Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet.

- 1 Die bayerischen Stützpunkte der am 28. September 2013 gegründeten Partei konstituierten sich erst im Laufe des Jahres 2014.
- 2 Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.
- 3 Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstiger rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen werden vom Gesamtpotenzial abgezogen.
- 4 Dazu zählen gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend und gewaltbefürwortend.

---

## 2. Gewaltpotenzial

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene sind insbesondere Neonazis und Skinheads gewaltbereit. Die Gewalttaten reichen von Übergriffen auf Minderheiten bis zu terroristischen Gewalttaten. Ursache ist das rassistische Menschenbild der Rechtsextremisten, das den Einzelnen allein nach seiner ethnischen Herkunft beurteilt. Beispiele hierfür waren bereits in den 1990er Jahren die rassistischen Übergriffe in Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen. Zu dieser Zeit wurde die rechtsextremistische Szene jünger, aktionistischer und militanter. Innerhalb der Szene kursierten Texte, die zum bewaffneten Kampf aufriefen wie beispielsweise „The Turner Diaries“ des US-amerikanischen Rechtsextremisten und Verlegers William Pierce, in denen er den Rassenkrieg propagierte.

---

## 2.1 Reaktionen der rechtsextremistischen Szene auf den NSU-Prozess

Die rechtsterroristische Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) hat zwischen September 2000 und April 2007 bundesweit insgesamt zehn Personen ermordet. Drei dieser Taten wurden in Nürnberg (2000, 2001 und 2005) und zwei in München (2001 und 2005) begangen. Der Gruppierung werden weitere rechtsextremistisch motivierte Sprengstoffanschläge und eine Vielzahl von Banküberfällen zugerechnet.

Die als Haupttäter erkannten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt wurden am 4. November 2011 erschossen in einem von der Polizei umstellten Wohnmobil aufgefunden. Die ebenfalls als Mittäterin verdächtige Beate Zschäpe stellte sich nach mehrtägiger Flucht am 8. November 2011 der Polizei und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Am 6. Mai 2013 begann vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichtes München der Prozess gegen Zschäpe und weitere Beschuldigte u. a. wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung im Zusammenhang mit dem NSU.

NSU-Prozess

Rechtsextremisten nutzen das öffentliche Interesse an dem Prozess für ihre eigenen Propagandazwecke. Mit Solidaritätsbekundungen für mutmaßliche Unterstützer des NSU und dem Erscheinen am Gerichtsgebäude werden der Rechtsstaat und die Angehörigen der NSU-Opfer verhöhnt.

Die Partei Der Dritte Weg kommentiert das Prozessgeschehen immer wieder auf ihrer Internetseite: Das Verfahren bezeichnen die Rechtsextremisten dabei als „NSU-Phantom-Schauprozess“ bzw. „teuersten Komödienstadel der Republik“. Ein infolge des NSU-Prozesses dauerhaft gestiegenes Gewaltpotenzial ist in der rechtsextremistischen Szene aktuell nicht feststellbar, sehr wohl aber ein aktionistischeres Auftreten.



Rechtsterroristische Taten können – insbesondere wenn sie von Einzelpersonen oder Kleinstgruppen begangen werden – zu keiner Zeit ausgeschlossen werden. Dies haben in jüngerer Zeit insbesondere die Taten des NSU sowie die Breivik-Attentate in Norwegen im Jahr 2011 verdeutlicht.

---

Die Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Bayerischen Landtages zur politischen Aufarbeitung der Mordserie des NSU haben 2013 ihren Abschluss gefunden. Die Empfehlungen der Ausschüsse wurden bereits zu großen Teilen in enger Abstimmung von Bundes- und Landesbehörden umgesetzt.

## 2.2 Gewaltorientierte rechtsextremistische Szene in Bayern

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, verbunden mit Hass und Ablehnung von Demokratie und pluralistischer Gesellschaft, bilden den Nährboden für rechtsextremistische Gewalttaten. Die Abwertung und Entmenschlichung von Feindbildern fördern ein Sinken der Hemmschwelle zur Gewaltanwendung. Der in Teilen der Szene gepflegte Gewalkult, der mit der Verherrlichung von „kriegerisch-soldatischer Tugend“ einhergeht, wirkt sich ebenfalls auf Gewaltbefürwortung und -anwendung aus.

Die Mehrzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten wird spontan verübt. Häufig erfolgen solche Taten aus einer Situation heraus, in der Rechtsextremisten – einzeln oder in kleinen Gruppen – auf Personen treffen, die den typischen rechtsextremistischen Feindbildern entsprechen.

So waren vier Asylbewerber im Alter zwischen 17 und 19 Jahren am 24. Mai in Bad Neustadt a. d. Saale Ziel eines rechtsextremistisch motivierten gewalttätigen Übergriffs: Eine Gruppe von drei Personen forderte die Asylbewerber zunächst auf, ihnen Geld zu geben und beleidigte sie mit ausländerfeindlichen Äußerungen. Anschließend wurde auf zwei der Asylbewerber eingeschlagen, die dabei leichte Verletzungen erlitten. Gegen einen mutmaßlichen Täter laufen noch Ermittlungen.

Ein 24-jähriger Würzburger mit Migrationshintergrund wurde am 8. August im Straßenverkehr fremdenfeindlich bedroht: Der Gewalttäter stieg an einer roten Ampel aus seinem Auto, ging auf das Auto des Opfers zu, schlug ihm die Sonnenbrille aus dem Gesicht, hielt ihm ein Messer an den Hals und drohte „Ich bring' dich um.“



---

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt richtet sich darüber hinaus auch gegen den politischen Gegner, insbesondere gegen Demokraten, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren sowie gegen linksextremistische Antifaschisten. Die Rechtsextremisten wollen damit ihren politischen Gegner einschüchtern. Am 7. November haben Rechtsextremisten die Eingangstür eines Szenetreffs der Bamberger Antifa eingeschlagen und die Hausfassade u. a. mit einem Hakenkreuz besprüht. Im Briefkasten fand sich ein Drohbrief der „lokalen Anti-Antifa“

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Beobachtung von gewaltorientierten Personen und Gruppen in einem eigenen Referat gebündelt. Es wird damit ein fallbezogener Beobachtungsansatz verfolgt, wobei der Informationsaustausch mit den Polizeibehörden eine besondere Rolle spielt.

Beobachtung  
gewaltorientierter  
Personen

---

## 2.3 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

### Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“

<b>Straftaten</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Tötungsdelikte (auch Versuch)	0	1	0
Körperverletzungen	62	62	56
Brand- und Sprengstoffdelikte	0	0	3
Landfriedensbruch	0	0	2
Erpressung	1	0	3
sonstige Gewalttaten	2	3	2
<b>gesamt</b>	<b>65</b>	<b>66</b>	<b>66</b>

#### **Terrorismus**

Kriminelle/Terroristische Vereinigung	1	1	0
<b>gesamt</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>

#### **sonstige Straftaten**

Sachbeschädigungen	115	80	69
Propagandadelikte	1.214	1.212	1.255
sonstige Straftaten	127	110	172
Nötigung/Bedrohung	20	16	21
Volksverhetzung	217	192	345
<b>gesamt</b>	<b>1.693</b>	<b>1.610</b>	<b>1.862</b>

---

<b>Straftaten insgesamt</b>	<b>1.759</b>	<b>1.677</b>	<b>1.928</b>
-----------------------------	--------------	--------------	--------------

---

#### **Gewalttaten**

Im Jahr 2014 wurden in Bayern 66 rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte registriert (2013: 66). Dabei handelt es sich überwiegend um Körperverletzungsdelikte. Von den 66 Gewalttaten waren 23 (2013: 24) allgemein neonazistisch motiviert; Zehn dieser Delikte waren gegen den politischen Gegner gerichtet (2013: 17). 42 Gewalttaten (2013: 38) waren fremdenfeindlich motiviert.

---

Bei einem Gewaltdelikt lag eine antisemitische Motivation zugrunde (2013: 4). Insgesamt konnten 52 Gewalttaten aufgeklärt werden, dabei wurden insgesamt 65 Tatverdächtige ermittelt, darunter vier Frauen. Wie im Jahr 2013 gehört mit 55 Personen die überwiegende Zahl der Tatverdächtigen der Altersgruppe über 21 an, zehn der Tatverdächtigen gehören zur Altersgruppe 17 bis 21 Jahre.

### **Sonstige Straftaten**

In Bayern wurden 2014 insgesamt 1.862 (2013: 1.610) sonstige rechtsextremistische Straftaten (ohne Gewalttaten) gezählt. Davon waren 1324 neonazistisch (2013: 1.300), 395 fremdenfeindlich (2013: 218) und 143 antisemitisch motiviert (2013: 92). In den meisten Fällen handelte es sich um Propagandadelikte (1.255; 2013: 1.212), aber u. a. auch um Volksverhetzung (345; 2013: 192) und Sachbeschädigungen (69; 2013: 80).

Fremdenfeindlich motivierte Straftaten richteten sich insbesondere gegen Asylbewerber und gegen Personen, die sich für Asylbewerber engagieren. In anonymen Briefen wurden Asylbewerber pauschal diffamiert. An Asylbewerberunterkünften wurden Schmierschriften angebracht. Mehrfach klebten unbekannte Täter in Großstädten volksverhetzende Plakate, die sich gegen Personen mit Migrationshintergrund richteten.

Volksverhetzungsdelikte richteten sich zudem vermehrt gegen Mitbürger jüdischen Glaubens. Im Internet, insbesondere in sozialen Netzwerken, agitierten Rechtsextremisten wiederholt gegen jüdische Mitbürger.

Propagandadelikte machen nach wie vor den Großteil rechtsextremistischer Straftaten aus. Beispielsweise wurden Hakenkreuze auf Wände und Fahrzeuge gesprüht bzw. geritzt, Parolen wie „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen. Neonazis verwenden z. B. auf dem Display ihres Mobiltelefons NS-Symbole als Standard-Einstellung und nutzen das Short-Message-System (SMS) sowie den Multimedia Messaging Service (MMS), um neonazistische Grafiken, Filme und Lieder zu Propagandazwecken an andere Handy-Besitzer zu übermitteln.

---

### 3. Rechtsextremistische Themenfelder und Aktionsformen

#### 3.1 Rechtsextremistische Themenfelder

Der Rechtsextremismus tritt in verschiedenen Ausprägungen nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente sowie in unterschiedlichen, sich daraus herleitenden Zielsetzungen auf. Dabei herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, das die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

**Klassische Themen**      Rechtsextremisten versuchen, die nationalsozialistische Gewalt Herrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen zu rechtfertigen, Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen des Dritten Reichs zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen (Geschichtsrevisionismus). Zusätzlich verunglimpfen sie den demokratischen Verfassungsstaat und seine Repräsentanten, indem sie beispielsweise Deutschland als Marionettenstaat ausländischer, insbesondere US-amerikanischer, Interessen darstellen. Deutsche Politiker diffamieren sie dabei regelmäßig als korrupte Handlanger ausländischer Interessen. Die eigene Organisation und ihre Vertreter sollen als die alleinigen Wahrer der Interessen des deutschen Volkes dargestellt und der politische Gegner als Verräter, der mit krimineller Energie systematisch den Interessen der Bürger schadet, diskreditiert werden. Rechtsextremisten lehnen die Kernbereiche der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.

Hinzu kommt die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen, die zu einer Aushöhlung der Grundrechte führt (völkischer Kollektivismus). Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Strategie des Kampfs gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

In der Propaganda von Rechtsextremisten treten seit einigen Jahren sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Themen mehr und mehr in den Vordergrund. So wird z. B. Umweltschutz als „Heimatschutz“ interpretiert und in den Kontext der völkischen Bewegung gestellt. Demzufolge ist der Schutz des eigenen Volkes untrennbar mit dem Schutz der Umwelt verbunden. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorie-Elementen wollen Rechtsextremisten aus den Sorgen der Bevölkerung Kapital schlagen. Teile des rechtsextremistischen Spektrums propagieren einen „volksbezogenen Sozialismus“ mit dem Ziel, in sozialistisch orientierte Wählerschichten einzudringen.

### Agitation gegen Asylbewerberunterkünfte

Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen agitieren Rechtsextremisten vermehrt gegen Asylbewerberunterkünfte. Sie versuchen Ängste in der Bevölkerung vor angeblicher Überfremdung und Steigerung der Kriminalität vor Ort zu schüren und sich selbst als die einzige politische Kraft, die diese Sorgen ernst nimmt, darzustellen. Dazu veranstalten sie Kundgebungen, verteilen Flugblätter, ergreifen das Wort in öffentlichen Versammlungen und betreiben Kampagnen im Internet.

Der Vorsitzende der rechtsextremistischen Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München) und Münchner Stadtrat Karl Richter, führte mehrere Veranstaltungen im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in München durch. Anhänger der Partei Der Dritte Weg (Ill. Weg) verteilten zudem mehrfach Flugblätter zum Thema „Asylmissbrauch in Deutschland endlich stoppen“ in den Briefkästen von Anwohnern.



---

Gegen die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Deggendorf agitierten sowohl die NPD als auch die Partei III. Weg. Die NPD führte am 29. März eine Flugblattaktion in Deggendorf durch. Die Partei III. Weg veranstaltete Kundgebungen am 23. und 24. Mai. Aktivisten der Partei III. Weg verteilten zudem mehrfach Flugblätter, sowohl im Umfeld der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung wie auch im Vorfeld einer Informationsveranstaltung am 28. Oktober in Deggendorf.



Durch die Hetzkampagnen könnten sich einzelne Rechtsextremisten dazu ermutigt fühlen, sich weiter zu radikalisieren oder gewalttätige Aktionen durchzuführen.

Am 11. Dezember wurden in Vorra, Landkreis Nürnberger Land, zwei geplante Asylbewerberunterkünfte und ein Nebengebäude in Brand gesetzt. An einem Gebäude waren zwei Hakenkreuze und der Schriftzug „Kein Asylat<sup>1</sup> in Vorra“ angebracht. (<sup>1</sup> Originalschriftzug)

### **Antisemitismus und Gaza-Konflikt**

Vor dem Hintergrund der Eskalation des Konflikts zwischen Israel und der HAMAS um den Gazastreifen kam es im Juli zu einer deutlichen Zunahme der Reaktionen auch in Deutschland. Mit Beginn der militärischen Auseinandersetzung, insbesondere aber nach der Entscheidung der israelischen Regierung, dem andauernden Raketenbeschuss mit einer Luft- und schließlich auch mit einer Bodenoffensive zu begegnen, nahmen die antiisraelischen Proteste zu.

Antizionistischer  
Antisemitismus

Der antizionistische Antisemitismus gibt vor, Israel zu kritisieren, lehnt aber tatsächlich das Existenzrecht Israels ab. Er diffamiert den jüdischen Staat, indem er ihm einen „Vernichtungskrieg“ und eine Politik der „Ausrottung“ vorwirft. Die Feindschaft gegen den Staat Israel wird mit klassischen Stereotypen der

---

Judenfeindschaft verbunden: von der jüdischen Finanzmacht bis hin zur jüdischen Weltverschwörung. Der Antisemitismus ist ein Basiselement rechtsextremistischer Ideologie und zeigt sich – offen, unterstellend oder verbrämt – in annähernd all seinen Erscheinungsformen.

### **Islamfeindlichkeit**

In der rechtsextremistischen Szenegewinnt die Islamfeindlichkeit an Bedeutung. Rechtsextremisten lehnen den Islam bzw. Muslime als „undeutsch“ ab. Sie unterstellen ihnen eine pauschale Minderwertigkeit und fordern beispielsweise, Muslimen bestimmte Grundrechte gar nicht oder nur eingeschränkt zuzugestehen.

Auf diese Weise versuchen sie – z. B. bei Diskussionen um den Bau von Moscheen – Ängste vor Überfremdung zu wecken oder Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam zu schaffen bzw. zu verstärken. Muslime werden pauschal als Bedrohung der Inneren Sicherheit dargestellt. In diesem Zusammenhang beteiligten sich Rechtsextremisten auch an Protesten gegen Salafisten, die maßgeblich von Hooligans organisiert worden sind.

Am 26. Oktober nahmen zahlreiche Rechtsextremisten an einer im Vorfeld über Facebook beworbenen Demonstration in Köln teil. Insgesamt waren bis zu 5.000 Hooligans und Rechtsextremisten vor Ort. Sowohl im Verlauf der Demonstration als auch nach deren Beendigung kam es zu Ausschreitungen: 45 Polizeibeamte wurden verletzt, drei davon durch den Bewurf mit Flaschen und Steinen sowie gezündeter Pyrotechnik schwer.

Rechtsextremisten versuchen, gemeinsame Aktionen mit Hooligans als Agitationsplattform für sich zu nutzen. Davon versprechen sich die Rechtsextremisten ein größeres Mobilisierungspotenzial und neue Rekrutierungschancen. Erlebnisorientierte Jugendliche, die bislang vorwiegend in der Hooliganszene aktiv waren, könnten so an den Rechtsextremismus herangeführt werden.

Aktionen mit  
Hooligans

---

## 3.2 Rechtsextremistische Aktionsformen

### 3.2.1 Rechtsextremistische Bürgerinitiativen

In Bayern nutzen Rechtsextremisten zudem die Möglichkeit, über Bürgerinitiativen auch außerhalb der NPD politisch Einfluss nehmen zu können. Durch die Bezeichnung als „Bürgerinitiative“ wollen Rechtsextremisten ihre eigentliche Gesinnung verschleiern und sich als wählbare politische Alternative präsentieren. Insbesondere die Behandlung bürgernahe Themen und lokaler Probleme soll „Volksnähe“ zeigen. Die politischen Lösungsvorschläge orientieren sich jedoch deutlich an der rechtsextremistischen Ideologie.

Um an den Kommunalwahlen im März teilnehmen zu können, sammelten die Bürgerinitiative Soziales Fürth (BiSF) sowie die Bürgerinitiative Ausländerstopp Augsburg (BIA-Augsburg) Unterstützerunterschriften. Sie konnten jedoch nicht die für eine Wahlzulassung notwendige Zahl an Unterschriften vorlegen. In München und Nürnberg waren bereits zwei rechtsextremistische Bürgerinitiativen mit einem bzw. zwei Sitzen im Stadtrat vertreten und damit automatisch zur Wahl zugelassen. Sowohl die BIA-München als auch die BIA-Nürnberg erreichten wieder die gleiche Mandatszahl. Die Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz (BiSAO) hat sich nicht um eine Wahlzulassung bemüht.

### 3.2.2 Rechtsextremistische Aktivitäten bei gesellschaftlichen Veranstaltungen

Wortergreifungsstrategie

Rechtsextremisten nutzen gesellschaftliche Großveranstaltungen, um auf subtile Weise ihre politischen Botschaften zu verbreiten. Sie knüpfen damit an die u. a. vom ehemaligen NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt propagierte „Wortergreifungsstrategie“ an, nach der sich Rechtsextremisten unauffällig an öffentlichen Veranstaltungen beteiligen und diese als Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda nutzen sollen. Dabei nutzen sie aus, dass für diese Aktionsformen in der Regel keine behördliche Anzeige oder Anmeldung notwendig ist und versuchen dadurch, das Risiko eines vorherigen Verbots oder Ausschlusses zu verringern.



---

Am 28. Oktober nahmen mehrere Rechtsextremisten an einer Informationsveranstaltung zur neuen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Deggendorf teil. Vor Veranstaltungsbeginn verteilten zwei Aktivisten der Partei Der Dritte Weg (III. Weg) Flugblätter. Der Versuch eines Rechtsextremisten, das Wort zu ergreifen, wurde jedoch vom Leiter der Veranstaltung unterbunden.



Um Informationen zu erlangen, die zur Agitation gegen Asylbewerberunterkünfte missbraucht werden können, versuchen Rechtsextremisten vermehrt, die mit dem Status als Journalist verbundenen Privilegien zu nutzen. Presseausweise werden von zahlreichen Organisationen ausgestellt, die sehr unterschiedliche Vergabekriterien anlegen. Während einige Verbände nur hauptberuflich tätigen Journalisten Presseausweise ausstellen, geben andere Organisationen auch dann einen Presseausweis aus, wenn keinerlei Nachweis über eine journalistische Tätigkeit vorgelegt wird. Staatliche Stellen wirken bei der Vergabe von Presseausweisen nicht mit.

Unter der Vorspiegelung, freier Journalist zu sein, richtete ein Aktivist der Partei III. Weg an mehrere Kreisverwaltungsbehörden erfolglos Anfragen zu Asylbewerberunterkünften. Im März propagierte die rechtsextremistische Partei DIE RECHTE im Internet die Vorteile „rechter“ Medientätigkeit und forderte „nationale Aktivisten“ zur Beschaffung von Presseausweisen auf.

„Beschaffung“ von Presseausweisen

„Man kann sich auf Demonstrationen relativ frei bewegen, linksextremistische Straftaten dokumentieren, an Pressekonferenzen teilnehmen und kritische Fragen stellen.“

Im Dezember verteilten Aktivisten der Partei III. Weg auf mehreren Weihnachtsmärkten in Bayern Präsente und Flugblätter an Besucher. In Altötting, Deggendorf, Freilassing, Schwabmünchen und auf der Insel Frauenchiemsee wurden entsprechende Aktionen durchgeführt.

---

### 3.2.3. Freizeitaktivitäten zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und zur Nachwuchsgewinnung

Gemeinsame Freizeitaktivitäten haben für die rechtsextremistische Szene mehrere Funktionen: Sie stärken die Gruppenidentität, sind Ausdruck rechtsextremistischen Lebensgefühls und sollen neue Aktivisten anziehen. Neben dem Besuch von rechtsextremistischen Konzerten spielen dabei auch gemeinsame sportliche Aktivitäten, Wanderungen und Reisen eine zunehmende Rolle.

So veranstaltete die Partei Der Dritte Weg (III. Weg) eine Osterwanderung im Bayerischen Wald, eine Tour zum Großen Arber sowie einen mehrtägigen Ausflug in den Teutoburger Wald. Die Partei kündigte weitere Aktivitäten wie Wanderungen, Kanufahrten oder Bergtouren an.

### 3.2.4 Internationale Kontakte bayerischer Rechtsextremisten

Zwischen bayerischen und ausländischen Rechtsextremisten bestehen zahlreiche persönliche Kontakte. Verbindungsleute in den Gruppierungen garantieren die gegenseitige Mobilisierung für internationale Szene-Veranstaltungen wie Konzerte, Feiern und Großdemonstrationen. Dabei kommt es in der Regel zu einer vorübergehenden länderübergreifenden Zusammenarbeit, in Einzelfällen auch zu dauerhaften Kooperationen. Bayerische Rechtsextremisten pflegen Kontakte insbesondere nach Tschechien, Ungarn, Griechenland, Österreich, Italien und in die Schweiz.

Kontakte zu  
Chrysi Avgi

So hatten Aktivisten des inzwischen verbotenen Freien Netzes Süd (FNS) seit Ende 2012 Kontakte zur griechischen rechtsextremistischen Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte). Diese vertritt offen neonazistische Positionen, die territoriale Ansprüche an Nachbarstaaten ebenso umfassen wie die Diskriminierung von Migranten. Die Kontakte werden nun unter dem Dach der Partei III. Weg weitergeführt. Am 1. Februar nahmen mehrere bayerische Rechtsextremisten am sogenannten „Imia-Marsch“ in Athen teil. Die Partei Chrysi Avgi organisiert diese Veranstaltung jährlich als Erinnerung an den Konflikt um die sowohl von Griechenland

---

als auch von der Türkei beanspruchte Mittelmeerinsel Imia, die Soldaten beider Länder 1996 einzunehmen versuchten. Es kam auch zu einem Treffen mit Vertretern der Partei Chrysi Avgi. Artikel über diese griechische rechtsextremistische Partei sind zudem ein Schwerpunkt der Berichterstattung auf der Homepage der Partei III. Weg.

Im tschechischen Karlsbad fand am 15. Februar unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ eine Demonstration mit rund 200 Rechtsextremisten statt, darunter viele bayerische Aktivisten und Unterstützer der Partei III. Weg. Die Demonstration war von Aktivisten einer tschechischen nationalistischen Partei angemeldet worden. Die bayerischen Neonazi-Aktivisten Matthias Fischer und Tony Gentsch traten als Redner für die Partei III. Weg auf. Weitere Redner waren u. a. der Parteivorsitzende Klaus Armstroff sowie tschechische und ungarische Rechtsextremisten.



---

## 4. Internet, Musik, Vertriebsstrukturen und Verlage

### 4.1 Rechtsextremisten im Internet

Rechtsextremisten nutzen intensiv das Internet als Propaganda-, Rekrutierungs- und Koordinierungsmedium. Alle wesentlichen rechtsextremistischen Parteien, Organisationen und Kameradschaften verfügen über eine eigene Homepage. Die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Internetseiten bewegt sich seit Jahren auf hohem Niveau; dabei werden aber regelmäßig Seiten vom Netz genommen und andere eingestellt.

Eine der meistfrequentierten deutschsprachigen Internet-Präsenzen der rechtsextremistischen Szene ist das Internetportal „Altermedia“. Sowohl die redaktionellen Beiträge als auch die

---

Leserkommentare enthalten regelmäßig strafrechtlich relevante Inhalte. Zwei Verantwortliche von „Altermedia“ wurden im Oktober 2011 u. a. wegen Volksverhetzung und Aufforderung zu Straftaten rechtskräftig zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.



## Soziale Netzwerke

Daneben nutzen Rechtsextremisten auch soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Während die Zahl rechtsextremistischer Homepages abnimmt, verlagern sich die Aktivitäten mehr und mehr in die sozialen Netzwerke. Dort gründen Rechtsextremisten geschlossene Foren und Chatrooms zur szeneeinternen Kommunikation. Der hohe Verbreitungsgrad macht soziale Netzwerke für Rechtsextremisten zudem als Propagandaplattform attraktiv. Zu unverfänglichen, emotionalisierend wirkenden Themen, wie z. B. Kindesmissbrauch, die auch bei der Bevölkerung auf hohes Interesse stoßen, werden eigene Aktionsseiten eingerichtet. Mehr noch als bei offensichtlich rechtsextremistischen Homepages besteht in sozialen Netzwerken und auf Videoportalen die Gefahr, dass Jugendliche und Heranwachsende, ohne es zu bemerken, rechtsextremistischer Propaganda ausgesetzt sind. Zwar gelingt es den Providern immer wieder, rechtsextremistische Videos ausfindig zu machen und zu entfernen. Videos neonazistischer Kameradschaften und Parteien, Aufnahmen ihrer Demonstrationen und Musikclips rechtsextremistischer Bands werden jedoch fortlaufend neu ins Netz gestellt.

## Outing-Aktionen

In Chat-Foren und auf Webseiten greifen Rechtsextremisten oft ihren „politischen Gegner“ an. „Linke“ Aktivisten werden namentlich erwähnt oder Personen geoutet und bedroht, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Von diesen Outing-Aktionen sind sowohl Mitglieder bürgerlicher Bündnisse als auch Journalisten, Gewerkschaftler oder Lokalpolitiker betroffen. Rechtsextremisten nutzen auch den Kurznachrichtendienst Twitter, um z. B. die Szene über aktuelle Demonstrationen und Veranstaltungen zu informieren.

---

Aufgrund der intensiven Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Internetaufklärung weiter intensiviert und hierfür einen eigenen Arbeitsbereich eingerichtet. Darüber hinaus steht das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz in Kontakt mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien und versucht, in Zusammenarbeit mit dieser Veröffentlichungen von rechtsextremistischen Inhalten zu verhindern.

Internetaufklärung  
intensiviert

## 4.2 Rechtsextremistische Musik

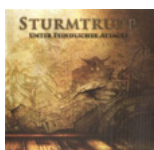
Rechtsextremistische Musik ist – zusammen mit sozialen Erfahrungen und gemeinsamen Erlebnissen – ein wesentliches Eintrittstor in die rechtsextremistische Szene.

Rechtsextremisten nutzen Musik, um Jugendliche mit rechtsextremistischem Gedankengut in Kontakt zu bringen. Das Angebot an rechtsextremistischer Musik ist hinsichtlich Qualität, Stil und Zielrichtung größer geworden und reicht von Skinhead-Musik und Balladensängern über Black Metal, Hatecore und Neofolk bis hin zu Hip-Hop und Techno. Die Texte enthalten nationalistisches, fremdenfeindliches, antisemitisches und antidemokratisches Gedankengut.

Rechtsextremistische Musik wird live auf Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen und Parteien sowie auf Skinhead-Konzerten im In- und Ausland gespielt. Diese Konzerte dienen den Teilnehmern als Plattform für soziale Kontakte und ermöglichen es, ein Netzwerk persönlicher Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Besonderen Zuspruch finden die alljährlich durchgeführten Skinhead-Konzerte in Norditalien, die von den „Veneto-Fronte“-Skinheads veranstaltet und von bis zu 2.000 Rechtsextremisten aus ganz Europa besucht werden. Die Skinhead-Gruppierung Veneto Fronte (Raum Verona/Vincenza) gilt als die italienische Vertretung der seit September 2000 in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Bewegung.

---

## Bayerische Skinhead-Bands



Bandname	Herkunft	Aktiv seit	Letzte Veröffentlichung
<b>Burning Hate</b>	Oberfranken	2005 Gründung mit ehemaligen Mitgliedern der Skinhead-Bands Aryan Rebels und Division 28	CD „Your time is running out“ (2010)
<b>Codex Frei</b>	Raum Kempten	2010	Beteiligung am Sampler „Tribute to Triebtäter“ (2012)
<b>Faustrecht</b>	Raum Mindelheim	1994 – 2002 Neugegr. 2004	CD „For the love of oi“ (2013)
<b>Feldherren</b>	München	2004 (derzeit inaktiv)	CD „Feldherren“ (2009)
<b>MPU</b>	Raum Hof	2010 (derzeit inaktiv)	CD „Bootboys der alten Schule“ (2010)
<b>National born haters</b>	Neu-Ulm	2001 (derzeit inaktiv)	CD „gehirngefickt“ (2010)
<b>Sturmtrupp</b>	Neuburg a.d. Donau	2008 (Wiedergr. nach Auflösung. 2002)	CD „Unter feindlicher Attacke“ (2011)
<b>Untergrundwehr</b>	Würzburg	2008 (Wiedergründung)	Beteiligung am Sampler „Tribute to Triebtäter“ (2012)
<b>White rebel boys</b>	Raum Hof	2007	CD „The boys are back in town“ (2012)

---

---

Rechtsextremistische Bands nutzen Konzerte als Möglichkeit, ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen und für Tonträger und Merchandising-Artikel zu werben. Allein mit der Gage für einen Konzertauftritt können die meisten Bands ihre entstandenen Kosten nur teilweise decken. Wesentlich einträglicher sind der Verkauf und Vertrieb von Tonträgern, die über Versandhandel, Verkaufsstände auf rechtsextremistischen Veranstaltungen und über das Internet verbreitet und vermarktet werden. Das Internet bietet darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten, rechtsextremistische Musik einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Beispielsweise können Musikclips schnell und effektiv zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Durch Verteilaktionen von sogenannte Schulhof-CDs versuchen die NPD bzw. ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten sowie die Neonazi-Szene gezielt Nachwuchs zu gewinnen. Die Aktionen sind derzeit rückläufig.

Schulhof-CDs

Rechtsextremistische Konzerte werden von den Veranstaltern in der Regel konspirativ vorbereitet. Mit Vortrefforten, SMS-Mobilisierung bzw. Mund-zu-Mund Propaganda und / oder der Deklaration eines Konzerts als private Geburtstagsfeier soll ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden verhindert werden.

Szene-Konzerte

Diese geheime Vorbereitung übt auf Jugendliche einen zusätzlichen Reiz aus. Veranstalter – es handelt sich dabei meistens um langjährige Aktivisten – erlangen bei der erfolgreichen Durchführung eines Konzerts innerhalb der Szene viel Anerkennung. Kommerzielle Interessen spielen dabei eine untergeordnete Rolle, da die Konzertveranstalter mit den erhobenen Eintrittsgeldern in der Regel gerade die Kosten für Saalmiete und Bandgagen decken können.

Aufgrund des intensiven Überwachungsdrucks der Sicherheitsbehörden und des damit verbundenen finanziellen Risikos gelingt es den Veranstaltern in Bayern nur noch selten, rechtsextremistische Konzerte durchzuführen. Im Jahr 2014 fanden in Bayern zwei rechtsextremistische Konzerte statt. Im Jahr 2013 war es ein Konzert, im Jahr 2012 waren es sechs.

Konzert in Scheinfeld verhindert

Ein im Rahmen des NPD-Bayerntags am 24. Mai in Scheinfeld Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim geplantes Konzert konnte verhindert werden. Die NPD hatte ihre ursprüngliche Anmeldung zurückgezogen und schließlich den Bayerntag ohne Konzert, lediglich mit einem Liedermacher, veranstaltet. Stattdessen kündigte Patrick Schröder, Betreiber des rechtsextremistischen Internet-Senders „Frei Sozial National-TV“ (FSN-TV) an, das Konzert im Rahmen einer privaten Feier mit etwa 350 geladenen Gästen in Scheinfeld durchführen zu wollen. Die Stadt Scheinfeld untersagte die Veranstaltung, das Bayerische Verwaltungsgericht Ansbach bestätigte das Verbot.



### 4.3 Rechtsextremistische Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Vertriebe und Versandhandel kommerzialisieren die subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene. Das Sortiment ist gezielt auf die Bedürfnisse der Anhänger einzelner Szene-Stilrichtungen wie der Skinhead-, der NS-Hatecore- oder der NS-Black-Metal-Subkultur ausgerichtet. Bei der Produktion und Vervielfältigung von Tonträgern spielen insbesondere die größeren Vertriebe eine wichtige Rolle. Neben Musik umfasst die Angebotspalette auch Textilien, Fahnen, Flugblätter, Plakate und szenetypische Devotionalien wie Bücher und Aufkleber sowie zunehmend Accessoires für den Alltag wie Sonnenbrillen oder Gürteltaschen.

Szeneläden sind mittlerweile die Ausnahme. Nahezu alle Händler bieten ihre Waren auf zum Teil professionell gestalteten Verkaufsplattformen im Internet an. Die Betreiber rechtsextremistischer



Betriebe verfolgen insbesondere wirtschaftliche Interessen, manche unterstützen mit ihren Einnahmen auch die rechtsextremistische Szene.

### Vertriebe und Versandhandel

Name	Sitz / Landkreis	seit	Inhaber
<b>Ansgar Aryan</b>	Mantel / Neustadt a.d. Waldnaab	2009	Nemesis Production GmbH, Mantel; Gf: Patrick Schröder
<b>Versand der Bewegung</b>	Murnau / Garmisch-Partenkirchen	2003	Matthias Polt
<b>Patriaversand</b>	Kirchberg / Erding	1993	Franz Glasauer
<b>Wikinger-versand</b>	Geiselhöring / Straubing-Bogen	1997	Siegfried Birl
<b>Tradition u. Moderne</b>	Bad Wörishofen / Unterallgäu	2010	Stefan Friedmann
<b>Oldschool Records</b>	Wolfertschwenden / Unterallgäu	2008	Benjamin Einsiedler
<b>Schwarze Sonne Versand</b>	Rain am Lech / Donau-Ries	2001	Alexander Feyen
<b>DIM Records</b>	Coburg	1991	Ulrich Großmann
<b>Last Resort Store</b>	Bessenbach / Aschaffenburg	2005	Dominik Wensauer

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat am 23. Juli das neonazistische Netzwerk Freies Netz Süd (FNS) verboten, da es die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der verbotenen Fränkischen Aktionsfront weiterführte. Darüber hinaus wurden Gegenstände des Szene-Versandhandels Final Resistance Versand beschlagnahmt und eingezogen. Der Final Resistance Versand unterstützte die Aktivitäten des FNS, indem er Agitations- und Propagandamaterial zur Verfügung stellte. Er hatte sich in den letzten Jahren zu einem der bedeutendsten Szene-Versandhandel in Bayern entwickelt. Die Einziehung der Gegenstände des Final Resistance Versand zu Gunsten des Freistaates Bayern ist allerdings noch nicht bestandskräftig, da dessen Gesellschafter hiergegen Rechtsmittel eingelegt haben. Das Klageverfahren ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig.

Exekutivmaßnahmen gegen FNS und Final Resistance Versand

---

## 4.4 Rechtsextremistische Internet-Radios und -TV

Rechtsextremisten nutzen auch Internet-Radios zur Verbreitung „ihrer“ Musik. Gelegentlich werden auch indizierte oder strafbare Titel gespielt. Teilweise können die Hörer das Programm mitgestalten. Als Wortbeiträge werden Interviews mit Rechtsextremisten (z. B. Bandmitgliedern), Kommentare oder Kritiken zu CDs sowie gelegentlich Werbung für Konzerte und Demonstrationen gesendet. Die Sendezeiten variieren von wenigen Stunden wöchentlich bis hin zu einem 24-Stunden Programm. Die Homepages dieser Internet Radios bieten häufig auch anmeldepflichtige Chats und Diskussionsforen an. Internet-Radios unterliegen einer hohen Fluktuation, manche sind nur vorübergehend in Betrieb.

Der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Weiden i.d.OPf. und Beisitzer im NPD-Landesvorstand Bayern, Patrick Schröder, betreibt seit 2007 von Weiden i.d.OPf. aus das rechtsextremistische Internetradio „Radio FSN“ (Frei-Sozial-National) sowie seit August 2012 auch das Internet-TV „FSN-TV“. Neben Interviews mit Protagonisten aus der rechtsextremistischen Szene werden in moderierten Beiträgen, die auch heruntergeladen werden können, Aktionshinweise, Demonstrationstermine und Informationen über aktuelle Ereignisse innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums verbreitet. Patrick Schröder, der mit einem Co-Moderator auftritt, erreicht mit seinen Sendungen ein überregionales Szenepublikum.

Am 27. Juli zeigte Schröder vor laufender Kamera den Hitlergruß. Das Amtsgericht Weiden i.d.OPf. hat Schröder am 28. November zu einer Geldstrafe in Höhe von 90 Tagessätzen zu je 35 Euro verurteilt wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien (BLM) hat gegen Schröder ein Ordnungswidrigkeitsverfahren durchgeführt und aufgrund von Verstößen unter anderem gegen den Jugendschutz ein Bußgeld in Höhe von 3.000 Euro verhängt. Das beim Amtsgericht Weiden i.d.OPf. dagegen eingelegte Rechtsmittel war erfolglos. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die erneute Ausstrahlung der Sendungen wurde durch die BLM untersagt.

---

Ab 21. September untersagte die BLM Schröder das audiovisuelle Medienangebot FSN-TV oder ein anderes journalistisch-redaktionell gestaltetes audiovisuelles Angebot über Internet oder andere Übertragungskapazitäten für mehr als 500 zeitgleich mögliche Nutzer zu veranstalten und linear, d. h. live oder zu einem bestimmten Sendezeitpunkt, zu verbreiten. Für Zuwiderhandlungen hat die BLM ein Zwangsgeld angedroht. Die BLM begründete ihre Untersagung mit der fehlenden Rundfunklizenz und der nicht gewährleisteten Kontrolle möglicher Gefährdungen, z. B. des Jugendschutzes.

Untersagung  
FSN-TV

## 4.5 Rechtsextremistische Verlage

### **Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ)**

Der 1958 gegründete DSZ-Verlag mit Sitz in München war über einen langen Zeitraum das bedeutendste rechtsextremistische Propagandainstrument in Deutschland. In diesem Verlag erscheint wöchentlich die National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung (NZ). Die NZ verbreitet fremdenfeindliche, nationalistische und revisionistische Argumentationsmuster.

### **VGB-Verlagsgesellschaft Berg mbH**

Die Verlagsgesellschaft mit Sitz in Gilching, Landkreis Starnberg, besteht seit 1991. In ihr sind die ehemaligen eigenständigen Verlage Druffel, Türmer und Vowinckel aufgegangen. Sie ist einer der größten organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlage in Deutschland. Das Verlagsprogramm umfasst Schriften mit revisionistischen sowie militärhistorischen Inhalten, beispielsweise die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ oder das Jahrbuch „Deutsche Annalen“.

---

## 5. Immobiliensuche und -erwerb

Rechtsextremisten nutzen Immobilien, um regionale Strukturen und Anlaufstellen zu schaffen. Sie sind in Ballungsräumen ebenso wie im ländlichen Raum ständig auf der Suche nach Räumlichkeiten für Feiern, Konzerte, Schulungen, Parteiveranstaltungen oder interne Treffen.

---

„Stroh­männer“ bei Immobilien­erwerb	Die rechtsextremistische Szene hat regelmäßig erhebliche Schwierigkeiten, geeignete Lokalitäten zu finden, da sie in der breiten Öffentlichkeit keine Akzeptanz hat und mögliche Vermieter eine Vermietung an rechtsextremistische Gruppierungen zumeist ablehnen. Wenn Rechtsextremisten eine ernsthafte Kaufabsicht haben, setzen sie daher meist harmlos erscheinende „Stroh­männer“ ein, um den rechtsextremistischen Hintergrund des Erwerbs zu verschleiern.
Beschlagnahme Immobilie	Gleichzeitig mit dem Verbot des neonazistischen Netzwerks Freies Netz Süd (FNS) hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr am 23. Juli eine Immobilie in Oberprex beschlagnahmt und eingezogen. Der ehemalige Gasthof stand seit 2010 im Eigentum der Mutter der FNS-Führungsfigur Tony Gentsch. Seit dieser Zeit wurde das Gebäude kontinuierlich als Treffpunkt und Veranstaltungsort für die rechtsextremistische Szene im Umfeld des FNS genutzt. Es stand nicht nur für Feierlichkeiten, sondern auch für eine Vielzahl von Veranstaltungen zur Verfügung, bei denen rechtsextremistische Ideologie verbreitet wurde. Das Gebäude diente darüber hinaus auch für interne Kameradschaftstreffen und damit zur Organisation und Koordination von gemeinsamen rechtsextremistischen Aktionen. Seit Sommer 2013 wurde das Anwesen von den Akteuren des FNS als „Nationales Zentrum Hochfranken“ bezeichnet. Die Einziehung des Grundstückes zu Gunsten des Freistaates Bayern ist allerdings noch nicht bestandskräftig, da die Eigentümerin hiergegen Rechtsmittel eingelegt hat. Das Klageverfahren ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig.
Wohngemeinschaft in München aufgelöst	Die rechtsextremistische Wohngemeinschaft in einem in der Öffentlichkeit als „Braunes Haus“ bekannt gewordenen Einfamilienhaus in München-Obermenzing hat sich Ende Mai aufgelöst. Seit Anfang Dezember 2012 hatte die Münchener Neonaziszene das Objekt als zentralen Treffpunkt für Stammtische und Szenetreffen genutzt. Mit der Auflösung der Kameradschaft München verlor das Objekt jedoch mehr und mehr seine Bedeutung für Szenetreffen. Zu einer Abschiedsfeier am 3. Mai kamen nur etwa 15 Neonazis. Mit dem Wegfall des Objekts in München-Obermenzing verlor die neonazistische Szene in Südbayern einen ihrer wichtigsten Anlaufpunkte.

---

---

In Murnau, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, existiert bereits seit 2003 ein Ladengeschäft des rechtsextremistischen Versandhandels „Versand der Bewegung“, in dem auch Veranstaltungen der NPD durchgeführt werden.

### **BIGE**

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) berät betroffene Kommunen und Eigentümer. Auf dem Internetportal der BIGE sind zusätzliche Informationen abrufbar:

**[www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de](http://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de)**



---

## **6. Rechtsextremistische Parteien**

### **6.1 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

	<b>Deutschland</b>	<b>Bayern</b>
<b>Mitglieder</b>	5400	850
<b>Vorsitzender</b>	Frank Franz	Franz Salzberger
<b>Gründung</b>	1964	1965
<b>Sitz</b>	Berlin	Bamberg
<b>Publikationen</b>	Deutsche Stimme	Bayern Stimme



Die NPD will die bestehende Ordnung durch eine „Volksgemeinschaft“ ersetzen. Aus Sicht der NPD stellt einzig eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft“ eine natürliche, dem wahren Wesen des Menschen entsprechende und damit annehmbare staatliche und gesellschaftliche Ordnung dar. Sie strebt einen Gegenentwurf zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland an. Die von der NPD vertretenen völkischen Grundideen bringen im Zusammenhang mit den verschiedensten politischen Themen oft ausländerfeindliche, antisemitische, rassistische – und in

## Volksgemeinschaft und Nationalismus

Bezug auf den historischen Nationalsozialismus verharmlosende und zustimmende – Positionen zum Ausdruck. Ihr angestrebtes Ziel der „Systemüberwindung“ und ihre Grundaussagen stehen damit inhaltlich im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Das im Juni 2010 verabschiedete Parteiprogramm der NPD ist von einem ausgeprägten Nationalismus getragen und schreibt den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ in einer völkisch-kollektivistischen Auslegung fest. So heißt es im Parteiprogramm:

„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. Der Staat nimmt dabei die Gesamtverantwortung für das Volksganze wahr und steht daher über Gruppeninteressen.“

und

„Ein grundlegender politischer Wandel muß die sowohl kostspielige als auch menschenfeindliche Integrationspolitik beenden und auf die Erhaltung der deutschen Volkssubstanz abzielen. Integration ist gleichbedeutend mit Völkermord.“



Für die NPD resultiert die Würde des Einzelnen nicht aus dem freien Willen des Individuums, sondern ist von biologisch-genetischer Teilhabe an der „Volksgemeinschaft“ abhängig. Da nur Deutsche völkischer Abstammung Teil der „Volksgemeinschaft“ sein können, ist eine rassistisch und nationalistisch geprägte Fremdenfeindlichkeit elementarer Bestandteil der Partei-Ideologie vom „lebensrichtigen Menschenbild“, das sich insbesondere gegen „Fremdbestimmung“ und „Überfremdung“ wendet.

## Vier-Säulen- Strategie

Die NPD verfolgt nicht nur erkennbare rechtsextremistische Ziele. Sie versucht auch, über bürgerliche Themen ihre rechtsextremistischen Anschauungen zu verbreiten. So befasst sie sich unter dem Motto „Sozial geht nur national“ verstärkt mit sozialpolitischen Themen. Damit will sich die NPD als soziale Protestpartei darstellen und die Ängste der Bevölkerung vor sozialen Reformen, Arbeitslosigkeit und einer „multikulturellen Gesellschaft“ schüren. Um dem Ziel der politischen Machtergreifung näher zu kommen, verfolgt die Partei ein auf vier „strategische Säulen“ gestütztes Konzept. Diese Säulen bezeichnet sie schlagwortartig mit den Begriffen:

- ▶ „Kampf um die Köpfe“
- ▶ „Kampf um die Straße“
- ▶ „Kampf um die Parlamente“
- ▶ „Kampf um den organisierten Willen“

---

Der „Kampf um die Köpfe“ bezeichnet die politisch-theoretische Arbeit. Die „völkisch-nationale Programmatik“ soll weiterentwickelt und dem Bürger vermittelt werden. Im „Kampf um die Straße“ soll einerseits durch zahlreiche öffentliche Veranstaltungen wie Aufmärsche und Demonstrationen Präsenz gezeigt und andererseits die Bevölkerung mobilisiert werden. Bei der dritten Säule, dem „Kampf um die Parlamente“, geht es der NPD um Erfolge als politische Wahlpartei. Ziel ist die Gewinnung von Macht und Einfluss sowie die Gewährung finanzieller Zuwendungen. Mit dem „Kampf um den organisierten Willen“ strebt die NPD eine Bündelung aller rechtsextremistischen Kräfte unter ihrer Führung an, ohne dabei programmatische Inhalte zu definieren. Im Grunde will die NPD im Rahmen einer Aktionseinheit als die zentrale und entscheidende Kraft des Rechtsextremismus wahrgenommen werden.

Die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten unterhalten Verbindungen zu verschiedenen Rechtsextremisten im europäischen Ausland. Die NPD ist Mitglied der Europäischen Nationalen Front, einem europaweiten rechtsextremistischen Parteienbündnis, dem auch die griechische rechtsextremistische Partei Chrysi Avgi angehört.

Verbindungen  
ins europäische  
Ausland

Die NPD gliedert sich in 16 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Ende 2010 fusionierte die NPD mit der Deutschen Volksunion (DVU) zur neuen Partei „NPD - Die Volksunion“. Innerparteiliche Gegner der DVU, die gerichtlich gegen die Vereinigung vorgegangen waren, haben ihre Klage am 26. Mai 2012 zurückgezogen. Die Fusion hat nicht zur erhofften Stärkung der Partei beigetragen.

Bis zu seinem Rücktritt im Dezember 2013 war Holger Apfel Bundesvorsitzender der NPD und zugleich Vorsitzender der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Als Stellvertreter fungierten Udo Pastörs (Vorsitzender der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern), Frank Schwerdt (Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Thüringen) sowie Karl Richter (Vorsitzender des Landesverbandes Bayern). Nach Apfels Rücktritt übernahm Pastörs kommissarisch das Amt des Bundesvorsitzenden. Am 1. und 2. November fand im baden-württembergischen Weinheim der 35. Bundesparteitag der NPD statt. Im Mittelpunkt

Neuer Bundes-  
vorsitzender

---

des Parteitags standen die Wahlen des Bundesvorstands. Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden setzte sich mit 86 von 139 Delegiertenstimmen der ehemalige saarländische Landesvorsitzende Frank Franz durch. Als Gegenkandidatin war u. a. die ehemalige stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Sigrid Schüßler angetreten. Zu Stellvertretern des Parteivorsitzenden wurden Frank Schwerdt (Thüringen), Stefan Köster (Mecklenburg-Vorpommern) und Ronny Zasowk (Brandenburg) gewählt. Mitglieder des bayerischen NPD-Landesverbands gehören dem Bundesvorstand nicht mehr an.

#### Europawahl

Bei der Europawahl am 25. Mai konnte die NPD mit einem Stimmenanteil von 1,0 % bundesweit erstmals einen Sitz im Europäischen Parlament erlangen. Das Mandat entfiel auf den früheren NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt, der als Spitzenkandidat angetreten war. In Bayern erreichte die NPD 0,6 %. Durch ihren Einzug ins Europäische Parlament kann die NPD auf europäischer Ebene verstärkt Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Parteien aufbauen.

Bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. August verfehlte die NPD den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag. Mit 4,95 % der Wählerstimmen blieb sie knapp unter der 5-Prozent-Hürde. Die rechtsextremistische Partei verliert damit nicht nur ihre Abgeordnetenmandate, sondern auch erhebliche staatliche Zuwendungen für die Bezahlung von Fraktionsmitarbeitern. Für die NPD-Fraktion in Dresden hatten Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet gearbeitet, darunter auch Sascha Roßmüller aus Bayern. Im Jahr 2004 hatte die NPD in Sachsen mit 9 % der Wählerstimmen erstmals seit den 1960er Jahren den Einzug in ein deutsches Landesparlament geschafft; 2009 gelang ihr mit etwa 6 % der Wiedereinzug.

#### NPD in Bayern

In Bayern gliedert sich die NPD in sieben Bezirks- und 33 Kreisverbände. Der bayerische Landesverband hat auf dem Landesparteitag am 30. November Franz Salzberger zum neuen Vorsitzenden gewählt. Der seit 2012 amtierende Karl Richter, Münchner Stadtrat der Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München), hatte am 24. Oktober gemeinsam mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sigrid Schüßler seinen sofortigen Amtsverzicht erklärt. Hintergrund war die Festnahme von Sascha Roßmüller,



---

bislang neben Schüßler weiterer Stellvertreter Richters. Roßmüller soll im Dezember 2010 an einer gewalttätigen Auseinandersetzung der Rockerbanden „Bandidos“ und „Gremium“ in Straubing aktiv beteiligt gewesen sein. Mehrere Personen wurden dabei durch Messerstiche verletzt.

Als Stellvertreter wählten die Delegierten den langjährigen Geschäftsführer des NPD-Landesverbands und Bezirksvorsitzenden von Oberfranken, Axel Michaelis, sowie den NPD-Kreisvorsitzenden von Augsburg, Manfred Waldukat. Zudem wurden zwölf Beisitzer bestimmt, darunter auch der in Untersuchungshaft befindliche Roßmüller. Er ist der einzige Verbliebene aus der früheren bayerischen NPD-Führungsriege.

Die Kommunalwahlen in Bayern am 16. März fanden ohne direkte Beteiligung der NPD statt. In München und Nürnberg traten jedoch mit der Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München) und der Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg (BIA-Nürnberg) NPD-Tarnlisten zur Stadtratswahl an. Beiden gelang es, ihre Mandate zu verteidigen.

NPD-Tarnlisten

Mit Beschluss vom 14. Dezember 2012 hat der Bundesrat entschieden, gegen die NPD ein Parteiverbotsverfahren zu beantragen. Bayern beteiligte sich mit zwei Vertretern an der länderoffenen Arbeitsgruppe, die die Erarbeitung des Verbotsantrages begleitete.

NPD Verbotsverfahren

Am 3. Dezember 2013 reichte der Bundesrat durch die prozessbevollmächtigten Professoren Dr. Möllers und Dr. Waldhoff den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD gemäß Art. 21 Absatz 2 Grundgesetz beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Die Klageschrift arbeitet die rassistische, antisemitische und nationalsozialistische Ideologie der NPD heraus, die eine Wesensverwandtschaft der NPD zur NSDAP erkennen lässt. Das aggressive, aktiv-kämpferische Auftreten der NPD zielt darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, das demokratische System zu untergraben und auf revolutionärem Wege durch eine völkische Ordnung zu ersetzen. Diese aggressive Grundhaltung der NPD wird auch durch eine Vielzahl von Straf- und Gewalttaten ihrer führenden Vertreter belegt.



---

## Junge Nationaldemokraten (JN)

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	350	30
<b>Vorsitzender</b>	Sebastian Richter	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
<b>Gründung</b>	1969	
<b>Sitz</b>	Halberstadt / Sachsen-Anhalt	

Die Jugendorganisation der NPD war in der Vergangenheit bestrebt, ein gegenüber der Mutterpartei eigenständiges Profil zu entwickeln. Dazu hat sie sich als „sozialrevolutionäre[r] Flügel innerhalb der NPD“ dargestellt. Während sich die NPD als parlamentarischer Arm der „nationalen Opposition“ versteht, sehen die JN ihren Schwerpunkt im „vorpolitischen Raum“ und in der Bindegliedfunktion zur Neonazi-Szene. In Bayern gibt es derzeit die JN-Stützpunkte Franken/Oberpfalz sowie Oberfranken. Während der Stützpunkt Oberfranken weitgehend inaktiv war, führte die JN Franken/Oberpfalz auch eigene Aktionen durch: Am 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, ließen Aktivisten Luftballons in den Himmel steigen. Im Kommunalwahlkampf unterstützte die JN Franken/Oberpfalz die Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg.

## Ring Nationaler Frauen (RNF)



	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	150	---
<b>Vorsitzender</b>	Ricarda Riefeling	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
<b>Gründung</b>	2006	2013
<b>Sitz</b>	Egeln/ Sachsen-Anhalt	Forchheim i. Oberfranken

Der RNF ist eine Unterorganisation der NPD und versteht sich als Sprachrohr und Ansprechpartner für „nationale“ Frauen. Das vom RNF vertretene, konsequent völkisch geprägte Weltbild kommt im RNF-Propagandamaterial zum Ausdruck.

Bei der Bundesvorstandswahl am 29. März in Berlin wurde Ricarda Riefing (Rheinland-Pfalz) zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die bisherige RNF-Bundesvorsitzende Sigrid Schüßler, die bis Ende Oktober zugleich stellvertretende NPD-Landesvorsitzende in Bayern war, ist aus dem RNF und Ende 2014 auch aus der NPD ausgetreten. Bei den Kommunalwahlen kandidierte Renate Werlberger aus dem RNF-Landesvorstand erfolglos für die Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München).

## 6.2 Partei Der Dritte Weg (III. Weg)

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder und Fördermitglieder</b>	---	etwa 80
<b>Vorsitzender</b>	Klaus Armstroff	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
<b>Gründung</b>	2013	2014 <sup>1</sup>
<b>Sitz</b>	Weidenthal / Rheinland-Pfalz	---

<sup>1</sup> Stützpunkte bestehen seit 2014



Die Partei III. Weg vertritt einen stark neonazistisch geprägten Rechtsextremismus. Der überwiegende Teil der Aktivisten des verbotenen Freien Netzes Süd sympathisiert mit der Partei bzw. ist Mitglied oder Fördermitglied.

Die ideologischen Ziele der Partei ergeben sich aus ihrer Satzung sowie aus einem „Zehn-Punkte-Programm“, das auf Elemente des 25-Punkte-Programms der NSDAP zurückgreift. Beide Programme basieren auf einem biologischen Volksbegriff. Die NSDAP hatte festgeschrieben, dass nur der ein „Volksgenosse“ sein könne, der „deutschen Blutes“ sei. Die Partei III. Weg fordert die „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ sowie die „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die es vor Überfremdung zu schützen gelte. Die Partei vertritt ein geschichtsrevisionistisches Weltbild. Sie fordert die Wieder-

Zehn-Punkte-  
Programm

---

herstellung „Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ – damit dürfte Deutschland in den Grenzen vor dem Zweiten Weltkrieg gemeint sein.

#### Antisemitismus

Auch der Antisemitismus ist prägend für die Ideologie der Partei: In mehreren Artikeln auf ihrer Homepage hat die Partei III. Weg den Gaza-Konflikt zum Anlass für anti-zionistische Propaganda genommen.

#### Strukturen

Die Partei gliedert sich laut ihrer Satzung in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte. Der Gebietsverband Süd besteht aus den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. Ein Kreisverband ist die kleinste selbstständige Einheit der Partei. Die Satzung ermöglicht in Gebieten, in denen keine Untergliederungen bestehen, sogenannte „Stützpunkte“ einzurichten.

#### Sechs Stützpunkte in Bayern

Bis Ende 2014 wurden bundesweit neun Stützpunkte eingerichtet, davon sechs in Bayern. Die Stützpunkte entsprechen weitgehend den bisherigen geografischen Schwerpunkten des FNS. Aktuell hat die Partei III. Weg in Bayern 80 Mitglieder und Fördermitglieder, dazu kommen Unterstützer und Sympathisanten.

Außerhalb Bayerns gibt es die Stützpunkte

- ▶ Pfalz (Rheinland-Pfalz),
- ▶ Westerwald (Hessen, Teile von Rheinland-Pfalz und von Nordrhein-Westfalen)
- ▶ und Hermannsland (Teile von Nordrhein-Westfalen und von Niedersachsen)

#### Bundesvorstand

Dem fünfköpfigen Bundesvorstand steht der frühere rheinland-pfälzische NPD-Funktionär Klaus Armstroff vor. Die weiteren Mitglieder des Bundesvorstands stammen aus der Neonaziszene oder gehörten der NPD an. Bayerische Rechtsextremisten sind nicht im Bundesvorstand vertreten.

Am 27. September fand in Thüringen der erste Parteitag statt. Der Parteivorsitzende Armstroff forderte dazu auf, im Umfeld von Asylbewerberunterkünften Flugblätter zu verteilen und Aktionen durchzuführen. Der Neonazi-Aktivist Matthias Fischer betonte in seiner Rede, dass das „Hauptaugenmerk“ der Partei „neben dem Antritt zu Wahlen und dem politischen Kampf auf der Straße“

---

„vor allem im Bereich des kulturellen Kampfes und im Kampf um die Gemeinschaft“ liege. Die Mitglieder beschlossen, bei Wahlen künftig mit dem Namenszusatz „Wählt Deutsch!“ anzutreten.

### **Aktionen**

Bei der rechtsextremistischen Demonstration zum 1. Mai im sächsischen Plauen im Vogtland bildete die Partei III. Weg einen eigenen „Block“, der aus etwa 30 Fahnenträgern bestand. Anmelder der Veranstaltung war der bekannte Rechtsextremist Norman Kempken; als Veranstaltungsleiter fungierte Tony Gentsch.

Insgesamt beteiligten sich rund 700 Rechtsextremisten an der Demonstration, darunter bis zu 200 aus Bayern. Neben dem Bundesvorsitzenden Klaus Armstroff hielten auch Matthias Fischer und Tony Gentsch als Vertreter bayerischer III. Weg-Stützpunkte Reden. An der Demonstration nahmen auch Rechtsextremisten aus Tschechien, Ungarn, Finnland und der Schweiz teil.

Gut einen Monat nach dem Verbot des neonazistischen Freien Netzes Süd veranstaltete der III. Weg am 30. August einen bundesweiten Aktionstag unter dem Motto „Stoppt die Repressionswut gegen deutsche Nationalisten!“ Im Rahmen des Aktionstags fanden Flugblattverteilungen an mehreren Orten in Bayern sowie Kundgebungen im niederbayerischen Deggendorf und im baden-württembergischen Göppingen statt. Göppingen wurde von den Rechtsextremisten als Veranstaltungsort gewählt, um Solidarität mit der Neonazikameradschaft Autonome Nationalisten Göppingen (AN Göppingen) zu bekunden. Im Februar hatten wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung Durchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern der AN Göppingen stattgefunden. Vier Personen wurden festgenommen. Im Dezember hat der baden-württembergische Innenminister die Kameradschaft verboten.

Bundesweiter  
Aktionstag

Aktivisten der Partei III. Weg führten wiederholt Flugblattaktionen gegen Asylbewerber durch. U. a. wurden in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten Amberg-Sulzbach, Cham, Dachau, Deggendorf, Miltenberg, Mühldorf a.Inn, München, Nürnberg, Nürnberger Land, Passau, Pfaffenhofen a.d.Ilm, Rottal-Inn, Schwandorf, Wunsiedel und Würzburg Flugblätter verteilt.

„Heldengedenken“

Am 15. November führte der III. Weg unter dem Titel „Heldengedenken“ eine Demonstration in Wunsiedel durch. Rechtsextremisten nehmen den Volkstrauertag jährlich zum Anlass, um insbesondere der Gefallenen aus beiden Weltkriegen zu gedenken. Der Volkstrauertag wird von der rechtsextremistischen Szene als „Heldengedenken“ uminterpretiert.



An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 270 Rechtsextremisten, vor allem aus Bayern. Als Redner traten u. a. der Bundesvorsitzende Klaus Armstroff, der Stützpunktleiter Ostbayern Walter Strohmeier sowie der Hamburger Neonazi und NPD-Funktionär Thomas „Steiner“ Wulff auf. Matthias Fischer moderierte die Kundgebung. Auch eine Gruppe von tschechischen Rechtsextremisten beteiligte sich an der Veranstaltung.

**Folgende sechs Stützpunkte wurden in Bayern bis Ende 2014 gegründet:**

#### **Stützpunkt Hochfranken/Vogtland**

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 20 Personen
<b>Führungsperson</b>	Rico Döhler (Sachsen); bis September Tony Gentsch
<b>Gründung</b>	25. Januar 2014
<b>Aktionsraum</b>	Oberfranken, Sachsen, Thüringen

Als erster Stützpunkt der Partei III. Weg in Bayern wurde am 25. Januar der Stützpunkt Hof gegründet. Am 29. März erfolgte die Umbenennung in Stützpunkt Hochfranken/Vogtland. Am 13. September übernahm der sächsische Rechtsextremist Rico Döhler die Leitung des Stützpunkts von dem bayerischen Neonazi Tony Gentsch. Aktivisten des Stützpunkts führten wiederholt Flugblattverteilungen u. a. im Aktionsfeld Anti-Asyl durch. Döhler war stellvertretender Leiter und Redner bei einer Veranstaltung der Partei III. Weg zum sogenannten „Heldengedenken“ am 15. November in Wunsiedel, an der auch zahlreiche Angehörige des Stützpunkts teilnahmen.

---

## Stützpunkt Mainfranken

---

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 15 Personen
<b>Gründung</b>	13. September 2014
<b>Aktionsraum</b>	Unterfranken

---

Der Stützpunkt rekrutiert sich u. a. aus Rechtsextremisten, die in der ehemaligen Kameradschaft Main-Spessart aktiv waren. Erste Aktivitäten entfaltete der Stützpunkt im Zusammenhang mit der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Schweinfurt. Im Oktober verteilten Aktivisten des Stützpunkts in Schweinfurt Flugblätter, in denen gegen Asylbewerber agitiert wurde.

## Stützpunkt München

---

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 20 Personen
<b>Führungsperson</b>	Pierre Fürbaß-Pauly
<b>Gründung</b>	23. März 2014
<b>Aktionsraum</b>	Großraum München

---

Der Leiter des Stützpunkts München, Pierre Fürbaß-Pauly, ist zugleich Aktivist der rechtsextremistischen Europäischen Aktion (EA). Eine Zusammenarbeit zwischen der EA und der Partei III. Weg war u. a. auf der III. Weg-Veranstaltung zum sogenannten „Heldengedenken“ in Wunsiedel feststellbar. Dort führten Aktivisten auch Fahnen der EA mit. Im Großraum München agitierten Aktivisten des Stützpunkts wiederholt gegen Asylbewerberunterkünfte. U. a. wurden Flugblätter in München und Freising verteilt.

## Stützpunkt Nürnberg/Fürth

---

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 40 Personen
<b>Führungsperson</b>	Norman Kempken
<b>Gründung</b>	29. März 2014
<b>Aktionsraum</b>	Metropolregion Nürnberg/Fürth

---

---

Schwerpunkt des Stützpunkts Nürnberg/Fürth ist die Agitation gegen Asylbewerber. Am 23. Juni nahmen rund 15 Aktivisten der Partei III. Weg aus dem Raum Nürnberg/Fürth an einer Informationsveranstaltung in Fürth-Vach teil und versuchten dabei mehrfach, das Wort zu ergreifen. Ein Rechtsextremist trug ein T-Shirt mit der Aufschrift „Der Dritte Weg“. Einige Tage zuvor hatten Anhänger der Partei III. Weg in Fürth-Vach bereits mit Flugblättern gegen Asylbewerber polemisiert.

### Stützpunkt Ostbayern

---

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 20 Personen
<b>Führungsperson</b>	Walter Strohmeier
<b>Gründung</b>	21. Juni 2014
<b>Aktionsraum</b>	Niederbayern, Oberpfalz

---

Der Stützpunktleiter Walter Strohmeier war Führungsaktivist des regionalen Kameradschaftsbündnisses Nationales Bündnis Niederbayern (NBN), das sich im Mai aufgelöst hat. Schwerpunkt der Aktivitäten des Stützpunkts ist die Agitation gegen die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Deggendorf. An einer Kundgebung mit dem Thema „Nein zum Aufnahmelaager“ am 23. Mai in Deggendorf nahmen etwa 20 Personen aus dem Spektrum der rechtsextremistischen Kameradschaften und der Partei III. Weg teil. Zudem wurden wiederholt Flugblätter verteilt. Der Stützpunktleiter Walter Strohmeier sprach am 15. November bei der III. Weg-Veranstaltung zum sogenannten „Heldengedenken“ in Wunsiedel.

### Stützpunkt Schwaben

---

<b>Mitglieder und Sympathisanten</b>	etwa 15 Personen in Bayern
<b>Führungsperson</b>	Martin Bissinger
<b>Gründung</b>	17. Mai 2014
<b>Aktionsraum</b>	Schwaben, Baden-Württemberg

---

Der Stützpunkt entfaltet Aktivitäten in Bayern und Baden-Württemberg, insbesondere im Themenfeld Anti-Asyl. Interne Veranstaltungen und gemeinsame Freizeitaktivitäten dienen dazu, den Zusammenhalt des Stützpunkts zu stärken. So führte der Stützpunkt am 21. Juni eine Sommersonnwendfeier durch.



## Der Dritte Weg

### Stützpunkte in Bayern mit Gründungsdatum

Stand 31.12.2014



---

## 6.3 Partei DIE RECHTE



	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	150	10
<b>Vorsitzender</b>	Christian Worch	derzeit keine Führungsstruktur auf Landesebene
<b>Gründung</b>	2012	---
<b>Sitz</b>	Parchim / Mecklenburg- Vorpommern	---

Die Gründung der Partei im Mai 2012 geht auf die Initiative des langjährigen Neonazis Christian Worch sowie ehemaliger Funktionäre der im Jahr 2012 mit der NPD fusionierten Deutschen Volksunion (DVU) zurück. Das Parteiprogramm lehnt sich an das der DVU an und enthält u. a. die Forderung nach einer Korrektur der „Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße“.

DIE RECHTE ist neonazistisch ausgerichtet, ein Großteil der Mitglieder – auch in Führungspositionen – stammt aus der Neonazi-Szene. Als Reaktion auf Verbote neonazistischer Kameradschaften in Nordrhein-Westfalen hatte sich die Partei im Sommer 2012 für die Aktivisten dieses Spektrums geöffnet.

Mittlerweile ist die Partei in neun Bundesländern vertreten. Landesverbände gibt es in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen errang die Partei in den Städten Dortmund und Hamm je ein Stadtratsmandat.

DIE RECHTE  
in Bayern

Am 20. April wurde in München ein Kreisverband der Partei DIE RECHTE gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Philipp Hasselbach gewählt. Der Partei gehören in München etwa zehn Rechtsextremisten an.

---

## 7. Rechtsextremistische Vereinigungen

### 7.1 Bürgerinitiativen

Durch die Bezeichnung als „Bürgerinitiative“ wollen sich Rechtsextremisten als bürgernahe und wählbare politische Alternative präsentieren.

#### Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg (BIA-Nürnberg)

---

<b>Größe</b>	etwa 5 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	Juli 2001
<b>Aktionsraum</b>	Nürnberg
<b>Maßgeblicher Funktionär</b>	Ralf Ollert

---



Die BIA-Nürnberg ist eine rechtsextremistische Tarnorganisation der NPD. Sie ist ausländerfeindlich ausgerichtet. Bei den Kommunalwahlen im März ist die BIA-Nürnberg zum dritten Mal in Folge in den Stadtrat eingezogen. Sie erhielt 3,1 % der Stimmen (2008: 3,3 %) und stellt damit weiterhin zwei (von 70) Stadträten. Neben Ralf Ollert, der bereits zum dritten Mal gewählt wurde, ist Fridrich Luft für die BIA-Nürnberg neu in den Stadtrat eingezogen. Sebastian Schmaus, der 2008 erstmals für die BIA-Nürnberg in den Stadtrat eingezogen war, hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Ollert kandidierte auch für das Amt des Nürnberger Oberbürgermeisters und erreichte 1,7 % der Stimmen.

Tarnorganisation der NPD

#### Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München)

---

<b>Größe</b>	etwa 30 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	September 2007
<b>Aktionsraum</b>	München
<b>Maßgebliche Funktionäre</b>	Karl Richter, Roland Wuttke, Vanessa Becker

---



Die NPD-Tarnliste BIA-München ist seit 2008 durch Karl Richter im Stadtrat vertreten.

---

Er ist Vorsitzender der BIA-München und war bis zu seinem Rücktritt im Oktober auch Landesvorsitzender der NPD. Stellvertretende Vorsitzende der BIA-München sind Roland Wuttke und Vanessa Becker. Wuttke war bis Anfang 2012 Vorsitzender des NPD-Bezirksverbandes Oberbayern, Becker war Aktivistin der neonazistischen Kameradschaft München. Der BIA-München gelang es erneut, mit einem Sitz (von 80) in den Münchner Stadtrat einzuziehen. Sie erreichte 0,7 % (2008: 1,4 %) der Stimmen. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters entfielen auf Richter 0,4 % der Stimmen. Seit dem Einzug der NPD in das Europäische Parlament ist Richter Parlamentarischer Referent von Udo Voigt.

Die BIA-München arbeitet eng mit der Neonazi-Szene in München zusammen. Gemeinsam wurden in der Vergangenheit bereits verschiedene Veranstaltungen und Kundgebungen organisiert und durchgeführt. Die Zusammenarbeit beider Lager im Raum München hat sich in der BIA-Vorstandschafft institutionalisiert, die sich aus NPD-Funktionären und Neonazis zusammensetzt. Im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in München führte Richter mehrere Veranstaltungen durch, bei denen gegen Asylbewerber agitiert wurde.

### **Bürgerinitiative Ausländerstopp Augsburg (BIA-Augsburg)**



---

<b>Größe</b>	Funktionärsgruppe
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2009
<b>Aktionsraum</b>	Augsburg
<b>Maßgeblicher Funktionär</b>	Roland Wuttke

---

Bereits bei ihrer Gründung im Jahr 2009 hatte sich die BIA-Augsburg das Ziel gesetzt, im Jahr 2014 in den Stadtrat einzuziehen. Es gelang ihr jedoch nicht, die für eine Wahlzulassung notwendigen Unterstützerunterschriften vorzulegen. Um Unterstützerunterschriften zu sammeln, hatten Aktivisten der BIA-Augsburg mehrfach Flugblattverteilungen und Unterschriftensammlungen an Infoständen durchgeführt.

---

## Bürgerinitiative Soziales Fürth e. V. (BiSF)

<b>Größe</b>	etwa 20 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2009
<b>Aktionsraum</b>	Fürth
<b>Maßgebliche Funktionärin</b>	Stella Ruff



Die BiSF verfolgte das Ziel, im Jahr 2014 an der Kommunalwahl teilzunehmen. Hierzu betrieb sie eine offensive Öffentlichkeitsarbeit mit einer optisch unverfänglich gestalteten Internetseite, einem Facebook-Auftritt sowie Flugblättern und Aufklebern. Aufgrund fehlender Unterstützerunterschriften konnte die BiSF nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen. Die BiSF agitiert insbesondere gegen Migranten und warnt beispielsweise vor angeblicher Überfremdung und Ausländergewalt.

## Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz e. V. (BiSAO)

<b>Größe</b>	etwa 25 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2012
<b>Aktionsraum</b>	Oberpfalz
<b>Maßgebliche Funktionäre</b>	Robin Siener



Angehörige der Oberpfälzer Neonazi-Szene gründeten am 20. Mai 2012 in Schwandorf die BiSAO mit dem Ziel, auf kommunaler Ebene mehr Einfluss zu gewinnen. Mitglieder sind ehemalige Funktionäre des NPD-Bezirksverbandes Oberpfalz. Die Bürgerinitiative verfolgt die Strategie, mit kommunalpolitischen Themen auf sich aufmerksam zu machen. Dabei greift sie vor allem Themen wie Wohnungsnot oder Grenzkriminalität auf und agitiert gegen Asylbewerber.

Die BiSAO hatte sich im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 nicht um Unterstützerunterschriften bemüht und war folglich nicht zur Wahl zugelassen. Im Internet ist die Organisation mit einem Profil im sozialen Netzwerk Facebook aktiv.

---

## 7.2 Sonstige rechtsextremistische Organisationen



### Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GfP)

Die GfP wurde 1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründet. Sie ist die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung, ihr gehören vor allem Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler an. Die GfP, die ihren Sitz in München hat, stellt drei Themen in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten: die Relativierung der Kriegsschuld, die „Ausländerfrage“ und die Meinungsfreiheit für die „nationale Publizistik“. Sie unterhält Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen sowie zu organisationsunabhängigen rechtsextremistischen Verlagen und Vertriebsdiensten. Von der GfP veranstaltete Kongresse dienen dazu, Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum zusammenzuführen und den organisationsübergreifenden Zusammenhalt zu stärken. Ende September fand in Guthmannshausen (Thüringen) eine von der GfP ausgerichtete Verlegertagung statt. Daran nahmen u. a. auch Vertreter der VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH sowie des Vereins Midgard e. V. teil.

### Aktivitas der Burschenschaft Danubia München

Die Burschenschaft Danubia hat ihren Sitz in München. In der etwa zehn Personen umfassenden Aktivitas (= studierende Mitglieder) der Burschenschaft engagieren sich einzelne Personen, die Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene unterhalten oder in der Vergangenheit unterhalten haben. Bei Veranstaltungen der Aktivitas treten seit Jahren auch Referenten aus dem rechtsextremistischen Bereich auf.

### Bogenhausener Gespräche

Die Aktivitas der Burschenschaft Danubia ist maßgeblich an der Durchführung der in regelmäßigen Abständen in München stattfindenden „Bogenhausener Gespräche“ beteiligt. Im Haus der Danubia wurden von 4. bis 6. April die 30. Bogenhausener Gespräche unter dem Motto „Demokratieverlust und Wege in die EU-Diktatur“ mit etwa 60 Teilnehmern aus dem In- und Ausland durchgeführt. Redner war u. a. der Vordenker der französischen Neuen Rechten, Alain de Benoist. Im Sommersemesterprogramm 2014 der Danubia fand sich ein Hinweis auf eine Vortragsveranstaltung mit dem Rechtsextremisten Martin Pfeiffer. Er ist

---

Vorsitzender der rechtsextremistischen Gesellschaft für freie Publizistik. Die Veranstaltung wurde von der Burschenschaft Danubia kurzfristig abgesagt.

### **Europäische Aktion (EA)**

Die EA ist eine seit 2010 schwerpunktmäßig in Deutschland aktive rechtsextremistische Organisation, die versucht, im europäischen Raum ein antisemitisch-rassistisches Netzwerk aufzubauen. Offizieller Sitz der EA ist das sogenannte Zentralsekretariat in der Schweiz. Vorsitzender ist der Schweizer Holocaustleugner Bernhard Schaub, Gründungsvorsitzender des 2008 verbotenen „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV). Als Landesleiter für Deutschland tritt der frühere NPD-Mandatsträger und Publizist Rigolf Hennig auf. 2012 wurde ein EA-Stützpunkt München/Oberbayern gegründet.



Vorgebliches Ziel der EA ist die Bildung einer gesamteuropäischen „Freiheitsbewegung“. Tatsächlich haben sich in der EA europäische Holocaust-Leugner gesammelt, deren Ziel es ist, an einem „Tag X“ alle „Fremd- und Gemischtrassigen“ sowie deren Partner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit und erworbene Rechtspositionen aus dem „Deutschen Reich“ zu entfernen. Am 25. Juli fand unter Beteiligung der EA vor dem amerikanischen Generalkonsulat in München eine Mahnwache statt. Etwa zehn Aktivisten forderten den Abzug der US-Truppen aus Europa sowie den Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union und der NATO.

### **Midgard e. V.**

Rechtsextremisten setzen seit geraumer Zeit vermehrt auf gesellschaftspolitische Themen; dazu zählen auch Umwelt und Naturschutz. In Bayern hat sich im Jahr 2006 innerhalb der Szene der rechtsextremistische Umweltverein Midgard e. V. mit Sitz in Landshut etabliert.

Dem Vorstand des Vereins gehören überwiegend Rechtsextremisten an, die zum Teil in der NPD aktiv waren oder sind. Der Vorsitzende führte in der Vergangenheit den NPD Bezirksverband Niederbayern. Die von Midgard e. V. herausgegebene Publikation „Umwelt & Aktiv“ verbindet ökologische Themen mit typischen

---

rechtsextremistischen Argumentationsmustern wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diffamierung des politischen Systems oder der Forderung nach einer Volksgemeinschaft.



Die in den Ausgaben von „Umwelt & Aktiv“ behandelten Themen „Umwelt, Natur- und Tierschutz“ stoßen in der rechtsextremistischen Szene zunehmend auf Interesse. Verschiedene Internetportale der neonazistischen Szene berichten über die Publikation. So informierte die Webseite der rechtsextremistischen Partei Der Dritte Weg über neue Ausgaben der Zeitschrift „Umwelt & Aktiv“:

Gegen die Berichterstattung im Verfassungsschutzbericht ab 2012 erhob der Verein im März Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht. Eine Entscheidung liegt noch nicht vor.

---

## 8. Neonazismus und Kameradschaften

Bekennnis  
zum National-  
sozialismus

Der Neonazismus ist eine besonders menschenverachtende Erscheinungsform des Rechtsextremismus: Er umfasst alle Aktivitäten und Bestrebungen, die sich offen zur Ideologie des Nationalsozialismus bekennen. Ziel der Neonazis ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staates. Neonazis betreiben revisionistische Vergangenheitsverfälschung, indem sie die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern wollen und die Gewaltherrschaft des nationalsozialistischen Regimes rechtfertigen oder verharmlosen. In Bayern sind wie in den Vorjahren rund 700 Personen der Neonazi-Szene zuzuordnen.

„Moderne“ Neonazis thematisieren aktuelle sozial- oder gesellschaftspolitische Fragen und liefern vermeintliche einfache Antworten. Bei Demonstrationen greifen sie tagespolitische Themen auf und



---

fordern beispielsweise die „Todesstrafe für Kindermörder“ oder „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche.“ Ihre Thesen stützen Neonazis auf rassistische und antisemitische Argumentationsmuster.

Um die Behörden im Hinblick auf Veranstaltungsanmeldungen oder eventuelle Verbotsüberlegungen zu täuschen, schlossen sich Neonazis in informellen Gruppen zusammen, die weitgehend ohne feste Strukturen auskommen oder solche zu verschleiern versuchen. Zu beobachten ist eine Zusammenarbeit dieser informellen Gruppen in überregional tätigen Netzwerken. Die Vernetzung erfolgt heute weitgehend über moderne Kommunikationsmittel wie das Internet.

Überregionale  
Netzwerke

### Verbot des Freien Netzes Süd (FNS)

Nachdem das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Juli 2013 bayernweit über 70 Wohnungen und Postfächer von führenden Aktivisten des FNS hatte durchsuchen lassen, verbot es das Netzwerk am 23. Juli. Daneben beschlagnahmte es das Grundstück Oberprex 47, sowie Gegenstände des Final Resistance Versandes und zog beides zu Gunsten des Freistaates Bayern ein.



Das FNS hatte sich in den vergangenen Jahren zum größten kameradschaftsübergreifenden neonazistischen Netzwerk in Bayern entwickelt. Es war aktionsorientiert und verstand sich in erster Linie als Mobilisierungsplattform und Informationsportal,

---

mit dem Ziel, die gesamte bayerische Neonaziszene zu vernetzen. Aktionsschwerpunkte waren Franken und die Oberpfalz, auch wenn das FNS bayernweit aktiv war. Hauptakteure waren Matthias Fischer, Norman Kempken und Tony Gentsch. Dem FNS waren rund 100 bis 150 Aktivisten zuzuordnen; in seiner Hochphase konnte es bis zu 350 Anhänger mobilisieren.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr stellte in der Verbotsverfügung fest, dass das FNS die aggressiv-kämpferischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen der 2004 verbotenen Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) an deren Stelle weiter verfolgte und daher als dessen Ersatzorganisation anzusehen war.

Das FNS knüpfte personell, in seinen Zielen, seiner ideologischen Prägung, seinem Auftreten und seinen Aktionen nahtlos an die verbotene F.A.F. an. Das Verbot des FNS ist zwar sofort vollziehbar, aber noch nicht bestandskräftig. 41 Aktivisten klagen gegen das Verbot. Das Klageverfahren ist vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof anhängig.

Der überwiegende Teil der Aktivisten des verbotenen Freien Netzes Süd (FNS) sympathisiert mittlerweile mit der Partei III. Weg bzw. ist Mitglied oder Fördermitglied.

### **Postkartenaktion für den inhaftierten Martin Wiese**

Das Landgericht Würzburg verurteilte den Neonazi Martin Wiese am 25. September 2013 im Rahmen des Berufungsverfahrens zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der 37-Jährige am 13. August 2011 während einer Veranstaltung der rechtsextremistischen Szene in Unterfranken Journalisten bedroht und verfassungsfeindliche Symbole verwendet hatte.

Wiese war erstinstanzlich am 9. Mai 2012 vom Amtsgericht Gemünden am Main wegen Volksverhetzung, Bedrohung und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte Wiese Berufung eingelegt. Das Landgericht Würzburg verringerte im Berufungsurteil das Strafmaß, setzte aber die Haftstrafe erneut nicht zur Bewährung aus.

---

Sowohl die Staatsanwaltschaft Würzburg als auch der Anwalt des Rechtsextremisten haben gegen das Urteil des Landgerichts Revision eingelegt. Wiese war bereits im Jahr 2005 vom Bayerischen Obersten Landesgericht in München u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt worden.

Die rechtsextremistische Szene führt seit September eine Postkartenaktion für Wiese durch. Auf der Vorderseite der Postkarte ist neben einem Foto Wieses die Forderung „FREIHEIT FÜR MARTIN WIESE“ aufgedruckt. Wiese wird als „Familienvater“ bezeichnet, der wegen einer bloßen Meinungsäußerung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Zudem wird die Abschaffung der Straftatbestände §§ 86a und 130 StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bzw. Volksverhetzung) gefordert. Die Rückseite ist mit der Anschrift der Justizvollzugsanstalt Amberg voradressiert und bietet Raum für einen Text oder Unterschriften.



Postkartenaktion

## 8.1 Kameradschaften aus dem Umfeld des ehemaligen Freien Netzes Süd (FNS)

Die bayerische neonazistische Szene, insbesondere die ehemaligen Kameradschaften aus dem Umfeld des FNS, haben ihre Aktivitäten inzwischen weitgehend unter das Dach der Partei Der Dritte Weg (III. Weg) verlagert. Zwar sind im aktuellen Parteivorstand keine bayerischen Rechtsextremisten vertreten, ein Großteil der Stützpunkte befindet sich jedoch in Bayern. Die Stützpunkte entsprechen weitgehend den bisherigen geografischen Schwerpunkten des FNS. Initiiert wurden die Stützpunktgründungen von Rechtsextremisten aus dem Umfeld des verbotenen FNS.

Aktivitäten, die früher unter dem Dach des FNS erfolgten, werden nun als Aktivitäten der Partei III. Weg deklariert. So trat bei den in den letzten Jahren regelmäßig vom FNS organisierten Veranstaltungen zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens im Februar, zum 1. Mai und zum sogenannten „Heldengedenken“ im November die Partei III. Weg als Organisator auf.

Zum FNS zählten insbesondere die folgenden aufgelösten oder bis Ende 2014 inaktiven Gruppierungen, die nicht vom Verbot des FNS betroffen waren:

<b>Name</b>	<b>Region</b>	<b>Personen- potenzial</b>
<b>Neonazi-Kreis um Matthias Fischer</b>	Nürnberg/Fürth	50–60
<b>Freie Nationalisten Hof</b>	Raum Hof	15–20
<b>Aktionsgruppe Bayreuth</b>	Raum Bayreuth	ca. 10
<b>Kameradschaft Main-Spessart</b>	Raum Würzburg	ca. 10
<b>Bund Frankenland e. V.</b>	Franken	ca. 10
<b>Nationales Bündnis Oberpfalz (NBO)</b>	Oberpfalz (Regensburg/ Schwandorf)	50–60
bestehend aus:		
Aktionsbündnis Nordoberpfalz Widerstand	Raum Tirschenreuth	20–30
Widerstand Regensburg-Cham	Regensburg/Cham	ca. 10
Widerstand Schwandorf	Schwandorf	ca. 10
<b>Aktionsbündnis Oberbayern</b>	Raum Oberbayern	ca. 30
<b>Kameradschaft München</b>	München	ca. 30
<b>Nationales Bündnis Niederbayern (NBN)</b>	Niederbayern	50–80

---

## 8.2 Sonstige neonazistische Gruppierungen

### Kameradschaft Altmühltal

<b>Weitere Bezeichnungen</b>	KS Altmühltal (KSA)
<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	20–30 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2004
<b>Aktionsraum</b>	Neumarkt i. d.OPf., Dietfurt a. d. Altmühl

Die Gruppierung war in ihrer Anfangszeit der rechtsextremistischen Skinheadszenen zuzurechnen, Partys und Skinhead-Musik standen für sie im Vordergrund. In den letzten Jahren haben sich die Kameradschaftsmitglieder zunehmend politisiert und treffen sich zu internen Kameradschaftsabenden und Stammtischen. Die Kameradschaft rief auf ihrem Facebook-Profil zur Beteiligung an der Postkartenaktion für den in der Justizvollzugsanstalt Amberg inhaftierten Rechtsterroristen Martin Wiese auf.

### Division Franken

<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	etwa 20 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	Ende 2010
<b>Aktionsraum</b>	Mittel- und Oberfranken
<b>Maßgeblicher Aktivist</b>	Sven Diem



Die Gruppierung ist im Internet mit einer Homepage vertreten, tritt aber nicht mehr mit eigenen Aktionen an die Öffentlichkeit. Die Mitglieder der neonazistischen Kameradschaft haben sich mehrheitlich dem JN-Stützpunkt Franken/Oberpfalz zugewandt, an dessen Gründung die „Division Franken“ maßgeblich beteiligt war. Ziel war es, die JN in Bayern wiederzubeleben und parteipolitisch Einfluss zu gewinnen. Aktionen des JN-Stützpunkts werden auf der Homepage der Division Franken beworben.

Seit April 2014 wird die Homepage der Division Franken nicht mehr aktualisiert.

---

## Fränkischer Heimatschutz (FHS)

---

<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	etwa 5 Personen, rund 30 Unterstützer
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	September 2010
<b>Aktionsraum</b>	Großraum Coburg

---

Von September 2010 bis Frühjahr 2013 betrieb eine Gruppe von Rechtsextremisten aus dem Raum Coburg unter dem Namen „Fränkischer Heimatschutz“ ein Internetportal, auf dem Presseartikel rassistisch und geschichtsrevisionistisch kommentiert und szeneeinterne Veranstaltungen beworben wurden.

Die Gruppe pflegte Kontakte zum verbotenen Freien Netz Süd (FNS) und nach Thüringen zum rechtsextremistischen Bündnis Zukunft Hildburghausen. Im Frühjahr 2013 stellte der FHS den Betrieb seiner Webseite ein. Am 25. Oktober 2014 fand in Bamberg eine rechtsextremistische Kundgebung unter dem Motto „Bamberg wehrt sich! Asylmissbrauch nein Danke!“ statt. Kundgebungsteilnehmer trugen dabei auch ein Transparent des FHS.

Bereits in den 1990er Jahren war im Raum Coburg vorübergehend eine personell anders zusammengesetzte rechtsextremistische Gruppierung aktiv, die sich ebenfalls als Fränkischer Heimatschutz bezeichnet hatte.

## Freie Nationalisten Weißenburg/Gunzenhausen (FN WUG)

---



<b>Weitere Bezeichnungen</b>	Kameradschaft Weißenburg
<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	etwa 10 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2009
<b>Aktionsraum</b>	Raum Weißenburg

---

Die Kameradschaft distanziert sich seit Mitte des Jahres 2012 von der NPD-nahen Division Franken und orientierte sich seitdem zum FNS, das der NPD kritisch gegenüberstand.

Bis zur Einstellung der FNS-Webseite veröffentlichte die Kameradschaft dort eigene Aktionsberichte. Seit der Einstellung der FNS-Homepage aktualisieren auch die FN WUG ihre Internetpräsenz nicht mehr und verweisen stattdessen auf die Homepage der Partei III. Weg, was die Nähe der FNWUG zu dieser Partei belegt. Dort wird wiederholt auch über die Region Weißenburg-Gunzenhausen berichtet. U. a. agitiert die Partei III. Weg auf ihrer Webseite gegen die Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen.

### Aktionsbund Freising

<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	etwa 10 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2010
<b>Aktionsraum</b>	Raum Freising
<b>Maßgebliche Aktivisten</b>	Dirk Reifenstein, Dominik Hering



Die Aktivitäten des Aktionsbunds Freising beschränken sich mittlerweile weitgehend auf das Internet. Auf seiner Homepage übernimmt der Aktionsbund Freising häufig Beiträge von anderen rechtsextremistischen Internetseiten. So verbreitet die Gruppierung z. B. Artikel der Partei III. Weg, die sich thematisch mit München oder Freising beschäftigen. Auf seiner Internetseite agitiert der Aktionsbund Freising auch gegen eine Asylbewerberunterkunft in Freising. Im Oktober fand in diesem Zusammenhang in Freising eine Aktion der Partei III. Weg statt, über die auch auf dem Internetportal des Aktionsbunds Freising berichtet wurde.

### Infoportal Schwaben

<b>Aktivisten und Sympathisanten</b>	5 – 10 Personen
<b>Gründung bzw. erstmalige Aktivität</b>	2012
<b>Aktionsraum</b>	Schwaben
<b>Maßgeblicher Aktivist</b>	Stefan Friedmann



---

Die Internetplattform „Infoportal Schwaben“ berichtete über Aktionen der rechtsextremistischen Szene in der Region Schwaben und darüber hinaus. Die der Neonaziszene zuzurechnenden Betreiber beteiligten sich zudem selbst an entsprechenden Aktivitäten. Bekannt wurde das Portal im Zusammenhang mit der Auflösung der Kameradschaft „Nationales Augsburg“ im Jahr 2012. Der Kameradschaft, die seit 2004 aktiv war, gehörten etwa zehn Aktivisten um den Neonazi Stefan Friedmann an. Die Gruppierung löste sich 2012 mit dem Hinweis auf, dass neue Wege beschritten würden und die Kameraden aktiv blieben. Dabei wurde auf das Infoportal Schwaben verwiesen.



In der Berichterstattung des Infoportals wurden häufig Aktionen und Themen des Freien Netzes Süd (FNS) aufgegriffen bzw. Artikel des FNS übernommen, sodass hier von einer Verbindung auszugehen war. Kennzeichen des Infoportals Schwaben war eine weiße Feder auf schwarzem Grund. Dieses Symbol war immer wieder auf Transparenten zu sehen, die auf rechtsextremistischen Demonstrationen mitgeführt wurden.

Im August gab das Infoportal Schwaben die Einstellung seiner Aktivitäten bekannt. Auf Twitter existiert allerdings weiterhin ein aktiver Account unter dem Namen „Infoportal Schwaben“, der mehrere hundert „Follower“ hat. Der Account wird intensiv genutzt, um Veröffentlichungen anderer Accounts zu „retweeten“, also weiterzuverbreiten, und sich mit rechtsextremistischen Twitter-Nutzern bundesweit zu vernetzen.

---

## 9. Rechtsextremistische Jugend-Szenen und Subkulturen

In rechtsextremistischen Jugend-Szenen verbindet sich eine diffuse Weltanschauung mit Elementen, die an zentrale Merkmale des Nationalsozialismus angelehnt sind. Um junge Aktivisten zu gewinnen, hat sich die rechtsextremistische Szene modisch und ideologisch geöffnet. Die früher typischen Glatzen und Springerstiefel der Skinheads sind weitestgehend verschwunden. Lange Haare, Piercings oder Basecaps und sogar Merkmale aus dem „linken“ und linksextremistischen Spektrum wurden



---

übernommen. Eine rechtsextremistische Gesinnung ist somit äußerlich nur noch schwer zu erkennen. Dadurch sollen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner, Polizeikontrollen oder Probleme mit Eltern, Freunden, in der Schule oder im Beruf vermieden werden. In rechtsextremistischen Jugend-Szenen gibt es in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften.

Die Anzahl rechtsextremistischer Skinheads ist in Bayern in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene hat sich jedoch insgesamt bei rund 300 Personen stabilisiert. Der Abwärtstrend bei den Skinheads wurde durch die Unterwanderung anderer Subkulturen relativiert. Insbesondere neue rechtsextremistische subkulturelle Strukturen wie die NS-Hatecore-Szene oder die NS-Black-Metal-Szene erhalten verstärkt Zulauf. Knapp 100 subkulturell orientierte Rechtsextremisten sind diesen jüngeren Strömungen wie auch dem Neofolk, NS-Hip-Hop und NS-Techno zuzurechnen.

Rückgang der  
Skinheads

Mit der Unterwanderung versuchen Rechtsextremisten, ihre Feindbilder und Ideologie einfließen zu lassen, um Anhänger für die NS-Ideologie zu gewinnen bzw. um rechtsextremistische Tendenzen in diese Subkulturen zu tragen. Dabei werden Black Metal, Hatecore und Neofolk sowie Hip-Hop und Techno mit rechtsextremistischen Texten unterlegt. Einzelpersonen sind auch in der rechtsorientierten Hooligan-Szene aktiv.

### **Hammerskins (HS)**

Die 1988 in den USA gegründeten Hammerskins (HS) propagieren ein rassistisches und zum Teil nationalsozialistisches Weltbild und sehen sich als Elite der rechtsextremistischen Skinheads. Weltweit in die Schlagzeilen gerieten die HS, als der 40-jährige Wade Michael Page am 5. August 2012 in Oak Creek (Wisconsin) in einem Sikh-Tempel sechs Menschen niederschoss und anschließend selbst von einem Polizisten getötet wurde. Wade Michael Page war Anhänger der US-amerikanischen „Hammerskin-Bewegung“.

Struktur und Aufnahmeverfahren der Hammerskins ähneln dem Rockerclub Hells Angels MC. So sind die HS in vielen Ländern mit „Divisionen“ vertreten. Europaweit bestehen als regionale

---

Untergliederungen rund 25 Chapter, deren Aktivitäten sich größtenteils auf die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten und Veranstaltungen sowie die Selbstorganisation der Hammerskin-Bewegung beschränken. Der Hammerskin-Division Deutschland gehören rund zehn deutsche Chapter mit insgesamt bis zu 100 Skinheads an, darunter das Chapter Bayern und das Chapter Franken.



### **Voice of Anger**

Die 2002 gegründete Skinhead-Gruppierung Voice of Anger im Großraum Memmingen/Kempten ist eine überregional aktive Skinhead-Gruppierung in Bayern. Die etwa 80 Mitglieder und Sympathisanten gehören mehreren Sektionen an.

Im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen die gemeinsame Freizeitgestaltung, interne Veranstaltungen und Feiern sowie die Veranstaltung bzw. der Besuch von Skinhead Konzerten. Mitglieder von Voice of Anger Nomads gründeten 2010 die Skinhead-Band Codex Frei.

Am 29. März trafen sich in einer ehemaligen Gaststätte in Apfeltrach, Landkreis Unterallgäu, etwa 60 bis 70 Skinheads, die sowohl aus der Region als auch überregional angereist waren. Das Treffen war maßgeblich von der Skinheadgruppierung Voice of Anger vorbereitet worden. Die Polizei führte umfangreiche Kontrollen durch und konnte dabei u. a. „Blankwaffen“ wie Messer und Säbel sicherstellen. Die relativ hohe Teilnehmerzahl zeigt, dass Voice of Anger über Bayern hinaus erheblichen Einfluss in der rechtsextremistischen Skinhead-Szene hat. In Südbayern ist Voice of Anger die mit Abstand mitgliederstärkste Skinhead-Gruppierung.

### **Legion Werwolf Bayern**

Die fünf bis zehn Personen zählende Gruppierung Legion Werwolf Bayern präsentiert sich im Habitus eines Motorradclubs, ohne Motorradfahrer zu sein. Ihre Mitglieder tragen sogenannte Kutten, Motorradjacken mit einem Wolfskopf auf dem Rücken.

Gründer und „Präsident“ der Gruppierung ist Harald Frank, der Betreiber des inzwischen nicht mehr bestehenden rechtsextremistischen Szene-Versandhandels „Bloodline Streetwear“. Frank

---

wurde am 13. November 2013 im Rahmen einer Durchsuchungsaktion wegen des Verdachts der Volksverhetzung verhaftet. Das Amtsgericht Augsburg verurteilte Frank zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Über seinen Versand hatte Frank u. a. T-Shirts mit volksverhetzenden Aufdrucken wie z. B. „Nichtjude“ angeboten. Seit Franks Inhaftierung ist die Legion Werwolf Bayern inaktiv.

Verurteilung  
wegen Volks-  
verhetzung



---

Islamfeindliche Agitation ist nicht auf den Bereich des Rechtsextremismus beschränkt. Auch jenseits der rechtsextremistischen, vornehmlich auf Rassismus begründeten Islamfeindlichkeit gibt es Gruppierungen und Einzelpersonen, die Muslimen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit nicht zugestehen wollen. Sie setzen den Islam als Weltreligion gleich mit Islamismus und islamistischem Terrorismus und stellen die Religion des Islam als faschistische Ideologie dar, von der eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft ausgehe. Bei der verfassungsschutzrelevanten Islamfeindlichkeit fehlen die für Rechtsextremismus typischen Ideologieelemente wie autoritäres Staatsverständnis, Antisemitismus, Rassismus oder die Ideologie der Volksgemeinschaft.

Extremistische Bestrebungen im Zusammenhang mit islamfeindlichen Äußerungen richten sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 GG), das Diskriminierungsverbot (Art. 3 GG) und die Religionsfreiheit (Art. 4 GG). Als extremistisch sind bestimmte ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beurteilen, die die Geltung der genannten Prinzipien für Muslime und den Islam und seine Glaubensgemeinschaften außer Kraft setzen bzw. beseitigen wollen.

Kritik, die im Rahmen einer geistig-politischen Auseinandersetzung auf Gefahren eines politischen Islam für unsere Grundwerte hinweist, unterliegt demgegenüber nicht dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes.

---

Das Internet wird von verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Gruppierungen intensiv genutzt, um islamfeindliche Inhalte zu verbreiten. Publiziert wird auf Homepages und zunehmend auf Weblogs, auf denen sich auch anonyme Nutzer äußern können, deren Beiträge nicht automatisch den Betreibern zurechenbar sind. Ausschlaggebend für die Bewertung solcher Internetpräsenzen ist dabei, ob und inwieweit die Betreiber selbst extremistische Ziele verfolgen. Auf nicht zurechenbare Einzeläußerungen (z. B. Kommentare in Blogs und Foren) allein lässt sich eine Bewertung als extremistisch nicht stützen.

---

## 1. Personenkreis um Michael Stürzenberger

Michael Stürzenberger ist derzeit die zentrale Figur der verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene in Bayern. Um ihn herum hat sich ein Kreis von rund 10 Personen gebildet, die ihn bei seinen Aktivitäten unterstützen. Der Personenkreis um Stürzenberger konstituiert sich vorrangig aus Mitgliedern der Politically Incorrect Gruppe München (PI-München) und des bayerischen Landesverbands der Partei DIE FREIHEIT (DIE FREIHEIT Bayern). Stürzenberger steht beiden Gruppierungen als Leiter (PI-München) und Vorsitzender (DIE FREIHEIT Bayern) vor. Im Jahr 2010 vereinbarten die PI-München und der Landesverband Bayern der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE Bayern) eine „strategische Allianz“, die auch in gemeinsamen Veranstaltungen öffentlich wahrnehmbar war. Seit Oktober 2013 trat die BPE Bayern nicht mehr öffentlich in Erscheinung. Stürzenberger gab im Januar sein Amt als Vorsitzender der BPE Bayern auf. Es liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass Stürzenberger und der Personenkreis um ihn verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgen.

Zwar gibt Stürzenberger in verschiedenen Verlautbarungen immer wieder an, lediglich sachlich über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit des Islam und die von ihm angeblich ausgehenden Gefahren für die Demokratie aufzuklären, worin weder eine generelle Verunglimpfung der Religion oder von Muslimen liege. Aus der Gesamtschau der Vielzahl an Äußerungen aber, in denen den Muslimen unterstellt wird, islamistische oder gar terroristische Verhaltensweisen seien nicht der Ausnahme-, sondern der alltägliche Normalzustand, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Äußerungen darauf abzielen, Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

Als propagandistische Plattform nutzt Stürzenberger insbesondere den Internet-Weblog Politically Incorrect (PI-News), für den er als Autor tätig ist. Der Weblog, der im November 2004 online ging, ist mit PI-München nicht institutionell verbunden. Die auf PI-News veröffentlichten Beiträge befassen sich überwiegend mit dem Thema einer angeblichen Islamisierung Europas. Der Weblog selbst ist kein Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.

---

Konstruierte Nähe  
zum Faschismus

Stürzenberger rückt auf PI-News die Religion des Islam in die Nähe des Faschismus. So äußerte er in einem am 30. November auf PI-News veröffentlichten Beitrag, der sich mit der Zwangsrekrutierung von Kindern durch Kämpfer des Islamischen Staates befasst:

„Der Islam besitzt alle Merkmale des Faschismus: Totalitäre Diktatur, Führerprinzip, Weltoberungsdoktrin, Volksgemeinschaft, Kollektivismus, autoritäres Regelwerk, Unterwerfung der Frau, Drillen der Jugend von klein auf, quasi-rassistische Abwertung Andersdenkender und Gewalt- sowie Tötungslegitimation gegenüber allen, die sich nicht unter den alleinigen Machtanspruch der herrschenden Moslems unterwerfen wollen.“ (Originalschriftzug)

Ideologie

Stürzenberger setzt in seinen Veröffentlichungen immer wieder die Religion des Islam mit dem Islamismus als politischem Extremismus und dem jihadistisch motivierten Terrorismus gleich. Dadurch verunglimpft er alle Muslime als potenzielle Extremisten und Terroristen, z. B. in einem Artikel auf PI-News vom 21. August:

„Den politischen Führern scheint die nackte Angst im Nacken zu sitzen, dass bei deutlicher Kritik an dieser „Weltreligion“ ihre Länder in Flammen stehen werden. Dass sich die zig Millionen Schläfer in der westlichen Welt aktivieren und Sprengstoffanschläge sowie Selbstmordattentate durchführen könnten.“

Ferner heißt es in einem Artikel Stürzenbergers, der am 24. Dezember auf PI-News aus Anlass eines Selbstmordanschlags eines IS-Kämpfers erschien:

„Nichts beschreibt den Islam repräsentativer als der Islamische Staat und die Fundamentalisten.“

Zudem spricht Stürzenberger immer wieder den Muslimen das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Religionsfreiheit ab. So führt er z. B. in einem Artikel auf PI-News vom 11. Dezember zum „Islam-Terror“ aus:

„Der Islam verstößt mit immens vielen seiner Bestimmungen gegen unsere verfassungsrechtliche Ordnung, daher ist seine „Ausübung“ umfangreich einzuschränken.“



---

Stürzenberger versucht darüber hinaus, Schnittmengen zu anderen Bewegungen zu nutzen. Anlässlich der Demonstration der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) am 15. November in Hannover hielt Stürzenberger vor den etwa 3.000 Veranstaltungsteilnehmern, unter denen viele Rechtsextremisten waren, eine fast zwanzigminütige Rede. Dabei differenzierte er nicht zwischen Islamisten und Muslimen, peitschte die Demonstrationsteilnehmer auf, welche mit Sprechchören wie

„Maximaler Widerstand!“

oder

„Wir wollen keine Salafistenschweine!“

antworteten.

---

## 2. Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)

<b>Mitglieder</b>	110
<b>Vorsitzender</b>	Michael Stürzenberger
<b>Gründung</b>	2011
<b>Sitz</b>	München

**DIE FREIHEIT BAYERN**

Dem Verfassungsschutz liegen zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, dass DIE FREIHEIT Bayern verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Bestrebungen verfolgt. Das Bayerische Verwaltungsgericht München hat in einem Urteil vom 16. Oktober 2014 insoweit eine Verdachtsberichterstattung für zulässig erachtet, aber noch keine „über das Verdachtsstadium hinausgehende Gewissheit“ angenommen. Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig.

Rechtsstreit  
noch offen

---

Zwar behauptet die FREIHEIT Bayern in verschiedenen Verlautbarungen, insbesondere ihres Vorsitzenden Stürzenberger, immer wieder, lediglich sachlich über die angebliche Verfassungsfeindlichkeit des Islam und die von ihm angeblich ausgehenden Gefahren für die Demokratie aufzuklären, worin weder eine generelle Verunglimpfung der Religion oder von Muslimen liege. Aus der Gesamtschau der Vielzahl an Äußerungen aber, in denen die FREIHEIT Bayern Muslimen unterstellt, islamistische oder gar terroristische Verhaltensweisen seien nicht der Ausnahme-, sondern der alltägliche Normalzustand, lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die FREIHEIT Bayern darauf abzielt, Muslime auszugrenzen und verächtlich zu machen.

In ihren Verlautbarungen differenziert sie nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als politischer Ideologie, sondern begreift den Islam als „faschistische Ideologie“ und verunglimpft den Koran als „Hass- und Hetzbuch.“ Beispiele hierfür finden sich in Beiträgen auf der Internetseite der FREIHEIT Bayern anlässlich der Aufnahme der Beobachtung durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz sowie anlässlich einer Auseinandersetzung mit den Initiatoren eines Moscheebaus in München (veröffentlicht am 02.05.2013 und 12.09.2014).

„Um es gleich festzuhalten, werter Ismail Kul von den „deutsch-türkischen Nachrichten“: Der einzige, der hetzt, ist der Islam mit seinem Hass- und Hetzbuch Koran.“

und

„Wir haben nicht zu Unrecht die Weiße Rose wiedergegründet, da wir mit voller Berechtigung Widerstand gegen eine faschistische Ideologie leisten.“

Verzichtsforderung Auf seiner Internetseite fordert der Landesverband islamische Organisationen auf, umgehend in schriftlicher Form auf bestimmte Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten, und stellt den Islam insgesamt als unvereinbar mit unserer Gesellschaftsordnung dar:

„Um ein Zusammenleben unter einer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu gewährleisten, kann der Koran als Grundlage zur Weltanschauung nicht akzeptiert werden, denn er ist seinem Inhalt nach eine Kriegserklärung an die nichtmuslimische Welt

---

und eine kodifizierte Anleitung zum Töten von Nichtmuslimen..... Das Töten von Andersdenkenden als oberste religiöse Pflicht ist in keiner anderen Religion zu finden..... Diese Befehle, die als direkte Anweisungen der islamischen Gottheit „Allah“ gelten, dürfen nach den bisherigen islamischen Grundsätzen weder angezweifelt noch verändert werden und sind zeitlos gültig..... Jede Organisation, deren Ziel die Verbreitung des Islam ist, stellt somit eine akute Gefahr für unsere Freiheit dar. So wird die im Anschreiben benannte Organisation hiermit aufgefordert, umgehend in schriftlicher Form auf die nachstehend aufgeführten Koranverse als Bestandteil der islamischen Glaubensgrundsätze dauerhaft zu verzichten. Bei einer Ablehnung dieser Forderungen ist davon auszugehen, dass aktiv verfassungsfeindliche Ziele verfolgt werden.“

Im Programm der FREIHEIT Bayern zur Kommunalwahl 2014 in München wurde diese Streichung der „verfassungsfeindlichen Bestandteile des Islams“ als Voraussetzung für den Bau von Moscheen und Koranschulen formuliert.

Kommunalwahlprogramm

„DIE FREIHEIT sieht die Ursache für die Probleme mit der Integration vieler Moslems, wie sie überall in Europa durch die Bildung von abgeschotteten Parallelgesellschaften erkennbar werden, in den verfassungsfeindlichen Bestandteilen des Islams. Solange diese Elemente nicht verbindlich und für alle Zeiten aus der islamischen Weltanschauung gestrichen sind, ist ein sofortiger Baustopp von Moscheen und Koranschulen zu erwirken, insbesondere des von einem terrorunterstützenden arabischen Staat finanzierten und von einem verfassungsschutzbekannten Imam geplanten Islamzentrums in München.“

Das von der FREIHEIT Bayern angestrebte „Bürgerbegehren gegen das Zentrum für Islam in Europa – München (ZIE-M)“ für das zwischen Oktober 2011 und September 2014 Unterschriften in München gesammelt wurden, diente sowohl im Internet als auch bei Veranstaltungen der FREIHEIT Bayern als Plattform für islamfeindliche Propaganda, die sich primär gegen die Religionsfreiheit richtet. So wird z. B. in einem von der FREIHEIT Bayern zur Kundgebung am 6. Juli 2013 veröffentlichten Artikel gefordert:

„Letzten Endes wird nur die Wahl bleiben: Unterschreiben der Verzichtserklärung auf alle verfassungsfeindlichen Bestandteile von Koran und Sunna, oder Verbot wegen Verfassungsfeindlichkeit.“

Am 1. Oktober hat der Münchner Stadtrat das Bürgerbegehren nach Erreichen des erforderlichen Unterschriftenquorums für unzulässig erklärt. DIE FREIHEIT Bayern hat hiergegen Klage eingereicht. Ein Urteil liegt noch nicht vor.

Das Bürgerbegehren selbst kann nicht auf eine verfassungsfeindliche Zielsetzung reduziert werden. Personen, die dieses Bürgerbegehren mit ihrer Unterschrift unterstützt haben, werden nicht vom Verfassungsschutz beobachtet.



## Personelle Verflechtungen

Mitglieder der FREIHEIT Bayern engagieren sich auch bei der Politically Incorrect Gruppe München (PI-München). Der Landesvorsitzende der FREIHEIT Bayern und gleichzeitige Leiter der PI-München, Michael Stürzenberger, bezeichnete PI-München in einem frühen Stadium des Bürgerbegehrens in einem Artikel auf der Internetseite der FREIHEIT Bayern vom 9. September 2012 als das „Kerngerüst“ der FREIHEIT Bayern.

Am 20. November 2013 vereinbarten DIE FREIHEIT Bayern und der bayerische Landesverband der Partei Die Republikaner (REP), die seit 2008 nicht mehr dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden unterliegt, die Aufstellung gemeinsamer Listen in Großstädten für die Kommunalwahl 2014 in Bayern. In Fürth kandidierte bei der Stadtratswahl ein Mitglied der

---

FREIHEIT Bayern auf der Liste der Republikaner und in München ein Mitglied der Republikaner auf der Liste der FREIHEIT Bayern.

DIE FREIHEIT Bayern erreichte in München 0,6 % der Stimmen und ist damit nicht im Stadtrat vertreten. Bei der Wahl zum Münchner Oberbürgermeister erhielt der Vorsitzende der FREIHEIT Bayern, Michael Stürzenberger, 0,5 % der Stimmen.

---

# Linksextremismus

- 
- ▶ **Autonome beteiligen sich an Vorbereitungen für Protestaktionen gegen Münchner Sicherheitskonferenz 2015 und G7-Gipfel in Elmau**
  - ▶ **Brandanschläge auf Firmenfahrzeuge einer Immobilienfirma in München**

---

Linksextremisten wollen die durch das Grundgesetz vorgegebene Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland beseitigen. Je nach ideologisch-politischer Orientierung zielen Linksextremisten auf eine sozialistische bzw. kommunistische oder eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft ab. Die linksextremistischen Vorstellungen richten sich insbesondere gegen durch das Grundgesetz garantierte Grundrechte, die parlamentarische Demokratie, die Gewaltenteilung, das Rechtsstaatsprinzip und den Pluralismus.

Linksextremisten wollen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland abschaffen, die sie als „kapitalistisches System“ diffamieren und in der sie die Wurzel des Faschismus sehen.

In der linksextremistischen Szene bilden Autonome den weitaus größten Teil des gewaltbereiten Personenpotenzials. Autonome haben zwar keine gemeinsame Ideologie. Ziel aller Autonomen ist es aber, den Staat und seine Einrichtungen zu zerstören. Neben Sachbeschädigungen wenden Autonome auch Gewalt gegen Personen – vor allem Rechtsextremisten und Polizisten – an, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Linksextremisten besetzen auch Themen, die an sich nicht extremistisch sind. Ihr Ziel ist es dabei aber in erster Linie, ihre linksextremistischen politischen Vorstellungen zu verbreiten. Dazu arbeiten sie auch mit bürgerlich-demokratischen Organisationen zusammen.

---

## 1. Personenpotenzial in Bayern

	2012	2013	2014
Partei DIE LINKE. offen extremistische Strukturen	2.500	***1.000	1.000
DKP	340	340	340
SDAJ	110	110	110
VVN-BdA	700	700	700
MLPD (mit REBELL)	120	120	120
GSP (MG)	500	500	450
Sonstige Gruppierungen, linksextremistisch beeinflusste Organisationen	220	220	220
Autonome	650	650	650
<b>Summe</b>	<b>5.140</b>	<b>3.640</b>	<b>3.590</b>
<b>Mehrfachmitgliedschaften*</b>	80	80	80
<b>gesamt</b>	<b>5.060</b>	<b>3.560</b>	<b>3.510</b>
<b>Davon gewaltorientiert**</b>	<b>690</b>	<b>690</b>	<b>690</b>

Die Zahlenangaben sind geschätzt und gerundet.

\* Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse werden vom Gesamtpotenzial abgezogen.

\*\* Dazu zählen gewalttätige, gewaltbereite, gewaltunterstützende und gewaltbefürwortende Personen. Seit dem Jahr 2012 wird auch das gewaltunterstützende und gewaltbefürwortende Personenpotenzial mitberücksichtigt.

\*\*\* Seit 2013 werden nur die offen extremistischen Strukturen der Partei ausgewiesen.

---

## 2. Gewaltpotenzial

Autonome

In der linksextremistischen Szene bilden Autonome den weitaus größten Teil des gewaltbereiten Personenpotenzials. Sie sind für die meisten der linksextremistisch motivierten Gewalttaten verantwortlich. Ziel dieser überwiegend jungen Linksextremisten ist es, den Staat und seine Einrichtungen – auch mit Gewalt – zu zerschlagen und eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft zu errichten. Das Aggressionspotenzial der autonomen Szene ist seit Jahren hoch.



---

Autonome suchen vor allem bei Demonstrationen gewaltsame Auseinandersetzungen (konfrontative Gewalt). Gegner sind hauptsächlich Rechtsextremisten und Polizeibeamte. Linksextremisten sehen die Polizeikräfte als Repräsentanten eines vermeintlichen staatlichen „Repressionsorgans“. Sie akzeptieren nicht, dass die Polizeibeamten z. B. auch bei Demonstrationen von Rechtsextremisten zur Gewährleistung des grundgesetzlich geschützten Versammlungsrechts eingesetzt werden müssen („Deutsche Polizisten schützen Nazis und Faschisten“).

Konfrontative  
Gewalt

Den Ablauf ihrer Aktionen machen Linksextremisten vor allem von ihrem Kräfteverhältnis gegenüber der Polizei abhängig. Dabei schließen sich verummte Aktivisten in einheitlich schwarzer „Kampfausrüstung“ häufig zu Schwarzen Blöcken zusammen, um aus diesen heraus unerkannt Gewalt ausüben zu können.

Autonome nutzen aber auch Demonstrationen anderer – auch nichtextremistischer – Veranstalter, um der Veranstaltung einen militanten und aggressiven Charakter aufzuzwingen und hinter der Deckung friedlicher Demonstranten Gewalttaten zu begehen sowie andere dazu aufzustacheln (initialisierende Gewalt).

Initialisierende  
Gewalt

Neben dieser situationsabhängigen Massenmilitanz verüben Autonome auch konspirativ geplante Straftaten wie Brandanschläge, zu denen häufig auf einschlägigen Internetportalen anonyme Selbstbeichtigungsschreiben veröffentlicht werden. Bauanleitungen für Spreng- und Brandsätze stellt die autonome Szene im Internet und in Szene-Zeitschriften wie „radikal“ und „INTERIM“ zur Verfügung.

---

## Anzahl der linksextremistischen Gewalttaten 2014

	2013	2014
<b>Politisch motivierte Gewalkriminalität,davon:</b>	<b>87</b>	<b>50</b>
Körperverletzung	49	37
Widerstandsdelikte	21	9
Landfriedensbruch	9	0
Brand- und Sprengstoffdelikte	6	3
Versuchte Tötungsdelikte	0	0
Raub	2	0
Gef. Eingriff in Bahn -, Schiffs- und Luftverkehr	0	1
<b>Sonstige politisch motivierte Kriminalität, davon:</b>	<b>415</b>	<b>418</b>
Nötigung / Bedrohung	3	2
Sachbeschädigungen	377	348
Terrorismus*	1	0
Sonstige Straftaten	34	68
<b>Gesamtsumme aller links- extremistisch motivierten Straftaten</b>	<b>502</b>	<b>468</b>

\* Einstellung einer Anleitung zum Bombenbau ins Internet.  
Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Rückgang der linksextremistisch motivierten Gewalkriminalität festzustellen. Insbesondere Delikte, die aus sogenannten „schwarzen Blöcken“ heraus häufig bei antifaschistischen Demonstrationen begangen werden, wie Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzungen, reduzierten sich deutlich.

Rückgang der  
Gewalkriminalität

Der Rückgang lässt sich auf eine geringere Anzahl von rechtsextremistischen Großveranstaltungen in Bayern zurückführen. So fand die jährlich stattfindende 1. Mai-Demonstration der rechtsextremistischen Szene nicht in Bayern, sondern im sächsischen Plauen statt. Der Rückgang kann aber auch auf das konsequente Einschreiten der bayerischen Polizei gegen Gewalttäter und die Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes zurückgeführt werden.

---

In München setzten bislang unbekannte Täter im April zwei Fahrzeuge einer Immobilienfirma in Brand. Die Pkws, die durch ihre Schriftzüge klar der Firma zuzuordnen waren, brannten vollständig aus. In beiden Fällen kam es zu weiteren Schäden an in der Nähe parkenden Fahrzeugen sowie an Hausfassaden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf rund 60.000 Euro.

Anschlag auf  
Immobilienfirma



In der April-Ausgabe einer anarchistischen Straßenzeitung aus München wurden die Brandstiftungen folgendermaßen kommentiert:

*„Wie auch immer, es wäre auf jeden Fall eine Möglichkeit seine Wut über die aktuelle Wohnsituation auszudrücken und verdient haben es die Makler-Schweine allemal!“*

Zu einer Serie von Sachbeschädigungen kam es im Zusammenhang mit dem Neubau eines Strafjustizzentrums in München. Seit Oktober 2012 wurden wiederholt Schmierschriften wie „Revolt heißt leben, Justizzentrum verhindern“ gesprüht und weitere politisch motivierte Sachbeschädigungen begangen. Der Gesamtschaden beläuft sich inzwischen auf rund 325.000 Euro.

Sachbeschädigungen  
am Strafjustiz-  
zentrum München

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) Stadelheim in München war zweimal Ziel mutmaßlich linksextremistisch motivierter Straftaten: In der Neujahrsnacht wurden Farbbeutel gegen die Fassade geworfen, zudem schmierten die Täter den Schriftzug „Feuer den Knästen!“ sowie das Anarchiezeichen an die Außenwand der JVA. In einem anonymen Selbstbeichtigungsschreiben wurden die Straftaten als Angriff auf den Repressionsapparat gerechtfertigt.

Im Juni wurde ein Starkstromkabel, das zu einer Baustelle innerhalb der JVA führte, mit Grillanzündern in Brand gesetzt. Die Tatausführung lässt einen linksextremistischen Hintergrund vermuten. Es entstand ein Sachschaden von ca. 500 Euro.

---

### 3. Ideologische Wurzeln des Linksextremismus

#### Marxismus

Die Lehren von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) sind die ideologische Grundlage für das Denken und Handeln der meisten Linksextremisten. Das gesamte politische, geistige und kulturelle Leben einer Gesellschaft wird demnach durch die ökonomischen Strukturen und Verhältnisse bestimmt. Die marxistische Lehre ist sowohl wissenschaftliche Theorie als auch praktisch-politische Handlungsanleitung für die Revolution.

Ihr zufolge vollzieht sich die Menschheitsgeschichte in gesetzmäßigen Entwicklungsstufen. Dem Endziel der geschichtlichen Entwicklung, der kommunistischen klassenlosen Gesellschaft, geht die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems voraus. Im Kapitalismus stehen sich die ausbeutende Klasse der bürgerlichen Kapitalisten – die Eigentümer an den Produktionsmitteln – und die ausgebeutete Klasse der Arbeiterschaft – die sogenannten Proletarier – gegenüber. Der durch die Arbeiterschaft geschaffene Mehrwert eines erstellten Produktes geht nach der marxistischen Lehre in den Besitz der Kapitalisten über und führt so zu Lohndruck, einer Verarmung und schließlich Verelendung des Proletariats. Die Folgen sind Klassenkämpfe, die in eine Revolution und schließlich in die Diktatur des Proletariats münden mit dem Endziel einer kommunistischen Gesellschaft.

Das Menschenbild des Marxismus ist ein grundsätzlich anderes als das freiheitlicher Demokratien. Im Mittelpunkt steht nicht das Individuum mit seinen garantierten Rechten, sondern die Arbeiterklasse. Nach dieser Sichtweise ist es zulässig, Grund- und Menschenrechte zugunsten des sozialistischen Kollektivs und einer kommunistischen Zielsetzung zu relativieren oder gar außer Kraft zu setzen.

#### Marxismus-Leninismus

Der Marxismus-Leninismus war die offizielle Weltanschauung der früheren Sowjetunion. Er basiert auf den Lehren von Marx und Engels (Marxismus), die von Wladimir I. Lenin (1870–1924) zur Staatsdoktrin der Sowjetunion und für den von ihm propagierten internationalen Klassenkampf weiterentwickelt wur-

---

den. Auch nach marxistisch-leninistischer Auffassung muss der Kapitalismus bekämpft werden. Das höchste Stadium des Kapitalismus sah Lenin im sogenannten Imperialismus. Demnach trachte der Kapitalismus in ausbeuterischer Weise danach, seinen Macht- und Einflussbereich auf andere Staaten auszudehnen, was zwangsläufig zu Kriegen führt. Dem Kapitalismus müsse also eine neue Gesellschaft folgen: der Sozialismus. Den Sozialismus sah Lenin wiederum als Vorstufe des Kommunismus. Der Marxismus-Leninismus führt zwangsläufig zu einer revolutionären Umwälzung.

Allerdings verfügt die Arbeiterklasse nach Lenin nicht über das notwendige politisch-revolutionäre Bewusstsein. Dieses müsse durch eine Kaderpartei aus Berufsrevolutionären (Avantgardeanspruch der kommunistischen Partei) vermittelt werden. In dieser Partei sind gemäß dem Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ keine abweichenden Meinungen zu Parteibeschlüssen durch Fraktionen oder innerparteiliche Strömungen erlaubt.

Für marxistisch-leninistische Kaderparteien wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) spielt der Marxismus-Leninismus eine große, für offen extremistische Strukturen innerhalb der Partei DIE LINKE. zumindest eine prägende Rolle.

### **Stalinismus**

Stalinismus ist Josef W. Stalins (1878–1953) theoretische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus zum diktatorisch-bürokratischen Herrschaftssystem der Sowjetunion. Entgegen der marxistischen Annahme, dass zum Sieg des Proletariats über das Bürgertum (Bourgeoisie) eine gemeinsame Revolution der Proletarier aller Länder notwendig sei, ging Stalin davon aus, dass der Sozialismus unter der Führung der Sowjetunion vorbildhaft zuerst dort realisiert werden müsse. Mit dem von Stalin betriebenen Auf- und Umbau der Sowjetunion zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wurden u. a. die „stalinistischen Säuberungen“ legitimiert, denen Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind.

In Deutschland berufen sich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) und der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) auch auf die Ideen Stalins.

---

### **Trotzkismus**

Das auf Leo Trotzki (1879–1940) zurückgehende Modell des Sozialismus ist keine in sich geschlossene eigenständige Lehre, sondern eine Abwandlung des Marxismus-Leninismus. Sie entstand vor allem aus der Opposition von Trotzki zu Stalin. Wesentliche Elemente sind die Theorie der „permanenten Revolution“; der Glaube an die Weltrevolution (im Unterschied zu Stalins „Sozialismus in einem Land“), das Ziel der Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ in Form einer Rätedemokratie und das Festhalten am „proletarischen Internationalismus“.

Die charakteristische Strategie trotzkistischer Vereinigungen ist der Entrismus, d. h. sie versuchen, gezielt in andere Organisationen einzudringen und Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. So findet ihre eigene Ideologie Verbreitung über die unterwanderte Organisation. In Deutschland ist neben der Sozialistischen Alternative (SAV) das Netzwerk marx21, eine offen extremistische Struktur innerhalb der Partei DIE LINKE., trotzkistisch ausgerichtet.

### **Maoismus**

Unter der Führung von Mao Tse-tung (1893–1976) wurde in China nach dem kommunistischen Sieg 1949 der Marxismus-Leninismus in einer von Sowjetrußland abweichenden Weise interpretiert und als kommunistische Ideologie weiterentwickelt. Der Maoismus sieht in China die ländliche Bevölkerung und nicht die städtische Arbeiterschaft als Träger des politischen Umsturzes.

Die Weltrevolution sollte in einem Land der Dritten Welt durch einen Guerillakrieg bäuerlicher Partisanen ausgelöst werden. In einer Serie politischer Kampagnen („Kulturrevolution“) versuchte Mao Tse-tung, die chinesische Gesellschaft zu den revolutionären Zielen der Partei zu erziehen. Der ideologische Terror und die damit verbundenen „Säuberungsaktionen“ forderten Millionen Tote.

Die Ideen Maos waren Vorbild für große Teile der 1968er-Bewegung, vor allem der in Westeuropa entstandenen „Neuen Linken“ (sogenannte K-Gruppen). Heute bekennt sich lediglich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) öffentlich zu Mao Tse-tung.

---

## 4. Linksextremistische Themenfelder

Um ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen, engagieren sich Linksextremisten in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Themenfeldern. Im Linksextremismus stehen antifaschistische Aktivitäten im Vordergrund. Neben der Bekämpfung des Rechtsextremismus nutzen Linksextremisten auch andere gesellschaftliche Reizthemen, um innerhalb bürgerlich-demokratischer Protestbewegungen neue Anhänger zu finden. Dabei greifen sie häufig sozialpolitische Themen auf und deuten diese im Sinne ihres eigenen linksextremistischen Verständnisses um.

Typische Aktionsfelder der Linksextremisten sind Antifaschismus, Antimilitarismus, Antirepression, Antiimperialismus, Antiglobalisierung, Antiatomkraft, Antigentrifizierung, Asylpolitik und der Kampf gegen „Sozialabbau“. Die wichtigsten waren im Jahr 2014 Antifaschismus, Antimilitarismus, Antiglobalisierung, Antigentrifizierung und Antirepression.

### Antifaschismus

Linksextremisten nutzen den breiten gesellschaftlichen Konsens gegen den Rechtsextremismus für ihre politischen Ziele, die allerdings weit über die Bekämpfung des Rechtsextremismus hinaus reichen. Antifaschismus im linksextremistischen Sinn beinhaltet auch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.

Ablehnung der parlamentarischen Demokratie



---

Ursprünglich bezog sich der Begriff Antifaschismus auf die inneritalienische Opposition gegen die Herrschaft Mussolinis. Die Wurzeln des deutschen Antifaschismus liegen im Widerstand gegen die Diktatur des „Dritten Reichs.“ Neben dem bürgerlich-liberal geprägten Antifaschismus, der für die Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintrat, entwickelte sich ein kommunistisch orientierter, als linksextremistisch einzustufender Antifaschismus. Der links-extremistische Antifaschismus wertet alle nichtmarxistischen Systeme als potenziell faschistisch oder als eine Vorstufe zum Faschismus. Linksextremisten sehen also die eigentliche Ursache von Faschismus und Rechtsextremismus in einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die auf Kapitalismus, Parlamentarismus und Rechtsstaatsprinzipien aufbaut.

Gewaltorientierte linksextremistische Autonome nutzen den Antifaschismus seit Jahren zur Mobilisierung ihrer Anhänger und zur Legitimierung ihrer militanten Aktionen gegen Staat und Polizei mit dem Argument, diese schützten Rechtsextremisten. Dabei suchen Autonome auch den Schulterschluss mit demokratischen Bündnissen und Initiativen.

Linksextremistische Parteien und Organisationen streben über eine gezielte Einflussnahme die Übernahme von Leitungs- und Steuerungsfunktionen in antifaschistischen Initiativen an. Der Kampf gegen Hitler und die Verfolgung von Kommunisten zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus dienen aus der kommunistischen Bewegung entstandenen Organisationen als Legitimation für ihren Führungsanspruch im antifaschistischen Spektrum.

Antifaschismus ist nicht generell linksextremistisch. Es kommt vielmehr darauf an, was die jeweiligen Antifaschisten konkret unter „Faschismus“ verstehen und welche Forderungen sich aus ihrem Selbstverständnis als „Antifaschisten“ ergeben. Die zentrale Frage dabei lautet: Richtet sich die Ablehnung nur gegen Rechtsextremismus oder richtet sich die Ablehnung gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaats?

### **Antimilitarismus**

Antimilitarismus hat in der linksextremistischen Szene insbesondere durch vermehrte Auslandseinsätze der Bundeswehr



---

in den letzten Jahren wieder an Bedeutung gewonnen. Nach der Militarismus-Theorie von Karl Liebknecht dient das Militär dazu, kapitalistische Expansionsbestrebungen gegenüber anderen Staaten durchzusetzen und im eigenen Land den Kapitalismus und dessen „Ausbeutungsstrukturen“ zu stabilisieren.

Dieses Gedankengut lebt in der linksextremistischen Szene weiter. Linksextremisten sind daher immer wieder auch in pazifistischen Initiativen und Bündnissen aktiv, um dort ihre Ideologie zu verbreiten. Im Gegensatz zum Pazifismus geht es Linksextremisten nicht nur um die Abschaffung des Militärs, sondern darüber hinaus um die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie.

Beseitigung der parlamentarischen Demokratie

Höhepunkt der linksextremistischen Aktivitäten zum Thema Antimilitarismus waren auch im Jahr 2014 die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz am 1. Februar.



### **Antiglobalisierung**

Der ökonomische, politische und kulturelle Wandel und die damit einhergehende Veränderung der Gesellschaften und ihrer Lebensbedingungen haben in den letzten Jahren zu einer sich weltweit entwickelnden heterogenen Protestbewegung geführt. Die Proteste der „Anti-Globalisierungsbewegung“ richten sich insbesondere gegen Gipfelkonferenzen wie den G7-Gipfel.

Sowohl bei der Identifizierung der Probleme als auch bei den Lösungsansätzen bestehen deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Akteuren. Auf der einen Seite stehen reformorientierte demokratische Kräfte, die ihren

---

Protest friedlich zum Ausdruck bringen. Daneben gibt es einen revolutionären Flügel mit linksextremistischer Ausrichtung. Massenproteste gegen Treffen von Regierungschefs sind Anziehungspunkt besonders für gewaltorientierte Autonome und werden als Gelegenheit für militante Aktionen gesehen, mit denen weltweit Aufmerksamkeit erzielt werden soll.

Mit ihren gewalttätigen Aktionen dominieren die Autonomen, obwohl zahlenmäßig zumeist in der Minderheit, das öffentliche Erscheinungsbild vieler Demonstrationen und Veranstaltungen der Antiglobalisierungsbewegung. An der zentralen Protestkundgebung in Rostock am 2. Juni 2007 gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligten sich rund 30.000 Personen, darunter etwa 2.000 militante Aktivisten. Die Versammlungen waren gekennzeichnet von gewalttätigen Ausschreitungen gegen die eingesetzten Polizeibeamten.

Auch an den Vorbereitungen für die Protestveranstaltungen gegen den G7-Gipfel im Juni 2015 in Elmau (Bayern) beteiligten sich autonome Linksextremisten.

### **Antigentrifizierung**

Mit dem Thema Antigentrifizierung versuchen Linksextremisten ihre eigenen Interessen in eine aktuelle stadt- und gesellschaftspolitische Diskussion einzubetten und damit in größere Bevölkerungskreise hinein politisch anschlussfähig zu werden. Der Begriff „Gentrifizierung“ kommt ursprünglich aus der Stadtsoziologie und bezeichnet soziale Umstrukturierungsprozesse in Stadtteilen, die zu steigenden Mieten und einer Verdrängung der bisherigen Bewohner führen. Viele Bewohner von Großstädten beschäftigen dieses Thema. Es bilden sich Initiativen, die in aller Regel von demokratischen Kräften getragen werden. Linksextremisten versuchen, sich diesen Initiativen anzuschließen beziehungsweise im gleichen Themenfeld eigene Aktionen zu entwickeln, um damit ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern und sich als sozialpolitische Akteure zu profilieren.

Autonome Linksextremisten entwickeln im Zusammenhang mit dem Themenfeld Antigentrifizierung auch gewalttätige Aktivitäten: Insbesondere Immobilienmakler werden von ihnen als Mitverantwortliche für die „Gentrifizierung“ und damit als

---

Feindbild wahrgenommen. Büros und Fuhrpark von Immobilienfirmen sind immer wieder Ziel militanter Attacken aus der linksextremistischen Szene.

### **Antirepression**

Unter „Repression“ verstehen Autonome die staatliche Überwachung und Strafverfolgung linksextremistischer Aktionen. Autonome lehnen insbesondere polizeiliche Maßnahmen gegen linksextremistische Gewalttäter ab. Mit Solidaritätskampagnen versuchen sie, eine breite Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen und rechtsstaatliche Maßnahmen zu diskreditieren. Gleichzeitig mobilisieren sie damit die linksextremistische Szene und rechtfertigen ihr militantes Vorgehen.

Dies zeigt sich beispielsweise in einer Serie von Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit dem Neubau eines Strafjustizentrums in München.

---

## **5. Internet und Musik**

### **5.1 Linksextremisten im Internet**

Linksextremisten passen ihr Nutzungsverhalten den technischen Neuerungen im Internet an. Zwar existieren weiterhin einige linksextremistische Webseiten, sie werden jedoch nur noch selten aktualisiert. Linksextremistische Printmedien verlieren immer weiter an Auflage und versuchen, sich neue Vertriebswege zu erschließen. Der Großteil der Aktivitäten verlagert sich in soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter, in denen auch eine Vielzahl von teilweise verschlüsselten Kommunikationsbeziehungen über Foren, Blogs und Chats existiert. Dabei können geschlossene Gruppen neue Mitglieder eingehend überprüfen. Die Teilnehmer fühlen sich verhältnismäßig sicher und kommunizieren weit „offener“ als in öffentlich zugänglichen und für jedermann einsehbaren Bereichen.

Auch Linksextremisten haben die Vorteile des Internets, insbesondere als Kommunikations-, Aktions-, Informations- und Serviceplattform erkannt. Die Nutzer agieren häufig auf mehreren

---

Kanälen gleichzeitig. Multimediale Anwendungen nehmen zu, dies gilt insbesondere für sogenannte „Apps“. Um sich während Großveranstaltungen flexibel und schnell auszutauschen, nutzen Linksextremisten über ihre mobilen Endgeräte u. a. Kurzmitteilungsdienste wie Twitter. Eigens eingesetzte „Moderatoren“ steuern dabei die Demonstranten z. B. in Richtung von Rechtsextremisten oder Polizeibeamten. Über animierte Landkartendienste halten sie die eigene Demonstrationsroute sowie gegebenenfalls auch die des politischen Gegners abrufbar.

Mobilisierungs-  
Videos

Videoplattformen dienen der Verbreitung und dem Konsum von Propaganda. Dabei sind die meisten Nutzer passive Konsumenten. Sie stellen selbst keine Videos ein, verfolgen jedoch über Abonnements die für sie interessanten Kanäle. Häufig werden YouTube-Videos auf Facebook-Profilen verlinkt und somit weiterverbreitet. In „Mobivideos“ (Mobilisierungs-Videos), vor allem auf YouTube, zeigen Linksextremisten erfolgreiche Aktionen und fordern mit szenetypischer Musik zum Mitmachen auf. Dabei wird auch die Anwendung von Gewalt propagiert.

Outing des politischen  
Gegners

Im Internet sorgen linksextremistische Gruppierungen auch für sogenannte Outings tatsächlicher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Sie machen dazu teilweise umfangreiche Recherchen mit Bildmaterial und persönlichen Daten zugänglich. Vereinzelt ergänzen sie die Outings mit Aktionen im Arbeits- oder Wohnumfeld des Betroffenen, um diesen gesellschaftlich zu isolieren. Außerdem ist von einer Zunahme von Hacker-Angriffen auf Internetseiten des politischen Gegners auszugehen.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat die Internetaufklärung weiter intensiviert und hierfür einen eigenen Arbeitsbereich eingerichtet.

## 5.2 Linksextremistische Musik

Linksextremisten setzen Musik mit linksextremistischen Texten ein, um neue, vor allem junge Unterstützer zu gewinnen und ihre Anhänger weiter zu radikalisieren. Häufig wird Musik im Rahmen der Vorbereitungen bzw. im Verlauf größerer Demonstrationen eingesetzt. Musikunterlegte „Mobilisierungs-Videos“ im Internet

---

transportieren ideologische Positionen und sprechen damit vor allem jüngere Menschen an. Bei Demonstrationen werden Lautsprecheranlagen auf Fahrzeugen mitgeführt, um die Teilnehmer zwischen den Redebeiträgen und während des Marsches mit Einspielungen von Musik zu unterhalten und aufzustacheln.

Auch als Einnahmequelle ist die Musik für Linksextremisten von erheblicher Bedeutung. Die erwirtschafteten Gelder dienen dazu, die eigenen Aktivitäten oder die Verteidigung von Szeneangehörigen in Strafprozessen zu finanzieren. Ein Beispiel für eine bayerische linksextremistische Band, die auch außerhalb Bayerns auftritt, ist „Kurzer Prozess“ aus Nürnberg. Sie propagiert Gewalt als ein legitimes Mittel im Kampf gegen Rechtsextremisten. Beispielsweise heißt es in einem ihrer Lieder:



„...und es ist voll ok ein paar Nazis zusammenschlagen...“

---

## 6. Linksextremistische Parteien und Vereinigungen

### 6.1 Offen extremistische Strukturen in der Partei DIE LINKE.

Innerhalb der Partei DIE LINKE. gibt es mehrere offen extremistische Strukturen, die auf eine Überwindung der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung abzielen. Sie stellen teilweise die parlamentarische Demokratie infrage, sprechen der rechtsstaatlichen Ordnung die Legitimation ab oder unterhalten Kontakte zu gewaltorientierten Autonomen.

Diese offen extremistischen Untergliederungen versuchen auf die Partei DIE LINKE. Einfluss zu nehmen. So spricht das trotzkistische Netzwerk marx21 etwa davon,

„DIE LINKE zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln.“

Von diesen offen extremistischen Strukturen sind in Bayern insbesondere die Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF),

---

die Antikapitalistische Linke (AKL), die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí) sowie das trotzkistische Netzwerk marx21 aktiv.

### 6.1.1 Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)



Die KPF ist nach wie vor der größte offen extremistische Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE. Sie definiert sich in ihrer Satzung als ein „bundesweiter Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.“ und hält weiterhin an marxistisch-leninistischen Positionen fest. Angestrebt wird die Überwindung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft.

Auf ihrer Bundeskonferenz am 27. April 2013 bekräftigte die KPF ihre strukturelle Verankerung in der Partei DIE LINKE. und ihre Bedeutung für die Wählermobilisierung unter anderem auch für die Wahl in Bayern zugunsten der Partei DIE LINKE.:

*„Die Zusammenschlüsse sind von Bedeutung für die inhaltliche Substanz der Partei und ihre Verankerung in der Bewegung. Die KPF nimmt in diesem Sinne ihre Verantwortung für die Wahlkampf mobilisierung zu den Bundestagswahlen, aber auch zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, aktiv war. (...) Kommunistinnen und Kommunisten sind aktive Wahlkämpfer im Rahmen ihrer Basisorganisationen und gewinnen darüber hinaus Sympathisantinnen und Sympathisanten als Wähler und Wahlkämpfer der Partei.“*

In ihrer Satzung bekennt sich die KPF zum Internationalismus und wirbt für ein „breites Bündnis mit kommunistischen Parteien, Gruppen und Zusammenschlüssen sowie anderen linken Kräften“. Besonderen Stellenwert nimmt für die KPF die „Solidarität mit dem sozialistischen Kuba“ ein. Die KPF arbeitet mit inländischen Linksextremisten und anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE. zusammen.

### 6.1.2 Antikapitalistische Linke (AKL)

Die AKL wurde im März 2006 durch den Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke“ als loses Netzwerk innerhalb der damaligen

---

„Linkspartei.PDS“ gegründet. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs sind auch Mitglieder anderer offen extremistischer Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE, wie marx21, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) sowie verschiedener trotzkistischer Gruppierungen.



Am 9. November 2013 gab sich die AKL nach ihrer offiziellen Anerkennung durch die Partei DIE LINKE, einen neuen „Grundlagentext zum politischen Selbstverständnis“. Darin wendet sich die AKL gegen einen „regierungs- und parlamentsfixierten ‚Pragmatismus‘ in der LINKEN“ und setzt dem „ein antikapitalistisches Programm mit sozialistischem Ziel“ entgegen.

Die AKL glaubt, dass neben anderen auch

„mit autonomen und selbstorganisierten Strukturen (...) eine politische Oppositionskraft erwachsen kann und muss, für die Programm und Partei der LINKEN dann eine Heimat sein könnten“.

Der Zusammenschluss sieht somit die Möglichkeit der Einbindung auch von autonomen bzw. gewaltorientierten Personen in die Partei.

Die AKL befürwortet einen „neuen sozialistischen Internationalismus“ sowie die Solidarität mit dem kubanischen Regime. Mit anderen offen extremistischen Zusammenschlüssen in der Partei DIE LINKE, arbeitet die AKL zusammen. Die AKL verfügt in Bayern über einen Koordinierungsrat.

### 6.1.3 Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)

Die 1991 gegründete, bundesweit tätige Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí gliedert sich in Landesarbeitsgemeinschaften (LAG). Politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba sind Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft (AG). Die Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE, pflegt in besonderer Weise den kommunistischen Internationalismus und unterhält Kontakte zu zahlreichen kubanischen Organisationen und Einrichtungen, u. a. zur Kom-



---

munistischen Partei Kubas (PCC) sowie zum Kommunistischen Jugendverband Kubas (UJC). In Bayern existieren Regionalgruppen in Weißenburg und Kitzingen.

### 6.1.4 marx21



Das trotzkistische Netzwerk marx21 ist die deutsche Sektion des Dachverbandes „International Socialist Tendency“ (IST) mit Sitz in London. Es handelt sich hierbei um die Nachfolgestruktur der trotzkistischen Gruppe „Linksruck“, die aus der 1963 gegründeten „Sozialistischen Arbeitergruppe“ (SAG) hervorgegangen ist. marx21 fordert die Überwindung des nach seiner Ansicht nicht zählbaren Kapitalismus.

Die unterdrückten Klassen sollen sich den gesellschaftlichen Reichtum kollektiv aneignen und die Produktionsmittel ihrer Kontrolle unterstellen. Der Koordinierungskreis von marx21 veröffentlichte auf der Homepage des Netzwerks eine „Strategie für eine klassenkämpferische und antikapitalistische LINKE“. Dort heißt es unter anderem:

„Die Arbeiterklasse kann dem Kapitalismus ein Ende bereiten, wenn sie durch Solidarität ihre kollektive Stärke zur Geltung bringt. Vor diesem Hintergrund wirkt das marx21 Netzwerk darauf hin, DIE LINKE. zu einem Instrument für den Klassenkampf zu entwickeln.“

Als publizistische Plattform dient dem Netzwerk das gleichnamige Magazin „marx21“, das seit Februar 2013 deutschlandweit auch an Kiosken angeboten wird. In Bayern verfügt marx21 über eine Unterstützerguppe.

### 6.1.5 Linksjugend [‘solid] Landesverband Bayern



Die Mitglieder der 1999 gegründeten Linksjugend [‘solid] bezeichnen sich in ihrem Programm selbst als „SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen“. Sie beziehen sich darin unter anderem „positiv auf die emanzipatorischen Traditionen des Kommunismus“. Das Programm sieht die Abschaffung des



---

Privateigentums an Produktionsmitteln vor. Die Linksjugend [solid] solidarisiert sich mit dem kommunistischen System in Kuba und fordert die Aufhebung aller Blockaden und Sanktionen.

Sie beteiligte sich an der revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg und an den Protesten gegen die Münchner Sicherheitskonferenz. Im Themenfeld Antimilitarismus tritt sie mit Aktionen gegen die Bundeswehr in Erscheinung. So organisierte sie am 15. März in Passau eine Versammlung mit dem Thema „Kein Werben fürs Sterben - Bundeswehr raus aus den Schulen“

Mai-Demonstration



Der Landesverband verfügt in Bayern über Ortsgruppen in Augsburg, Bamberg, Bayreuth-Kulmbach, Coburg-Kronach-Lichtenfels, Hof, Ingolstadt, München, Nürnberg, Weiden, Weißenburg und Würzburg.

### 6.1.6 DIE LINKE. Sozialistisch-demokratischer-Studierendenverband (DIE LINKE.SDS) Landesverband Bayern

Der 2007 gegründete Studierendenverband DIE LINKE.SDS ist laut Statut eine „Arbeitsgemeinschaft mit Sonderstatus der Linksjugend [solid] mit eigener Mitgliedschaft und Organisation“. DIE LINKE.SDS orientiert sich ideologisch an der Lehre von Marx und plädiert in ihrem Selbstverständnis für Außerparlamentarismus, Systemüberwindung und die Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten. Der Landesverband Bayern von DIE LINKE.SDS wurde am 30. Januar 2010 in Regensburg gegründet und verfügt über Ortsgruppen in Augsburg, Bamberg, Eichstätt, Erlangen, Ingolstadt, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Würzburg und Coburg.

[dielinke.sds](http://dielinke.sds)

Im Zusammenhang mit dem Aktionsfeld Antimilitarismus beteiligte sich DIE LINKE.SDS an den Protesten gegen die Münchner

Agitation gegen die Bundeswehr

Sicherheitskonferenz und an Aktivitäten gegen die Bundeswehr. So warb die LINKE.SDS zusammen mit der Linksjugend [solid] für eine Kundgebung am 30. Januar in Bamberg, zum Thema „Militär raus aus der Schule! Zivilklausel jetzt!“



## 6.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Umfeld

### 6.2.1 DKP



	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	3.000	340
<b>Vorsitzender</b>	Patrik Köbele	
<b>Gründung</b>	26.09.1968	
<b>Sitz</b>	Essen	Nürnberg und München
<b>Publikationen</b>	Unsere Zeit (UZ) Marxistische Blätter	Rundbrief; Auf Draht; DKP info; Rotes Echo

Die DKP ist eine kommunistische Partei, die sich in einer Linie mit der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sieht. Sie bekennt sich zum Marxismus-Leninismus und hat laut Parteiprogramm die Einführung des „Sozialismus/Kommunismus“ zum Ziel. Die bundesweit organisierte Partei war bis 1989/90 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) abhängig. Dem Bundesverband sind Bezirksorganisationen nachgeordnet, die weiter in Kreis- und

---

Grundorganisationen oder auch Betriebsgruppen untergliedert sind. In Bayern existieren zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) mit 15 Kreisverbänden.

Seit 2009 gibt es in der DKP einen Richtungsstreit darüber, wie die Partei mehr politischen Einfluss gewinnen kann. Ein Flügel der Partei spricht sich für eine Öffnung hin zu anderen gesellschaftlichen Gruppierungen aus. Der andere Flügel votiert für die Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus mit der DKP als alleiniger Avantgarde der Arbeiterklasse. Durchgesetzt haben sich die Kräfte, die für eine Rückkehr zur unverfälschten Lehre des Marxismus-Leninismus mit der DKP als alleiniger Avantgarde der Arbeiterklasse plädieren. In Bayern ist keine geschlossene Positionierung erkennbar.

Rückkehr zu  
Marxismus-  
Leninismus

Durch aktive Mitarbeit übt die DKP auch auf Organisationen wie die VVN-BdA und das Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus Einfluss aus.

## 6.2.2 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	500	110
<b>Vorsitzender</b>	Kollektiver Bundesvorstand	
<b>Gründung</b>	04./05.05.1968	
<b>Sitz</b>	Essen	
<b>Publikationen</b>	POSITION	KONTRA!



Die SDAJ ist nach ihrer Selbstdarstellung eine „bundesweite Organisation von Jugendlichen, die sich mit den Zuständen in Schulen, Betrieben, in dieser Republik und der ‚Neuen Weltordnung‘ nicht abfinden“ will. Sie ist marxistisch-leninistisch ausgerichtet:

„Alle unsere Forderungen richten sich gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft, gegen die Kapitalisten. Verwirklichen können wir sie nur in einer Gesellschaft ohne Kapitalisten - im Sozialismus.“

Enge Verbindung  
zur DKP

Die SDAJ als ehemalige DKP-Jugendorganisation ist eine eigenständige Organisation. Sie ist aber weiterhin eng mit der DKP verbunden. Beim Pressefest der DKP-Wochenzeitung „Unsere Zeit“ im Juni in Dortmund war die SDAJ erneut für den Jugendbereich zuständig und organisierte u. a. ein Konzert. Die SDAJ Bayern bot ihren Mitgliedern an, mit dem Bus nach Dortmund anzureisen. Zustiegsmöglichkeiten bestanden in Augsburg, München und Nürnberg. Eingeladen waren auch Gäste aus dem außereuropäischen Ausland.

Akzeptanz  
von Gewalt

Gewalt in der politischen Auseinandersetzung schließt die SDAJ nicht aus. Das wird in ihrer „Grundlagenschule“ deutlich, die die SDAJ im Internet verbreitet und zu der sie mehrfach Veranstaltungen in München angeboten hat:

*„Als Faustregel kann gelten, dass die legalen Kampfformen voll ausgenutzt werden sollten, gleichzeitig aber auch die Vorbereitung auf die Anwendung illegaler Kampfformen stattfinden sollte.“*

Angehörige der SDAJ engagieren sich im Münchner Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz.

### 6.2.3 Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)



	Bayern
<b>Mitglieder</b>	700
<b>Vorsitzende</b>	Dr. Axel Holz Cornelia Kerth
<b>Gründung</b>	15.–17.03.1947
<b>Sitz</b>	Berlin (Bundesgeschäftsstelle)
<b>Publikationen</b>	antifa

Die VVN-BdA ist die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus. Sie arbeitet mit offen linksextremistischen Kräften zusammen. In der VVN-BdA wird nach wie vor ein kommunistisch orientierter Antifaschismus

---

verfolgt. Diese Form des Antifaschismus dient nicht nur dem Kampf gegen den Rechtsextremismus. Vielmehr werden alle nicht-marxistischen Systeme – also auch die parlamentarische Demokratie – als potenziell faschistisch, zumindest aber als eine Vorstufe zum Faschismus betrachtet, die es zu bekämpfen gilt.

Anhaltspunkte für die linksextremistische Ausrichtung der VVN-BdA zeigen sich immer wieder in Äußerungen des ehemaligen Bundesvorsitzenden der VVN-BdA und seit Juni Ehrenvorsitzenden, Prof. Dr. Heinrich Fink. Gegen seine Nennung in den Verfassungsschutzberichten 2010 bis 2013 als „informeller Mitarbeiter“ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR hat Prof. Dr. Fink Klage erhoben, über die noch nicht entschieden ist.

Die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA wird von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, beeinflusst. Der stellvertretende DKP-Bundesvorsitzende, Dr. Hans-Peter Brenner, übersandte in einem Grußschreiben den Delegierten des 5. VVN-BdA-Bundeskongresses im Mai/Juni die besten Wünsche für das Gelingen der Konferenz. Er zeigte sich überzeugt,

Kontakt zur DKP

„dass das in Jahrzehnten gewachsene vertrauensvolle Verhältnis“

zwischen den beiden Organisationen auch in Zukunft bestehen bleibt.

In Jugendcamps und Kongressen kommt es immer wieder zum Austausch mit autonomen Gruppierungen wobei das Themenfeld Antifaschismus im Vordergrund steht.

Die bayerische Landesvereinigung der VVN-BdA hat gegen ihre Nennung im Verfassungsschutzbericht 2010 den Rechtsweg beschritten. Die Klage wurde auf die Jahre 2011, 2012 und 2013 erweitert. Das Bayerische Verwaltungsgericht München wies die Klage der VVN-BdA-Landesvereinigung Bayern im Oktober ab. Der Landesverband kündigte an, in die nächste Instanz zu gehen.

VVN-BdA-Klage  
abgewiesen

---

### 6.3 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)



	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder (mit REBELL)</b>	1.900	120
<b>Vorsitzender</b>	Stefan Engel	
<b>Gründung</b>	1982	
<b>Sitz</b>	Gelsenkirchen	München, Nürnberg
<b>Publikationen</b>	Rote Fahne (Zentralorgan); REVOLUTIONÄRER WEG (Theorieorgan); REBELL (Jugendmagazin); Galileo – streitbare Wissenschaft (Zeitung der MLPD-Hochschulgruppen)	

Die zentralistisch geführte MLPD ist eine kommunistische Kaderpartei, die Sozialismus im Sinn des Stalinismus und des Maoismus anstrebt. Ihr grundlegendes Ziel ist „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“ Im linksextremistischen Spektrum ist die MLPD aufgrund ihres dogmatischen Kommunismusverständnisses isoliert.

Frauenverband  
Courage e. V.  
REBELL  
ROTFÜCHSE

Mit dem Frauenverband Courage e. V. sowie mit Freizeitangeboten ihrer Jugendorganisation REBELL und ihrer Kinderorganisation ROTFÜCHSE versucht die MLPD Frauen, Jugendliche und Kinder an sich zu binden.

Die Jugendorganisation REBELL und die Kinderorganisation ROTFÜCHSE veranstalteten vom 2. bis 16. August in Thüringen, wie in den letzten Jahren, ein sogenanntes Sommercamp. Im Camp sollen junge Menschen an ein antidemokratisches, revolutionär-kommunistisches Politikverständnis herangeführt werden. Dabei wird Freizeiterlebnis mit politisch-ideologischer Unterweisung verknüpft.

Dies steht in direktem Gegensatz zum demokratischen Erziehungsideal, der Erziehung zu freier Willensbildung und selbstbestimmtem Leben.

---

## 6.4 Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus

Das linksextremistisch beeinflusste Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus ist ein loser Zusammenschluss von Personen und Organisationen ohne feste Mitgliederstruktur. In ihm sind vor allem linksextremistische Parteien und Gruppierungen wie die DKP, die SDAJ, die MLPD sowie die Antikapitalistische Linke München (AL-M) aktiv.

Das Bündnis ist Organisator oder Unterstützer zahlreicher Demonstrationen, Mahnwachen und Informationsveranstaltungen. Außerdem dominiert es andere Protestbewegungen wie das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, das die Proteste gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik koordiniert. Über das Thema Antimilitarismus versuchen die beteiligten Linksextremisten, demokratische Organisationen und Personen einzubinden. Maßgebliche Aktivisten des Münchner Bündnisses gegen Krieg und Rassismus sind Claus Schreer und Walter Listl, die auch in der Münchner DKP aktiv sind. Der DKP gelingt es dadurch, ihre Bündnisstrategie zu verwirklichen.

Die Proteste gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik sind in Bayern seit Jahren für die linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Szene die größte Aktion mit dem höchsten Mobilisierungs- und Teilnehmerpotenzial. Wie in den Vorjahren prägten auch 2014 linksextremistische Parteien und Vereinigungen, wie die AL-M, die DKP, die SDAJ und die MLPD-Jugendorganisation REBELL die Kundgebungen in der Münchner Innenstadt. An der Großdemonstration am 1. Februar nahmen bis zu 2.500 Personen (2013: etwa 2.000) teil, darunter rund 250 Autonome (2013: etwa 300).

Die Autonomen marschierten vorwiegend in einem sogenannten Schwarzen Block, der sich als „Sammelpunkt revolutionärer, antikapitalistischer Aktivisten“ verstand.

Im Hinblick auf den G7-Gipfel 2015 in Elmau (Bayern) wirkt das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz auf eine „Verzahnung“ der Protestaktionen gegen die Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik 2015 und gegen den G7-Gipfel in Elmau hin.



Proteste gegen Münchner Sicherheitskonferenz

Aufruf zu Protesteaktionen gegen G7-Gipfel

---

So wurde der Aufruf „Tragen wir den Protest auf den Gipfel - Auf nach Elmau“; durch das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz mitgetragen.



## 6.5 Sonstige linksextremistische Organisationen

### GegenStandpunkt (GSP)

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	4.000	450
<b>Sitz</b>	München	
<b>Publikationen</b>	GEGENSTANDPUNKT (Sozialistische Hochschulzeitung)	

Der GSP setzt die Aktivitäten der Marxistische Gruppe (MG) fort, die im Mai 1991 ihre Selbstauflösung erklärt hat. Er ist eine straff geführte elitäre Gruppierung mit revolutionär-kommunistischen Zielvorstellungen, die sich selbst anderen linksextremistischen Gruppierungen überlegen sieht. Bundesweit gibt es lokale Gruppen, die in eine organisatorische Gesamtstruktur um die in München ansässige GegenStandpunkt Verlagsgesellschaft mbH eingebunden sind.

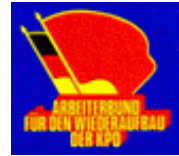
Neben internen Mitgliederschulungen war der GSP in Bayern, wie zuvor die MG, öffentlich mit marxismustheoretischen Veranstaltungen u. a. an den Hochschulen München, Nürnberg und Regensburg aktiv, um neue Mitglieder zu rekrutieren. Die an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen aktive „Sozialistische Gruppe (SG) Hochschulgruppe Erlangen/Nürnberg“ ist ebenfalls dem GSP zuzurechnen. Sie ist Herausgeber der monatlich erscheinenden „Sozialistischen Hochschulzeitung“.



---

## Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)

	Bayern
<b>Mitglieder</b>	90
<b>Gründung</b>	1973
<b>Sitz</b>	München



Der aus „Arbeiter-Basisgruppen“ in München hervorgegangene AB ist eine revolutionär-marxistische Organisation, die die Gründung einer „revolutionären Partei in der Tradition der verbotenen KPD“ anstrebt. Sie beruft sich auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen von Stalin und Mao Tse-tung. Ziel des AB ist die Beseitigung der „herrschenden Ausbeuterklasse“ und die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“.

Über Informationsveranstaltungen und Kundgebungen in unmittelbarer Nähe zu Industriebetrieben versucht die Organisation eine Verbindung zur Arbeiterschaft herzustellen. So demonstrieren Aktivisten des AB insbesondere vor Fertigungsstätten von Kfz-Herstellern. In München, Nürnberg und Regensburg organisierte der AB eigene 1. Mai-Veranstaltungen, wobei zum Klassenkampf und zur Enteignung von Unternehmern aufgerufen wurde. Außerhalb Bayerns gibt es AB-Gruppen in Bremen, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

## Rote Hilfe e. V. (RH)

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	6.000	500
<b>Sitz</b>	Göttingen (Bundesgeschäftsstelle)	verschiedene Ortsgruppen u.a. Nürnberg und München
<b>Publikationen</b>	„DIE ROTE HILFE“, vierteljährlich	



Der Arbeitsschwerpunkt der RH ist die finanzielle und politische Unterstützung von linksextremistischen Straf- und Gewalttätern, mit deren ideologischer Zielsetzung sie sich identifiziert.

Unterstützung  
gewaltbereiter  
Linksextremisten

---

Dabei geht es ihr nicht um eine Resozialisierung von Straftätern, sondern um die Unterstützung gewaltbereiter Linksextremisten in ihrem Kampf gegen das politische System. Die Unterstützung schließt auch ehemalige Angehörige terroristischer Vereinigungen ein. Die RH gewährt Beihilfen zu Anwalts- und Prozeskosten sowie zu Geldstrafen und Geldbußen. Mitglieder des Vereins diskreditieren das deutsche Rechtssystem immer wieder - u. a. in einem Newsletter vom 13. November – als „Gesinnungsjustiz“. Der Bundesvorstand der RH sprach in einer Pressemitteilung vom 17. November 2012 im Zusammenhang mit der Strafverfolgung einer linksextremistisch motivierten Gewalttat vom

„Versuch systematischer Abschreckung junger, politisch engagierter Menschen“

CD „ Rote Hilfe  
Soli Sampler“

Der Verein versucht, über Musik neue Anhänger und Unterstützer zu finden. Im Internet bietet die RH eine CD mit dem Titel „Rote Hilfe Soli Sampler“ an. Die Doppel-CD enthält 40 Lieder verschiedener Interpreten wie der linksextremistischen Nürnberger Band „Kurzer Prozess“. In deren Lied „Ruhe im Gericht“ heißt es:

„Scheiß auf Gesetze und will Klassenkampf... Wir sind Massen wie ein Fels in der Brandung. Komm wir schießen auf den Richter und sprengen die Verhandlung!“

Mit Veranstaltungen und Broschüren versucht die RH, um Spenden zu werben und Mitglieder zu gewinnen. Sie beteiligte sich an der Revolutionären 1. Mai-Demonstration in Nürnberg mit der Verteilung von Propagandamaterial und Redebeiträgen.

Die RH solidarisierte sich mit einem Aufruf zu Protesten gegen den G7-Gipfel.

---

## 7. Autonome, Anarchisten und Antideutsche

### 7.1 Beschreibung / Hintergrund

#### Autonome

Autonome sind – überwiegend junge – gewaltorientierte Linksextremisten. Sie bilden den weitaus größten Teil des gewaltorientierten linksextremistischen Personenpotenzials. Zur autonomen Szene zählen bundesweit rund 6.200 Personen, in Bayern etwa 650. Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept, sie folgen vielmehr anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Einig sind sich alle Autonomen in dem Ziel, den Staat und seine Einrichtungen – auch mit Gewalt – zu zerschlagen und eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten. Sie rechtfertigen Gewalt als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. Gewalttätige Handlungen verstehen sie als Akt individueller Selbstbefreiung von den Herrschaftsstrukturen. Dazu gehören Brandstiftungen, Sabotage, Hausbesetzungen und militante Aktionen bei Demonstrationen. Autonome versuchen, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren.

650 Autonome  
in Bayern

#### Anarchisten

Anarchismus ist eine Sammelbezeichnung für politische Auffassungen und Bestrebungen, die auf die Abschaffung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen abzielen. Allen anarchistischen Strömungen ist die Forderung gemein, den Staat als Herrschaftsinstitution abschaffen zu wollen – und zwar unabhängig von einer demokratischen oder diktatorischen Ausrichtung. Häufig schließt eine solche Auffassung einen grundsätzlichen Antiinstitutionalismus ein. Anarchisten sehen Bürokration, Kirchen, Parteien, Parlamente und Vereine als Einrichtungen, die einem freiwilligen Zusammenschluss von emanzipierten und mündigen Menschen entgegenstehen. Diese Ablehnung von Hierarchie und Unterordnung hat zur Folge, dass Anarchisten sich selbst in der Regel nur schlecht organisieren können, lediglich lose strukturierte Gruppierungen bilden und die Gründung einer anarchistischen Partei ablehnen.

Ablehnung  
des Staates

---

## Antideutsche

Bei den sogenannten Antideutschen handelt es sich um eine Strömung innerhalb des linksextremistischen Spektrums, die einem deutschen Staat jede Existenzberechtigung abspricht, da sie von einem spezifisch deutschen Faschismus ausgeht. Antideutsche erachten den „deutschen Faschismus“ als besonders aggressiv. Den Grund dafür sehen sie in der deutschen Vergangenheit, insbesondere in dem damals auf Vernichtung ausgerichteten Antisemitismus.

Der Holocaust des Dritten Reiches hat nach Ansicht der Antideutschen zur Folge, dass bis zur weltweiten Überwindung des Antisemitismus Israel als einziger Staat eine „Existenzberechtigung“ habe. Damit vertreten Antideutsche im Gegensatz zu traditionellen Linksextremisten eine klare pro-israelische und pro-amerikanische Haltung.

Das antideutsche Politikverständnis zieht zum einen Linksextremisten aus dem revolutionär-marxistischen Spektrum an; zum anderen fühlen sich auch Teile der autonomen Szene vom extremen Antifaschismusverständnis der antideutschen Strömung und der Israel-solidarischen Haltung angesprochen.

## 7.2 Gruppierungen

### Organisierte Autonomie (OA)



Klassenkampf  
von unten

	Bayern
<b>Gründung</b>	ca. 1993
<b>Sitz</b>	Nürnberg
<b>Publikationen</b>	barricada – zeitung für autonome politik und kultur

Die OA ist ein Zusammenschluss eigenständiger autonomer Gruppen, der sich als offenes Projekt versteht. Dabei spiegelt der Name den Widerspruch zwischen jeglicher Ablehnung von Strukturen einerseits und dem erforderlichen Mindestmaß an Organisation zur Zielerreichung andererseits wider. In ihrer Selbstdarstellung tritt die OA für eine kommunistische

---

Gesellschaftsordnung ein, die im kontinuierlichen Kampf gegen die herrschende Ordnung erreicht werden soll. Ziel der OA ist es demzufolge, den „Klassenkampf von unten“ zu organisieren.

Das von der OA verfolgte linksextremistische Antifaschismusverständnis wird in einer von ihr herausgegeben Broschüre deutlich:

„Faschismus ist kein geschichtlicher Betriebsunfall, sondern ein gern genutztes Mittel der herrschenden, kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung ihres menschenverachtenden Systems“

Die OA nutzt Treff- und Veranstaltungsortlichkeiten im Nürnberger Stadtteil Gostenhof. Zu diesen gehört das Selbstverwaltete Kommunikationszentrum Nürnberg e. V. (KOMM e. V.), das Anlaufstelle für viele linksextremistische Gruppierungen ist. In Gostenhof veranstaltet die OA auch ihre jährliche „revolutionäre 1. Mai-Demonstration“ und das im Anschluss daran stattfindende „Internationalistische Straßenfest“

KOMM e. V.

An der Demonstration im Jahr 2014 nahmen bis zu 2.200 Personen teil, darunter etwa 400 der linksextremistischen bzw. autonomen Szene. Neben der OA beteiligten sich u. a. auch Aktivisten der Antifaschistischen Linken Fürth (ALF), der Jugendantifa Fürth (JAF), der SDAJ, der DKP sowie der Linksjugend [solid] Nürnberg und Weißenburg. Mehrere Gebäude wurden durch Farbflaschenwürfe beschädigt.

### radikale Linke – Projekt revolutionärer Organisation (rL)

	Bayern
Gründung	ca. 2005
Sitz	Nürnberg
Publikationen	„radical left“ unregelmäßig



Die rL ist eine autonome Gruppierung, die sich regelmäßig an öffentlichen Veranstaltungen in der linksextremistischen Szene beteiligt. Ideologisch orientiert sich die rL am Marxismus/Kommunismus. Sie versteht daher das bestehende Gesellschaftssystem als eine Zwei-Klassen-Gesellschaft, in der die herrschende Klasse (Kapitalisten) die Arbeiterklasse (Proletariat) ausbeutet und unterdrückt.

---

Ziel der rL ist die Abschaffung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und die Installation einer klassenlosen Gesellschaft. Im November rief sie in einer Internetveröffentlichung dazu auf,

„zu kämpfen“

und

„die Systemfrage zu stellen.“

Dabei fokussiert sie sich nicht ausschließlich auf regionale Protestaktionen, sondern wirkt auch an der Vorbereitung überregionaler Aktionen mit. Die rL versucht durch die Organisation von Konzerten und Festivals neue Unterstützer und Sympathisanten zu gewinnen. Sie ist Herausgeber der Szenepublikation „radical left“.

Die rL ist an dem bundesweiten Netzwerk Interventionistische Linke (IL) beteiligt. Es handelt sich dabei um ein bundesweites informelles Netzwerk von Aktivisten überwiegend aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum. Die IL ist auch in die Vorbereitung der Proteste gegen den G7-Gipfel in Elmau eingebunden.



---

## Antifaschistische Linke Fürth (ALF) und Jugendantifa Fürth (JAF)

	ALF	JAF
Gründung	2005	2009
Sitz	Fürth	



Das Antifaschismusverständnis der ALF zielt auf die Überwindung des bestehenden Systems als angebliche Ursache faschistischer Erscheinungsformen ab. Anlassbezogen wirkt die ALF auch in regionalen nicht-extremistischen Bündnissen mit. Die ALF unterstützte eine linksextremistische Demonstration am 31. Mai in Nürnberg zum Thema: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Lasst uns die G7 zerschlagen!“ Im Aufruf heißt es u.a.:

„Schließt euch zusammen, bildet Banden.“

Auf eine Initiative der ALF geht die Gründung der JAF zurück. Durch die JAF werden junge Menschen an die autonome Szene in Fürth herangeführt. Auch die JAF versteht unter Antifaschismus weit mehr als nur einen Kampf gegen Rechtsextremismus. Nach ihrem Verständnis muss Antifaschismus immer auch das Ziel haben, die kapitalistischen Verhältnisse und die bestehende staatliche Ordnung zu überwinden.

Beide Gruppierungen riefen zur Teilnahme an der „Antikapitalistischen Vorabenddemonstration zum 1. Mai“ in Fürth auf, an der sich etwa 250 Personen vorwiegend aus dem linksextremistischen Spektrum beteiligten.



---

## Antifa-NT

	Bayern
<b>Gründung</b>	bekannt seit 2006
<b>Sitz</b>	München

Die Gruppe Antifa-NT vertritt einen autonomen Antifaschismus, der darauf abzielt, die bestehende Gesellschaftsordnung durch eine klassenlose Gesellschaft zu ersetzen.

Antifa-NT nutzt die Räumlichkeiten des Kafe Marat, das Teil eines selbstverwalteten Kulturzentrums ist.

Das Kafe Marat dient Linksextremisten, insbesondere Autonomen, als Treffpunkt, logistisches Zentrum und Informationsbörse. Daneben nutzen auch andere nicht-extremistische kulturelle und gesellschaftliche Gruppen das Kafe Marat für Treffen und Veranstaltungen. So mobilisierte die Antifa-NT im Kafe Marat zur Teilnahme an den Protesten gegen den Wiener Akademikerball am 24. Januar, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen kam.



## Antikapitalistische Linke München (AL-M)

	Bayern
<b>Gründung</b>	2011
<b>Sitz</b>	München

Die AL-M ist revolutionär-kommunistisch ausgerichtet und folgt dabei marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Ideologiekomponenten.



---

Nach ihrer Selbstdarstellung ist ihr Ziel die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und die Errichtung eines kommunistischen Systems:

„...Notwendig ist: die Revolution. ... Die revolutionäre Theorie, um die Welt zu begreifen und sie zu verändern, ist der Marxismus. Die einzige Alternative zum heutigen Kapitalismus ist eine andere Gesellschaft: Der Kommunismus – dafür kämpfen wir.“

Die AL-M ist ein Bindeglied zwischen dem traditionell kommunistisch ausgerichteten Spektrum des Linksextremismus und der autonomen Szene. Die Internetseite der AL-M dient als Mobilisierungsplattform für das gesamte linksextremistische Spektrum in München. Dort wird nicht nur zu autonomen Gruppen wie Antifa-NT verlinkt, sondern auch zu linksextremistischen Parteien und Organisationen wie der Roten Hilfe und der SDAJ München. Die Gruppierung ist bei mehreren Themen, die von Linksextremisten besetzt werden, aktiv, z. B. bei Aktionen zum Antimilitarismus.

---

# Scientology- Organisation (SO)

- 
- ▶ **Großveranstaltung der SO-Tarnorganisation KVPM in München**
  - ▶ **Scientology-Kampagne „Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben“ kontaktiert Bürgermeister im Grenzraum zu Bayern**
  - ▶ **Neue SO-Technologie „Golden Age of Tech II“ eingeführt**

---

**Die Scientology-Organisation (SO) ist eine internationale Organisation, die zum einen auf finanzielles Gewinnstreben ausgerichtet ist und zum anderen ein weltweites, unumschränktes Herrschaftssystem nach eigenen Vorstellungen errichten möchte. An die Stelle des Demokratieprinzips und der Grundrechte soll ein auf Psycho-Technologien und der bedingungslosen Unterordnung des Einzelnen beruhendes totalitäres Herrschaftssystem unter scientologischer Führung treten.**

**Die SO ist somit nicht nur eine Gefahr für Einzelne, die in die Fänge und den Einflussbereich der Organisation zu geraten drohen, sondern stellt auch das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland und die staatliche Garantie der Grundrechte in Frage. Schon in seinem Grundlagenwerk „Dianetik“ aus dem Jahr 1950 wies der Gründer der SO, Lafayette Ron Hubbard, auf die politische Relevanz seiner Lehre hin. Nach seinen bis heute unveränderten und für alle Scientologen verbindlichen Vorstellungen soll eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt geschaffen werden. Mit harten psycho- und sozialtechnischen Instrumenten will die Organisation nicht nur den einzelnen Menschen steuern, sondern durch Einflussnahme auf Staat, Politik und Wirtschaft in die Gesellschaft eindringen, um sie den scientologischen Zielen zu unterwerfen.**

**Programmatik und Aktivitäten der SO sind mit den Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar.**

---

## Die Scientology-Organisation

- ▶ **will ein scientologisches Rechtssystem etablieren, in dem es keine Menschen- und Grundrechte gibt,**
- ▶ **missachtet die Menschenwürde (Artikel 1 des Grundgesetzes) und den Gleichheitsgrundsatz (Artikel 3 des Grundgesetzes), da sie nur Scientologen Rechte zugesteht,**
- ▶ **missachtet das Grundrecht der freien Meinungsäußerung (Artikel 5 des Grundgesetzes), da sie Kritik mit allen – auch illegalen – Mitteln unterdrücken will,**
- ▶ **baut auf ein totalitäres Herrschaftssystem, das Gewalt und Willkürherrschaft einschließt.**

**Das Oberverwaltungsgericht Münster hat mit Urteil vom 12. Februar 2008 festgestellt, dass**

- ▶ **tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die SO Bestrebungen verfolgt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind,**
- ▶ **zahlreiche Hinweise ergeben, dass die SO eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der zentrale Verfassungswerte außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden,**
- ▶ **der Verfassungsschutz die Organisation daher – auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln – beobachten darf.**

## 1. Personenpotenzial

	Deutschland	Bayern
<b>Mitglieder</b>	4.000	etwa 1.200
<b>Vorsitzender</b>	Helmut Blöbaum	Nina Malessa
<b>Gründung</b>	München 1972 („Scientology Kirche Deutschland e.V.“)	Nürnberg 1982 („Scientology Kirche Bayern e.V.“)
<b>Sitz</b>	München  (in Deutschland unselbständige Teilorganisationen)	München
<b>Publikationen</b>	Freiheit; Impact; Ursprung; Source u. a.	

Die Mitgliederzahl der SO in Bayern ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Aktuell verfügt sie noch über etwa 1.200 Mitglieder. Staatliche Aufklärungsarbeit und kritische Darstellungen in den Medien haben die SO und deren Ziele für die Öffentlichkeit transparent gemacht und erschweren es ihr, neue Mitglieder zu gewinnen. Mit Hilfe von Tarnorganisationen wie z. B. der KVPM versucht die SO weiterhin, sich als humanitäre und sozial verantwortliche Organisation darzustellen. Sie nutzt hierzu insbesondere Infostände und Kampagnen ihrer Tarnorganisationen. Aufgrund der Aufklärungsarbeit staatlicher Behörden über die Vorgehensweise der SO findet sie damit jedoch kaum öffentliche Resonanz.

## 2. Aktionen und Aktivitäten

### 2.1 Großveranstaltung der SO-Tarnorganisation „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in Deutschland e. V.“ (KVPM) in München



Die 1972 gegründete KVPM sieht ihr Ziel darin, angebliche Missbräuche und Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie aufzudecken. Ihre Mitglieder kritisieren durch Flugblattaktionen, Demonstrationen sowie Veröffentlichungen auf DVD oder im

---

Internet die Psychiatrie und ihre Behandlungsmethoden. Die aggressiv formulierte Kritik richtet sich sowohl gegen die Psychiatrie im Allgemeinen als auch gegen einzelne psychiatrische Kliniken und deren ärztliche Leiter. Aufgrund des Alleinvertretungsanspruchs der SO, den einzig wahren Weg zur Heilung von psychischen Erkrankungen zu kennen, spielt das Thema Psychiatrie in ihrer Agitation eine herausgehobene Rolle.

## Demonstration der KVPM in München

Die KVPM führte am 1. März in München eine Großdemonstration mit einem Konzert am Odeonsplatz und einer Abschlusskundgebung am Sendlinger-Tor-Platz durch. Am Abend wurde der von der KVPM produzierte Film „Der Schein trügt – Ein Blick in die Psychiatrie“ als Premiere im Rahmen einer Scientology-internen Veranstaltung gezeigt.

An den Veranstaltungen der KVPM nahmen rund 200 Personen teil, darunter Scientologen aus Ungarn, Tschechien, der Schweiz, Italien und Österreich. Auch Kinder waren anwesend und wurden zum Verteilen von Flyern eingesetzt. Passanten nahmen kaum Notiz.

Anlass für die Veranstaltung war der Europäische Psychiatriekongress (EPA), der zeitgleich im Messegelände München stattfand. Bereits im Vorfeld war vom 21. Februar bis 5. März die von der „International Association of Scientologists“ (IAS) finanzierte Wanderausstellung „Psychiatrie: Tod statt Hilfe“ in München gezeigt worden.

**24. Februar bis 5. März 2014**  
Herzogstr. 23a (bei Münchner Freiheit)  
80803 München

**BESUCHEN SIE DIE AUSSTELLUNG**  
**PSYCHIATRIE**  
**TOD STATT HILFE**

- Wie Kinder auf gefährliche Psychodrogen gesetzt werden
- Zwang und Gewalt in der Psychiatrie
- Erfundene psychische Krankheiten: Der Goldesel der Psychiatrie
- Wie Sie sich und Ihre Familie vor psychiatrischen Übergriffen schützen können

Tägliche Öffnungszeiten:  
10<sup>00</sup> – 22<sup>00</sup> Uhr

**Achtung:** Diese Ausstellung beinhaltet erschütterndes Bildmaterial und ist nicht für Kinder geeignet.

Sehen Sie 14 Dokumentarfilme über die Machenschaften der Psychiatrie.

**Eintritt frei!**

---

## 2.2 Scientology-Kampagne „Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben“

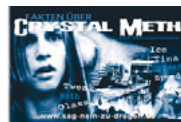
Mit der Kampagne „Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben“ versucht die SO, durch öffentliche Veranstaltungen zur Drogenprävention in Kontakt mit Bürgern und vor allem Jugendlichen zu treten. In diesem Zusammenhang wurden gezielt Bürgermeister angeschrieben, um für eine Informationstour unter dem Motto „7 Tage – 7 Städte“ vom 22. bis 29. Juni in sieben ostdeutschen Städten zu werben. Vorgebliches Ziel der Veranstalter war es, im grenznahen Raum über die Droge „Crystal Meth“ aufzuklären, die vor allem über Tschechien und Polen nach Deutschland geschmuggelt wird. Tatsächlich nutzt die SO dieses gesellschaftlich akzeptierte Anliegen nur, um neue Mitglieder zu gewinnen.

Mit der direkten Ansprache der Bürgermeister und dem Versuch, diese für ihre Initiative zu gewinnen, versuchte die SO, politische Entscheidungsträger für die Belange der Organisation einzuspannen, um der Öffentlichkeit den Eindruck von Seriosität und Glaubwürdigkeit zu vermitteln.

Die grenznahen bayerischen Regierungsbezirke wurden über dieses Vorgehen der SO entsprechend informiert und sensibilisiert.

Die SO-Kampagne ist auch im Internet mit einer jugendgerecht gestalteten Homepage präsent. Dort können kostenlos Infohefte, insbesondere für Schulen und Unterricht, bestellt werden. Die Verbindung zur SO ist nicht auf den ersten Blick erkennbar. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass gerade Jugendliche durch Internetrecherchen, etwa für Referate zur Modedroge Crystal, auf die Internetseite der Initiative stoßen und in Unkenntnis des SO-Hintergrundes von dem Angebot der Organisation Gebrauch machen. Personen, die sich Informationsmaterial bestellen, müssen mit einer fortgesetzten Kontaktaufnahme durch die SO rechnen.

SO-Kampagnen



SO im Internet



---

Narconon

Die SO ist in diesem Themenbereich auch unter dem Deckmantel einer ihrer Tarnorganisationen, der NARCONON, aktiv. Die NARCONON stellt sich als eine vermeintliche Hilfsorganisation für Drogenabhängige dar. Ihr Ziel ist jedoch nicht, abhängigen Menschen zu helfen, sondern deren leichtere Beeinflussbarkeit auszunutzen und sie so langfristig an die SO zu binden.



### 2.3 Einführung einer neuen SO-Technologie

Golden Age  
of Tech II

David Miscavige, Nachfolger des Gründers der Scientology Organisation L. Ron Hubbard, verkündete auf einer weltweit per Livestream übertragenen Großveranstaltung im November 2013 die Einführung einer als „Golden Age of Tech II“ (GAT II) bezeichneten neuen SO-Technologie. Die SO begreift ihre Ideologie als Technik zur Herrschaft über den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft. Sie geht davon aus, dass der Mensch wie eine Maschine zu bedienen ist. Der durch die scientologischen Verfahren zu erzeugende neue Mensch gilt als Produkt, das durch Trainings optimiert werden muss. Mit Hilfe von GAT II soll dies noch besser und schneller möglich sein. Die Mitglieder wurden darüber informiert, dass aufgrund der neuen Technik bereits abgeschlossene und bezahlte Kurse erneuert werden müssen.

Wer sich der SO anschließt, muss einen genau vorgezeichneten Trainingsweg beschreiten, um zum scientologischen Übermenschen, dem „Operierenden Thetan“ (OT) zu werden. Vom ersten bis zum letzten Kurs ist mit Kosten in Höhe von mehreren hunderttausend Euro zu rechnen. Bei manchen Kunden kann sich aufgrund des Trainings ein suchttähnliches Verlangen nach weiteren Kursen entwickeln.

Legitimiert wurde die Neuinterpretation der eigentlich unveränderbaren Lehren Hubbards mit bisherigen Umsetzungs- und Verständnisfehlern. So sei die Technologie jetzt im eigentlichen Sinne des Gründers verbessert worden.



Im Zusammenhang mit der neuen Technologie wurde auch ein neues digitales E-Meter eingeführt. Das E-Meter dient den Scientologen als angebliches Kontrollinstrument während des Trainings und stellt einen wesentlichen Baustein bei der Ausübung der scientologischen Praktiken innerhalb des Kurssystems dar. Es misst lediglich den elektrischen Widerstand der menschlichen Haut und hat objektiv keinerlei belastbare Aussagekraft.

Für die SO ist die Einführung der neuen Technologie ein Mittel zur Geldbeschaffung, da alle Mitglieder ihre Kurse erneuern und dafür wieder hohe Geldbeträge investieren müssen. Bereits vor einigen Jahren praktizierte die SO bei der Einführung neuer Buchserien ein ähnliches Vorgehen.

### 3. Organisationsstruktur

Die SO ist wie ein internationaler Wirtschaftskonzern organisiert und strukturiert. Alle Einrichtungen unterliegen trotz scheinbarer Selbstständigkeit der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des „Religious Technology Center“ (RTC) in Los Angeles/USA unter der Leitung von Hubbard-Nachfolger David Miscavige.



Kern ist der Church-Bereich, der in „Kirchen“ (Org), Missionen und Celebrity Centres gegliedert ist. Dachverband in Deutschland ist die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD), in Bayern existiert parallel dazu die „Scientology Kirche Bayern e.V.“ (SKB).

Scientology Kirche Bayern e. V.

---

Beide haben ihren Sitz in München. In München gibt es zudem eine Mission und ein Celebrity Centre (vorgesehen für Prominente).

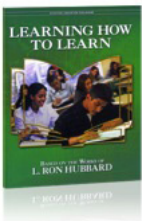
In Deutschland gibt es insgesamt neun Missionen, sechs in Baden-Württemberg sowie je eine in Bremen, Hessen und in München-West, die im Herbst 2012 neue Räumlichkeiten bezogen hat. In der SO-Hierarchie stehen die Missionen unterhalb der Org und können nur grundlegende Dienstleistungen anbieten. Alle weltweiten Missionen stehen unter der Führung der Scientology Missions International (SMI) mit Sitz in Los Angeles/USA. Die Veröffentlichung interner Missionsranglisten soll gegenseitige Konkurrenz zwischen den Missionen erzeugen. Den besten Listenplatz erhält die Mission mit dem größten Umsatz, den meisten Neuanwerbungen oder dem höchsten Spendenaufkommen.

#### WISE



Das World Institute of Scientology Enterprises (WISE) ist ein franchiseähnlicher Zusammenschluss von Unternehmen, die durch Lizenzverträge an die SO gebunden sind und nach deren Methoden arbeiten. WISE hat zum Ziel, die Wirtschaft zu unterwandern und Gewinne durch den Verkauf von SO-Management-Techniken an Unternehmen zu erwirtschaften. WISE-Unternehmen sind vor allem in der Immobilienbranche sowie in der Unternehmens- und Personalberatung aktiv. Darüber hinaus versucht die SO verstärkt, Einfluss auf die IT-Branche zu gewinnen, die Zugang zu den sensibelsten Daten und Unternehmensbereichen eröffnen kann.

#### ABLE



Durch die Association for Better Living and Education (ABLE) versucht die SO, sich auch als soziale Organisation darzustellen. Zu ABLE gehören u. a. die vermeintliche Hilfsorganisation für Drogenabhängige NARCONON und das Ausbildungsprogramm Applied Scholastics. Aus Sicht der SO sind Betroffene hier leichter zu beeinflussen und für die Lehre der SO zu gewinnen. Die KVPM-Initiative „Jugend für Menschenrechte“ soll Jugendliche für die Themen der SO begeistern und mit aktiver Nachwuchsgewinnung sinkenden Mitgliederzahlen entgegen wirken.

Innerhalb des streng hierarchischen Aufbaus der SO gibt es zahlreiche Überwachungseinrichtungen und einen eigenen Geheimdienst, das Office of Special Affairs (OSA). Diese sollen

---

Informationen über Kritiker, Behördenangehörige und andere Gegner sammeln, auswerten und als Druckmittel verwenden. Die OSA-Einheit für Deutschland (Department of Special Affairs – DSA) ist zwar strukturell bei der „Scientology Kirche Deutschland e. V.“ angesiedelt, aber im Herbst 2012 an den Sitz der „Scientology Kirche Bayern e. V.“ umgezogen. Hubbard sah in der OSA hauptsächlich das Ziel:

Geheimdienst  
der SO

„... Behörden und ...Denkmodelle oder Gesellschaften in einen Zustand völliger Übereinstimmung mit den Zielen der SO zu bringen. ... Dies geschieht durch die hochrangige Fähigkeit zur Steuerung und – falls sie nicht gegeben ist – durch die weiter unten angesiedelte Fähigkeit zur Überwältigung“  
(Hubbard-Anweisung vom 15. August 1960)

Im Allgemeinen treten SO-Einrichtungen überwiegend offen auf bzw. versuchen nicht, ihre Verbindung zur SO zu verschleiern. Daneben bedient sich die SO allerdings auch Neben- und Tarnorganisationen, die auf den ersten Blick keinen Zusammenhang mit der SO erkennen lassen, mit denen aber Botschaften zu unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Themen transportiert werden sollen.

SO-Einrichtungen versuchen oft, auf folgenden Wegen einen ersten Kontakt herzustellen:

Kontaktaufnahme

- ▶ Veranstaltungen und Info-Stände in Fußgängerzonen
- ▶ Ansprechen auf der Straße mit dem Angebot, einen Persönlichkeitstest zu machen
- ▶ Zusenden von Werbematerial
- ▶ Angebote an Unternehmen zu Betriebsführungstechniken und Kursen zur Persönlichkeitsveränderung
- ▶ Angebote auf dem Nachhilfemarkt
- ▶ Kontaktaufnahmen in sozialen Netzwerken wie Facebook und YouTube

Im Rahmen ihrer Ideale Org-Kampagne will die SO weltweit in Städten, die sie für sich als politisch und wirtschaftlich bedeutsam einschätzt, große und repräsentative Niederlassungen (Ideale Orgs) aufbauen bzw. bereits bestehende vergrößern. Diese Idealen Orgs sollen politischen Einfluss nehmen (u. a. durch Standorte in Regierungs-/Parlamentsnähe).

---

## Ideale Org

In Deutschland existieren bislang zwei „Ideale Orgs“. Die SO-Niederlassung in Berlin wurde 2007 eröffnet, seit Januar 2012 gibt es auch in Hamburg eine Ideale Org. Damit wurden die Vorgaben des internationalen Managements der SO erfüllt, das dieses Projekt nach wie vor als wichtigen Bestandteil seiner weltweiten Expansionsbestrebungen betrachtet.



In München finden nach wie vor Ideale-Org-Veranstaltungen statt, die gemeinsam von der Org München und dem Celebrity Centre organisiert werden. Dabei kommt es regelmäßig zu Spendenaufrufen für die Finanzierung eines Gebäudekaufs. Allerdings ist es nicht zuletzt wegen der rückläufigen Mitgliederzahl unwahrscheinlich, dass der für den Kauf benötigte Geldbetrag allein durch Spenden aufgebracht werden kann.

---

## 4. Aussteiger

### Freie Zone

In den letzten Jahren verließen weltweit mehrere hochrangige und prominente SO-Mitglieder aus unterschiedlichen Motiven die SO. Teils distanzieren sich diese Aussteiger nur von der Organisation, nicht aber von der Lehre Hubbards. In einer sogenannten „Freien Zone“ haben sich Scientologen zusammengeschlossen, die für sich in Anspruch nehmen, im Gegensatz zur SO in ihren Ausbildungskursen der „ursprünglichen Lehre von Hubbard“ zu folgen. Dem Hubbard-Nachfolger David Miscavige werfen sie vor, Hubbards Schriften nachträglich gefälscht zu haben. Personen, die sich der „Freien Zone“ anschließen, fällt der Ausstieg aus dem System Scientology relativ leicht, sie gelten eher als „Umsteiger“.

SO-Mitglieder, die die Wirksamkeit der Lehre Scientology anzweifeln, fällt der Ausstieg dagegen extrem schwer. Meist haben sie sich in dem Kurssystem der Organisation verfangen und stehen aufgrund der hohen Kursgebühren vor dem finanziellen Ruin. Durch die in den Sitzungen erzwungenen Aussagen über ihr Privatleben haben sie sich einer lückenlosen Kontrolle durch die SO ausgesetzt. Ihre Ängste vor dem Ausstieg werden meist durch Mitarbeiter der SO geschürt, die ihnen einzureden versuchen, dass sie außerhalb der SO nicht lebensfähig seien.

---

Aussteiger, die sich in der Öffentlichkeit nicht nur kritisch gegenüber der SO äußern, sondern sich aktiv gegen sie wenden, werden von der SO als „unterdrückerische“, „antisoziale“ oder „geistesranke“ Personen diffamiert und müssen mit Verfolgung und Bedrohung rechnen. Aussteiger müssen befürchten, von der Organisation mit Aussagen über ihr Privatleben erpresst zu werden. Dabei macht die SO auch nicht vor den nächsten Angehörigen und dem persönlichen Umfeld des Betroffenen halt.

Allen Aussteigern und Betroffenen stehen bundesweit zahlreiche Institutionen und private Initiativen zur Verfügung, die Ratsuchenden eine erste pädagogisch-psychologische Beratung, Unterstützung und Krisenhilfe anbieten.

Unterstützung für Aussteiger

Die Beratungsstellen sind auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr aufgelistet: [www.innenministerium.bayern.de](http://www.innenministerium.bayern.de).

### **Vertrauliches Telefon**

Für Opfer und Aussteiger der SO sowie für Angehörige von SO Mitgliedern unterhält das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein vertrauliches Telefon; dort können Hinweise zur SO gegeben werden:  
Telefon: 089 / 3120 1296

---

# Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Cyber-Allianz-Zentrum (CAZ)

- 
- ▶ **Vom Iran gesteuerter elektronischer Angriff auf Hochtechnologieunternehmen aufgedeckt**
  - ▶ **Wirtschaftsspionage verursacht in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe**
  - ▶ **Risikostaaten versuchen an Know-how für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu gelangen**
  - ▶ **Bilanz CAZ: ca. 160 Anfragen aus der bayerischen Wirtschaft im Bereich Prävention und Abwehr elektronischer Angriffe**

---

Die Nachrichtendienste vieler Staaten haben die Aufgabe, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militärtechnologie anderer Länder auszuforschen. Ihr Ziel ist es, entweder die Erkenntnisse selbst zu nutzen oder die Möglichkeit zu haben, andere Staaten zu sabotieren. Dabei werden deutsche Interessen sowohl in Deutschland als auch weltweit ausspioniert. Auch elektronische Angriffe auf die Kommunikation von Regierungseinrichtungen gehören zum allgemeinen Repertoire von ausländischen Nachrichtendiensten.

Politische Spionage ist auf die Außen-, Europa- und Bündnispolitik sowie die Wirtschafts- und Energiepolitik Deutschlands ausgerichtet. Wie intensiv ein Staat Wirtschaftsspionage betreibt, ist abhängig von seiner eigenen wirtschaftlichen Lage. Wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten spionieren in erster Linie Produkte und Fertigungsprozesse aus. Zum „Nulltarif“ wollen sie an das Know-how gelangen.

Wirtschaftlich hochentwickelte Staaten wollen darüber hinaus auch an strategische Informationen gelangen, um die eigene Wirtschaft im globalen Wettbewerb besser stellen zu können. Um an die Informationen zu kommen, werden Computersysteme von Behörden, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen zunehmend elektronisch angegriffen. Die Diskussion über das Thema NSA zeigt, dass elektronische Angriffe aus vielen Richtungen kommen können und wir deshalb im Rahmen der Prävention Abwehrmechanismen in

---

**Politik und Wirtschaft implementieren müssen, die unabhängig von der Herkunft des Angriffs Schutzwirkung entfalten.**

**Spionage – vor allem Wirtschaftsspionage - verursacht in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe und gefährdet Arbeitsplätze. Gerade auch bayerische Firmen und Hochschuleinrichtungen stehen wegen ihrer Innovationskraft in nahezu allen Branchen und Forschungsbereichen im Blickfeld ausländischer Nachrichtendienste. Besonders gefährdet sind kleine und mittelständische Firmen, die Spitzentechnologie entwickeln oder produzieren, da sich diese oft noch nicht ausreichend vor Spionageangriffen schützen.**

**Der bayerische Verfassungsschutz, der für die Spionageabwehr zuständig ist, sieht daher eine seiner wichtigsten Aufgaben im Wirtschaftsschutz. Schwerpunkt ist hier neben der Prävention die Abwehr elektronischer Angriffe, für die im Juli 2013 das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ) eingerichtet wurde. Das wirksamste Mittel gegen elektronische Angriffe ist ein Know-how-Schutz, der an den Schutzstrukturen möglicher Spionage-Objekte ansetzt.**

**Neben Spionageaktivitäten bemühen sich einige Länder darum, in den Besitz von Technologien für atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen mit den erforderlichen Trägersystemen zu gelangen (Proliferation).**



---

# 1. Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste

Viele ausländische Nachrichtendienste arbeiten getarnt in Deutschland. Unter dem Deckmantel einer offiziellen (z. B. Botschaft oder Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z. B. Presseagentur) Vertretung unterhalten sie Legalresidenturen. Dort tarnen die Nachrichtendienste ihre Mitarbeiter z. B. als Diplomaten oder Journalisten, die entweder Informationen selbst beschaffen oder nachrichtendienstliche Operationen, die direkt aus den Heimatländern geführt werden, unterstützen. Zu den Aufgaben der Nachrichtendienstmitarbeiter gehört es auch, z. B. Messen oder Vortragsveranstaltungen zu besuchen. Dabei knüpfen sie viele Kontakte zu Gesprächspartnern mit dem Ziel, Informationen möglichst längerfristig abzuschöpfen.

Legalresidenturen

## Beschaffungsmethoden fremder Nachrichtendienste

### Offene Beschaffung

- ▶ Auswertung offener Quellen
- ▶ Gesprächsabschöpfung
- ▶ Teilnahme am Wirtschaftsleben

### Konspirative Beschaffung

- ▶ Einsatz menschlicher Quellen
- ▶ Einsatz technischer Mittel
- ▶ Umgehung von Ausfuhrbeschränkungen

## 1.1 Russische Föderation

Aufgabe russischer Nachrichtendienste ist es, neben den politischen auch die wirtschaftlichen Interessen Russlands weltweit voranzutreiben. Die russische Wirtschaft profitiert in erheblichem Maß davon, dass alle russischen Nachrichtendienste gesetzlich dazu verpflichtet sind, Wirtschaftsspionage zu betreiben. Russland setzt vor allem drei Nachrichtendienste ein.

Gesetzlicher Auftrag zur Wirtschaftsspionage

### Ziviler Auslandsnachrichtendienst (SWR)

Der SWR ist zuständig für Spionage in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Darüber hinaus forscht er Ziele und Arbeitsmethoden westlicher Nachrichtendienste

---

und Sicherheitsbehörden aus; dazu führt er auch elektronische Fernmeldeaufklärung durch. Zur Informationsbeschaffung setzt der SWR sogenannte Illegale ein, d. h. Nachrichtendienstoffiziere, die unter Verwendung falscher Identitäten langfristig in die Zielländer eingeschleust werden und dort möglichst unauffällig am sozialen Leben teilnehmen.

### **Inlandsnachrichtendienst (FSB)**

Hauptaufgaben des FSB sind die zivile und militärische Spionageabwehr, er hat dazu umfangreiche Befugnisse. Auch ausländische Staatsangehörige können in das Blickfeld des FSB geraten und gezielt überwacht werden, wenn sie in Russland Internet oder Telefon nutzen. Der FSB hat Zugriff auf den Datenverkehr, der über russische Provider abgewickelt wird, und Zugang zu Datenbanken russischer Telefongesellschaften.

### **Militärischer Auslandsnachrichtendienst (GRU)**

Der GRU hat die Aufgabe, das gesamte sicherheitspolitische und militärische Spektrum aufzuklären. Dazu spioniert er Bundeswehr, NATO und andere westliche Verteidigungsstrukturen genauso wie militärisch nutzbare Technologien aus.

## **1.2 Volksrepublik China**

Die Kommunistische Partei Chinas (KPC) setzt zur Stabilisierung ihres Machtanspruchs gezielt den umfangreichen Sicherheitsapparat ein. Die Nachrichtendienste sollen einen Beitrag für den Erhalt der sozialen Stabilität leisten und gleichzeitig wirtschaftliche Interessen fördern.

Zur Beschaffung von Spitzentechnologie aus dem Westen setzt China auf großangelegte Spionage in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Chinesische Nachrichtendienste versuchen, am Hochtechnologiestandort Bayern entsprechendes Know-how insbesondere aus den Bereichen erneuerbare Energien, Elektromobilität, Umweltechnik sowie Informations- und Militärtechnologie zu beschaffen. Hierfür nutzen sie in erster Linie Kontakte zu Vertretern von Behörden und Unternehmen oder Wissenschaftlern, um an sensible Informationen zu gelangen.

---

Neben Nachrichtendienstmitarbeitern an Legalresidenturen setzt China zur Informationsbeschaffung auch in Deutschland lebende Chinesen ein, die sich hier als Ingenieure, Gastwissenschaftler, Praktikanten oder Studenten aufhalten. Für die Anwerbung und Abschöpfung nutzt China die Kontakte von Visumsantragstellern zu Botschaften und Konsulaten oder deren Aufenthalt im Heimatland, beispielsweise zu Verwandtschaftsbesuchen. Außerdem werden deutsche Geschäftsreisende in China intensiv überwacht, insbesondere bei der Nutzung von Telefon und Internet. Dabei werden mitgeführte elektronische Datenträger offen oder verdeckt ausgespäht.

Überwachung  
von Geschäfts-  
reisenden

Ein weiterer Schwerpunkt chinesischer Nachrichtendienste ist die nachdrückliche Bekämpfung oppositioneller Kräfte, von denen die Regierung eine Gefährdung der staatlichen Ordnung befürchtet. Die innere Einheit des Staates und seine territoriale Integrität sieht die Staatsführung insbesondere durch die sogenannten „Fünf Gifte“ bedroht. Hierzu gehören die Angehörigen der Meditationsbewegung Falun Gong und Mitglieder der Demokratiebewegung. Auch die Befürworter einer Eigenstaatlichkeit Taiwans sowie die nach Unabhängigkeit strebenden Volksgruppen der Tibeter und Uiguren werden hierzu gezählt. In München ist mit dem World Uyghur Congress (WUC) die bedeutendste Organisation der Uiguren im Ausland ansässig.

„Fünf Gifte“

### **Ministerium für Staatssicherheit (MSS)**

Das chinesische MSS ist der weltweit größte zivile In- und Auslandsdienst. Hauptaufgabe des MSS ist die Auslandsspionage, in Deutschland bemüht es sich um die Informationsbeschaffung aus Wirtschaft und Politik und späht oppositionelle Gruppierungen aus.

### **Militärischer Nachrichtendienst (MID)**

Die chinesischen Nachrichtendienste unterstützen das langfristig angelegte Programm Chinas zur Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit der Volksbefreiungsarmee. Aufgabe des MID ist es, weltweit Informationen, die die äußere Sicherheit der Volksrepublik betreffen, sowie technologisches Know-how für militärische Zwecke zu beschaffen. Zusammen mit anderen chinesischen Nachrichtendiensten bekämpft er Oppositionelle und separatistische Bewegungen im In- und Ausland.

---

## 2. Proliferation

Proliferation ist die unerlaubte Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie von entsprechenden Waffenträgersystemen einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows.

### **Beschaffungsbemühungen / Gründung von Tarnfirmen**

Sogenannte Risikostaat wie Iran, Nordkorea, Syrien und Pakistan sind bemüht, ihr konventionelles Waffenarsenal durch die Herstellung von Massenvernichtungswaffen zu ergänzen. Um sich das dafür notwendige Know-how und entsprechende Bauteile zu beschaffen, versuchen diese Staaten Geschäftskontakte zu Unternehmen in den hochtechnologisierten Ländern wie Deutschland herzustellen.

Gründung von  
Tarnfirmen

Die strenge Gesetzgebung und die wirksamen Exportkontrollen in Deutschland setzen der Beschaffung einschlägiger Güter hohe Hürden. Risikostaat verändern deshalb ständig ihre Beschaffungsmethoden, um geltende Exportkontrollverfahren zu umgehen und deutsche Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen zu täuschen. Dazu gründen sie in Deutschland häufig Tarnfirmen, versenden die Produkte über unkritische Drittländer oder machen falsche Angaben gegenüber dem Hersteller oder Händler. So minimieren sie das Risiko, dass die illegale Ausfuhr aufgedeckt wird und umgehen die Verhängung eines Ausfuhrverbotes.

### **Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit der Wirtschaft**

Bayern ist als Hochtechnologiestandort weltweit führend. Die Beschaffungsbemühungen der Proliferationsstaaten richten sich insbesondere auf mittelständische Unternehmen und Universitäten. Um Proliferation zu verhindern, arbeitet das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz daher eng mit Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es informiert in Vorträgen und Sensibilisierungsgesprächen proliferationsgefährdete Unternehmen über die Gefahren einer möglichen Weitergabe von kritischen Technologien und unterstützt mit individuellen Maßnahmen bei Verdachtsfällen. Dadurch konnten bereits verschiedene Beschaffungsbemühungen unterbunden werden.



---

### 3. Wirtschaftsschutz



Spionage verursacht in Deutschland jährlich einen Schaden in Milliardenhöhe. Nach wie vor sind sich nicht alle Unternehmen dieser Gefahr bewusst. Im Rahmen seiner Spionageabwehr ist es dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz daher besonders wichtig, bayerische Unternehmen sowie Hochschulen zu informieren, zu sensibilisieren und zu beraten. Es bietet rund um die Themen Proliferation, Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage kostenfreie Serviceleistungen an, z. B. allgemeine Vorträge zur Sensibilisierung bis zu vertraulichen Gesprächen in betroffenen Firmen und Hochschulen.

Informationsportal  
Wirtschaftsschutz

Seit 2010 betreibt das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz im Rahmen der „Initiative Wirtschaftsschutz“ des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie das Informationsportal [www.wirtschaftsschutz.bayern.de](http://www.wirtschaftsschutz.bayern.de).



Der Besucher betritt dort ein virtuelles Unternehmen, in dem er das gesamte Beratungsangebot sowie weitere Publikationen und Links rund um das Thema „Know-how-Schutz“ findet. Das Portal richtet sich insbesondere an Mitarbeiter, Sicherheits- oder IT-Verantwortliche und Führungskräfte bayerischer Unternehmen und eignet sich auch zur firmeninternen Sensibilisierung. Im Juni wurde das Portal grundlegend überarbeitet. Zu den Neuerungen zählen u. a. eine Suchfunktion und ein virtueller Kinosaal sowie

---

eine verbesserte Übersichtlichkeit durch die Aufteilung auf zwei virtuelle Firmengebäude. Dabei werden auch Informationen zu aktuellen Themen wie Cloud Computing, Soziale Netzwerke oder Bring Your Own Device (BYOD) angeboten.

Um gemeinsam mit der Wirtschaft die erfolgreiche Spionageabwehr weiterführen zu können, ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auf Hinweise und Informationen durch betroffene Firmen und Forschungseinrichtungen angewiesen. Nur so können Situationen richtig bewertet und neue Angriffsmuster erkannt werden. Die Hinweise werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt.

Mit Veranstaltungen wie der Tagung „Sicherheit in der Wirtschaft“, die im März gemeinsam mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg in Sonthofen durchgeführt wurde, wird diese Sicherheitspartnerschaft weiter vertieft. Rund 120 Unternehmensverantwortliche informierten sich dort über Themen wie „Know-how-Schutz“ und „Abwehr elektronischer Angriffe“.

Unternehmen, die im Zusammenhang mit Aufträgen des Bundes oder eines Landes Umgang mit geheim zu haltenden Informationen (Verschlussachen) haben, unterliegen der sogenannten „Geheimschutzbetreuung“

Geheimschutz-  
betreuung

Diese stellt den einheitlichen Schutz von Verschlussachen auch in Wirtschaftsunternehmen sicher. Ansprechpartner für alle geheim-schutzbetreuten Unternehmen, die ihren Sitz in Bayern haben, ist das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz. Ziel der Geheimschutzbetreuung ist es, nicht nur nachrichtendienstliche Angriffe zu erkennen und abzuwehren, sondern ihnen durch gezielte Maßnahmen präventiv entgegenzuwirken. Die Kontakte zu geheim-schutzbetreuten Unternehmen sind ein wertvolles Netzwerk für die präventive Spionageabwehr. In mehreren Fällen ist es bereits gelungen, durch Hinweise geheim-schutzbetreuter Unternehmen elektronische Angriffsmuster zu erkennen. Dadurch konnten andere möglicherweise ebenfalls betroffene Unternehmen frühzeitig informiert werden.

---

## 4. Cyber-Allianz-Zentrum Bayern (CAZ)

Die IT-Vernetzung der Gesellschaft nimmt immer weiter zu. Elektronische Angriffe werden für fremde Nachrichtendienste dadurch immer attraktiver: Sie sind relativ einfach und kostengünstig zu realisieren, bergen ein geringes Entdeckungsrisiko und haben eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit.

**KRITIS** Seit 1. Juli 2013 unterstützt das CAZ im Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz Unternehmen sowie Betreiber kritischer Infrastruktur (KRITIS) bei der Prävention und Abwehr elektronischer Angriffe.

**Social engineering** Elektronische Angriffe sind gezielte Maßnahmen mit und gegen IT-Infrastrukturen zur Informationsbeschaffung (Cyber-Spionage) oder Schädigung (Cyber-Sabotage). Sie können sowohl über das Internet als auch über manipulierte Datenträger erfolgen. Den Angriffen geht häufig ein „social engineering“ voraus. Dabei werden mögliche Opfer ausgeforscht, dann geeignete Personen ausgewählt und schließlich gezielt angegriffen.

Zur Vorbereitung dieser Angriffe werden immer öfter die zahlreichen und detaillierten Informationen der Nutzer sozialer Netzwerke missbraucht. Schädliche E-Mails, die genau auf den jeweiligen Empfänger zugeschnitten sind, erhöhen die Erfolgsaussichten. Diese E-Mails sind meist den Aufgabengebieten der Opfer angepasst; durch gefälschte Absenderadressen wird dem Empfänger Vertrauenswürdigkeit vorgegaukelt. Die eingesetzte Schadsoftware wird von vielen Virenschutzprogrammen nicht erkannt. Wird ein mit einem Schadprogramm versehener Anhang einer derartigen E-Mail geöffnet, installiert sich automatisch das Programm, um Daten auszuspionieren, zu kopieren oder zu manipulieren.

**Beratung und Information** Bei konkreten Vorfällen berät das CAZ gemeinsam mit den betroffenen Wirtschaftsunternehmen vertraulich über das weitere Vorgehen. Die Ergebnisse werden im CAZ nicht nur gesammelt und intern weiterverarbeitet; neben dem betroffenen Unternehmen erhalten auch andere möglicherweise von einem ähnlichen Angriff betroffene Unternehmen Informationen zu den erkannten



---

Angriffsmustern – selbstverständlich in anonymisierter Form. Dadurch können Schutzmechanismen optimiert und Angriffe wirksam abgewehrt werden.

Das CAZ gliedert sich in die drei Säulen:

- ▶ forensisch-technische Analyse
- ▶ nachrichtendienstliche Bewertung
- ▶ Kommunikation und Netzworkebildung

Von der Wirtschaft gemeldete Vorfälle, bei denen es Anhaltspunkte für einen gezielten Angriff gibt, werden zunächst aus forensisch-technischer Sicht bewertet. Gleiches gilt für gezielte Angriffe auf staatliche Stellen, die ebenfalls im CAZ analysiert werden. Die technischen Ergebnisse der Analysen fließen weiter in die zweite Säule des CAZ, in der eine nachrichtendienstliche Bewertung stattfindet.

In einem konkreten Fall konnte die Infrastruktur eines vermutlich dem Iran zuzuordnenden elektronischen Angriffs auf ein Unternehmen in Bayern offengelegt werden. Der Angreifer hatte sich mehrere Benutzerkennungen für den Fernzugriff auf den Firmenserver verschafft und konnte so im internen Rechnernetz des Unternehmens agieren. Die IT-Abteilung des Unternehmens bemerkte den unberechtigten Zugriff und zog das CAZ hinzu.

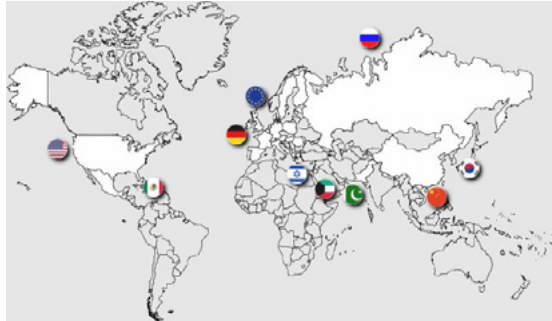
Elektronischer  
Angriff auf Unter-  
nehmen in Bayern

Bei der forensisch-technischen Analyse, in die u. a. das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eingebunden war, untersuchten die Spezialisten die verwendeten Schadprogramme und Angriffsvektoren. Dadurch konnten Rückschlüsse auf die vom Angreifer verwendete technische Infrastruktur gezogen und Hinweise auf weitere erfolgreich ausgeführte Angriffe gefunden werden.

Die nachrichtendienstliche Bewertung ergab, dass internationale Unternehmen aus Petrochemie, Maschinenbau, der Rüstungs-, Raumfahrt- und Luftfahrtbranche und die in diesen Fachbereichen tätigen Universitäten im Fokus des Angreifers standen. Die Ergebnisse ließen auf einen iranischen Hintergrund des Angriffs schließen. Das CAZ leitete die technischen Informationen zu dem Angriff in anonymisierter Form an Unternehmen mehrerer potenziell betroffener Branchen weiter.

---

Diese wurden dadurch in die Lage versetzt, geeignete Schutzmaßnahmen zu ergreifen und ihre Systeme gezielt zu durchsuchen. Nach bisherigen Erkenntnissen sind bei dem Angriff keine Daten aus deutschen Unternehmen abgeflossen.



Betroffene Länder eines vermutlich dem Iran zuzuordnenden elektronischen Angriffs

#### Nationale Allianz für Cyber-Sicherheit

Zur Erfüllung seiner Aufgaben arbeitet das CAZ eng mit weiteren Einrichtungen zusammen. Auf Bundesebene sind das BfV und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wichtige Partner. Das CAZ gehört seit seiner Gründung als Institution im besonderen staatlichen Interesse (INSI) der Nationalen Allianz für Cyber-Sicherheit an und ist damit Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur.



Auf Landesebene ist das CAZ ein wichtiger Baustein der „Initiative Cybersecurity“, die im Frühjahr 2013 im Rahmen der Bayerischen Cybersecurity-Strategie ins Leben gerufen wurde. Weitere institutionelle Säulen der „Initiative Cybersecurity“ sind das Sachgebiet Cybersecurity beim Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr sowie das im Januar eröffnete Cyber-Kompetenzzentrum beim Bayerischen Landeskriminalamt.

Das CAZ unterhält Kontakte zu den Cybercrime-Schwerpunktstellen München und Nürnberg. Außerdem findet ein Austausch mit dem bayerischen Computer Emergency Response Team (Bayern-CERT) am Bayerischen Landesamt für Finanzen statt, das den Teilnehmern des Bayerischen Behördennetzes als Anlaufstelle bei akuten Sicherheitsproblemen dient.

---

Eine enge Zusammenarbeit verbindet das CAZ mit den Industrie- und Handelskammern (IHK) sowie mit den Wirtschaftsverbänden. So unterstützte das CAZ zusammen mit dem Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht im Frühjahr eine Veranstaltungsreihe der bayerischen IHKs zu „Gefahren moderner Informations- und Kommunikationstechnologie“ durch Fachvorträge.

Hinweise auf spionage- oder sabotagerelevante Sachverhalte erhält das CAZ inzwischen nicht mehr nur aus den Kontakten zu Unternehmen, sondern zunehmend auch aus dem Hochschulbereich. Im Frühjahr 2014 wurde die Erreichbarkeit und Verletzlichkeit von digitalen Steuergeräten in Deutschland in einem Forschungsprojekt der Freien Universität Berlin aufgezeigt. Das CAZ hat aus diesen Ergebnissen die angreifbaren Industriesteuerungsanlagen mit Sitz in Bayern erhoben. Nach einer detaillierten Analyse und Aktualitätsbereinigung konnten 19 erreichbare Internetadressen von Steuerungsanlagen ermittelt werden. Die identifizierten Betreiber der Steuerungsanlagen wurden umgehend vom CAZ auf die Sicherheitslücken hingewiesen.

**Wirtschaftsschutz und Cyber-Allianz-Zentrum Bayern  
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz  
Knorrstraße 139, 80397 München**

caz@lfv.bayern.de  
www.verfassungsschutz.bayern.de  
Telefon: 089 / 31201 222

wirtschaftsschutz@lfv.bayern.de  
www.wirtschaftsschutz.bayern.de  
Telefon: 089 / 31201 500

---

# Organisierte Kriminalität (OK)

- 
- ▶ **Verwenden der Symbole des Hells Angels MC in der Öffentlichkeit wird konsequent strafrechtlich verfolgt**
  - ▶ **Personenpotenzial rockerähnlicher Gruppierungen erheblich gestiegen**
  - ▶ **Italienische Mafia-Angehörige erwerben in Deutschland vermehrt Grundstücke und Immobilien**

---

**Organisierte Kriminalität (OK) liegt vor, wenn mehrere Personen planmäßig erhebliche Straftaten begehen, um Gewinne zu erzielen oder Macht zu erlangen. Dazu wenden sie Gewalt an, nutzen geschäftsähnliche Strukturen oder versuchen, Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft zu manipulieren (vgl. Art. 1 Abs. 3 Bayerisches Verfassungsschutzgesetz). Durch die OK wird allein in Deutschland seit Jahren ein Schaden in Milliarden-Höhe verursacht.**

**Drahtzieher der OK bedrohen die Grundlagen unserer Gesellschaft, indem sie die Macht einer kriminellen Organisation durch Gewalt, Geld und massive Einflussnahme durchsetzen wollen. In Bayern ist seit 1994 der Verfassungsschutz für die Beobachtung der OK zuständig, um deren Aktivitäten bereits in einem früheren Stadium zu beobachten als dies durch Polizei und Staatsanwaltschaft möglich ist. Dadurch wurde eine wichtige Lücke im Kampf gegen die OK geschlossen.**

**Personen, die der OK angehören oder sich in deren Umfeld bewegen, verhalten sich unauffällig und konspirativ. Die Aufklärung dieser Strukturen setzt daher eine systematische und langfristig angelegte Beobachtung voraus. Um möglichst schon im Vorfeld von Straftaten an das entscheidende „Insiderwissen“ zu gelangen, können erforderlichenfalls nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden. Strukturermittlungen schaffen Grundlagen für polizeiliche Verfahren und können laufende Ermittlungen unterstützen.**

---

**Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet eng mit den OK-Dienststellen der Polizei zusammen und kooperiert aufgrund der international vernetzten OK-Strukturen mit Sicherheitsbehörden über Landes- bzw. Staatsgrenzen hinweg. Innerhalb einer Arbeitsgruppe der europäischen Inlandsnachrichtendienste hat Bayern die Koordinierungsfunktion für Deutschland und ist zentraler Ansprechpartner für ausländische Nachrichtendienste.**

---

## 1. Rockerkriminalität

Rockerkriminalität umfasst alle Straftaten von einzelnen oder mehreren Mitgliedern einer Rockergruppe, deren Tatmotivation im direkten Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe und der Solidarität zu ihr zu sehen ist.

### 1.1. Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)

Mit der von den amerikanischen Strafverfolgungsbehörden eingeführten Bezeichnung „Outlaw Motorcycle Gang“ (OMCG) werden weltweit die polizeilich bedeutsamen Rockergruppierungen von der breiten Masse der Motorradclubs (MCs) abgegrenzt, die zwar im Einzelfall auch kriminelle Aktivitäten verfolgen können, diese aber nicht als Hauptmotivation ihrer Existenz verstehen.

Die OMCGs werden auch als „1-Prozenter“ bezeichnet. Unter dem Begriff „1-Prozenter“ versteht man Biker (Motorradfahrer), die sich selbst als Outlaws (Gesetzlose) sehen und das bestehende Rechtssystem ablehnen. Auch in Bayern begehen Mitglieder dieser OMCGs typische OK-Delikte wie Rauschgifthandel, Bedrohung oder Körperverletzung.

Aktuell werden deutschlandweit der Hells Angels MC, Bandidos MC, Outlaws MC, Gremium MC, Mongols MC, Rock Machine MC und der seit kurzem in Bayern auftretende Satudarah MC den OMCGs zugeordnet. In Bayern tritt zudem der Trust MC auf.



---

Einzelpersonen aus verschiedenen Rockergruppierungen werden zudem immer wieder bei schweren Straftaten auffällig, oftmals ohne dass ein direkter Bezug zu ihren Clubs nachweisbar ist.

Die Beziehungen der konkurrierenden Rockergruppen untereinander reichen von Neutralität bis hin zu offener Feindschaft, was zu Spannungen und gewalttätigen Konflikten führen kann.

Personenpotenzial Das Personenpotenzial der bayerischen Rockerszene blieb 2014 im Vergleich zum Vorjahr (2013: 1.500 Personen) nahezu unverändert. Zwischen den einzelnen Rockergruppierungen kam es zu kleineren Verschiebungen. Beim Hells Angels MC ist ein leichter Mitgliederzuwachs feststellbar.

### **Hells Angels**

Seit 1. Oktober ist in Bayern die Verwendung der Symbole und Abzeichen des Hells Angels MC – unter anderem der geflügelte Totenkopf (sogenannter „Deathhead“) – in der Öffentlichkeit verboten. Das Oberlandesgericht Hamburg hatte festgestellt, dass das Zeigen dieser Symbole in der Öffentlichkeit einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz darstellt.

Neugründungen  
Deep South und  
Hillside

In Bayern gibt es derzeit Hells Angels Charter in Hof, Nürnberg und Traunstein sowie drei Charter im Großraum München: Neben dem schon seit Längerem bestehenden Charter „Munich City“ gründeten sich 2014 neu die Charter „Deep South“ und „Hillside“. Beide setzen sich teilweise aus Mitgliedern des früheren Charters „Munich“ zusammen, das sich im Oktober 2013 selbst aufgelöst hatte, um einem befürchteten Vereinsverbot des Bayerischen Staatsministeriums des Inneren, für Bau und Verkehr zuvorzukommen. Vorausgegangen war eine Auseinandersetzung mit einem Mitglied des Bandidos MC im April 2013 in einer Münchner Table Dance Bar, die zur Verurteilung des Präsidenten sowie dreier weiterer Angehöriger des Hells Angels MC Munich führte. Das neue Charter „Hillside“ hat seinen Sitz in Allershausen, wo es das Clubhaus des früheren Charters „Munich“ nutzt.

### **Rock Machine**

Im Zusammenhang mit einer Schießerei im Rotlicht- und Türstehermilieu Ende 2012 in Neu-Ulm, verurteilte das Landgericht Memmingen zwei Mitglieder der Rockergruppierung



---

Rock Machine MC im Mai zu Freiheitsstrafen. Der Haupttäter wurde wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung, unerlaubten Führens einer halbautomatischen Kurzwaffe und unerlaubten Besitzes von Munition zu 12 Jahren Haft verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt wegen versuchter Strafvereitelung eine Freiheitsstrafe von einem Jahr.

Freiheitsstrafen

## 1.2. Rockerähnliche Gruppierungen

Neben den herkömmlichen Rockergruppen drängen rockerähnlich organisierte Gruppierungen wie die Black Jackets oder die United Tribuns in die bayerische Szene, die den OMCGs in ihrem martialischen Auftreten, ihrer strengen Hierarchie und ihrem abgeschotteten Gruppenverhalten gleichen; Motorräder spielen für sie keine Rolle.

### Black Jackets

Die Black Jackets, deren Mitglieder in Deutschland zumeist einen Migrationshintergrund aufweisen, wurden 1985 in Baden-Württemberg gegründet. Mittlerweile sind sie weltweit vertreten. Ihre Mitglieder tragen als Erkennungszeichen eine schwarze Kutte mit dem Emblem eines Bulldoggenkopfes und bewegen sich hauptsächlich in der Türsteher-, Rotlicht- und Kampfsportszene. Bislang fielen sie besonders durch Straftaten wie Erpressung, Inkassogeschäfte, Gewaltdelikte, Verstöße gegen das Waffengesetz und Drogenhandel auf.



In Bayern gibt es derzeit Chapter im Bereich Nördlingen/Augsburg, in Regensburg, in München und im Raum Ulm/Neu-Ulm.

Das Münchner Chapter der Black Jackets war seit seiner Gründung im Frühjahr 2013 durch seinen starken Expansionsdrang und die Aggressivität seiner Mitglieder aufgefallen. Daraus resultierte ein erhöhtes Konfliktpotenzial in der Münchner Türsteher- und Rockerszene.

Objekte des Black Jackets München wurden im Februar von der Polizei durchsucht. Dabei wurden einzelne Mitglieder wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittel- und Waffengesetz sowie diverser Körperverletzungsdelikte festgenommen. Die Ermittlungen dauern noch an.

Durchsuchungen

---

Aufgrund der Inhaftierung der Führungskräfte sind die Black Jackets München derzeit inaktiv. Neue Führungsstrukturen haben sich bislang nicht herausgebildet.



### United Tribuns

Eine rockerähnliche Gruppierung, die im Jahr 2014 erheblichen Mitgliederzulauf hatte, sind die United Tribuns. Gegründet wurden sie 2004 in Baden-Württemberg von einem bosnischen Ex-Boxer. In den Anfängen rekrutierten sich die United Tribuns größtenteils aus Türstehern und Kampfsportlern aus dem ehemaligen Jugoslawien. Inzwischen finden sich auch türkische, arabische und deutsche Staatsangehörige unter ihnen.

Die Mitglieder der United Tribuns sind überwiegend im Sicherheitsgewerbe bzw. in der Türsteherszene tätig. Der Großteil geht einer Kampfsportart nach.

Mittlerweile haben sich in vielen europäischen Ländern Chapter der United Tribuns etabliert, darunter Belgien, Bosnien-Herzegowina, Dänemark, Österreich und die Schweiz. In Deutschland sind die United Tribuns u. a. in Aachen, Duisburg, Freiburg, Rottweil und Konstanz ansässig.

In Bayern haben sich neben den bereits bestehenden Chapters in München und Ingolstadt neue Chapter in Augsburg und Rosenheim sowie ein weiteres Chapter in München gegründet. In München etablierte sich zudem ein Supporterclub unter der Bezeichnung Supporter Club United Tribuns. In Passau löste sich der bislang eigenständige 1-Prozenter Rockerclub Imperium MC Passau auf. Aus Teilen dieses Clubs entstand daraufhin das Chapter United Tribuns Passau. Das Personenpotenzial dieser rockerähnlichen Gruppierung stieg dadurch weiter erheblich an. Allein die beiden Münchener Chapter zählen bereits jeweils über 20 Mitglieder. Es sind auch Zugänge aus anderen rockerähnlichen Gruppierungen wie den Black Jackets festzustellen.

Steigendes  
Konfliktpotenzial

Das Anwachsen rockerähnlicher Gruppierungen kann angesichts der bisherigen Vormachtstellung der etablierten 1-Prozenter-Clubs zu einem erhöhten Konfliktpotenzial führen. Insbesondere dort, wo rockerähnliche Gruppierungen konkurrierende Gebietsansprüche erheben, sind auch gewalttätige Auseinandersetzungen möglich.

---

### 1.3 Mögliche Verbindungen von Rockern in die rechtsextremistische Szene

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz verfolgt auch weiterhin mögliche Verbindungen zwischen Rockern und Rechtsextremisten. Eine dafür im Mai 2012 eingerichtete Arbeitsgruppe, die an der Schnittstelle zwischen den Fachbereichen Organisierte Kriminalität und Rechtsextremismus angesiedelt ist, stellte bis jetzt keine strukturierte Zusammenarbeit und ideologische Annäherung beider Szenen in Bayern fest. Ungeachtet dessen bestehen aber punktuell personelle Überschneidungen zwischen dem Rockermilieu und der rechtsextremistischen Szene, die zumeist auf geschäftliche Interessen oder persönliche Beziehungen zurückgehen.

So wurden einzelne Personen aus der Rockerszene und rechtsextremistischen Szene festgestellt, die Sicherheitsunternehmen betreiben oder in diesem Bereich arbeiten und so versuchen, Waffenerlaubnisse zu erhalten. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, in enger Zusammenarbeit mit der Polizei und weiteren Sicherheitsbehörden dem legalen Waffenbesitz solcher Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter entgegenzuwirken. Erfolge sind hier bereits erzielt worden:

Waffenerlaubnisse

Ende 2012 wurde dem bisherigen bayerischen NPD-Funktionär Sascha Roßmüller die Gewerbebeerlaubnis zum Führen seiner Sicherheitsfirma wegen fehlender Zuverlässigkeit vom Landratsamt Straubing-Bogen entzogen. Roßmüller ist gleichzeitig Funktionsträger beim Bandidos MC Regensburg. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) hat in zweiter Instanz im Februar die von Roßmüller erhobene Klage abgewiesen und eine Revision nicht zugelassen. Daraufhin meldete Roßmüller seine Sicherheitsfirma gewerberechtlich ab. Im Oktober wurde Roßmüller festgenommen, da die Staatsanwaltschaft Regensburg ihm vorwirft, im Jahr 2010 an einer gewaltsamen Auseinandersetzung zweier Rockergruppen beteiligt gewesen zu sein, bei der mehrere Personen durch Messerstiche verletzt worden sind.

Entzug der Gewerbebeerlaubnis rechtskräftig

Der Bandidos MC Regensburg hat sich mit Wirkung zum 24. November aufgelöst. Die Auflösung wurde auf der Internetseite des Bandidos MC Germany bekannt gegeben. Am Clubheim

Auflösung Bandidos MC Regensburg

---

wurden bereits am gleichen Tag sämtliche Insignien entfernt. Hintergrund für die Auflösung könnte sein, einem eventuellen Vereinsverbot aufgrund der erfolgten Festnahmen und Ermittlungen zuvor zu kommen.

---

## 2. OK aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)

In der GUS hat sich eine Vielzahl ethnisch geprägter krimineller Syndikate etabliert. Sie sind international vernetzt und begehen vor allem Straftaten in den Bereichen Eigentumskriminalität, Rauschgift- und Waffenhandel, Schmuggel, Schutzgelderpressung sowie Geldwäsche.

„Diebe im Gesetz“

Eine besondere Bedeutung innerhalb dieser kriminellen Syndikate kommt den weltweit etwa 1.000 „Dieben im Gesetz“ zu, die sich als Führungspersonen der OK-Szene der GUS durchgesetzt haben. Der Begriff „Dieb im Gesetz“ stammt aus den 1920er Jahren, als sich in sowjetischen Gefängnissen und Lagern, den sogenannten Gulags, die Anführer der kriminellen Strafgefangenen gegen die Anführer der politischen Häftlinge durchsetzten und so die Oberhand gewannen. Diese kriminellen Anführer nannten sich nun „Diebe im Gesetz“ und stellten mit den „Diebesgesetzen“ einen eigenen Verhaltenskodex auf. Dieser sieht vor, dass Konflikte durch eigene Autoritätspersonen – notfalls auch mit Gewalt – geregelt werden und keine Zusammenarbeit mit der Polizei und Justiz stattfindet. Mit Gemeinschaftskassen („Abschtschjak“) werden vor allem strafrechtlich verfolgte oder inhaftierte Gruppenmitglieder sowie ihre Angehörigen unterstützt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben insbesondere slawische (z. B. Russland, Ukraine, Weißrussland) und kaukasische (z. B. Georgien, Armenien, Tschetschenien) Gruppen eine dominierende Rolle in der OK der GUS eingenommen. In der Folge entwickelten sich Machtkämpfe um die Vorrangstellung, die auch Europa betrafen. Dabei wurden bereits zahlreiche „Diebe im Gesetz“ ermordet. Mit Alexander Bor wurde am 30. Mai in Moskau eine zentrale Figur der russischen Organisierten Kriminalität ermordet. Bor hatte sich Anfang der 90er Jahre in München aufgehalten

---

und hier im September 1991 einen Konkurrenten erstochen. Anschließend setzte er sich in die USA ab. Unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Jahr 1999 wurde er festgenommen und 2004 wegen Totschlags zu 13 Jahren Haft verurteilt. 2006 erfolgte seine Abschiebung nach Russland, wo er sich frei bewegen konnte und in den Folgejahren bis zu seiner Ermordung zu einem der führenden Köpfe der „Diebe im Gesetz“ aufstieg.

In Bayern konnte der Verfassungsschutz in der Vergangenheit Reisebewegungen von „Dieben im Gesetz“ beobachten. Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden in diesem Zusammenhang bislang jedoch nicht festgestellt.

Reisebewegungen

---

### **3. OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei**

In Bayern sind mehrere kriminelle Netzwerke aus Südosteuropa und der Türkei aktiv. Diese sind in ihren Strukturen meist ethnisch homogen, d. h. Personen anderer Nationalitäten werden in der Regel nicht aufgenommen. Die Angehörigen der Netzwerke haben häufig den gleichen Geburtsort oder eine gemeinsame militärische Ausbildung.

Türkische Gruppierungen sind vor allem im Rauschgiftsmuggel und -handel mit Kokain und Cannabis aktiv. Darüber hinaus konnten folgende Delikte festgestellt werden: Eigentums- und Fälschungskriminalität, Steuer- und Zolldelikte, Glücksspiel delikte und Wettmanipulationen sowie Kriminalität im Zusammenhang mit Inkasso-Eintreibungen. Besonders wichtig für die kriminelle Szene sind die Verbindungen in die jeweiligen Heimatländer. Strukturermittlungen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz ergaben, dass die Drahtzieher oft im Ausland sitzen und von dort aus ihre kriminellen Aktivitäten in Deutschland steuern. Die erzielten Gewinne investieren sie oft in Immobilien und Unternehmen außerhalb von Deutschland. Den Kauf wickeln sie über Strohmänner – meist Verwandte – ab.

Überschneidungen zu OK-Gruppierungen aus dem Balkan und der Türkei wurden bei den rockerähnlichen Gruppierungen Black Jackets und United Tribuns festgestellt.

---

Die Mitglieder der Black Jackets haben überwiegend einen türkischen Migrationshintergrund. Bei den United Tribuns sind neben Deutschen u. a. auch Personen mit bosnischer oder türkischer Abstammung zu finden.

---

#### 4. Italienische Mafia

Die derzeit bedeutendsten Mafiagruppierungen in Italien sind die `Ndrangheta in Kalabrien, die Camorra im Gebiet um Neapel, die Cosa Nostra auf Sizilien sowie die Sacra Corona Unita in Apulien. Der geschätzte Jahresumsatz dieser vier Syndikate beläuft sich auf rund 140 Milliarden Euro.

Im Rahmen ihrer globalen Ausbreitung sind viele Familienclans seit etlichen Jahren mit über 20.000 Mitgliedern und einer nicht zu beziffernden Anzahl von Kontaktpersonen auch in Deutschland sesshaft. In Bayern können derzeit mehr als 100 Personen den vier großen italienischen Mafia-Syndikaten zugeordnet werden.

Clan-Strukturen in Deutschland

Die Clan-Strukturen in Deutschland ähneln denen in Italien, insbesondere die `Ndrangheta nutzt ihre organisatorische Geschlossenheit auch im Ausland: Die hier ansässigen Clanfamilien sind in kriminelle hierarchische Strukturen eingeteilt, arbeiten eigenverantwortlich und besitzen die gleichen Rechte und Pflichten wie die Clans in Italien. Ein enger Kontakt zum „Mutterhaus“ in San Luca bleibt dennoch bestehen.



---

Immer wieder sind Besuche von Autoritäten aus Italien festzustellen, die den Aufbau der Clans und den reibungslosen Ablauf in Deutschland kontrollieren.

Sogenannte Mitgliedertaufen werden von den Clans eigenverantwortlich vor Ort – auch in Deutschland – durchgeführt. Der wichtigste Teil der Aufnahmezeremonie ist der Treueschwur: Das Neumitglied verbrennt ein Heiligenbild in seiner Handfläche und spricht dabei den Treueeid. In Symbolik und Ritualen lehnt sich die Mafia eng an die katholische Kirche an. Im Juni hat mit Papst Franziskus erstmals ein Oberhaupt der katholischen Kirche sämtliche Mitglieder der Mafia aus der Kirche ausgeschlossen. Diese Exkommunikation hat Selbstverständnis und Identität der Mafia grundlegend infrage gestellt.

Treueschwur

Um sich vor Eingriffen der Behörden zu schützen, gilt innerhalb der italienischen Mafia die sogenannte „Omertà“. Dieses „Gesetz des Schweigens“ verbietet es Mitgliedern, mit Nicht-Angehörigen über interne Angelegenheiten zu sprechen oder gegenüber Polizei und Justiz Aussagen zu machen. Innerhalb der `Ndrangheta entfaltet die „Omertà“ aufgrund der weitreichenden Blutsverwandtschaft ihrer Mitglieder besondere Wirkung. Mittlerweile werden vermehrt Zwangsheiraten zwischen den verschiedenen Familienclans angeordnet, um den internen Zusammenhalt der kriminellen Gruppierung zu stärken.

Omertà

In Bayern liegen die legalen Geschäftszweige der italienischen Mafia vorrangig in der Gastronomie. Zu den illegalen Betätigungsfeldern zählen Rauschgifthandel, Geldwäsche, Erpressung und Zinswucher.

Auffallend ist ein steigendes Interesse italienischer Krimineller, in Deutschland Grundstücke und Immobilien zu erwerben. Dies könnte im Zusammenhang mit einer Gesetzesänderung in Italien stehen. Das neue italienische Geldwäschegesetz verbietet unter anderem den Transfer von Bargeld zwischen verschiedenen Partnern, wenn der Geschäftswert 1.000 Euro übersteigt.

---

# Ausblick

---



---

Entwicklungsprozesse in extremistischen Phänomenbereichen laufen stets vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse ab. Die Dynamik dieser Entwicklungsprozesse ist somit nicht allein durch interne Struktur- oder Personalveränderungen, sondern wesentlich durch äußere Faktoren bedingt.

## Bürgerkrieg in Syrien und im Irak

Das Bürgerkriegsgeschehen in Syrien und dem Irak – wie es durch die Medien sowie durch die Propaganda des Islamischen Staates (IS) vermittelt wird – hat derzeit Auswirkungen auf nahezu alle Phänomenbereiche des politischen Extremismus in Bayern:

Einen spürbaren Mobilisierungsschub für die Rekrutierung salafistischer Kämpfer in den Ländern des Westens hat insbesondere die Ausrufung des Kalifats durch den IS Ende Juni gegeben. Der Anführer des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, hat sich zum Kalifen erklärt. Damit drückte er einen weltweiten Führungsanspruch des IS über alle Muslime aus, da mit dem Begriff „Kalif“ religionsgeschichtlich der Anspruch auf die Nachfolge des Propheten Muhammad verbunden ist. Al-Baghdadi verkündete, die Muslime würden durch das Kalifat ihre Würde zurückerlangen und forderte sie dazu auf, in das Kalifat auszuwandern. Damit schürte und instrumentalisierte er Gefühle der sozialen Isolation bei jungen Muslimen, die in mehrheitlich nicht-muslimischen Ländern des Westens leben.

Durch den Aufbau staatsähnlicher Strukturen versucht der IS derzeit die Voraussetzungen zu schaffen, um auch ausländische Kämpfer dauerhaft in seine regionale Organisation zu integrieren. Auch Personen, die aus Bayern in das Bürgerkriegsgebiet ausgehört sind, könnten dort längerfristig verbleiben. Immer wieder kommt es vor, dass Salafisten, die bereits in Syrien waren, eine erneute Ausreise zu organisieren versuchen. Läuterungsprozesse durch die Konfrontation mit den Gräueltaten des IS sind derzeit kaum feststellbar.

Während der IS versucht, regionale Machtstrukturen aufzubauen und zu festigen, ist seine Agenda zugleich eine weltweite: Das Kalifat soll sich im Endausbau über den gesamten Globus erstrecken. Westliche Länder, darunter auch Deutschland, befinden sich

---

deshalb im Zielspektrum terroristischer Aktivitäten des IS. Eine besondere Rolle spielen dabei insbesondere Rückkehrer, die sich mit den Gegebenheiten in ihren Heimatländern auskennen und während ihres Aufenthalts in Syrien oder dem Irak durch den IS weiter radikalisiert und im Umgang mit Waffen und Sprengstoff geschult wurden. Diese Personen stellen eine besondere Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland und Bayern dar.

Auch mit terroristischen Aktivitäten aus dem Umfeld der al-Qaida-Organisation muss weiter gerechnet werden. Das Konkurrenzverhältnis zum IS könnte für al-Qaida ein zusätzlicher Anlass sein, durch eigene Anschläge wieder stärker auf sich aufmerksam zu machen.

Die Entwicklung in Syrien und dem Irak wirkt sich zudem innerhalb des Phänomenbereichs Ausländerextremismus insbesondere auf PKK-nahe Kurden aus: Die Schlacht um die kurdische Stadt Kobane hatte eine starke emotionalisierende und mobilisierende Wirkung. Abzuwarten bleibt, ob sich die Situation für die Kurden in Syrien oder dem Nordirak wieder verschärft. Dies könnte erneut zu einem erhöhten Demonstrationaufkommen auch in Bayern führen. In diesem Fall wären auch Zusammenstöße zwischen PKK-Anhängern und Salafisten denkbar.

## Islamfeindlichkeit

Die verfassungsschutzrelevante islamfeindliche Szene setzt den Salafismus und den Terror des IS gleich mit der Weltreligion des Islam als solcher. Personen, die sich in dieser Szene bewegen, informieren sich häufig exklusiv über einschlägige Internetportale, die einseitig negative Informationen über den Islam verbreiten und damit eine Weltsicht konstruieren, in der die überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland, die ihren Glauben auf dem Boden des Grundgesetzes lebt, völlig ausgeklammert bleibt. Diese selektive Wahrnehmung verstärkt Vorurteile, fördert Hassgefühle und kann im Einzelfall auch die Bereitschaft zu gewaltsamen Aktionen gegen Muslime und deren Einrichtungen erzeugen.

---

Für die rechtsextremistische Szene ist Islamfeindlichkeit schon lange ein Thema. Vor dem Hintergrund steigender Asylbewerberzahlen insbesondere aus Syrien und dem Irak verlegte sich die bayerische rechtsextremistische Szene aber zunächst vorrangig auf die Agitation gegen Asylbewerber. Erst mit den im Herbst 2014 aufkommenden Demonstrationen gegen eine angebliche Islamisierung Deutschlands änderte sich dies. Die rechtsextremistische Szene versuchte, diese thematische Schnittmenge zu nutzen, um größere Akzeptanz für ihre extremistische Ideologie zu erreichen. U. a. gab es auch Versuche, eigene Initiativen zu etablieren oder sich Aktivitäten der bayerischen verfassungsschutzrelevanten islamfeindlichen Szene anzuschließen.

Ein Mitglied des Personenkreises um Michael Stürzenberger meldete seit Jahresbeginn 2015 wiederholt sogenannte „Spaziergänge“ von BAGIDA (Bayern gegen die Islamisierung des Abendlandes) an. Die erste Veranstaltung fand am 12. Januar statt. Stürzenberger trat dabei als Redner auf. Insgesamt ist eine Schlüsselfunktion Stürzenbergers innerhalb von BAGIDA erkennbar. Dies wird insbesondere deutlich an seinen organisatorischen Aktivitäten. So lieferte Stürzenberger Kundgebungsmaterialien mit seinem Pkw an, baute die Lautsprecheranlage auf und erteilte Helfern Anweisungen. Mit Infoständen im Münchner Stadtgebiet bewarb er die Aktivitäten von BAGIDA. An den ersten BAGIDA-Demonstrationen beteiligten sich bis zu 200 Personen des rechtsextremistischen Spektrums.

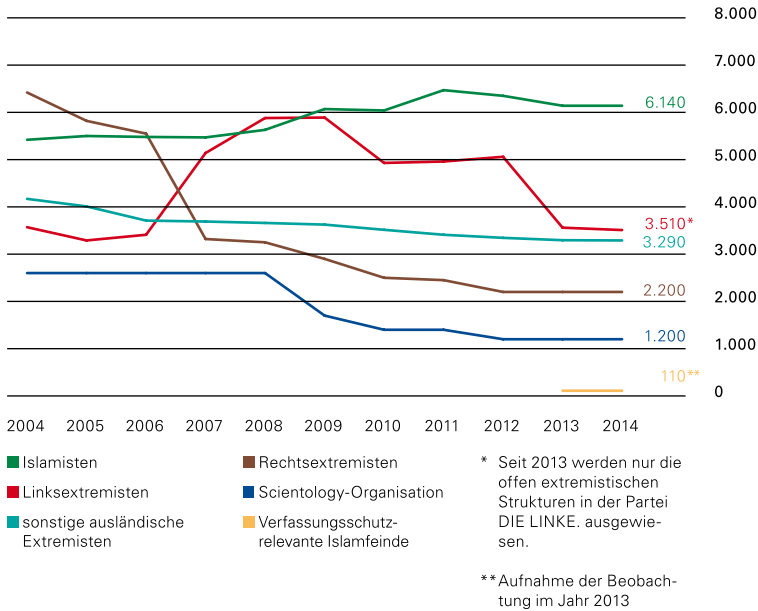
In der Folgezeit wurde allerdings auch ein ideologischer Unterschied zwischen Rechtsextremisten und verfassungsschutzrelevanten Islamfeinden deutlich: Während für Rechtsextremisten der Antisemitismus unverändert ein Kernbestandteil ihrer Ideologie ist, sehen sich die verfassungsschutzrelevanten Islamfeinde als natürliche Verbündete Israels, das man durch die Palästinenser und die islamische Welt insgesamt bedrängt sieht. Diese ideologische Divergenz hat zu einem deutlichen Rückgang der Mobilisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene geführt. Eine zeitweise Überbrückung dieses ideologischen Gegensatzes scheint nur dann denkbar, wenn durch äußere Ereignisse das Thema erneut eine besondere emotionalisierende

---

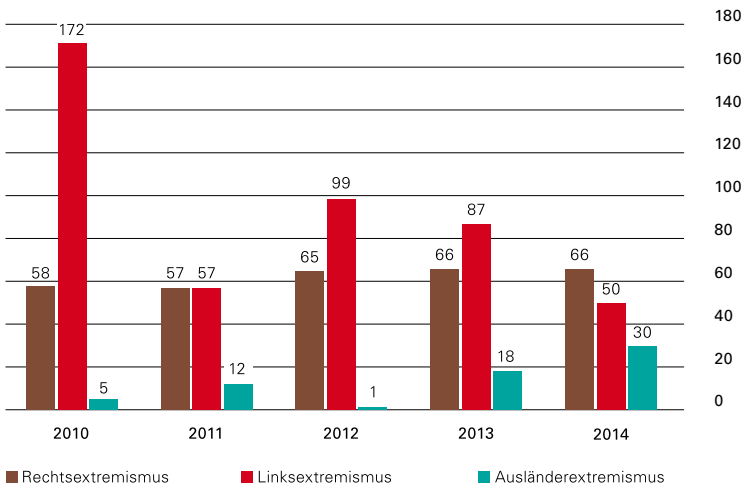
und mobilisierende Wirkung entfaltet. Mittelfristig ist damit zu rechnen, dass in der rechtsextremistischen Szene die Agitation gegen Asylbewerber wieder größeren Raum einnimmt.

Die seit Jahresbeginn 2015 durchgeführten Demonstrationen gegen eine angebliche Islamisierung Deutschlands in mehreren bayerischen Städten haben auch Linksextremisten auf den Plan gerufen, für die der Antifaschismus traditionell das Hauptaktionsfeld ist. Teils haben sie sich friedlich an demokratischen Demonstrationen beteiligt, teils haben autonome Linksextremisten aber auch die direkte körperliche Konfrontation mit Rechtsextremisten sowie mit Polizeikräften, die zur Gewährleistung des Versammlungsrechts eingesetzt waren, gesucht. Gewaltorientierte Linksextremisten nutzen den Antifaschismus seit Jahren zur Legitimierung ihrer militanten Aktionen gegen Staat und Polizei. Solange Veranstaltungen gegen eine angebliche Islamisierung Deutschlands in Bayern stattfinden, ist mit einer anhaltend hohen Gegenmobilisierung der autonomen linksextremistischen Szene zu rechnen.

## Anzahl der Extremisten in Bayern



## Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern



---

## Stichwortregister

### A

Adil-Düzen (gerechte Ordnung)	34
Al-Intiqad (Die Kritik)	64
Al-Manar (Der Leuchtturm)	64
Anarchismus	177
Anarchisten	177
Antiatomkraft	157
Antideutsche	177, 178
Antifaschismus	157, 170, 181
Antigentrifizierung	157, 160
Antiglobalisierung	157, 159
Antiimperialismus	157
Antiinstitutionalismus	177
Antimilitarismus	158, 167, 173
Antirepression	157, 161
Antisemitismus	35, 92, 114, 178
Asylpolitik	157
Atilim	77
Ausländische Nachrichtendienste	197, 212
Ausreisebewegungen	53
Autonome	148, 177

### B

Bandidos MC	213, 217
Benefizveranstaltungen	32, 67
Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes	13
BIRGiT, Arbeitsgruppe	17, 57
Black Jackets	215, 219
Braunes Haus	106
Bürgerinitiativen, rechtsextremistisch	94

### C

Camorra	220
Cosa Nostra	220
Crystal Meth	189

### D

Da'wa (Missionierung)	27, 30, 50
Dabiq (Online-Magazin)	31

Deutsche Annalen	105
Deutsche Geschichte	105
Die Wahre Religion (DWR)	27, 50
Diebe im Gesetz	218
Diktatur des Proletariats	154, 172

### E

E-Meter	191
Einsamer Wolf	28
Europäisches Institut für Humanwissenschaften (EIHW)	45

### F

Fränkische Aktionsfront	103, 128
Freie Zone	194
Fünf Gifte	201

### G

G7-Gipfel 2015	75, 148, 159, 173
Geheimtatschutzbetreuung	205
Geschichtsrevisionismus	90
Golden Age of Tech	184, 190
Graue Wölfe	78
Gremium MC	213

### H

Halk Gercegi	75
Hells Angels MC	135, 210, 214
Herrschaftsfreie Gesellschaft	149, 177
Home grown-Terroristen	29, 31

### I

Ideale Org-Kampagne	193
Imperialismus	35, 155, 157
Imperium MC Passau	216
Initialisierende Gewalt	151
Initiative Wirtschaftsschutz	204
Inspire (Online-Magazin)	31
Interim (Szene-Zeitschrift)	151
International Association of Scientologists (IAS)	188
International Socialist Tendency	166
Intifada	63
Islam-Infostände	50

---

Islamfeindlichkeit, rechtsextremistische	92
Islamfeindlichkeit, verfassungs- schutzrelevante	138, 224
Islamismus, legalistischer	26, 34
Islamseminare	30, 67

## J

Jugend für Menschenrechte	192
---------------------------	-----

## K

Kalifat (khalifa)	37, 56, 61, 223
Kameradschaften	118, 126, 129
Klassenlose Gesellschaft	182
Know-how-Schutz	198, 204
Kommunistische Partei Chinas (KPC)	200
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	155, 168
Konfrontative Gewalt	151
Konvertiten	29, 31, 48
KRITIS	206

## L

Lies!, Koranverteilprojekt	27, 50
Linksruck	166

## M

Mafia	210, 220
Maoismus	156, 172
Marxismus	154, 179, 183
Marxismus- Leninismus	75, 154, 168
Massenvernichtungs- waffen	196, 202
Milli Gazete	34
Milli Görüs (nationale Sicht)	25, 34
Mobivideos (Mobilisierungsvideos)	162
Mongols MC	213
Muhacirun (Auswanderer)	37
Muhammad-Karikaturen	27
Mujahidin	61

## N

Nationale Allianz für Cyber-Sicherheit	208
Nationales Zentrum Hochfranken	106
Nationalsozialismus	83, 126, 134
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	83, 85
Ndrangheta	220
Neonazismus	126

## O

Online-Imame	50
Open Source Jihad	31
Operierender Thetan	190
Org	191
Outlaw Motorcycle Gang (OMCG)	213

## P

Parteiverbotsverfahren	111
------------------------	-----

## R

Radical left	179
Radikal (Szene-Zeitschrift)	151
Religious Technology Center (RTC)	191
Risalat-ul-Ikhwan	42
Rock Machine MC	213

## S

Sacra Corona Unita	220
Sag Nein zu Drogen – Sag Ja zum Leben	184, 189
Salafismus	21, 23, 47
Salafismus, jihadistischer	29, 48, 53
Salafismus, politischer	26, 49
Satudarah MC	213
Scharia	23, 34, 43, 66
Scharia-Polizei	52
Schulhof-CDs	101
Schwarzer Block	151, 173

Scientology Missions		<b>W</b>	
International (SMI)	192	Wahhabismus	47
Serxwebun (Unabhängigkeit)	71	Wissenstransfer	203
Skinhead-Bands	100	World Uyghur Congress	
Skinheads	84, 99, 131	(WUC)	201
Social engineering	206	<b>Y</b>	
Sozialistische Arbeitergruppe		Yeni Özgür Politika	71
(SAG)	166	Yürüyüs	75
Sozialistische			
Hochschulzeitung	174		
Stalinismus	155, 172		
Syrien-Rückkehrer	54		
<b>T</b>			
Taghrib			
(kulturelle Verwestlichung)	43		
Takfir	60		
Tarnorganisationen	83, 187		
Tauhid	47		
Todesfatwas	40		
Trotzkismus	156		
Trust MC	213		
Türk Federasyon Bülteni	78		
Turner Diaries	84		
TV 5			
(Türkischer Fernsehsender)	35		
<b>U</b>			
Umwelt & Aktiv	125		
United Tribuns	215, 219		
<b>V</b>			
Verbot des			
Freien Netzes Süd	103, 127		
Vereinsverbot, allgemein	13		
Vereinsverbot,			
Ausländerterrorismus	75		
Vereinsverbot, Islamismus	65		
Verfassungsfeindliche			
Bestrebung	23, 36, 103, 128		
Virtuelle Netzwerke	31		
Volksgemeinschaft	83, 107, 139		



---

## Extremistische Organisationen und Gruppierungen

In dieser Übersicht sind die im vorliegenden Verfassungsschutzbericht genannten Organisationen und Gruppierungen aufgeführt, bei denen die vorliegenden tatsächlichen Anhaltspunkte in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung geführt haben, dass die Organisation/Gruppierung verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, es sich mithin um eine verfassungsfeindliche Organisation/Gruppierung handelt.

Organisationen/Gruppierungen aus den Phänomenbereichen „Organisierte Kriminalität“ und „Spionageabwehr“ wurden nicht aufgenommen. Aus dem Bereich „Scientology“ erfolgte keine Aufnahme der internationalen Organisationsteile.

### Islamismus / islamistischer Terrorismus

Abu Sayyaf (Philippinen)	59
al-Nahda	43
al-Qaida	31, 52, 55, 58, 224
al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH)	31, 59
al-Qaida im Irak (AQI)	59, 61
al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM)	59
Al-Rahman Moschee (Regensburg)	52
al-Shabab (Somalia)	59
Al-Taqwa-Moschee (Bayreuth)	52
Ansaar International e. V. (ehemals Ansaar Düsseldorf e. V.)	33
Ansar al-Islam, Islamistisch-kurdische Netzwerke	61
As-Salam-Moschee (Schwandorf)	52
Boko Haram	59
Darul Quran Moschee	52
El-Salam-Moschee (München)	52
Helfen in Not e. V.	33
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat)	37
Hizb Allah (Hizbollah/Hisbollah)	64
Islamisch-Albanisches Zentrum e. V. (Neu-Ulm)	52
Islamische Bewegung Usbekistan (IBU)	59
Islamische Gemeinde Nürnberg e. V. (IGN)	45
Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland (IGS)	41

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)	44
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	36
Islamische Vereinigung in Bayern e. V. (IVB)	40
Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	43, 63, 92
Islamischer Staat (IS)	22, 53, 56
Islamisches Zentrum Hamburg (IZH)	40
Islamisches Zentrum München e. V. (IZM)	46
Islamisches Zentrum Weiden e.V.	52
Ismael Aga Gemeinschaft (IAC)	35, 37
Jabhat al-Nusra (JaN)	53, 60
Kaukasisches Emirat (KE)	66
Kultur- und Bildungszentrum Ingolstadt e. V.	38
Millatu Ibrahim	29
Milli Görüs Ahde Vefa Plattform - Erbakan Vakfi	36
Milli Görüs-Bewegung	34 - 37
Muslimbruderschaft (MB)	25, 42 - 47, 63
Muslimische Jugend in Deutschland e.V. (MJD)	46
Salahuddin-Moschee (Augsburg)	52
Tablighi Jamaat (TJ)	38
Tschetschenische Republik Itschkeria (CRI)	66

**Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen  
von Ausländern (ohne Islamismus)**

Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) bzw. Volkskongress Kurdistan (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (KADEK)	68, 70 - 79
Föderation der Arbeiter aus der Türkei e. V. (ATIF)	76
Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V.	77
Goldene Morgenröte (Chrysi Avgi)	96, 109
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)	76
Konföderation der unterdrückten Migranten in Europa (AvEG-Kon)	78
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	80
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	77
Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP-C)	75
Türkisch Kommunistische Partei / Marxisten-Leninisten – Partizan Flügel (TKP/M-Partizan Flügel)	76
Türkisch-Nationalistische Ülkücü-Bewegung / ADÜTDF	78
Young Struggle	78

---

## Rechtsextremismus

Aktionsbund Freising	133
Aktionsbündnis Nordoberpfalz	130
Aktionsbündnis Oberbayern	130
Aktionsgruppe Bayreuth (AG Bayreuth)	130
Aktivitas der Burschenschaft Danubia München	124
Ansgar Aryan	103
Bloodline Streetwear	136
Bund Frankenland e.V.	130
Bürgerinitiative Ausländerstopp Augsburg (BIA-Augsburg)	94, 122
Bürgerinitiative Ausländerstopp München (BIA-München)	91, 94, 110, 121
Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg (BIA-Nürnberg)	94, 111, 121
Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz e. V. (BiSAO)	94, 123
Bürgerinitiative Soziales Fürth (BiSF)	94, 123
Burning Hate	100
Codex Frei	100, 136
Der Dritte Weg (III. Weg)	82 - 97 , 113 - 133
DIE RECHTE	82, 84, 95, 120
DIM Records	103
Division Franken	131
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ)	105
Europäische Aktion (EA)	125
Faustrecht	100
Feldherren	100
Final Resistance	103, 127
Fränkischer Heimatschutz (FHS)	132
Freie Nationalisten Hof	130
Freie Nationalisten Weißenburg/Gunzenhausen (FN WUG)	132
Freies Netz Süd (FNS)	96, 103, 106, 113, 127 - 134
FSN-TV	102 - 105
Gesellschaft für Freie Publizistik e. V. (GfP)	124
Hammerskins	135
Infoportal Schwaben	133
Junge Nationaldemokraten (JN)	101, 109, 112
Kameradschaft Altmühltal	131
Kameradschaft Main-Spessart	117
Kameradschaft München	106, 122, 130

---

Last Resort Store	103
Legion Werwolf Bayern	136
Midgard e. V.	125
MPU	100
National born haters	100
Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD)	82, 84, 94, 101, 107 - 132, 217
Nationales Bündnis Niederbayern (NBN)	118, 130
Nationales Bündnis Oberpfalz (NBO)	130
Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)	85
Neonazi-Kreis um Matthias Fischer	130
Oldschool Records	103
Patriaversand	103
Radio FSN	104
Ring Nationaler Frauen (RNF)	112
Schwarze Sonne Versand	103
Sturmtrupp	100
Untergrundwehr	100
Versand der Bewegung	103, 107
VGB-Verlagsgesellschaft Berg mbH	105
Voice of Anger	136
White rebel boys	100
Widerstand Regensburg-Cham	130
Widerstand Schwandorf	130
Wikingerversand	103

### **Verfassungsschutzrelevante Islamfeindlichkeit**

Bürgerrechtspartei für mehr Freiheit und Demokratie	
DIE FREIHEIT, Landesverband Bayern (DIE FREIHEIT Bayern)	138, 143
Personenkreis um Stürzenberger	141

### **Linksextremismus**

Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz	173
Antifa-NT – Autonome Antifa München	182
Antifaschistische Linke Fürth (ALF)	181
Antikapitalistische Linke (AKL)	164

---

Antikapitalistische Linke München (ALM)	173, 182
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	155, 175
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí (Cuba Sí)	165
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	155, 168
DIE LINKE. SDS	167
Frauenverband Courage e. V.	172
GegenStandpunkt (GSP) – Marxistische Gruppe	174
Interventionistische Linke (IL)	180
Jugendantifa Fürth (JAF)	179, 181
Jugendverband REBELL	150, 172
Kinderorganisation ROTFÜCHSE	172
Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE. (KPF)	163, 164
Kurzer Prozess	163, 176
Linksjugend [´solid]	166, 179
marx21	156, 166
Marxistische Gruppe (MG)	174
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	155, 172
Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus	169, 173
Organisierte Autonomie (OA) Nürnberg	178
radikale Linke – Projekt revolutionärer Organisierung (rL)	179
Rote Hilfe e. V. (RH)	175
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	169
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)	170

### **Scientology-Organisation**

Association for Better Living and Education (ABLE)	192
Celebrity Centre München e. V.	192, 194
Department of Special Affairs (DSA)	193
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte in Deutschland e.V. (KVPM)	184, 187, 192
Mission München West e.V.	192
NARCONON Bayern e. V.	190, 192
Scientology Kirche Bayern e. V. (SKB)	187, 191
Scientology Kirche Deutschland e. V. (SKD)	187, 191
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	192

---

## Bildnachweis

S. 17	Foto: BayLfV
S. 27	Foto: BayLfV
S. 28	<a href="http://www.youtube.com/watch?v=3RUT_5Msd94">www.youtube.com/watch?v=3RUT_5Msd94</a> /19.01.2015
S. 33	Flyer gescannt
S. 48	<a href="http://www.wall321.com/Animals/Lion/salafi">www.wall321.com/Animals/Lion/salafi</a> /14.05.2014
S. 51	Foto: BayLfV
S. 55	Screenshot aus einem pakistanischen Propagandavideo
S. 58	<a href="http://www.youtube.com/watch?v=vaU9egNYims">www.youtube.com/watch?v=vaU9egNYims</a> /19.01.2015
S. 74	<a href="http://www.yxkonline.com/index.php/20-aktionen">www.yxkonline.com/index.php/20-aktionen</a> /19.01.2015
S. 77	<a href="http://www.kaypakkayahaber.com/haber/wuppertalda">www.kaypakkayahaber.com/haber/wuppertalda</a> /19.01.2015
S. 91	<a href="http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/67">www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/67</a> /22.01.2015
S. 92	<a href="http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/67">www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/67</a> /22.01.2015
S. 95	<a href="https://www.facebook.com/pages/Der-III-Weg">www.facebook.com/pages/Der-III-Weg</a> /22.01.2015
S. 97	<a href="http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema">www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema</a> /22.01.2015
S. 98	<a href="http://www.altermedia-deutschland.info/content.php">www.altermedia-deutschland.info/content.php</a> /22.01.2015
S. 102	<a href="https://www.facebook.com/npdbayern/photos_stream">www.facebook.com/npdbayern/photos_stream</a> ?/22.01.2015
S. 108	<a href="https://www.facebook.com/npdbayern/photos_stream">www.facebook.com/npdbayern/photos_stream</a> ?/22.01.2015
S. 116	<a href="http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema">www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema</a> /22.01.2015
S. 126	<a href="https://www.facebook.com/pages/Umwelt-Aktiv">www.facebook.com/pages/Umwelt-Aktiv</a> /22.01.2015
S. 127	Foto: BayStMI
S. 129	<a href="https://www.facebook.com/GefangenenhilfeFreundeskreis">www.facebook.com/GefangenenhilfeFreundeskreis</a> /22.01.2015
S. 146	<a href="http://www.bayern.diefreiheit.org/zie-m">www.bayern.diefreiheit.org/zie-m</a> /31.03.2015
S. 153	Foto: Polizei
S. 159	Foto: BayLfV
S. 163	<a href="http://www.songtextmania.com/129a_songtext_kurzer_prozess">www.songtextmania.com/129a_songtext_kurzer_prozess</a> /02.02.2015
S. 166	<a href="http://www.mag.marx21.de/netzwerk">www.mag.marx21.de/netzwerk</a> /02.02.2015
S. 167	<a href="https://facebook.com/411763892259773/photos">facebook.com/411763892259773/photos</a> /02.02.2015
S. 168	<a href="http://www.linksjugend-solid.de/kampagnen">www.linksjugend-solid.de/kampagnen</a> /02.02.2015
S. 174	<a href="http://www.sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2013-Gegen-die-SIKO">www.sicherheitskonferenz.de/de/Aufruf-2013-Gegen-die-SIKO</a> /2.02.2015
S. 175	Publikation gescannt: BayStMI
S. 180	Publikation gescannt: BayStMI
S. 181	<a href="http://www.jugendantifafuerth.blogspot.de">www.jugendantifafuerth.blogspot.de</a> /31.01.2014
S. 182	<a href="http://www.antifa-nt.de">www.antifa-nt.de</a> /31.01.2014
S. 188	<a href="https://www.facebook.com/pages/KVPM-Deutschland-eV">www.facebook.com/pages/KVPM-Deutschland-eV</a> /09.01.2015
S. 189	<a href="http://www.sag-nein-zu-drogen.de">www.sag-nein-zu-drogen.de</a> /09.01.2015
S. 190	<a href="http://www.narconon.de">www.narconon.de</a> /09.01.2015
S. 191	<a href="http://www.scientology-losangeles.org">www.scientology-losangeles.org</a> /09.01.2015
S. 192	<a href="http://www.able.org/store">www.able.org/store</a> /09.01.2015
S. 204	Screenshot: Informationsportal Wirtschaftsschutz/09.01.2015



**BAYERN | DIREKT** ist Ihr direkter Draht zur Bayerischen Staatsregierung.  
Unter Telefon 089 12 22 20 oder per E-Mail an [direkt@bayern.de](mailto:direkt@bayern.de) erhalten Sie Informationsmaterial und Broschüren, Auskunft zu aktuellen Themen und Internetquellen sowie Hinweise zu Behörden, zuständigen Stellen und Ansprechpartnern bei der Bayerischen Staatsregierung.

---

#### Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinarbeit der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

---

#### Impressum

<b>Herausgeber</b>	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr Odeonsplatz 3, 80539 München
<b>Redaktion</b>	Abteilung Verfassungsschutz, Cybersicherheit in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz
<b>Druck</b>	Color-Offset GmbH gedruckt auf Recyclingpapier
<b>Stand</b>	April 2015

[www.innenministerium.bayern.de](http://www.innenministerium.bayern.de)  
[www.verfassungsschutz.bayern.de](http://www.verfassungsschutz.bayern.de)

---







